



Schriftenreihe der
Landesverteidigungsakademie

Gunther Hauser

Sicherheit, Energie und Wirtschaft – Europa als globaler Akteur

12/2006
Wien

Impressum:

Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie

Herausgeber:

© BMLV / LVAk

HR Dr. Rudolf Hecht

Layout und Grafik:

Medienstelle LVAk

Druck und Endfertigung:

Reprozentrum Wien

1070 Wien, Stiftgasse 2a

Erscheinungsjahr: 2006

ISBN 3-902456-54-X

ReproZ Wien 2672/06

Inhalt

| | |
|---------------------------------------------------------------------------------------------|------------|
| Vorwort..... | 7 |
| Einleitung..... | 11 |
| Der umfassende sicherheitspolitische Ansatz – EU und NATO..... | 22 |
| Wirtschafts- und Entwicklungspolitik als Teil der umfassenden Sicherheitspolitik..... | 36 |
| Strategische Allianzen der EU | 39 |
| Das Ziel einer umfassenden nachhaltigen Wirtschaftspolitik der EU | 52 |
| Der Wettbewerb mit den USA und die amerikanisch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen..... | 56 |
| Ressourcenpolitik und Nachhaltigkeit als Teil globaler Sicherheitspolitik..... | 64 |
| Bevölkerungsentwicklung als strategische Größe..... | 68 |
| Die Europäische Sicherheitsstrategie..... | 71 |
| Weltweite militärische Kooperationen aus der Sicht der USA..... | 80 |
| EU-Krisenmanagement – gemeinsam mit der NATO..... | 87 |
| Die Einbindung Russlands in die globale Sicherheitspartnerschaft..... | 95 |
| Umfassende Zusammenarbeit innerhalb der NATO-Partnerschaft für den Frieden..... | 100 |
| Die Entwicklung europäischer Fähigkeiten..... | 104 |
| Die EU als geopolitischer Akteur..... | 110 |
| <i>Die Integration europäischer Staaten in die EU.....</i> | <i>110</i> |
| <i>Die EU und Russland.....</i> | <i>122</i> |
| <i>Die EU und die Türkei.....</i> | <i>132</i> |
| <i>Die EU und der Iran.....</i> | <i>159</i> |
| UNO, NATO und EU als Akteure im Irak..... | 168 |
| <i>Die Resolution 1483 (2003) vom 22.5.2003.....</i> | <i>171</i> |
| <i>Die Resolution 1500 (2003) vom 14.8.2003.....</i> | <i>172</i> |
| <i>Die Resolution 1511 (2003) vom 16.10.2003.....</i> | <i>174</i> |

| | |
|-----------------------------------------------------------------------|-----|
| <i>Entwürfe für eine UNO-Resolution betreffend</i> | |
| <i>Machtübergabe im Irak</i> | 175 |
| <i>Die Resolution 1546 (2004) vom 8.6.2004</i> | 177 |
| <i>Presseerklärung des Präsidenten des UNO-Sicherheitsrates</i> | 180 |
| <i>EU-Standpunkte gegenüber dem Irak</i> | 182 |
| <i>Der Irak als Modell für Stabilität und</i> | |
| <i>Frieden im erweiterten Mittelmeerraum?</i> | 185 |
| <i>Conclusio</i> | 193 |
| Die Debatte um den Internationalen | |
| Strafgerichtshof und die Incommunicado-Haft..... | 194 |
| Europa und der Mittelmeerraum..... | 197 |
| Europa und Afghanistan/Zentralasien..... | 209 |
| Europa und Afrika..... | 213 |
| Europa und der Ferne Osten..... | 225 |
| EU und Lateinamerika..... | 242 |
| Schlussfolgerungen..... | 248 |
| | |
| Literaturverzeichnis | 256 |

Vorwort

Sicherheit, Energie und die Entwicklung der Wirtschaft hängen eng zusammen. Die EU umfasst heute einen Binnenmarkt, eine Währungsunion, zahlreiche gemeinsame Politiken wie die Landwirtschafts-, Außenhandels- und die Umweltpolitik genauso wie die völkerrechtlich geregelte Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP).

Die ESVP hat an Relevanz gewonnen. Die Einsätze sind meist klein und haben hohen Symbolwert. Als Krisenbewältigungsakteur steigt die EU dennoch im Kurs.

Während der österreichischen EU-Präsidentschaft im ersten Halbjahr 2006 gab es zwölf ESVP-Operationen. Das Spektrum reichte von Militärmissionen wie der EUFOR *Althea* in Bosnien-Herzegowina über Polizeioperationen wie beispielsweise im Kongo und in Palästina bis zu Grenzeinsätzen in Moldawien/Ukraine und in Aceh. Die EU ist im Jahr 2006 sicherheitspolitisch bereits weltweit aktiv: Vom Kongo über den Sudan bis in die Ukraine, von Indonesien über den Irak bis nach Bosnien-Herzegowina. Soldaten aus EU-Staaten – vor allem aus Frankreich und Italien – beteiligen sich maßgeblich an der Libanon-Schutztruppe.

Die EU definiert sich als eine Gemeinschaft von Staaten zur Sicherung von Frieden, Menschenrechten und Grundfreiheiten sowie rechtsstaatlicher Strukturen.

Aus ehemaligen Gegnern in Europa entstand eine sicherheitspolitische Partnerschaft – zunächst durch die NATO und ab 1992 auf der Grundlage des EU-Vertrags in der Fassung des Vertrags von Maastricht. Innerhalb Europas bildete sich insbesondere im letzten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts eine umfassende sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit regionalen Partnerschaften.

Europa ist heute mehr denn je von Erdöl und Erdgas abhängig. Energie, Wirtschaft und Geopolitik hängen unmittelbar zusammen. Die EU hat in den letzten Jahren ihre Wirtschaftsbeziehungen nach China, Indien, Lateinamerika, Russland und vor allem in die USA massiv ausgebaut.

Die Union erweitert sich in Richtung Osten und Südosten, woraus sich neue Herausforderungen an den neuen Grenzen der EU ergeben.

Europäische Nachbarschaftspolitik und ein neues umfassendes Sicherheitskonzept gründen letztlich auf wirtschaftliche und sicherheitspolitische Integration.

Bei Bedrohungen wie dem Terrorismus ist ein effizienteres Vorgehen in EU gefordert. Im Iran-Atomstreit scheint der Westen machtlos, Europa tritt als Vermittler auf.

Als eine große Herausforderung für Europa stellt sich die Bewältigung der verstärkten Migration aus Krisengebieten und wirtschaftlich benachteiligten Regionen der Welt dar, vor allem aus Afrika und Asien. Daraus ist heute schon absehbar, dass sich bis weit nach dem Jahr 2010 höchste Belastungen für die Grenzsicherheit ergeben werden. Flüchtlingslager an den südlichen Grenzen der EU sind heute schon überfüllt.

In Europa ist auch das Problem der Integration langfristig zu lösen, ebenso wie die künftige Finanzierung der Wohlfahrtsstaaten. Zudem steht die EU vor folgender enormen Herausforderung: Wie sieht die künftige EU-Verfassung oder ein neuer EU-Vertrag aus – vor allem nach den gescheiterten EU-Referenden in Frankreich und den Niederlanden? Europa erwartet viele Herausforderungen, die EU ist jedoch mittlerweile zu einem globalen Akteur geworden.

Der Leiter des Instituts für Strategie und Sicherheitspolitik:
Hofrat Dr. Rudolf Hecht

Einleitung

Während der neunziger Jahre sind als Ergebnis des Zusammenbruchs der Sowjetsysteme und des Paradigmenwechsels in den internationalen Beziehungen insbesondere „die drei tragenden Säulen der transatlantischen Beziehungen, nämlich die Wirtschaft, die gemeinsame Interpretation politischer Grundwerte sowie die Sicherheitspolitik zunehmend in Bewegung geraten.“¹ Sicherheit und die Entwicklung der Wirtschaft hängen eng zusammen. Die Europäischen Gemeinschaften hatten seit ihrer Gründung in den fünfziger Jahren bereits eine sicherheitspolitische Dimension. Nach dem Zweiten Weltkrieg war dazu das „wesentliche Antriebsmoment ... der Wunsch nach Frieden und Sicherheit in Europa.“² Der europäische Integrationsprozess hat sich seit den fünfziger Jahren – dieser begann mit der Schaffung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) im Jahr 1951 – erheblich vertieft. Dieser Integrationsprozess wurde von Beginn an von den USA aus eigenen Sicherheitsinteressen unterstützt – nie wieder soll also ein regionaler Akteur aus Europa die amerikanischen Sicherheitsinteressen gefährden. Zunächst hatte sich Westeuropa auf der Grundlage der *Truman-Doktrin*³, aus der der europäische Integrationsprozess hervorging, entwickelt - zu einer Wohlstandszone nach westlich-marktwirtschaftlichem und demokratischem Muster. Die Union umfasst heute einen Binnenmarkt, eine Währungsunion, zahlreiche gemeinsame Politiken wie die Landwirtschafts-, Außenhandels- und die Umweltpolitik. Der Europäische Unionsvertrag war auch die Grundlage für die Einführung der Unionsbürgerschaft. Der

¹ Aus: Johann Frank/Gustav E. Gustenau, Divergenz oder Komplementarität? Entwicklungslinien des zukünftigen sicherheitspolitischen Verhältnisses zwischen Europa und den USA, hrsg. vom Österreichischen Institut für Internationale Politik, Arbeitspapier 49/Mai 2004, 6.

² Karl-Heinz Kamp, EU oder NATO – der ewige Streit!, in: Erich Reiter (Hg.), Beiträge zur Entwicklung der ESVP, Teil 1, Strategische Analysen, Bundesministerium für Landesverteidigung, Wien, Juni 2005, 15-18, 16.

³ Am 12. März 1947 verkündete US-Präsident Harry S. Truman die nach ihm benannte Doktrin. Sie stand am Anfang der amerikanischen Eindämmungspolitik (*containment policy*) gegenüber der Sowjetunion und bildete einen grundlegenden Bestandteil des Kalten Krieges. Ziel der USA war es, dadurch den wirtschaftlichen Aufbau in Europa zu fördern, als „Grundlage für wirtschaftliche Stabilität und geordnete politische Verhältnisse.“

am 29. Oktober 2004 von den Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten beschlossene Europäische Verfassungsvertrag zielt auf eine weitere Vertiefung des politischen Integrationsprozesses. Durch die mehrheitliche Ablehnung des Vertragswerkes seitens der französischen und niederländischen Bevölkerungen Ende Mai bzw. Anfang Juni 2005 war zunächst die weitere Entwicklung dieses Verfassungsvertrages ungewiss. Ende Mai 2006 einigten sich die EU-Außenminister bei ihrem Treffen in Klosterneuburg bei Wien, dass bis 2009 der Entwurf für einen neuen EU-Vertrag vorbereitet werden soll.

Die EU definiert sich als eine Gemeinschaft von Staaten zur Sicherung von Frieden, Menschenrechten und Grundfreiheiten sowie rechtsstaatlicher Strukturen. Jene Ideen, die die politische und wirtschaftliche Grundlage der Europäischen Union begründen - insbesondere pluralistische Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und (soziale) Marktwirtschaft - haben eine enorme globale Anziehungskraft. Durch die Erweiterungen nach Mittel- und Osteuropa hat sich die Union bereit erklärt, ihre Prinzipien an die Grenzen des Kontinents zu *exportieren*, „*das Ausbrechen neuer Konflikte zu verhindern und jene Stabilität und Sicherheit zu verbreiten, die aus Demokratie und Wohlstand entstehen.*“⁴ Aus ehemaligen Gegnern in Europa entstand eine sicherheitspolitische Partnerschaft – zunächst durch die NATO und ab 1992 auf der Grundlage des EU-Vertrags in der Fassung des Vertrags von Maastricht durch die umfassende sicherheitspolitische Zusammenarbeit innerhalb der EU.

Die USA verloren nach 1990 zunehmend ihre Bedeutung als Beschützer der europäischen Integration. In Europa blieben die USA jedoch die unangefochtene Führungsmacht, in die vor allem die 2004 in die EU aufgenommenen mittel- und osteuropäischen Staaten mehr Vertrauen im Hinblick auf ein effizientes Krisen- und Konfliktmanagement setzen als in eine reine europäische Sicherheitspolitik unter der Führung von Frankreich, Großbritannien oder Deutschland. Die Sicherheitspartnerschaft zwischen den USA und Europa basiert aus amerikanischer Sicht nicht auf Gleichberechtigung,

⁴ So die Europäische Kommissarin für Außenbeziehungen und Nachbarschaftspolitik, Benita Ferrero-Waldner, in ihrem Artikel „*Wir machen der Ukraine ein Angebot*“, abgedruckt in: Die Presse, 23.12.2004, 14.

sondern aus unterstützender Gefolgschaft. Die Führungsrolle der USA bleibt in diesem Zusammenhang unantastbar. Dieses Faktum wird dadurch noch erleichtert, da es in Europa keine eindeutigen Führungsmächte gibt.⁵

Die Gefahr bei nationalen Interessen- und Bündnissystemen – wie z.B. bei der Europäischen Union und bei der NATO - bestehen in ihrer Überdehnung: *„Je ausgedehnter das Bündnisgebiet ist und je größer die Zahl der Partner, je mehr mangelt dem Bündnis bzw. der Allianz seine wichtigste Voraussetzung: die Interessenshomogenität der Bündnispartner, und desto fragwürdiger wird die Verlässlichkeit des Beistandsversprechens“*.⁶ Je mehr eine internationale Organisation bzw. eine supranationale Staatengemeinschaft erweitert wird, umso weniger bündnisfähig ist sie.

Bei den europäischen Verbündeten existieren innerhalb der NATO bzw. der EU noch erhebliche militärische Defizite. Die Union hat inzwischen jedoch eine relevante Rolle bei der Gewährleistung der nicht-militärischen Sicherheit, vor allem im Hinblick auf die Schaffung eines 1999 angekündigten *Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts*, eingenommen – bei der Etablierung einer Asyl- und Migrationspolitik, der gegenseitigen Anerkennung gerichtlicher Entscheidungen und der grenzüberschreitenden Bekämpfung von organisierter Kriminalität. Dieser Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts erweiterte sich durch die Aufnahme von zehn mittel- und osteuropäischen Staaten am 1.5.2004 erheblich. Die neuen Grenzen der Europäischen Union wurden 600 Kilometer nach Osten verschoben, der Sicherheitsraum wurde mit den Gebieten der neuen Mitgliedstaaten um 23 Prozent erweitert. Die zu schützende Bevölkerung von knapp 455 Millionen Menschen ist ebenfalls um 23 Prozent gewachsen. Die Länge der neuen östlichen Landgrenzen beträgt 5.963 Kilometer – dies

⁵ Ebenda.

⁶ So Wilhelm Grewe, ehemaliger NATO-Botschafter der Bundesrepublik Deutschland, vertrat vor über 30 Jahren diese These. Zitiert in: Heinz Brill, Strategische Allianzen in der internationalen Politik. Unilateralismus versus Multipolarität, in: ÖMZ 5/2002, 539-546, 546.

bedeutet eine Steigerung um 46 Prozent im Gegensatz zu vorher.⁷ Gefahrenkorridor erster Ordnung ist die ukrainische Grenze, der von den neuen Staaten der EU – Polen, Slowakei und Ungarn – unter Kontrolle gehalten werden muss. Mit der Aufnahme Bulgariens und Rumäniens in die Europäische Union und eventuell Kroatiens bis 2007 bzw. 2009 kommt auf die EU und ihre südosteuropäische Flanke eine weitere Herausforderung zu, insbesondere, wenn man bedenkt, dass die Aufnahme weiterer Staaten am Balkan geplant und mit 3. Oktober 2005 die Beitrittsgespräche mit der Türkei und somit eine Möglichkeit für deren Aufnahme in die EU eingeleitet wurde. Durch die verstärkte Migration aus Krisengebieten und wirtschaftlich benachteiligten Regionen Afrikas und Asiens ist bereits heute absehbar, dass sich bis weit nach dem Jahr 2010 höchste Belastungen für die Grenzsicherheit ergeben werden.⁸ Derzeit kommt es wiederholt zu Massenanstürmen hunderter einwanderungswilliger Afrikaner nach Europa. Viele von ihnen versuchen, die hohen Grenzzäune der spanischen Exklaven in Nordafrika, Ceuta und Melilla, zu überwinden oder mit kleinen Booten und veralteten Schiffen nach Europa zu kommen. Die Flüchtlingslager in Lampedusa, Malta, Ceuta, Melilla und in Fuerteventura sind überfüllt.⁹ Der Druck von illegalen Zuwanderern an den EU-Außengrenzen wächst. Allein zwischen Januar und Ende Mai 2006 gelangten ca. 9.000 Flüchtlinge auf überfüllten Holzbooten vor allem über Westsahara, dem Senegal und Mauretanien an die Kanarischen Inseln, über 12.000 Flüchtlinge kamen über Algerien nach Spanien. Auf den Kanarischen Inseln trafen in der ersten Jahreshälfte 2006 täglich bis zu 800 illegale Zuwanderer ein.¹⁰

⁷ István Samu, Innere und Äußere Sicherheit der EU in Osteuropa. Sicherheitsherausforderungen an den Ostgrenzen der EU, in: Europäische Sicherheit 7/2005, 56-59, 56.

⁸ Ebenda, 57.

⁹ So warteten nach einem großen Ansturm von Flüchtlingen auf Ceuta und Melilla im Oktober 2005 noch 20.000 Menschen in Algerien und Marokko, um in die spanischen Exklaven zu gelangen. Die EU reagierte mit der Freigabe von Finanzmitteln für den Ausbau der Grenzzäune. Quelle: ZIB 2-Bericht, 12.10.2005, ca. 22.15 Uhr, ORF Zeit im Bild.

¹⁰ Aus: Fluchtwelle: Spanien ruft um Hilfe, in: Die Presse, 1.6.2006, 1.

Die Szenen an der Grenze zu Spanien und auch an der italienischen Küste sind Ausdruck der ökonomischen Ungleichheit zwischen Nord und Süd, der gescheiterten Entwicklungspolitik der EU-Mitgliedstaaten und auch der Bevölkerungsentwicklung.

Für Europa stellt sich vor allem die Herausforderung, die Integration von Einwanderern und deren Nachkommen mit geringer Bildung zu bewältigen sowie die Bildung von Parallelgesellschaften zu vermeiden und einzudämmen. Es geht hier um den friedlichen Zusammenhalt der Gesellschaft: In den ärmeren Bezirken europäischer Großstädte kommt es vermehrt zu ethnischen Krawallen, wie z.B. 2005 in Birmingham zwischen afrikanischen und asiatischen Einwanderern. Im Oktober und November 2005 kam es zu Krawallen und Unruhen in Frankreich mit arbeitslosen Jugendlichen und Minderjährigen aus Einwanderervierteln, die von Pariser Vororten – wie Mantes-la-Jolie, Villiers-le-Bel, Clichy-sous-Bois, Aulnay-sous-Bois, Chelles und Bondy - ihren Ausgangspunkt nahmen. Dabei gab es einen Toten und zahlreiche Verletzte, zehntausende Autos brannten. Zerstört wurden zahlreiche Geschäfte, Restaurants, Kindergärten und Schulen.¹¹ In 38 französischen Städten erfolgte daraufhin das nicht unumstrittene Inkraftsetzen des Notstandsgesetzes aus 1955, das während des Algerienkrieges verabschiedet war. Es sieht Ausgangsverbote, Reisebeschränkungen sowie die Aufhebung der Bürgerrechte für zwölf Tage vor. Die Präfekten und die Vertreter des Staates in den *Départements* entscheiden über Zonen und Uhrzeiten der Ausgangssperren, die Befugnisse der Sicherheitskräfte werden dadurch erweitert.

Heftigste Krawalle gab es Anfang November 2005 auch in Lyon, die Explosion einer Bombe legte sogar das U-Bahnssystem lahm. Autos brannten jede Nacht. Nachahmungstäter gab es auch in Deutschland, als in Berlin, Bremen und Hamburg Anfang November 2005 einige Fahrzeuge und Gebäude anzündeten. Einige wenige Autos brannten auch in Athen und Brüssel.

¹¹ Auslöser der Gewaltwelle war der Tod zweier Jugendlicher, die am 27.10.2005 auf der Flucht vor der Polizei in ein Trafohäuschen eingedrungen waren und dabei durch Stromschläge getötet wurden.

Falls in Deutschland die falschen politischen Signale gesendet werden, könnte es auch in der Bundesrepublik zu schweren Eskalationen kommen, warnten Soziologen. Die niederländischen Behörden warnten ebenfalls, dass bereits ein kleiner Zwischenfall das brisante Gemisch aus sozialen, ethnischen und religiösen Differenzen zur Explosion bringen könnte. Angesichts der schweren Krawalle in Frankreich hat die iranische Regierung die Beachtung der Menschenrechte verlangt: „Wir hoffen, dass die Regierung friedlich auf die Anliegen ihres Volkes reagiert“, sagte der Sprecher des iranischen Außenministeriums, Hamid Reza Asefi. Regierung und Polizei müssten die moslemische Minderheit mit Respekt behandeln.¹² Jugendliche meinten in Paris: „Wir bringen Bagdad nach Paris“, in Anlehnung an jene terroristische Zellen, die in kleinen Organisationseinheiten die Besatzungsmächte und die irakischen Sicherheitskräfte bekämpfen. Die islamischen Gemeinden in Frankreich riefen dagegen zum Frieden auf.

In Berlin finden seit 1995 jedes Jahr so genannte *Al-Kuds*-Märsche (*Al-Kuds* arab. für Jerusalem) statt, bei denen seitens fundamentalistischer Moslems (ca. 1.000 Personen) gegen die gemäß deren Ansicht *zionistische Okkupation* Jerusalems protestiert wird.¹³ Bei dieser Demonstration befinden sich auch Moslems, die offen zur Vernichtung Islam-kritischer Wissenschaftler aufrufen.

Innerhalb der EU wurde mit der Ermordung des niederländischen Filmemachers Theo van Gogh durch einen extremistischen Moslem und die daraus entstandene anti-islamische Stimmung, bei der auch eine Koran-Schule in den Niederlanden angezündet wurde, die europaweite Diskussion um die gesellschaftliche Toleranz in einer Multikultur ausgelöst. Der Islamwissenschaftler Bassam Tibi kritisierte in diesem Zusammenhang, dass es in Europa ein falsches Verständnis für Toleranz gebe: Toleranz soll gegenüber dem Islam, aber strenge Sicherheitspolitik

¹² Aus: Iran fordert Frankreich zur Beachtung der Menschenrechte auf, Der Standard Online, 6.11.2005, 20:59 Uhr, <http://derstandard.at/?url=/?id=2232716>).

¹³ Erstmals hatte Irans Revolutionsführer Ayatollah Khomeini 1979 diesbezüglich zu weltweiten Kundgebungen aufgerufen. In Berlin protestierte erstmals 2003 ein Gegenbündnis aus Mitgliedern (etwa 100 Personen) der jüdischen Gemeinde, der Grünen, der CDU, der PDS und anderen Gruppierungen. Aus: Islamisten-Demonstration friedlich verlaufen, in: Die Welt, 22.11.2003.

gegenüber dem Islamismus ausgeübt werden.¹⁴ Der Islam sei Religion, der Islamismus eine politische Ideologie. Tibi warf den EU-Staaten vor, dass Religionsfreiheit in diesen Ländern auch für freiheitsgefährdendes Gedankengut wie den Islamismus gelte. Demnach habe der Islam nur einen Platz in Europa, wenn seitens seiner Anhänger Demokratie und Menschenrechte akzeptiert werden. Die europäische Vorstellung der multikulturellen Gesellschaft dürfe nicht in eine völlige Beliebigkeit der Werte und somit in eine offensichtliche Gleichgültigkeit gegenüber der Entwicklung des gesellschaftspolitischen Systems in Europa hinauslaufen nach dem Motto: Beliebigkeit der Werte – alles ist erlaubt. Europäische Werte wie Menschenrechte und pluralistische Demokratie sind so wertvoll und kostbar, dass sie verteidigt werden müssen.¹⁵

Zu den Fragen der gesellschaftlichen Integration stellen auch jene der wirtschaftlichen Integration - deren wirksame Beantwortung ist für die Realisierung einer umfassenden Sicherheit äußerst relevant – eine gewaltige Herausforderung dar. Sogenannte Parallelgesellschaften können auch den Nährboden für kriminelle Aktivitäten bilden: Max-Peter Ratzel, Direktor von Europol, warnte in diesem Zusammenhang: Internationale Verbrechensorganisationen nutzen neue Technologien, den Wegfall von Grenzkontrollen innerhalb des Schengenraumes und infiltrieren die EU über sich abgeschlossene Drittstaat-Gemeinschaften: *„Abgeschlossene Gemeinschaften von Drittstaatenangehörigen nehmen durch legale und illegale Zuwanderung stetig zu.“*¹⁶

In den Staaten der EU steigt die Kluft zwischen Arm und Reich. Der Verschuldungsgrad der Bevölkerung ist im Steigen, verursacht durch die Konsummanie, den Wohlstandsmaterialismus mit steigendem Verschwendungs- und Prestige konsum.¹⁷ Die europäischen Politiker sind dazu aufgerufen, eine langfristige generationenverantwortliche Politik zu durchdenken und umzusetzen – mit dem koordinierten Einsatz

¹⁴ Aus: Hans Kronspiess, „Die Europäer sind naiv und blauäugig“, Interview mit Bassam Tibi, abgedruckt in: Die Presse, 13.11.2004, 4.

¹⁵ Ebenda.

¹⁶ Diese Schlüsse stammen aus dem ersten Bericht über Organisierte Kriminalität in der EU, den Europol-Direktor Max-Peter Ratzel am 2.6.2006 in Luxemburg beim EU-Innenministertreffen präsentierte. Aus: Friederike Leibl, Internationale Mafia erobert Europas Unterwelt, in: Die Presse, 3.6.2006, 5.

¹⁷ Vgl. Herbert Rauch/Alfred Strigl, Die Wende der Titanic, München 2005, 17.

von Ressourcen, der Schaffung von Arbeitsplätzen bei der totalen Globalisierung der Märkte und dem Phänomen der Überalterung; einem Spagat, dem die Politik scheinbar machtlos gegenübersteht.

Die ökonomische Frage war auch ausschlaggebend für die gescheiterten EU-Verfassungsvertragsreferenden in Frankreich am 29. Mai 2005 (ca. 55 Prozent dagegen) und in den Niederlanden am 1. Juni 2005 (knapp 62 Prozent dagegen). Sieben Länder – Dänemark, Finnland, Großbritannien, Irland, Portugal, Schweden und die Tschechische Republik – hatten in der Folge nach dem Beschluss der EU-Staats- und Regierungschefs über eine Reflexionsphase Mitte Juni 2005 ihre Ratifizierung des EU-Verfassungsvertrages mit sofortiger Wirkung gestoppt.¹⁸ Dänemark hatte sogar argumentiert, dass der Bevölkerung kein Vertrag zur Abstimmung vorgelegt werden könne, der möglicherweise nie in Kraft treten werde. Im Zusammenhang mit der Aussetzung des Referendums stand bei Großbritannien auch die Beibehaltung des so genannten Briten-Rabatts zur Diskussion.¹⁹ Deutschland und Frankreich kritisierten die britische Regierung an ihrer Forderung, ihren Rabatt in der Höhe von jährlich 3 Mrd. Pfund

¹⁸ Quelle: Wolfgang Böhm, Sieben Länder stoppen Ratifizierung, in: Die Presse, 18.6.2005, 3.

¹⁹ Die britische Regierung setzte 1984 unter der damaligen Premierministerin Margaret Thatcher während des EU-Gipfels von Fontainebleau einen Abschlag auf den EU-Haushalt durch – untermauert durch den legendären Satz: „*I want my money back*“. Begründung war, dass Großbritannien im Vergleich zu anderen Staaten weniger Landwirtschaft betreibt und daher nur marginal von den Agrarsubventionen profitiere; gleichzeitig gehöre jedoch Großbritannien zu den größten Nettozahlern. Mittlerweile sinkt zwar der Anteil der Agrarausgaben am EU-Budget (derzeit 40%). Dennoch muss Großbritannien rund 4,6 Mrd. Euro weniger nach Brüssel zahlen, als der Verteilungsschlüssel es vorsieht, obwohl sich die Wohlstandsentwicklung seit 1984 in Großbritannien deutlich verbesserte. Im Jahr 2003 kostete der Briten-Rabatt Frankreich 1,6 Mrd. Euro, Italien 1,3 Mrd. Euro, Deutschland 430 Mio. Euro, und Österreich 45 Mio. Euro. Der Rabatt ist eine Umlage, den andere EU-Staaten anteilig aufbringen müssen. Nettozahler bekommen einen Rabatt auf den Rabatt: Österreich darf gemeinsam mit Deutschland, den Niederlanden und Schweden seit dem EU-Gipfel von Berlin 1999 einen Teil des Beitrages zum Britenrabatt auf andere Staaten abwälzen. Aus: Friederike Leibl, Briten haben EU-Joker in der Hand, in: Die Presse, 11.6.2005, 5, und Londons Rabatt in: Die Presse, 25.3.2005, 5.

beibehalten zu wollen.²⁰ Großbritanniens Premierminister Tony Blair kritisierte, dass nach wie vor innerhalb der EU zu viele Gelder für Agrarsubventionen aufgewendet werden, ein Viertel davon steht Frankreich zur Verfügung. 40 Prozent der EU-Gelder werden für 5 Prozent der EU-Bevölkerung in der Agrarwirtschaft aufgewendet, die lediglich 1,6 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) erwirtschaftet. Zudem war seit 1995 der britische Beitrag für die EU selbst mit dem Rabatt zweieinhalb Mal höher als jener Frankreichs. Ohne den Rabatt wäre der britische Beitrag fünfzehn Mal höher gewesen, kontierte Blair.²¹

In den EU-Finanzverhandlungen für das Gemeinschaftsbudget 2007-2013 hing eine Einigung hauptsächlich vom Kompromiss über den Briten-Rabatt ab. Zudem gab es zwischen Großbritannien und den Regierungen in Deutschland und Frankreich grundsätzlich unterschiedliche Auffassungen über die wirtschaftspolitische Gestaltung des Kontinents: dem Modell einer politisch-sozialen Union (Deutschland, Frankreich) mit einheitlichen Regelungen für den Arbeitsmarkt, mit Einschränkungen für Arbeitnehmer aus den neuen Mitgliedstaaten Mittel- und Osteuropas, mit der Beibehaltung des jetzigen Förderungswesens, steht das wirtschaftsliberale Modell Großbritanniens mit einer Liberalisierung der Arbeitszeiten, der Öffnung des Arbeitsmarktes auch für Arbeitnehmer aus den neuen Mitgliedstaaten und der Erhöhung des Wettbewerbs, eines Steuerwettbewerbs mit dem Ziel, Unternehmen gering zu besteuern, der zielgenaueren Einsetzung von Fördergeldern und deren Erhöhung im Forschungsbereich, einer flexibleren Sozialpolitik und des *Opting outs* in der Währungspolitik, gegenüber. Deutschland befand sich besonders in den Jahren 1999-2007 in einer politischen Stagnation. Auf politischer Ebene gab es keine Mehrheit für liberale Reformen, die viele Verlierer mit sich gebracht hätten. Die Bundesrepublik ist ein Land mit einem umfassenden Sozialsystem, 31 Prozent des BIP stehen dem Regierungssektor für soziale Zwecke bzw. für Sozialausgaben zur Verfügung. Circa 41 Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung lebt von Regierungsleistungen wie staatlichen Pensionen, öffentlichen

²⁰ Aus: British and French rivalry spills over on three fronts, in: The Times, June 7, 2005, 1.

²¹ Friederike Leibl, Briten haben EU-Joker in der Hand, in: Die Presse, 11.6.2005, 5

Stipendien, Arbeitslosenunterstützung, Invalidenrente und Sozialhilfe. In den neuen Bundesländern liegt der Prozentanteil gar bei 47 Prozent.²² 10 Prozent der oberen Einkommensbezieher zahlen in Deutschland mehr als 50 Prozent und die oberen 20 Prozent mehr als 80 Prozent des gesamten Steueraufkommens, während 40 Prozent der Einkommensbezieher überhaupt keine Einkommenssteuer entrichten.²³ Zusätzlich zu den derzeitigen wirtschaftlichen Herausforderungen wendete noch die Bundesrepublik Deutschland seit 1990 ca. zwei Billionen Euro auf – für den wirtschaftlichen Aufbau der neuen Bundesländer bzw. der ehemaligen DDR (16 Millionen Einwohner), die noch als Musterland im kommunistischen Wirtschaftssystem des COMECON gegolten hatte.

Sowohl sicherheitspolitisch als auch wirtschaftlich sind nicht nur die EU-Staaten untereinander, sondern auch mit den USA eng verbunden. Das transatlantische Handels- und Transfervolumen wurde im Jahr 2002 auf 2.000 Mrd. US-Dollar beziffert. Nordamerika und Europa vertieften während der neunziger Jahre ihre sicherheitspolitische und ökonomische strategische Partnerschaft. Was die militärischen Fähigkeiten betrifft, hat sich jedoch der Abstand der EU-Staaten zu den USA stark vergrößert (*Capabilities Gap*). Etliche europäische NATO-Staaten könnten aufgrund fehlender Mittel „einen Großteil ihrer Truppen nicht einmal jenseits ihrer Grenzen einsetzen – weil sie dafür nicht ausgebildet sind oder sie keine Flugzeuge haben, die die Soldaten an Orte wie Afghanistan bringen.“²⁴ Von den USA wird seit einigen Jahrzehnten gefordert, dass die europäischen Verbündeten ein größeres Engagement für die eigene Sicherheit aufbringen müssen – mit dem Ziel, die militärische Handlungsfähigkeit zu verbessern. Diese Fähigkeiten müssen mit jenen der USA kompatibel sein. So war das amerikanische Außenministerium anfänglich jener europäischen Initiative gegenüber skeptisch, ein eigenes globales Satellitennavigationssystem *Galileo* aufzubauen. Das von den USA betriebene GPS (*Global Positioning System*) sollte zum globalen Standard gemacht werden. Das Außenministerium der USA gab zu

²² Zahlen aus: Hans-Werner Sinn, Deutschlands politische Stagnation, in: Die Presse, 2.9.2006, 41.

²³ Ebenda.

²⁴ Aus: British and French rivalry spills over on three fronts, in: The Times, June 7, 2005, 1.

verstehen, es gäbe keinen zwingenden Bedarf für ein eigenes Satellitensystem der EU, da das GPS die Bedürfnisse der Benutzer auf der ganzen Welt für eine voraussehbare Zukunft zufrieden stellen soll. Das *Galileo*-System, so die USA, soll zumindest mit dem GPS interoperabel sein. *Galileo* wird aus insgesamt 30 Satelliten bestehen und bis 2008 fertig gestellt. Die US-Administration hatte großes Bedenken, dass *Galileo* auch von China angekauft wird. Die Volksrepublik gilt derzeit als der Wachstumsmarkt für amerikanische, europäische und russische Spitzentechnologie.

China überzeugt seit dem Beginn des Reform- und Öffnungsprozesses 1978 mit einer enormen wirtschaftlichen Entwicklung. Zwischen 1979 und 2003 betrug in China das jährliche durchschnittliche Wirtschaftswachstum 9,7 Prozent. 2003 stieg China mit einem Handelsvolumen von 850 Mrd. US-Dollar zur weltweit viertgrößten Handelsnation auf und überholte gleichzeitig mit 53,5 Mrd. US-Dollar erstmals die USA als größtes Zielland für ausländische Direktinvestitionen.²⁵ Mittlerweile verkauft die Volksrepublik China nach amerikanischen Berechnungen Waren im Wert von 202 Mrd. US-Dollar mehr in die USA, als China aus den USA importiert.²⁶ Die Volksrepublik ist seit Dezember 2001 Mitglied der WTO.

Die Entwicklung neuer politischer Räume sowie traditionelles Denken befinden sich stets in einem Spannungsfeld, was wiederum innerhalb der EU auch die Diskussionen um die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit dem NATO-Land Türkei verdeutlicht. So werden heute vermehrt Lebenssphären und Milieus globalisiert, gleichzeitig erfolgen Regionalisierungen auf kontinentaler und regionaler/subnationaler Ebenen. Die Anzahl und Arten transnationaler Akteure steigt ebenso.²⁷ Für beide – EU und NATO – gilt es deshalb verstärkt, eine nachhaltige und friedliche sicherheitspolitische

²⁵ Frank Gräfe, Chinas innenpolitische Herausforderungen, in: Europäische Sicherheit 1/2005, 18-24, 18.

²⁶ Aus: Jutta Lietsch, Reden mit Bush, Abendessen mit Gates, in: Die Presse, 19.4.2006, 7.

²⁷ Wilfrid von Bredow in seiner Abhandlung über die „Bedeutung bilateraler Beziehungen im Zeitalter der Regionalisierung und Globalisierung“, zitiert in: Heinz Brill, Strategische Allianzen in der internationalen Politik, Universalismus versus Multipolarität, in: ÖMZ 5/2002, 539-546, 539.

Gestaltung des Globus gemeinsam mit Partnern umzusetzen – in Zeiten immer komplexer werdender politischer und gesellschaftlicher Systeme. Sicherheitspolitisch kann und darf die EU von der NATO nicht getrennt werden: 94 Prozent der EU-Bürger leben in Staaten, die auch Mitglieder der NATO sind. Nicht-Mitglieder der NATO sind lediglich die so genannten *Neutralen* und *Allianzfreien* Finnland, Irland, Malta, Österreich, Schweden und Zypern. Entgegen einigen politischen Prophezeiungen der neunziger Jahre, dass sich die NATO mit dem Ende des Kalten Krieges überlebt habe, bildet das Bündnis durch die Aufgabenerweiterungen bis hin zum zivilen Katastrophenschutz das primäre europäische Sicherheitssystem – auf transatlantischer Basis.

Der umfassende sicherheitspolitische Ansatz - EU und NATO

Die Gründung der Europäischen Gemeinschaften mit dem EGKS-Vertrag und den Römer Verträgen von 1957 (EWG, Euratom) hatte die Einführung einer Zollunion und eines Binnenmarktes zum Ziel, die wirtschaftliche Stabilisierung Europas sollte dadurch eingeleitet werden. In der Folge wurde auch eine sicherheitspolitische Integration Westeuropas und auch in der Folge nach 1990 mittel- und osteuropäischer Staaten auf der Basis der NATO realisiert.

Um die komplexen sicherheitspolitischen Herausforderungen überhaupt bewältigen zu können, bedarf es einer wohl-koordinierten Zusammenarbeit zwischen internationalen Organisationen, die den Einsatz politischer, wirtschaftlicher und auch militärischer Instrumente regelt. Sicherheitspolitik ist bestrebt, den Staat vor äußeren Bedrohungen zu schützen sowie strukturelle Ursachen von potenziellen gewaltsamen Konflikten zu beseitigen: Durch Gewaltvermeidung in der Einräumung von Menschen- und Minderheitenrechten, durch die Herstellung und Erhaltung stabiler wirtschaftlicher und sozialer Verhältnisse und durch die Verhinderung ökologischer Katastrophen. Als gegenwärtige Bedrohungen sind zu nennen: Terrorismus, organisierte Kriminalität, Drogen- und Kleinwaffenhandel, Menschenhandel, illegale Migration, Korruption, Geldwäsche und der *Cyber War*. 27 Millionen Menschen sind weltweit Opfer von Menschenhandel, großteils Kinder und Frauen, die sexuell ausgebeutet werden: „*Der Menschenhandel als zweiter illegaler Wirtschaftszweig nach dem Drogenhandel blüht vor allem dort, wo bittere Armut oder kriegerische Zustände herrschen*“, betonte March

Bell, Sonderberater für Menschenhandelsthemen im US-Justizministerium.²⁸ Die Eindämmung dieser Bedrohungen verlangen nach einem kooperativen Sicherheitsansatz.

In Europa bleiben noch viele Minderheitenprobleme ungelöst. Laut Schätzungen leben in Europa sieben bis neun Millionen Roma, davon 70 Prozent in Mittel- und Osteuropa, hier wiederum insbesondere in Bulgarien, Mazedonien, Rumänien, der Slowakei (320.000 Roma, 12 Prozent der Bevölkerung), und in Ungarn (4-8 Prozent der Bevölkerung). Jene Staaten Ost- und Südosteuropas, in denen die meisten Roma leben, sind nun bestrebt, gemeinsam Anstrengungen zu unternehmen, um die Lage dieser Minderheiten zu verbessern. In den nächsten zehn Jahren sollen die Roma endlich aus ihrer Armut und Ausgrenzung befreit werden. Eine entsprechende Deklaration wurde am 2. Februar 2005 in Sofia von den Premier- oder Vizepremierministern Bulgariens, Kroatiens, Mazedoniens, Rumäniens, Serbien-Montenegros, der Slowakei, der Tschechischen Republik und Ungarns unterzeichnet. Besonderes Augenmerk soll dabei auf Ausbildung, Beschäftigung, Gesundheit und die Verbesserung der Wohnsituation der Roma gelegt werden. Das Projekt selbst trägt den Namen „2005-2015, Jahrzehnt der Roma-Integration“. Treibende Kraft dahinter sind die Weltbank und der US-Milliardär George Soros, der zahlreiche Demokratieprojekte in Mittel- und Osteuropa finanzierte.²⁹ In Bulgarien sind allein von 200.000 Sozialhilfeempfängern 80 Prozent Roma.³⁰

Bei den Vereinten Nationen war von Beginn an der sicherheitspolitische Ansatz umfassend zu verstehen – politisch, wirtschaftlich und militärisch. Ein äußerst wichtiger Bereich der umfassenden sicherheitspolitischen Zusammenarbeit bildet die Katastrophenhilfe. Sehr früh hat die UNO auch Institutionen und Instrumente zur humanitären und Katastrophenhilfe ins Leben gerufen:

²⁸ Menschenhandel findet vor allem im südostasiatischen Raum, in den Transformationsländern Osteuropas, in Südosteuropa und in der Region südlich der Sahara statt. Auch in die USA würden jährlich bis zu 20.000 Personen vor allem aus Mittel- und Südamerika verschleppt. Quelle: 27 Millionen Opfer, in: Die Presse, 26.1.2005, 5.

²⁹ Aus: Deklaration: Jahrzehnt der Roma, in: Die Presse, 4.2.2005, 8.

³⁰ Aus: Wieland Schneider, Reportage: „Die Zigeuner sollen in ihren Ghettos bleiben“, in: Die Presse, 4.2.2005, 8.

Das Flüchtlingshochkommissariat UNHCR³¹ und die OCHA – die *Office for the Coordination of Humanitarian Affairs*. Über die OCHA in Genf werden zentral die Hilfsansuchen der betroffenen Staaten eingebracht. Für die Einschätzung der Lage vor Ort arbeiten geschulte und *ad hoc* einsetzbare Erkundungsteams (UNDAC³²) mit, diese Teams sind auch bemüht, die in den UNO-Mitgliedstaaten vorhandenen menschlichen und materiellen Kapazitäten für Hilfsaktionen zu koordinieren. Seit 1996 ist innerhalb der OCHA eine „*Military and Civil Defence Unit*“ (MCDU) vorhanden, die für zivil-militärischen Zusammenarbeit (UNCIMIC) und die erforderlichen Ausbildungsprogrammen verantwortlich ist.

Innerhalb der OSZE und der NATO sind während der neunziger Jahre neue Elemente der Sicherheitspolitik entwickelt worden, wie dies im Krisenmanagement im ehemaligen Jugoslawien sichtbar wurde. Die NATO steht sowohl für traditionelle militärische Fähigkeiten, aber auch für neue Formen militärischer und sicherheitspolitischer Kooperation sowie für zivile Notstandsplanung und Katastrophenhilfe durch Zusammenarbeit mit fast allen Staaten Europas. Bereits 1951 hatte die NATO das Komitee für Zivilverteidigung gegründet, es wurde 1995 in *Civil Protection Committee* umbenannt. Das *Komitee für Zivilverteidigung* beschäftigte sich vorrangig – angepasst an die Bipolarität Anfang der fünfziger Jahre - mit den Folgen einer möglichen Bedrohung durch Nuklearwaffen. Einsätze des Katastrophenschutzes und der humanitären Hilfe waren bei der NATO zunächst nicht geplant, erst 1994 erfolgte mit der Gründung der NATO-Partnerschaft für den Frieden (*Partnership for Peace* - PfP) eine Kooperation von Staaten Nordamerikas, Europas und Asiens – von Vancouver bis Wladiwostok – im Bereich der zivilen Notstandsplanung. Die Kooperationsaktivitäten der PfP im Rahmen der zivilen Notstandsplanung konzentrieren sich vor allem schwerpunktmäßig auf die Katastrophenhilfe und auf den Zivilschutz. Die NATO kann auf Ersuchen des betroffenen Staates unterstützende Maßnahmen ergreifen, wie dies auch nach der *Tsunami-Katastrophe* vom 26. Dezember 2004 in Südostasien und in Sri Lanka der Fall war. Diese Katastrophe, in der insgesamt 220.000 Menschen

³¹ *United Nations High Commissioner for Refugees.*

³² *United Nations Disaster Assessment and Coordination Team.*

ums Leben kamen (davon 31.000 in Sri Lanka), verdeutlichte jedoch, wie lange danach Korruption und Ineffizienz die Hilfe an betroffene Opfer behindern bzw. verzögern können. In Sri Lanka wurden z.B. ein Jahr nach der Katastrophe noch keine Strukturen geschaffen, um die Hilfsgelder und –mittel gerecht aufzuteilen. Spenden wurden nur zögerlich ausbezahlt, Container mit Hilfsgütern wurden mit zu hohen Gebühren von den Hafenbehörden so belastet, dass es für Hilfsorganisationen nicht mehr möglich war, die dafür erforderliche Geldsumme aufzubringen. Die Regierung in Colombo war überfordert, diesen Missständen entgegenzuwirken. So kam die Hilfe oft dort nicht an, wo diese benötigt wurde bzw. wird.

Die OSZE ist bestrebt, außer den traditionellen Mitteln kooperativer Sicherheitspolitik – wie Vertrauensbildung und Abrüstungsgesprächen – die neue Kategorie der Präventivdiplomatie im Bereich ethnischer und kultureller Problembereiche wahrzunehmen. Eine wesentliche Rolle erfüllt die OSZE bei der Frühwarnung, Konfliktverhütung und Krisenbewältigung mit nicht-militärischen Mitteln. Vom Anfang an war die KSZE/OSZE von einem umfassenden Sicherheitsverständnis geprägt: Von der Konfliktverhütung über ziviles *peace building* und *peace implementation* bis zu Bereichen der Demokratisierung (Bsp. Wahlbeobachtung), der Einhaltung und Achtung der Menschen- und Minderheitenrechte, der „*menschlichen Dimension*“ (Bsp. Eindämmung des Menschenhandels, Ziel der Verhinderung der Rekrutierung von Kindern in bewaffneten Konflikten³³), der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung sowie des Umweltschutzes. Wesentlich ist in diesem Zusammenhang die beim OSZE-Gipfeltreffen von Istanbul (18.-19. November 1999) beschlossene Schaffung eines Programms für schnelle Einsatzgruppen (REACT) zur Entsendung von ausgebildeten und über eine Datenbank erfassten zivilen Experten in Krisenfällen. Die KSZE stand Pate für den zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt im Jahr 1990 zustande gekommenen

³³ Ende 2004 wurden in mindestens 20 Kriegen bis zu 300.000 Kinder zum Kampf gezwungen. Das geht aus dem „Weltreport Kindersoldaten“ hervor, der von der UNICEF und anderen Kinderrechtsorganisationen erstellt wurde. Vor allem Rebellenarmeen greifen vermehrt auf kämpfende Kinder zurück, die zwangsrekrutiert werden. Aus: Kindersoldaten in 20 Kriegen, in: Die Presse, 19.11.2004, 11.

Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa (VKSE)³⁴, zudem erfolgte über die Charta von Paris für ein Neues Europa 1990 eine Annäherung zwischen den Staaten der NATO und des Warschauer Paktes. Während des OSZE-Gipfels in Istanbul 1999 erfolgte die Unterzeichnung des adaptierten KSE-Vertrages. Russland hatte sich zugleich auch verpflichtet, seine Truppen und Munitionsdepots aus Georgien und Moldawien (Transnistrien) abzuziehen. Sobald dieser Schritt erfolgt sei – so die anderen damaligen 29 Vertragsunterzeichner – würde das adaptierte Abkommen ratifiziert werden. Nachdem sieben Jahre später russische Truppen und Munition noch immer in Georgien und Moldawien stationiert bleiben, wurde der Zusatzvertrag von den Vertragsparteien nicht ratifiziert.

International basieren auf dem Konzept umfassender Sicherheit u.a. das Schlussdokument der von der Generalversammlung der Vereinten Nationen 1987 einberufenen „*Internationalen Konferenz über die Beziehung zwischen Abrüstung und Entwicklung*“, das 1995 angenommene „*Gemeinsame Konzept der 27 WEU-Nationen über europäische Sicherheit*“, die von den OSZE-Staaten 1996 verabschiedete „*Lissabon-Erklärung über ein gemeinsames und umfassendes Sicherheitsmodell für das 21. Jahrhundert*“ sowie das Basisdokument des 1997 im Rahmen der NATO ins Leben gerufenen Euro-Atlantischen Partnerschaftsrats (*Euro-Atlantic Partnership Council/EAPC*). Der erweiterte Sicherheitsbegriff umfasst seither Außen- und Sicherheitspolitik, die innere, ökologische, ökonomische oder soziale Sicherheit. Wesentliches Ziel einer umfassenden europäischen Sicherheitspolitik muss es sein, die europäische Stabilitätszone auszuweiten, wobei die Prozesse zur Erweiterung und Vertiefung der EU und der NATO eine zentrale Rolle spielen.

Sowohl die EU als auch die NATO zielen auf die Realisierung des umfassenden Sicherheitsansatzes. Die Rolle der NATO wurde dabei von europäischen Verbündeten wie Frankreich und Deutschland öfters zur Diskussion gestellt: So drängte Deutschlands damaliger

³⁴ Der VKSE hatte zur Folge, dass die Vertragsunterzeichner mehr als 60.000 große Waffensysteme (Kampfpanzer, Artilleriegeschütze, Kampfflugzeuge, Kampfhelikopter und gepanzerte Fahrzeuge) zerstören mussten. Dieses Abkommen gilt als Grundpfeiler der Stabilität und Sicherheit in Europa.

Bundeskanzler Gerhard Schröder auch auf eine Reform der NATO, da aus Sicht Schröders die Nordatlantische Allianz „*nicht mehr der primäre Ort (sei), an dem die transatlantischen Partner ihre strategischen Vorstellungen konsultieren und koordinieren.*“³⁵ Sein Außenminister Joschka Fischer plädierte für einen umfassenderen transatlantischen Dialog: „*Wir brauchen ein neues Grand Design. Wo diskutieren wir etwa über Fragen wie die Todesstrafe, die Haltung zum Kyoto-Protokoll (Anmerkung: zur Verringerung der Treibhausgase auf dem Niveau von 1990)*“³⁶ *oder zum Internationalen Strafgerichtshof?*“³⁷ Die NATO, so der damalige Verteidigungsminister Peter Struck, dürfe nicht als eine Art „*Werkzeugkasten*“ missbraucht werden; demnach könne man nicht einfach jene „*raus suchen, die man braucht*“ und andere „*an die Seite stellen.*“ Die amerikanische Regierung drängte dagegen die Bundesrepublik Deutschland, innerhalb der NATO mehr Verantwortung zu übernehmen. Deutschland soll demnach seine Verteidigungsausgaben steigern und die Reformen der Bundeswehr beschleunigen. Dies sei nötig, „*damit Deutschland die Führungsrolle spielen kann, die es unserer Meinung nach in der NATO übernehmen muss*“, meinte der damals scheidende Botschafter der USA bei der NATO, Nicholas Burns.³⁸ Kurz nach den Bundestagswahlen stattete Deutschlands neue

³⁵ Nikolaus Busse, „Nicht so schlimm, wie es klingt“, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 13.2.2005.

³⁶ Das Kyoto-Protokoll von 1997 konnte, nachdem es Russland drei Monate zuvor ratifiziert hat, am 16.2.2005 in Kraft treten. Es verpflichtet die Industriestaaten, den Ausstoß von Treibhausgasen zwischen 2008 und 2012 um 5,2 Prozent unter dem des Jahres 1990 zu verringern. Die Vereinbarung sollte ursprünglich erst dann völkerrechtlich verbindlich werden, nachdem sie von 55 Ländern in staatliches Recht übernommen wurde, die 55 Prozent des weltweiten Treibhausgas-Ausstoßes verursachen. Bis Anfang 2005 hatten dieses Protokoll 128 Staaten ratifiziert, die weltweit insgesamt 62 Prozent der Industrie-Emissionen verursachen. Die USA sträubten sich bisher, das Kyoto-Protokoll zu unterzeichnen. Russland ist mit 17 Prozent der Schadstoffemissionen der größte Teilnehmer des Protokolls. Daten aus: Russische Luft-Geschäfte, in: Salzburger Nachrichten, 20.11.2004, 17; und: Michael Lohmeyer, Klimapolitik nach Kyoto: Wird CO₂ um 30 Prozent reduziert?, in: Die Presse, 30.10.2002, 12.

³⁷ Wolfgang Greber, „Schröder Surprise“: Vorstoß ins Leere, in: Die Presse, 14.2.2005, 3.

³⁸ Aus: US-Regierung: Deutschland soll mehr für die NATO tun, in: sueddeutsche.de, 4.3.2005, 19:25 Uhr, Onlinedienst der Süddeutschen Zeitung.

Bundeskanzlerin Angela Merkel einen Antrittsbesuch beim Brüsseler Hauptquartier der NATO ab, bei dem sie klarstellte: Die NATO ist nicht nur eine militärische, sondern auch eine politische Allianz: „*NATO should be the place where people turn first with member states to discuss political issues of common concern.*“³⁹

Mit den Erweiterungen stoßen sowohl die EU als auch die NATO an drei geopolitische Räume: Russland, den Nahen und Mittleren Osten sowie Nordafrika mit ihren angrenzenden Räumen: „*Die entscheidende Frage für die EU-Mitgliedstaaten gegenüber diesen Räumen lautet, auf welche Weise dort sozio-ökonomisch und politisch stabile Verhältnisse – also moderne Gesellschaften und Staaten – befördert werden können, und insbesondere, welche alternativen Optionen sich eröffnen, wenn sich die globale Strukturkraft der Westernisierung nicht mehr entfaltet.*“⁴⁰ EU und NATO streben die Aufnahme weiterer Staaten an, die den Beitrittskriterien entsprechen. Zudem sollen neue Demokratien wie die Ukraine verstärkt in die enge Zusammenarbeit innerhalb der NATO und der EU-Nachbarschaftspolitik eingebunden werden. Die Ukraine ist besonders als Transportland von Bodenschätzen von großem geopolitischem Interesse für EU-Staaten. Während ihres informellen Treffens in Vilnius hatten die Außenminister der NATO-Staaten am 21. April 2005 die Beitrittsperspektive der Ukraine in der Aufnahme des *Intensivierten Dialogs* bestätigt. Die NATO-Außenminister und ihr ukrainischer Kollege Boris Tarasjuk einigten sich auf eine verstärkte Zusammenarbeit innerhalb dieses Dialoges. Die Formel des *Intensivierten Dialoges* entstand während des NATO-Gipfels von Madrid 1997, als die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten beschlossen, „*to continue the Alliance’s intensified dialogues with those nations that aspire to NATO membership or that otherwise wish to pursue a dialogue with NATO on membership questions.*“ Diese Dialoge beinhalten „*the full range of political, military, financial and security issues relating to possible NATO membership, without prejudice to any*

³⁹ Aus: New German Chancellor calls for “political” NATO, 23 Nov. 2005, NATO Update, <http://www.nato.int/docu/update/2005/11-november/e1123a.htm>.

⁴⁰ Aus: Thomas Jäger, Machtpolitische Asymmetrie und kulturelle Differenz, in: Erich Reiter (Hg.), Beiträge zur Entwicklung der ESVP, Teil 1, Strategische Analysen, Bundesministerium für Landesverteidigung, Wien, Juni 2005, 5-14, 10.

*eventual Alliance decision.*⁴¹ Nach dem Erfolg der friedlichen Revolution in der Ukraine sei, so die NATO-Außenminister, ein neues Kapitel im Bemühen um die Durchsetzung eines Rechtsstaates und der Demokratie in der Ukraine aufgeschlagen worden. In diesem Zusammenhang erinnerte der NATO-Generalsekretär an die demokratischen Werte und Standards, die jedes Land erfüllen müsse, das beabsichtigt, in die Nordatlantische Allianz aufgenommen zu werden. Dazu zählen eine der Bevölkerung gegenüber rechenschaftspflichtige Regierung, eine unabhängige Justiz, der Schutz von Menschen- und Minderheitenrechten und die zivile Kontrolle der Streitkräfte.⁴² Im Hinblick auf eine mögliche Aufnahme der Ukraine in das Bündnis unterstrich der NATO-Generalsekretär, dass das Bewerberland das Ziel aus eigener Kraft erreichen müsse. Die NATO selbst könne den Erfolg einer Aufnahme des osteuropäischen Landes nicht garantieren, jedoch werden die Regierung und die Behörden in Kiew seitens der NATO unterstützt, dieses Ziel zu erreichen.⁴³ Diesem Zweck dient auch ein gemeinsamer Aktionsplan, dessen Ausarbeitung zuvor von der Ukraine und der NATO zusammen erfolgte. Der Ukraine wurde unter anderem Hilfe bei der Ausbildung von zivilen Kräften für die Führung und Kontrolle des staatlichen Sicherheitsapparates und der Streitkräfte in Aussicht gestellt – mittels bereits verfügbarer Einrichtungen innerhalb der NATO, des Genfer Zentrums für die Demokratische Kontrolle von Streitkräften (*Centre for Democratic Control of Armed Forces – DCAF*)⁴⁴ und der erweiterten Arbeitsgruppe für Verteidigungsreform (*Joint Working Group on Defence Reform - JWGDR*). Dieser Aktionsplan sieht auch die Unterstützung der NATO bei der Reform der Gesetzgebung und des Wahlrechts vor genauso wie politische

⁴¹ Quelle: NATO launches „Intensified Dialogue“ with Ukraine, 21 April 2005, aus: NATO Update, <http://www.nato.int/docu/update/2005/04-april/e0421b.htm> , Last update: 21 April 2005 17:13 hours.

⁴² Ebenda.

⁴³ Ebenda.

⁴⁴ In Genf entstand im Herbst 2000 ein internationales Zentrum zur demokratischen Kontrolle von Streitkräften. Es soll Staaten auf dem Weg zur Demokratie unterstützen, die politische Kontrolle über das Militär zu festigen. Die Schweiz hatte sich zum Ziel gesetzt, diesen Schwerpunkt im Rahmen ihrer Beteiligung an der NATO-Partnerschaft für den Frieden auszubauen.

Konsultationen insbesondere über den Konflikt in Transnistrien. Mit dem Aktionsplan ist die Aufnahme in die NATO nicht mehr ein von der ukrainischen Regierung formuliertes Fernziel, sondern von der Nordatlantischen Allianz und Kiew gemeinsam getragenes Projekt. Es geht dabei auch um die Einleitung und die Vertiefung von Beteiligungen ukrainischer Streitkräfte an NATO-geführten militärischen Einsätzen (wie an der *Operation Active Endeavour* im Mittelmeer⁴⁵, der ISAF in Afghanistan, der KFOR im Kosovo und an der NATO-Ausbildungsmission im Irak) sowie an Übungen zur Herstellung der Interoperabilität für friedensunterstützende Operationen im Rahmen der NATO-Partnerschaft für den Frieden (*Partnership für Peace – PfP*). Die für die Beitrittsreife erforderlichen Reformen sollen, so Außenminister Tarasjuk, bis 2008 umgesetzt sein. US-Außenministerin Condoleeza Rice erklärte jedoch, entscheidend sei der Leistungsausweis, nicht ein bestimmtes Datum.⁴⁶

In der Ukraine wurde 2005 innerhalb des *NATO Partnership for Peace Trust Fund* die größte Demilitarisierungsinitiative eingeleitet mit dem Ziel, überzählige Munition, kleine und leichte Waffen (*Small Arms and Light Weapons – SALW*) und tragbare Luftverteidigungssysteme (*Man-Portable Air Defence Systems – MANPADS*)⁴⁷ zu zerstören - insgesamt 133.000 Tonnen Munition und 1,5 Millionen SALW. Das Material wurde bzw. wird zum Teil offen gelagert und stellt eine

⁴⁵ Während des informellen NATO-Außenministertreffens von Vilnius unterzeichneten der NATO-Generalsekretär und der ukrainische Außenminister einen *Exchange of Letters*, der die Beteiligung ukrainischer Militärpersonen an der NATO-Mittelmeeroperation *Active Endeavour* eingeleitet hatte. Somit integriert sich die Ukraine erstmals in eine Militäroperation der NATO, die auf der Grundlage des Artikels 5 des NATO-Gründungsvertrages (gegenseitiger Beistand) durchgeführt wird. Es geht bei dieser am 18.10.2001 eingeleiteten Operation – sie wurde im März 2004 auf den gesamten Mittelmeerraum ausgedehnt - um die Eskortierung, Durchsuchung und Überprüfung von Handelsschiffen im Hinblick auf den Kampf gegen den Terrorismus. Quelle: Ukraine to support NATO's Mediterranean anti-terrorist operation, aus: NATO Update, 21 April 2005, <http://www.nato.int/docu/update/2005/04-april/e0421c.htm>.

⁴⁶ Quelle: Die NATO ermutigt Ambitionen der Ukraine, aus: NZZ Online, 22.4.2005, Onlinedienst der Neuen Zürcher Zeitung.

⁴⁷ MANPADS sind Luftabwehrraketen wie z.B. das US-Modell „*Stinger*“ oder die russischen Typen SAM-7 „*Strela*“ oder SAM-13 „*Igla*“, Die Reichweite dieser kleinen Raketen reichen bis zu 8 Kilometer.

Bedrohung für die öffentliche Sicherheit dar. Mit dieser Initiative soll auch das Proliferationsrisiko eliminiert werden. Das Programm selbst wird in vier Phasen innerhalb von zwölf Jahren durchgeführt. Die Kosten für die ersten drei Jahre werden auf ca. 7 Millionen Euro beziffert. Phase I wurde – erstmals als *lead nation* in einem *NATO PfP Trust Fund*-Projekt – von den USA übernommen. Mit den USA haben sich auch Großbritannien und Norwegen bereit erklärt, dieses Projekt finanziell zu unterstützen. Der PfP Trust Fund wurde im September 2000 geschaffen, fünf Projekte wurden bisher durchgeführt. Für die Ukraine ist dies das zweite Projekt dieser Art. Innerhalb des ersten Projektes wurden 2002 und 2003 in der Ukraine 400.000 Antipersonen-Landminen (APL) vernichtet. Durch verschiedene derartige Projekte erfolgte die Zerstörung von über zwei Millionen APL in Albanien, Moldawien, in Tadschikistan und in der Ukraine.⁴⁸ Weiters erfolgten 2005 im Rahmen des *NATO Trust Fund* die Durchführung zweier Programme in Serbien-Montenegro – unter den *lead nations* Kanada und Österreich – zur Zerstörung von über 1,3 Millionen Landminen. An diesen Projekten haben sich auch Bulgarien, Irland, die Niederlande, Norwegen, Schweden, die Schweiz, die Tschechische Republik und Ungarn finanziell beteiligt.⁴⁹ Die *NATO Supply and Maintenance Agency* (NAMSA) ist die ausführende Agentur für derartige Projekte, die vor allem zum Ziel haben, den so genannten *Ottawa-Prozess* zu beschleunigen. Dieses internationale Übereinkommen wurde am 3. Dezember 1997 von 123 Staaten unterzeichnet und trat am 1. März 1999 in Kraft. Es sieht folgende Bestimmungen vor:

- Ein umfassendes und unbedingtes Verbot von Herstellung, Einsatz, Weitergabe und Lagerung aller Arten von Antipersonenminen.
- Zerstörung vorhandener Bestände innerhalb von vier Jahren.
- Räumung verlegter Antipersonenminen innerhalb von zehn Jahren.

⁴⁸ Quelle: NATO/PfP Trust Fund project to destroy surplus weapons and ammunition in Ukraine, NATO Press Release (2005)21, 19 February 2005.

⁴⁹ Quelle: 1.3 million landmines to be destroyed in Serbia and Montenegro, NATO Update, 17 August 2005, <http://www.nato.int/docu/update/2005/08-august/e0817a.htm>, Updated: 25-Aug-2005.

- Zusammenarbeit bei der Minenräumung und der Opferfürsorge zwischen Staaten, die von der Minenlegung betroffen sind.

Als Vorlage für die *Ottawa-Konvention* diente ein 1996 in Österreich verabschiedetes Gesetz zum Verbot von Anti-Personen-Minen. Bis Ende 2004 wurden aufgrund dieses Abkommens insgesamt 37 Millionen Minen aus Lagerbeständen vernichtet. Darüber hinaus konnten 1.100 Quadratkilometer Landfläche von Minen aller Art geräumt werden.⁵⁰ Solange jedoch Staaten wie die USA, Russland, China, Indien, Pakistan, Nord- und Südkorea – also die größten Minenproduzenten – dieses Abkommen nicht unterzeichnet haben, kann auch nicht wirklich von einer weltweiten Geltung dieses Abkommens gesprochen werden. Die USA sind wiederum einer der größten Geldgeber im Kampf gegen Minen und setzen seit 1991 diese Waffen nicht mehr ein. Russland setzt noch Minen vor allem in Tschetschenien ein. Bisher haben insgesamt 152 Staaten der Welt dieses Abkommen unterzeichnet. 65 Staaten, darunter auch Deutschland, haben ihre Bestände an Antipersonenminen bereits vollständig zerstört. Der internationale Handel mit diesen Waffen ist praktisch zum Erliegen gekommen: Nur noch 15 Staaten produzieren sie zur so genannten Eigennutzung. Im Rahmen des *effizienten Multilateralismus* setzen sich die EU-Staaten für die weltweite Geltung des Ottawa-Übereinkommens ein. Allein Deutschland hat weltweit für Projekte des Minenräumens und der Opferfürsorge über 137 Millionen Euro für Projekte in 32 Ländern zur Verfügung gestellt.⁵¹ Ein Problem teilt die Ottawa-Konvention mit anderen völkerrechtlichen Verträgen: Sie bindet nur Staaten, jedoch nicht Guerillagruppen. In Kolumbien wurden im Jahr 2004 in diesem Zusammenhang über 600 Menschen durch Minen getötet oder verstümmelt. Die unterschiedlichen Rebellengruppen des Landes zeigten sich vom Beitritt ihres Landes zur Ottawa-Konvention unbeeindruckt und verlegen weiterhin Minen.⁵²

⁵⁰ Zahlen aus: Teilerfolge im Kampf gegen Minen-Plage, in: Die Presse, 29.11.2004, 4.

⁵¹ Aus: Ächtung von Antipersonenminen – ein Meilenstein des humanitären Völkerrechts, 29.11.2004, <http://www.bundesregierung.de>.

⁵² Quelle: Teilerfolge im Kampf gegen Minen-Plage, in: Die Presse, 29.11.2004, 4.

EU und NATO sind bestrebt, gemeinsam Sicherheitsrisiken einzudämmen – politisch, wirtschaftlich und militärisch. Dieser umfassende Sicherheitsansatz ist auch Bestandteil des zwischen der EU und den Staaten des Afrikanischen, Karibischen und Pazifischen Raumes (AKP) am 23. Juni 2000 beschlossenen Cotonou-Abkommens, das den Entwicklungsländern, die sich darin verpflichten, Menschenrechte zu respektieren, Steuer- und Handelserleichterungen für den Export von Produkten in die EU einräumen soll. Im Rahmen dieser politisch-ökonomischen Partnerschaften werden die AKP-Staaten in Art. 11 des Cotonou-Abkommens aufgerufen, aktiv Konfliktprävention und *peace-building* auszuüben – also durch Konflikte betroffene Länder zu unterstützen, stabile politische und wirtschaftliche Verhältnisse aufzubauen.⁵³ Zudem hat die EU den am wenigsten entwickelten Ländern mit ihrer *Everything But Arms*-Initiative (EBA) weitestgehend Zollfreiheit für ihre Importe in die EU gewährt – wie vor allem landwirtschaftliche Produkte und Fleisch. Waffen und Munition sind davon ausgenommen.⁵⁴ Eine sichere und stabile Umgebung ist die Grundvoraussetzung für eine ungehinderte wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung, sie verringert die Risikorate und ermutigt zu ausländischen Wirtschaftsinvestitionen.

In der EU sind seit Anfang 2006 auch neue Regeln für Zollpräferenzen in Kraft: Ende 2005 erhielten 178 Länder und Territorien im Rahmen des Allgemeinen Präferenzsystems (APS) Zollerleichterungen von 3,5 Prozentpunkten gegenüber dem Meistbegünstigtentarif bzw. zollfreien Zugang auf den EU-Markt. Das neue System – es gilt vorerst bis zum Jahr 2008 – übernimmt das bisherige APS sowie die *Everything But Arms-Initiative* (EBA), die den fünfzig ärmsten Ländern grundsätzlich zollfreien Zugang nach Europa gewährt. Neu hinzu kam das APS plus, das Zollfreiheit für diejenigen Staaten vorsieht, die als besonders verletzlich gelten und die wichtigsten

⁵³ Partnership Agreement Between the Members of the African, Caribbean and Pacific Group of States of the One Part, and the European Community and Its Member States, of the Other Part, Signed in Cotonou, Benin on 23 June 2000, Art. 11.

⁵⁴ Ende Februar 2001 wurde diese Initiative vom Rat der Europäischen Union angenommen. Zur Liberalisierung vorgesehen sind noch die Produkte frische Bananen (ab Januar 2006), Reis (ab September 2009) und Zucker (ab Juli 2009). Aus: Regulation (EC) 416/2001.

Menschenrechts- und Umweltschutzabkommen ratifiziert haben. Die besonderen Zollerleichterungen für Länder, die gegen den Drogenanbau vorgehen, hat die EU gestrichen. Die Welthandelsorganisation WTO hatte sie Ende 2003 als Verstoß gegen internationales Handelsrecht gewertet.⁵⁵

Am 11. Juni 1998 wurde unter der britischen EU-Präsidentschaft seitens der Außenminister der Mitgliedstaaten der EU-Verhaltenskodex über Waffenexport (*EU Code of Conduct for Arms Exports, 8 June 1998*) verabschiedet. In diesem politisch verbindlichen Dokument sind acht Bedingungen enthalten, an die Waffenexporte gebunden sind, so u.a. der Respekt der Menschenrechte im Empfängerland, die innenpolitisch stabile Lage, die Bewahrung des regionalen Friedens, der Sicherheit und Stabilität, der Bekämpfung und Verhinderung von Proliferation von Massenvernichtungswaffen, der Bekämpfung des Terrorismus und der organisierten Kriminalität. In der *Erklärung des Europäischen Rates zum Kampf gegen den Terrorismus* wird betont, „dass spezifische Fragen der Terrorismusbekämpfung, einschließlich wirksame Terrorismusbekämpfungsklauseln, die die Prioritäten des überarbeiteten Aktionsplans widerspiegeln, in allen Übereinkommen zu einem zentralen Element auf allen Ebenen der Beziehungen zwischen der EU und prioritären Staaten werden.“ Demnach werden auch die „Ziele der Terrorismusbekämpfung in die Arbeit der geografischen Arbeitsgruppen und die Außenhilfeprogramme“ einbezogen.⁵⁶

Was den Waffenexport betrifft, liefern die USA Waffen an jene Länder, die die Supermacht im Kampf gegen den Terrorismus unterstützen. Pakistan beabsichtigt, von den USA 86 Kampfflugzeuge des Typs *F-16* im Wert von 5-7 Mrd. Euro und 60 *Harpoon* Anti-Schiff-Raketen zu kaufen. Die USA scheinen auch in diesem Zusammenhang entschlossen, einer der Hauptwaffenlieferanten Indiens zu werden, was derzeit Frankreich und Russland sind. Laut Fachkreisen erwägt die US-Regierung den Verkauf von 126 Kampfflugzeugen des Typs *F-16* oder

⁵⁵ Aus: Entwicklung und Zusammenarbeit E+Z, Internationale Zeitschrift, August/September 2005, 313.

⁵⁶ Quelle: Bulletin EU 3-2004, Erklärung des Europäischen Rates zum Kampf gegen den Terrorismus (22/22), Ziel 7: Ausrichtung der Maßnahmen der EU im Bereich der auswärtigen Beziehungen auf prioritäre Drittländer, in denen die Kapazitäten bzw. die Bereitschaft zur Terrorismusbekämpfung gestärkt werden müssen.

F-18 an Indien, dazu moderne Radarsysteme.⁵⁷ Die USA sehen Indien als Gegengewicht zur Volksrepublik China in der Region. Die Rüstungsausgaben steigen weltweit enorm an. So betragen die globalen Rüstungsausgaben im Jahr 2005 ca. 800 Mrd. Euro, etwas weniger als das Rekordniveau von 1987/88.⁵⁸

Bei der Sicherheitskooperation rücken die USA, Kanada und Mexiko (NAFTA) näher zusammen. US-Präsident George W. Bush, Mexikos damaliger Präsident Vicente Fox und Kanadas Premierminister Paul Martin vereinbarten am 23. März 2005 in Waco/Texas eine „Partnerschaft für Sicherheit und Wohlstand in Nordamerika“. Kanada und Mexiko schicken jeweils zwischen 80 und 90 Prozent ihrer Exporte in die USA. Die in Waco verabschiedete Sicherheitsagenda spricht von den „kontinentweiten höchsten Sicherheitsstandards“, die erreicht werden sollen. In diesem Rahmen soll eine umfassende gemeinsame Strategie gegen den Terrorismus, die organisierte Kriminalität sowie den Drogen- und Menschenschmuggel erarbeitet werden. So erwirtschaftet die kolumbianische Rebellenorganisation FARC mehr als die Hälfte ihres 600 Millionen-Dollar-Einkommens durch den Verkauf von Kokain und Heroin.⁵⁹ Die paramilitärische Gruppen FARC, die *Ejercito de Liberación Nacional* (ELN) und die *Fuerzas de Autodefensa de Colombia* (AUC) entwickelten sich zum Hauptexporteur von Heroin in die USA – 80 Prozent des in den USA verfügbaren Heroins stammen von den drei Gruppen.⁶⁰ Innerhalb der NAFTA sollen die Steigerung der Produktivität von Unternehmen und die Anpassung von Handelsvorschriften den Warenaustausch fördern. Die NAFTA ist bereits jetzt der größte Handelsblock der Welt. Ihr inneres Handelsvolumen hat sich seit ihrer Gründung im Jahr 1994 verdoppelt und betrug 2004 an die 480-600 Mrd. Euro pro Jahr.⁶¹

⁵⁷ Aus: Deutsche Tanks für Chile, US-Bomber für Indien, in: Die Presse, 27.12.2005, 5.

⁵⁸ Ebenda.

⁵⁹ Julio A. Cirino, Silvana L. Elizondo, Geoffrey Wawro, Latin America's Lawless Areas and Failed States, in: Paul D. Tylor (ed.), Latin American Security Challenges, A Collaborative Inquiry from North and South, Naval War College Newport Papers 21, 7-47, 11.

⁶⁰ Ebenda.

⁶¹ Gerd Braune, Die drei „Amigos“ reiten für Sicherheit, in: Die Presse, 24.3.2005, 6.

Wirtschafts- und Entwicklungspolitik als Teil der umfassenden Sicherheitspolitik

Die traditionelle Distanz der Entwicklungspolitik zur Sicherheitspolitik schwindet zusehends. Schon während der neunziger Jahre hat die Entwicklungspolitik begonnen, sich intensiver mit Sicherheits- und Stabilitätsfragen zu beschäftigen. Wie mit entwicklungspolitischen Mitteln zivile Beiträge zu Krisenprävention und Konfliktmanagement geleistet werden können, war eine der Kernfragen. Entwicklungspolitik bleibt aber weiterhin eine zivile Aufgabe.⁶² Auch gibt es bei der Umsetzung konkreter Maßnahmen in Entwicklungsländern eine verstärkte zivil-militärische Verknüpfung. Für das vom damaligen deutschen Bundeskanzler Gerhard Schröder im Januar 2004 eröffnete *Kofi Annan International Peacekeeping Training Centre* in Accra/Ghana haben sich die deutschen Ministerien für Entwicklung, Äußeres und Verteidigung gemeinsam engagiert. Zum Teil befürworteten Experten der Entwicklungshilfe auch ein aus entwicklungspolitischer Sicht verstärktes militärisches Engagement im Rahmen von Friedenseinsätzen.⁶³ Die deutsche Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, Entwicklungspolitik künftig stärker daraufhin zu überprüfen, welchen Einfluss sie auf Konflikte in den Partnerländern hat. Aus diesem Grund führte Deutschland als erstes großes Geberland eine Konflikt-Kennung für sämtliche Entwicklungsvorhaben ein. Diese Kennung gibt Aufschluss darüber, ob Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und Friedensförderung Hauptziel (Kennung K 2) oder Nebenziel (K 1) einer Maßnahme sind, ob sie ein anderes Ziel verfolgt, jedoch konfliktensibel gestaltet ist (K 0) oder aber nicht auf Konfliktsensibilität geprüft werden muss, da sie nicht in einem Konflikt- oder Postkonfliktland stattfindet (K -). Die K-Kennung ist Teil eines neuen übersektoralen Konzeptes zur Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und Friedensförderung in der Entwicklungszusammenarbeit, das das Ministerium im Juni 2005

⁶² Stephan Klingebiel/Katja Roehder, Eine neue Allianz? Das Verhältnis der Entwicklungspolitik zum Militär wird enger, in: *Internationale Politik*, November/Dezember 2004, Nr. 11-12, 55-58, 55.

⁶³ So die persönliche Afrika-Beauftragte von Bundeskanzler Schröder, Uschi Eid; in: ebenda, 55 und 57.

vorgelegt hat.⁶⁴ Nach dem Ende von Gewaltkonflikten könne Entwicklungszusammenarbeit helfen, den politischen und den rechtlichen Rahmen zu stabilisieren, wirtschaftliche und soziale Infrastruktur wieder wiederaufzubauen und die Sicherheitslage zu verbessern, z.B. durch die Demobilisierung von Kombattanten. Entwicklungspolitik könne Konflikte nicht lösen, jedoch lediglich die betroffenen bei der Lösung von Konflikten – d.h. bei der Reduzierung struktureller Konfliktursachen und bei der Stabilisierung von Post-Konflikt-Ländern - unterstützen.⁶⁵

Die EU ist der weitaus größte Geber von Wirtschafts- und Entwicklungshilfe weltweit, ca. 55 Prozent aller Gelder dafür stellt die Europäische Union bereit.⁶⁶ Die EU-Staaten geben gemeinsam jährlich 46 Mrd. Euro für Entwicklungshilfe aus.⁶⁷ Darin spiegeln sich bis zu 26 unterschiedliche Konzepte wider – jene der 25 Regierungen und die der Europäischen Kommission. Die Entwicklungshilfen werden unkoordiniert durchgeführt. Der zuständige EU-Kommissar für Entwicklungshilfe, Louis Michel, schätzt, dass die mangelhafte Abstimmung zwischen den EU-Regierungen sowie die komplizierten Regelwerke für die Hilfen Mehrkosten in einer Größenordnung von 20-25 Prozent zur Folge haben. Dabei soll nicht die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten für die Entwicklungshilfe beschnitten, sondern europäische Doppelarbeit vermieden werden. Die EU-Regierungen hatten sich im Juni 2005 verpflichtet, den Anteil der öffentlichen Entwicklungshilfen in zwei Stufen auf 0,56 Prozent (im Jahr 2010) sowie 0,7 Prozent ihrer Wirtschaftsleistung (im Jahr 2015) zu steigern.⁶⁸ Wichtig ist die Zusammenarbeit bestimmter Ländergruppen bei der Realisierung bestimmter Projekte zu vertiefen. Es dürfe nicht dazu kommen, dass sich ehemalige Kolonialmächte dabei ausschließlich auf ihre früher von ihnen abhängigen Staaten und Regionen konzentrierten.

⁶⁴ Aus: Entwicklung und Zusammenarbeit E+Z, Internationale Zeitschrift, August/September 2005, 312.

⁶⁵ Ebenda.

⁶⁶ Aus: Benita Ferrero-Waldner, Europa in der neuen Weltordnung – Globale Präsenz und Verantwortung, in: Europäische Sicherheit 7/2005, 8-11, 9.

⁶⁷ Aus: EU für Koordination der Entwicklungshilfe, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.7.2005, 6.

⁶⁸ Ebenda.

Relevant ist auch, Beitrittsländer in entsprechende Projekte einzubinden. Michel plädiert auch, von EU-Kartellsündern an den Gemeinschaftshaushalt gezahlte Straf gelder – jährlich derzeit rund 1 Mrd. Euro – für Entwicklungshilfe aufzuwenden. Derweil stellte die Europäische Kommission Libyen eine Million Euro zur Unterstützung beim Kampf gegen AIDS in der Stadt Bengazi zur Verfügung. Mit dem Geld wurden technische Hilfe, medizinisches Gerät und die Entsendung europäischer Ärzte für ein halbes Jahr bezahlt.

Anfang August 2004 hatten sich die 147 Mitgliedstaaten der Welthandelsorganisation (*World Trade Organization* – WTO) einstimmig⁶⁹ auf einen neuen Vertrag geeinigt, der die Bedingungen der Weltwirtschaft verbessern soll. Kernpunkt dabei ist ein Interessensabtausch zwischen Nord und Süd: Die Industrieländer verpflichten sich dazu, die Exportförderungen für Agrarprodukte abzuschaffen und den Handel verzerrende Subventionen um 20 Prozent zu senken. Die Schwellen- und Entwicklungsländer öffnen im Gegenzug ihre Grenzen für Industrieprodukte und Dienstleistungen. Erstmals seit zwölf Jahren gibt es einen allgemein akzeptierten Plan, den Welthandel zu liberalisieren und dadurch für alle Beteiligten eine höhere Wertschöpfung zu erreichen. Laut Berechnungen der Weltbank kann die Wohlfahrt um jährlich 430 Millionen Euro gesteigert werden: Der Großteil davon entfällt auf Entwicklungsländer: Sie können mehr Güter in den Norden exportieren, zudem wird der Handel zwischen ärmeren Staaten gesteigert. Die Landwirtschaft wird somit für Industriestaaten immer unwichtiger, Güterproduktion, insbesondere Dienstleistungen, dagegen immer bedeutender.⁷⁰ Innerhalb der EU bekommen die Bauern pauschale Förderungen, die nicht mehr davon abhängen, welche Produkte und wie viel sie produzieren.

Die Verhandlungen scheiterten schließlich an folgenden Hürden: Die USA wollten ihre Agrarsubventionen nicht kürzen. Die EU weigert sich, die Importzölle für Agrargüter zu senken. Und die großen

⁶⁹ Beschlüsse innerhalb der WTO müssen von den 147 Mitgliedstaaten einstimmig getroffen werden (Konsensprinzip). Durch die bisherigen Verträge sank der durchschnittliche Zollsatz zwischen den Mitgliedstaaten von 45 Prozent auf derzeit drei bis vier Prozent.

⁷⁰ Vgl. Martin Kugler, Europas Bauern brauchen sich nicht verraten zu fühlen, in: Die Presse, 2.8.2004, 2.

landwirtschaftlichen Produzenten Indien und Brasilien beharrten auf ihren hohen Importzöllen für Industriegüter. Die 2001 in Doha/Katar gestartete und schließlich gescheiterte WTO-Verhandlungsrunde hätte dazu dienen sollen, den Entwicklungsländern einen fairen Anteil am Welthandel zu geben. Die Dritte Welt ist nur äußerst geringfügig – mit wenigen Prozenten – am globalen Handelsvolumen von zehn Billionen Dollar mit. Vorgesehen war in Doha folgender Abtausch: Die Industrieländer sollten mehr Agrargüter aus Entwicklungsländern in ihre Märkte hineinlassen, dafür öffnen letztere die Grenzen für Industriegüter und Dienstleistungen. Ein derartiger Interessenausgleich würde gemäß Studien der Weltbank dazu führen, dass sich Regionen zunehmend auf das spezialisieren, was sie wirklich gut können. Laut einer Weltbank-Studie hätte der erfolgreiche Abschluss der Doha-Runde einen weltweiten Wohlfahrtsgewinn von 96 Mrd. Dollar (75, 6 Milliarden Euro) gebracht.⁷¹

Strategische Allianzen der EU

Umfassende Sicherheit erfordert umfassendes Krisenmanagement, komplexe Notsituationen verlangen integrierte Lösungskonzepte – bezogen auf Akteure und Mittel. Die Zusammenhänge des gesamten militärischen und nicht-militärischen Krisen- und Konfliktmanagements werden vor allem in der umfassenden Sicherheitspolitik mit Belangen der Menschenrechte, der Entwicklungs-, Umwelt- und auch Wirtschaftspolitik deutlich.⁷² Auf der Ebene der Vereinten Nationen reflektiert dieses Zusammenwirken – ausgehend von der UNO-Charta mit den Möglichkeiten für politische, wirtschaftliche und militärischen Maßnahmen bis zum Flüchtlingswerk, der Weltgesundheitsorganisation und verschiedenen Umweltprogrammen.

Auf europäischer Ebene wurden dazu innerhalb der Europäischen Gemeinschaft (EG) Ende der achtziger und Anfang der neunziger Jahre politische und wirtschaftliche Unterstützungsprogramme wie PHARE (für mittel- und osteuropäische Staaten) und TACIS (Russland, Ukraine,

⁷¹ WTO-Verhandlungen abgebrochen, Die Presse, 25.7.2006, 17.

⁷² Joachim Giller, Nicht-militärisches Krisenmanagement in Europa als sicherheitspolitisches Profilierungsfeld bündnisfreier und neutraler Kleinstaaten, ÖZP 2001/4.

Weißrussland) geschaffen. 1993 kamen seitens des Europäischen Rates die so genannten *Kopenhagen-Kriterien* hinzu, die Standards für die Demokratie und Wirtschaft für jene Länder setzen, die künftig in die EU aufgenommen werden sollen.

Die im Juni 2004 eingeleitete Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) hat sich zum Ziel gesetzt, die gegenwärtigen politischen und wirtschaftspolitischen Trennlinien zwischen der EU und den Nachbarstaaten im Osten und im Süden zu überwinden und auf diesem Weg Demokratie und Wohlstand auch auf die Nachbarn der EU zu exportieren. Die Liste der ENP-Partnerländer beinhaltet jene Staaten der Nachbarregionen der EU, die gegenwärtig keine Beitrittsperspektive haben:

- 4 westliche Staaten der *Neuen Unabhängigen Staaten*: Moldawien, Russland, Ukraine, Weißrussland.
- 10 Mittelmeerländer: Ägypten, Algerien, Israel, Jordanien, Libanon, Libyen, Marokko, Syrien, Tunesien und die Palästinensische Autonomiebehörde.
- 3 Länder des Südkaukasus: Armenien, Aserbaidschan, Georgien. Diese drei Staaten sind während des Europäischen Rates vom 17./18.6.2004 in die ENP hinzugekommen.

Die ENP betrifft 400 Millionen Menschen in all diesen 17 Staaten. So soll ein „*Ring von Freunden rund um das Gravitationszentrum der EU*“ geschaffen werden, „*durch die geostrategischen Regionen Osteuropas, des Kaukasus, des Nahen Ostens und des Mittelmeerraumes*“.⁷³ Das Finanzprogramm der ENP – das ENPI (*European Neighbourhood and Partnership Instrument*) ersetzt seit 2007 die Finanzprogramme im Rahmen des TACIS, der MEDA (Mittelmeerpartnerschaft im Rahmen des 1995 eingeleiteten *Barcelona*-Prozesses der EU) und der betroffenen INTERREG-Programme. Im Dezember 2004 hatte der Rat der EU (Ministerrat) die ersten ENP-Aktionspläne angenommen, die vor allem jene Prioritäten festlegen, die mit sieben Partnern vereinbart worden sind – mit Israel, Jordanien, Marokko, Tunesien, Moldawien, der Ukraine

⁷³ Benita Ferrero-Waldner, Europa in der neuen Weltordnung – Globale Präsenz und Verantwortung, in: Europäische Sicherheit 7/2005, 8-11, 10.

sowie mit der Palästinensischen Behörde. Jeder dieser Aktionspläne bietet dem jeweiligen Nachbarland neue Möglichkeiten in seinen Beziehungen zur EU: Größere Teilhabe am EU-Binnenmarkt, engere Kooperationen zu Energie- und Verkehrsanbindungen und die Möglichkeit, an EU-Programmen teilzunehmen. Die Beteiligung an der ENP hängt von der Bereitschaft der betroffenen Staaten ab, konkrete Maßnahmen einzuleiten – zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit, der verantwortungsbewussten Regierungsführung, der Menschenrechte und der Demokratie.⁷⁴ Die ENP ist als ein flexibles Instrument konzipiert, das jedem Partner die Entscheidungsfreiheit darüber gibt, wie er seine Zusammenarbeit mit der EU entwickelt. Jeder Partnerstaat kann sein eigenes Tempo wählen, entsprechend seinen Kapazitäten und seiner Bindung an die demokratisch-marktwirtschaftlichen Kriterien der EU.⁷⁵

Die EU hat sich zum Ziel gesetzt, vor allem die westlichen Balkanstaaten bei ihrem Anliegen, in die Union aufgenommen zu werden, zu unterstützen. In diesem Kontext spielt die EU im Bereich der Sicherheitssektorreform (SSR) eine wesentliche Rolle. SSR umfasst insbesondere die Reform des Justizwesens, der Polizei, des Grenzschutzes und des Zolls, die Schaffung von Menschenrechtskommissionen und die Einrichtung von Ombudsleuten.

Mit Russland wird seit 2005 an einer besonderen strategischen Partnerschaft gearbeitet, die auf folgenden vier *Gemeinsamen Räumen* aufbaut:

- gemeinsamer Wirtschaftsraum (einschließlich Umwelt und Energie);
- gemeinsamer Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts;
- Kooperationsraum im Bereich äußere Sicherheit;
- Raum für Forschung und Ausbildung (einschließlich kultureller Aspekte).

Der Energiedialog EU-Russland ist ein wesentliches Element dieser neuen strategischen Beziehungen. Die EU ist der weltweit größte

⁷⁴ Benita Ferrero-Waldner, *Wir machen der Ukraine ein Angebot*, in: Die Presse, 23.12.2004, 14.

⁷⁵ Ebenda.

Importeur von Öl und Gas und der zweitgrößte Konsument dieser Rohstoffe, die die Mitgliedstaaten aus Russland, dem Kaspischen Raum und den südlichen Mittelmeeranrainerstaaten beziehen. Die Abhängigkeit der EU vom Import von Öl und Gas wird gemäß der Europäischen Sicherheitsstrategie vom Dezember 2003 steigen – von derzeit 50 Prozent auf 70 Prozent im Jahr 2030 – nach gegenwärtigen Berechnungen.

Das Angebot innerhalb der ENP und der Kooperation mit Russland reicht von einem intensivierten politischen Dialog über die Zusammenarbeit im Bereich Bildung (*people-to-people contacts*) bis zur Kooperation in Justiz-, Energie-, und Umweltfragen und der graduellen Integration in den EU-Binnenmarkt.⁷⁶ Ein wichtiger Bereich in der justiziellen Zusammenarbeit bilden Maßnahmen im Kampf gegen den Terrorismus und allen Formen des Schmuggels, Kooperation mit *Europol* und *Eurojust*, der Kampf gegen die Proliferation von Massenvernichtungswaffen und im militärischen/polizeilichen Bereich vor allem innerhalb der ENP die Ausbildung für EU-geführte Krisenmanagementeinsätze. Die Russische Föderation bildet seit dem Zerfall der Sowjetunion einen äußerst relevanten Schwerpunkt für die Entwicklungspolitik der EU. Allein durch das Anfang der neunziger Jahre ins Leben gerufene TACIS-Programm zur technischen Zusammenarbeit hat die EU zwischen 1991 und 1996 rund 1,6 Mrd. ECU zur Umstrukturierung von Unternehmen, einschließlich der Privatisierung und Entwicklung des Finanzsektors, zur Modernisierung der Energie- und Verkehrsnetze bis hin zur Ausbildung und Entwicklung der Humanressourcen, Lebensmittel-, Arzneimittel- und humanitäre Hilfe nach Russland zur Verfügung gestellt. Die OECD-Länder hatten allein zwischen 1990 und 1993 der Russischen Föderation an die 107,2 Mrd. ECU bereitgestellt, wobei die EU als größter Geldgeber aufschien.⁷⁷ Die EU und Russland unterzeichneten im Juni 1994 auf Korfu das *Abkommen für Partnerschaft und Zusammenarbeit*, es trat am 1. Dezember 1997 in Kraft. Dieses Abkommen führte nicht nur

⁷⁶ Benita Ferrero-Waldner, Europa in der neuen Weltordnung – Globale Präsenz und Verantwortung, in: Europäische Sicherheit 7/2005, 8-11, 10.

⁷⁷ Quelle: Russland-Hilfe: Das 1900-Mrd.-S-Paket, in: Salzburger Nachrichten, 5.9.1998, 7.

zwischen der EU und Russland einen institutionalisierten Dialog ein: Dadurch wurde auch ein rechtlicher Rahmen der Zusammenarbeit festgelegt, vom Handel und den Menschenrechten, Demokratie und Kampf gegen organisiertes Verbrechen bis zur Bildung, Verkehr, Technologie, Umwelt, Energie, Telekommunikation und Kultur. Für wirtschaftliche investitionsbezogene Projekte (Umschuldung und Reform des Bankensystems, Umstrukturierung von Unternehmen, Stärkung des Finanzsektors) standen zudem Ende der neunziger Jahre seitens der EU noch jährlich 200 Mrd. ECU⁷⁸ zur Verfügung.⁷⁹

In den neunziger Jahren haben sich verstärkt neue strategische Allianzen entwickelt. Unter „*strategische Allianzen*“ werden insbesondere „*Grundsätze und politische Leitlinien einer umfassenden Planung zum Gebrauch vorhandener Ressourcen und Machtmittel zur Erreichung politischer Ziele verstanden. Diese werden in der Regel zeitlich befristet – zur Erreichung des jeweiligen Zieles – geschlossen. Von einer Strategischen Allianz spricht man, wenn zwei oder mehrere Akteure ihre Aktivitäten so aufeinander abstimmen, dass für alle Beteiligten ein maximaler Nutzen entsteht.*“⁸⁰ Gegenwärtig konkurrieren einige strategische Allianzen bzw. Partnerschaften um den Vorrang und um den Einfluss auf die internationale Ordnung.

Die USA favorisieren in diesem Zusammenhang eine unipolare Weltordnung, als Vertreter für die Hegemonie der USA gilt der einflussreiche amerikanische Politikberater und ehemalige Sicherheitsberater Zbigniew K. Brzezinski – untermauert durch seine Mitte der neunziger Jahre veröffentlichte Studie „*Die einzige Weltmacht – Amerikas Strategie der Vorherrschaft*“. Brzezinski sieht in der geografischen Lage eines Staates dessen unmittelbare Prioritäten bzw. Interessen. Je größer die politische, ökonomische und militärische Macht

⁷⁸ Der ECU war bis zur Einführung des Euro als Buchgeld 1999 die europäische Währungseinheit. Die politische Grundlage für die Einführung des ECU bildeten die Schlussfolgerungen der Tagung des Europäischen Rates vom 6./7.7.1978 in Bremen. Quelle: Oesterreichische Nationalbank, Kompendium von Texten zur Wirtschafts- und Währungsunion, 5. Auflage, Wien 1997, 126.

⁷⁹ Aus: Hans-Heinz Schlenker, Moskau, der EU teuerster Freund, in: Salzburger Nachrichten, 5.9.1998, 7.

⁸⁰ Aus: Heinz Brill, Strategische Allianzen in der internationalen Politik. Unilateralismus versus Multipolarität, in: ÖMZ 5/2002, 539-546, 539.

eines Staates ist, umso weiter erstrecken sich auch die vitalen geopolitischen Interessen, der Einfluss und das Engagement der für den Staat relevanten Region bzw. im Raum.⁸¹ Brzezinski meint, dass die Alternative zur amerikanischen Führerschaft die internationale Anarchie wäre. Diesem Ansatz folgte auch US-Präsident George W. Bush während seiner Rede an die Nation (*State of the Union Address*) am 31. Januar 2006: „*The only alternative to American leadership is a dramatically more dangerous and anxious world.*”⁸² Bush führte weiter aus: „*American leaders – from Roosevelt to Truman to Kennedy to Reagan – rejected isolation and retreat, because they knew that America is always more secure when freedom is on the march.*”⁸³

Die USA haben, so der Politikberater, nach dem Zweiten Weltkrieg den Aufbau einer Ordnungsstruktur entscheidend geprägt, von der nicht nur die USA, sondern auch vor allem die europäischen Staaten profitieren. Für Brzezinski spielt der Einfluss auf die Mächte Eurasiens die entscheidende Rolle. Würde in diesem Raum eine Macht dominieren, könnte sie die Weltpolitik entscheidend beeinflussen. Aus diesem Grund müssen die USA den derzeitigen geopolitischen Pluralismus in Eurasien aufrechterhalten und das Entstehen einer gegen sie gerichteten Allianz verhindern. Mittelfristig gehe es für die USA darum, strategische Partnerschaften zur Errichtung eines transeurasischen Sicherheitssystems unter US-Führung zu schaffen.⁸⁴ Aus amerikanischer Sicht ist Bündnis nicht Partnerschaft, sondern die Intelligenz des Partners, die Führung der USA zu verstehen. Eine Gruppe von konservativen Strategen um den damaligen Verteidigungsminister Dick Cheney hatte bereits zu Beginn der neunziger Jahre Strategieentwürfe für die US-Außenpolitik nach dem Ende des Kalten Krieges ausgearbeitet. Im Zentrum stand damals die Idee, dass Amerika den Rest der Welt gestalten anstatt auf ihn reagieren sollte, um den Aufstieg anderer Supermächte zu verhindern (so im

⁸¹ Zbigniew Brzezinski, *Die einzige Weltmacht – Amerikas Strategie der Vorherrschaft*, 1997, 63.

⁸² Aus: The White House, *State of the Union Address by the President*, United States Capitol, Washington D.C., January 31, 2006.

⁸³ Ebenda.

⁸⁴ Aus: Heinz Brill, *Strategische Allianzen in der internationalen Politik. Unilateralismus versus Multipolarität*, in: *ÖMZ* 5/2002, 539-546, 540.

sogenannten *No Rivals Plan*).⁸⁵ Die UNO wäre nur dann nützlich, wenn sie amerikanische Interessen deckt bzw. unterstützt, so z.B. im Golfkrieg 1990/91. Schon für US-Präsident Bill Clinton war klar: die USA müsse dann unilateral handeln, wenn nationale Interessen am stärksten betroffen sind.⁸⁶

Während die USA eine unipolare Weltordnung anstreben, verfolgen Regionalmächte wie China, Indien, Russland sowie auch die EU-Staaten Deutschland und Frankreich ihr Ziel, ihre Interessen und Einflüsse multipolar durchzusetzen. Der ehemalige russische Präsident Boris Jelzin schlug im Januar 1993 ein strategisches Dreieck Russland-China-Indien vor. Diese drei großen Regionalmächte haben das gemeinsame Interesse, die Vorherrschaft der USA in Zentralasien zu verhindern.⁸⁷ Im Jahr 1993 wurde zwischen Russland und Indien ein Freundschaftsvertrag und 2000 die Erklärung einer *strategischen Partnerschaft* abgeschlossen. Diese Arten der *Ad-hoc-Partnerschaften* sind temporär und sehr von den Interessen der handelnden Akteure abhängig. Diese Art von Multipolarität ist von allen internationalen Systemen das instabilste.

Zwischen der **Europäischen Union und Indien** erfolgte 2004 die Initiierung der **Strategischen Partnerschaft**, die sich auf folgende Bereiche stützt:

- internationale Zusammenarbeit durch Multilateralismus, mit einschließend die Konfliktprävention, der Kampf gegen den Terrorismus, die Verhinderung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen durch unter anderem verstärkte Exportkontrollen und die Umsetzung von Standards für Menschenrechte;
- erweiterte wirtschaftliche Beziehungen, Ausbau der industriellen Zusammenarbeit und Entwicklung des sektoralen strategischen Dialoges in den Bereichen Informationsgesellschaft, Transport, Energie, Biotechnologie und in der Luft- und Raumfahrt (u.a.

⁸⁵ Ebenda, 541.

⁸⁶ Zitiert nach: Klaus-Dieter Frankenberger: Amerikanische Herausforderungen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1.8.2001, 1.

⁸⁷ Aus: Heinz Brill, Strategische Allianzen in der internationalen Politik. Unilateralismus versus Multipolarität, in: ÖMZ 5/2002, 539-546, 541.

- Zusammenarbeit im Rahmen des europäischen Globalsatellitennavigationssystems *Galileo* wie auch mit der Volksrepublik China und Israel);
- Kooperation im Bereich nachhaltige Entwicklung, Umweltschutz, Einhaltung der Kyoto-Kriterien im Klimaschutz und Bekämpfung der Armut;
 - Ausbau der Kontakte zwischen den Zivilgesellschaften.

Die EU ist der größte Handelspartner Indiens, aus den EU-Staaten werden die meisten Direktinvestitionen in Indien durchgeführt. Indien wiederum rangiert in der Bedeutung der EU-Handelspartner lediglich an 14. Stelle. Die gemeinsame Partnerschaft zwischen der EU und Indien hat zur Grundlage das Kooperationsübereinkommen aus 1994 und die Gemeinsame Politische Erklärung aus 1993. Der erste EU-Indien-Gipfel wurde im Jahr 2000 in Lissabon abgehalten.⁸⁸ Ein wesentliches Ziel der EU ist es dabei auch, den Konflikt um den Kaschmir zwischen Indien und Pakistan auf multilateraler Ebene einzudämmen.⁸⁹

Für die USA ist Indien ebenso ein wichtiger strategischer Partners geworden. Während seines Staatsbesuches in Indien am 3. März 2006 betonte US-Präsident George W. Bush: „*Gemeinsam werden Amerika und Indien das Licht der Freiheit in die dunkelsten Ecken dieser Welt bringen.*“⁹⁰ Indien wird von den USA als vollwertige Demokratie anerkannt. Die USA verzichteten deshalb auf ihre Forderung, Indiens Programm für einen *Schnellen Brüter* unter internationale Kontrolle zu stellen. Indien ist dem 1970 in Kraft

⁸⁸ Quelle: EU-India Strategic Partnership, <http://europa.eu.int/scadplus/leg/en/lvb/r14100.htm>, ausgedruckt am 3.10.2005.

⁸⁹ 1947: Unabhängigkeit Indiens und Pakistans bei der Teilung Britisch-Indiens. Beginn des ersten Krieges um die Provinz Kaschmir. Der Maharadscha von Kaschmir wollte das Gebiet trotz moslemischer Mehrheit Indien anschließen. 1965 folgte der zweite Krieg. Seit 1949 ist Kaschmir entlang einer 1972 modifizierten Waffenstillstandslinie geteilt. Indien und Pakistan sind sich bei der Lösung des Kaschmir-Konfliktes nur bei einem Punkt einig: Kaschmir soll nicht unabhängig werden. Pakistan fordert eine Volksabstimmung über die definitive Zugehörigkeit des Gebiets. Indien verlangt gemäß dem SIMLA-Abkommen von 1972 eine Konfliktlösung durch bilaterale Verhandlungen. Eine Internationalisierung des Konflikts lehnte die indische Regierung bisher ab.

⁹⁰ CNN-Nachrichten, 3.3.2006, 19.00 Uhr.

getretenen Vertrag zur Nichtverbreitung von Kernwaffen (Nonproliferationsvertrag – *Non-proliferation Treaty* (NPT)) ferngeblieben. Der NPT erkennt nur die USA, die Volksrepublik China, Frankreich, Großbritannien, Russland als legale Nuklearmächte an. Indien ist also seit 30 Jahren *illegale* Nuklearmacht, wird bis 2014 seine Nuklearanlagen in zivile und militärische trennen und letztere unter internationale Kontrolle stellen. Das Land selbst unterliegt dabei keiner Produktionsbeschränkung bei waffenfähigem Plutonium. Indien soll von den USA nun als *verantwortungsbewusste Atommacht* anerkannt werden. Verantwortlich für diese politische Stimmung ist der amerikanisch-indische *Energiedialog*, der 2005 begonnen hatte. Die Abhängigkeit von Erdöl und Erdgas soll in diesem Zusammenhang reduziert werden, stattdessen sollen die Atomstromkapazitäten ausgebaut werden – im Einklang mit der US-Sicherheitsstrategie aus dem Jahr 2006: „*We will build the Global Nuclear Partnership to work with other nations to develop advanced nuclear recycling and reactor technologies.*“⁹¹

Mit Indien wurde auch die Volksrepublik China seit dem Ende des Kalten Krieges von großem politischem und wirtschaftlichem Interesse für die USA⁹² und die Staaten der EU. Die europäischen Staaten pflegten vorerst die intensiven politischen und wirtschaftlichen Beziehungen China auf der Grundlage des Artikels 177 EG-Vertrages mit folgenden Zielen:

- nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung;
- allmähliche Integration von China als *Entwicklungsland* in die Weltwirtschaft;
- Kampf gegen die Armut.

⁹¹ Aus: The White House, The National Security Strategy of the United States of America, Washington, March 2006, 29.

⁹² Die USA anerkannten nach dem chinesischen Bürgerkrieg und der Gründung der Volksrepublik China ausschließlich die Republik China (Nationalchina =Taiwan) an. Im Korea- und Vietnamkrieg unterstützte die Volksrepublik die Gegner der USA. Die USA wollte auch verhindern, dass die Volksrepublik 1971 den ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat von Taiwan übernimmt. Entspannung brachten ein Geheimbesuch von US-Außenminister Henry Kissinger in Peking 1971 und die *Ping-Pong-Diplomatie* (Austausch von Tischtennis-Teams). Seit 1979 bestehen diplomatische Beziehungen zwischen der Volksrepublik und den USA.

Die weitere Basis für die EU-China-Beziehungen waren das Übereinkommen über die Zusammenarbeit im Bereich Handel und Wirtschaft aus dem Jahr 1985 zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Volksrepublik. In diesem Zusammenhang kommt es zu jährlichen Treffen innerhalb sektoraler Arbeitsgruppen. Zusätzlich wurden ein politischer Dialog mit einem jährlichen EU-China-Gipfel und ein Dialog in Menschenrechtsfragen etabliert. Die Europäische Kommission veröffentlichte zum Aufbau einer strategischen Partnerschaft mit Asien und China Anfang September 2001 eine *Kommunikation* mit dem Titel „*Europe and Asia: A Strategic Framework for Enhanced Partnership*“ sowie folgende China-spezifischen Papiere: „*A Long-term Policy for China-Europe Relations*“ (1995), „*Building a Comprehensive Partnership for China*“ (1998) sowie „*EU Strategy towards China: Implementation of the 1998 Communication and Future Steps for a More Effective EU Policy*“ (2001). Im Strategiepapier der Europäischen Kommission (2002-2006) sind folgende drei Prioritäten für die Kooperation mit der Volksrepublik festgehalten:

- Wirtschafts- und Sozialreform im Hinblick auf Chinas neue Mitgliedschaft in der WTO (seit 2001);
- Nachhaltige Entwicklung in den Bereichen Umweltschutz, Soziales und wirtschaftliches Wachstum;
- Verantwortungsvolles Regieren (Good Governance) zur Stärkung des Rechtsstaates, der Zivilgesellschaften und des Schutzes wirtschaftlicher, sozialer und ziviler Rechte.

Ein Problem in den Wirtschaftsbeziehungen bildet die große Abwanderung europäischer Konzerne nach China und die massiven Produktfälschungen. Die Lohndifferenzen z.B. zwischen Deutschland

und China sind enorm: sechs Chinesen kosten im Jahr so viel wie ein deutscher Arbeitnehmer.⁹³

Während die EU vor allem erstere Beziehungen mit China ausbauen, konzentriert sich die NATO auf die rein sicherheitspolitische Vertiefung der Beziehungen zur Volksrepublik. Diese Beziehungen lagen nach der Bombardierung der Botschaft der Volksrepublik in Belgrad im Mai 1999 für mehrere Jahre auf Eis. Seit der Übernahme des ISAF-Kommandos in Afghanistan durch die NATO im August 2003 infolge der Terroranschläge gegen die USA vom September 2001 sowie der Erweiterung der NATO und der vertieften Zusammenarbeit innerhalb der NATO-Partnerschaft für den Frieden – gerade auch mit zentralasiatischen Staaten – und der Neuausrichtung der Beziehungen innerhalb des NATO-Russland-Rates zielt die NATO, auch die diplomatischen Beziehungen mit der kommunistischen Führung Chinas zu erneuern. Im Sommer 2004 besuchte eine hochrangige chinesische Delegation das NATO-Hauptquartier (NATO HQ). Wissenschaftler aus Peking und Schanghai diskutierten im NATO HQ über internationale Sicherheitspolitik. Der Dialog mit der Volksrepublik China orientiert sich an dem bereits seit 1998 geführten Dialog mit Japan, Australien, Neuseeland und Argentinien. Mit diesen sogenannten *contact countries* kooperiert die NATO bereits in verschiedenen Bereichen, vor allem auf der Ebene der Politischen Direktoren. Mit China soll sich der Dialog vertiefen und das gegenseitige politische Verständnis verbessern.⁹⁴ China gewinnt nicht nur aufgrund seiner Bevölkerungszahl von 1,3 Mrd. Menschen, seinem politischen Gewicht durch einen ständigen Sitz im UNO-Sicherheitsrat und seinen Nuklearmachtstatus, sondern auch vor allem aus ökonomischen und sicherheitspolitischen Gründen zunehmend an weltpolitischer Bedeutung.

Seit 2003 hat sich die NATO von einer eurozentrischen Allianz in ein Bündnis verwandelt, das als weltweites Instrument für das Krisenmanagement eingesetzt werden kann, wenn gemeinsame

⁹³ Gemäß den Ausführungen von Dr. Heinrich von Pierer, Siemens Deutschland, auf der Tagung „Wirtschaftsordnung mit menschlichem Antlitz“, Veranstaltung der Katholischen Akademie in Bayern, 22.11.2005).

⁹⁴ Aus: NATO-China – Strategische Partnerschaft?, in: Europäische Sicherheit 4/2005, 74.

Sicherheitsinteressen dies erforderlich machen.⁹⁵ Unter diesem Tenor standen 2005 die Besuche des NATO-Generalsekretärs Jaap de Hoop Scheffer in Neuseeland (29.-31. März), Australien (31. März - 2. April) und Japan (3.-5. April). Sie waren der Vertiefung der Beziehungen der drei Länder und der Nordatlantischen Allianz gewidmet - zur weltweiten Stabilisierung von Krisenherden. Erstmals besuchte ein Generalsekretär des transatlantischen Bündnisses die beiden Länder Ozeaniens und Japan. Neuseeland beteiligt sich an der NATO-geführten ISAF (*International Security Assistance Force*) in Afghanistan und hat(te) auch Truppen für die Operationen KFOR im Kosovo und SFOR in Bosnien-Herzegowina zur Verfügung gestellt. In der afghanischen Provinz Bamjan leitet Neuseeland ein Wiederaufbauteam (*Provincial Reconstruction Team – PRT*). Während des Aufenthaltes in Neuseeland traf sich der Generalsekretär mit Premierministerin Helen Clark, dem bevollmächtigten Außenminister (*acting Foreign Minister*) Marian Hobbs und Verteidigungsminister Mark Burton. Im Februar 2005 besuchte erstmals ein hochrangiger neuseeländischer Politiker - Außenminister Phil Goff - das NATO-Hauptquartier in Brüssel.⁹⁶

In Australien unterzeichnete der Generalsekretär ein Übereinkommen für den Austausch verschlüsselter Informationen. Um die Kooperation und auch Kommunikation zwischen Canberra und Brüssel zu vertiefen, hat sich die australische Regierung dazu entschlossen, einen Militärattaché bei der NATO zu assignieren: „*In ... a world of globalised insecurity, a regional approach simply no longer works.*“ Australien entsandte Truppenkontingente zu NATO-geführten Operationen in Afghanistan und zum westlichen Balkan. De Hoop Scheffer sprach im Rahmen dieser Reise mit Premierminister John Howard, Außenminister Alexander Downer und Verteidigungsminister Robert Hill über den Kampf gegen den Terrorismus, die NATO-Einsätze in Afghanistan und im Irak sowie über die Sicherheitslage in den

⁹⁵ Quelle: Speech by NATO Secretary General, Jaap de Hoop Scheffer, at Victoria University Institute of Policy Studies, and New Zealand Institute of International Affairs, Wellington, New Zealand, 31 March 2005.

⁹⁶ Aus: Secretary General discusses security cooperation in New Zealand, 29-31 March 2005, NATO Update, <http://www.nato.int/docu/update/2005/03-march/e0329a.htm> , Last update: 06-Apr-2005 17:29 hours.

Ländern des Westbalkans.⁹⁷ Im Mai 2004 besuchte erstmals ein hochrangiger australischer Politiker – Außenminister Downer – das NATO-Hauptquartier.

In Japan ging es bei den Gesprächen um gemeinsame Sicherheitsinteressen im Rahmen des strategischen Dialogs. Als Teil dieses Dialogs treffen sich hohe Vertreter der NATO und Japans zweimal jährlich. Japan beteiligt sich seit Anfang 2004 mit 800 Soldaten der Selbstverteidigungskräfte (*Japan Self Defence Force* - JSDF) an Stabilisierungsoperationen im Irak. Seestreitkräfte Japans (*Japan Maritime Self Defense Force* – JMSDF) beteiligten sich auch an der Operation zur Bewältigung der *Tsunami*-Katastrophe in Indonesien Ende 2004/Anfang 2005. Zudem stellte Japan Kontingente für einige NATO-geführte Katastrophenschutzübungen ab.⁹⁸ An der jährlich stattfindenden Militärübung *Cobra Gold* beteiligten sich japanische Streitkräfte 2005 in Thailand zum ersten Mal. Der NATO-Generalsekretär traf sich in Tokio mit Premierminister Junichiro Koizumi, Außenminister Nobutaka Machimura, Verteidigungsminister Yoshinori Ohno und dem Vorsitzenden des Gemeinsamen Stabsrates, General Hajime Massaki.⁹⁹

Für die Durchführung weltweiter Krisenoperationen sollen die Streitkräfte Neuseelands, Australiens und auch künftig Japans mit jenen der Mitgliedstaaten der NATO und der NATO-Partnerschaft für den Frieden interoperabel werden. Die Relevanz der territorialen Verteidigung ist heute, so der Generalsekretär, nicht mehr in dem Maße gegeben, wie es noch vor einigen Jahren der Fall war: „*Today, forces that are geared mainly to territorial defence are – to put it bluntly – a waste of money.*“¹⁰⁰ Bedingt durch die Tatsache, dass die NATO einen Einsatz in Afghanistan leitet und im Irak eine *Trainingsmission* zur

⁹⁷ Aus: NATO and Australia enhance cooperation, 31 Mar. – 2 Apr. 2005, NATO Update, <http://www.nato.int/docu/update/2005/03-march/e0331a.htm> , Last Update: 06-Apr-2005, 17:25 hours.

⁹⁸ Quelle: Speech by NATO Secretary General, Jaap de Hoop Scheffer, Tokyo, Japan, 4 April 2005.

⁹⁹ Aus: NATO Secretary General visits Japan, 3-5 Apr 2005, NATO Update, <http://www.nato.int/docu/update/2005/04-april/e0403a.htm> , Last Update: 07-Apr-2005, 9:49 hours.

¹⁰⁰ Quelle: Speech by NATO Secretary General, Jaap de Hoop Scheffer, at Victoria University Institute of Policy Studies, and New Zealand Institute of International Affairs, Wellington, New Zealand, 31 March 2005.

Ausbildung irakischer Sicherheitskräfte durchführt, haben auch China und Pakistan Interesse bekundet, mit der Nordatlantischen Allianz in einen stärkeren Dialog zu treten.¹⁰¹

EU und NATO bauen ihre strategischen Partnerschaften mit unterschiedlichen, jedoch gegenseitig sich ergänzenden Schwerpunkten aus – zur Erreichung umfassender Stabilitätsmaßnahmen im Osten und im Zentrum Asiens.

Das Ziel einer umfassenden nachhaltigen Wirtschaftspolitik der EU

Eine auf das Gesamtwohl ausgerichtete Wirtschaftspolitik produziert Frieden und Stabilität. Demnach zielt Wirtschaftspolitik auf die Maximierung des Lebensstandards der Bürger und auf ein langfristiges und ausgewogenes wirtschaftliches Wachstum als Voraussetzung der Stärkung der Sicherheitsfunktionen und somit der Sicherheitspolitik des Staates ab.

Die EU hat sich mit der *Lissabon*-Strategie zum Ziel gesetzt, bis 2010 die weltweit wettbewerbsfähigste Wirtschaft zu werden. Diese Strategie soll zu einem dauerhaften Wirtschaftswachstum, zu mehr Beschäftigung (*Vollbeschäftigung*) und besseren Arbeitsplätzen und zu mehr sozialem Zusammenhalt führen. Die Lissabon-Strategie enthält drei zentrale Zielsetzungen: die Vorbereitung des Übergangs zu einer wissensbasierten Wirtschaft, mehr Wachstum durch geeigneten makro-ökonomischen *Policy-Mix* und die Modernisierung des europäischen Gesellschaftsmodells – d.h. sozialer Zusammenhalt durch Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung und der Gleichstellung von Mann und Frau. Die Erwerbstätigkeit von Frauen soll verbessert werden, dafür müssen Kinder-Betreuungsangebote ausgeweitet werden. Mit dem Gipfel von Göteborg 2001 wurde dieses Vorhaben durch eine umweltpolitische Dimension ergänzt – vor allem, was die schnelle Umsetzung des Kyoto-Protokolls unter Berücksichtigung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft betrifft.

Bis 2010 ist es Ziel der Lissabon-Strategie, die USA wirtschaftlich zu übertrumpfen, die EU-Beschäftigungsrate soll bis 2010

¹⁰¹ Ebenda.

von derzeit 60 Prozent auf 70 Prozent¹⁰² angehoben werden. Dazu müssten in Europa gemäß eines Berichtes einer Expertengruppe unter der Leitung des ehemaligen niederländischen Premierministers Wim Kok elf Millionen Arbeitsplätze entstehen.¹⁰³ Angesichts der ernüchternden Halbzeitbilanz hat auch die Europäische Kommission in ihrem Frühjahrsbericht 2005 ihre Erwartungen im Beschäftigungsbereich gewaltig reduziert. Bis 2010 sollen demnach nur mehr sechs Millionen Arbeitsplätze geschaffen werden. Um die Zielvorgabe einer EU-Gesamtbeschäftigungsquote von 70% bis 2010 zu erreichen, müssten in der EU-25 mehr als 22 Millionen neue Arbeitsplätze entstehen.¹⁰⁴

Einer der Schwerpunkte ist gemäß der *Lissabon*-Strategie die Beschäftigung älterer Arbeitnehmer, deren Erfahrung den Jüngeren zugutekommen soll. Die Wettbewerbsfähigkeit der EU soll durch Innovation gesteigert werden, dazu sollen drei Prozent, also um ein Prozent mehr als heute, für Forschung und Entwicklung ausgegeben werden. Die Strategie selbst ist auf eine effiziente Verschränkung der Wirtschafts-, Umwelt-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik gerichtet, die den gemeinsamen Werten der Solidarität und der nachhaltigen Entwicklung verpflichtet sein soll. Diesem Vorhaben sprechen entgegen, dass sich die USA weiterhin auf wirtschaftlicher Überholspur befinden. So lagen das durchschnittliche Wachstum des Bruttonationalproduktes zwischen 1992 und 2002 bei 1,9 Prozent in der Eurozone im Vergleich zu 3,3 Prozent in den USA.¹⁰⁵

In einem EU-Kommissionsbericht (Partnerschaft für die Erneuerung Europas) stellte die EU-Kommission fest, dass die Lissabon-

¹⁰² Gesamtbeschäftigung: 70 Prozent. Frauenbeschäftigung: 60 Prozent. Beschäftigungsquote älterer Arbeitnehmer: 50 Prozent. Kinderbetreuung: 90 Prozent der Kinder unter drei Jahren. Forschungsquote: 3 Prozent des BIP. Bildung: Senkung der Schulabbrecherquote auf 10 Prozent. Teilnahmequote der Erwachsenen im erwerbsfähigem Alter am lebensbegleitenden Lernen: 12,5 Prozent. Wirtschaftswachstum: durchschnittlich 3 Prozent jährlich. Aus: Herbert Tumpel, Was läuft falsch in Europa! Eine kritische Analyse aus Sicht der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Oktober 2005, 6.

¹⁰³ Aus: Andreas Schnauder, EU-Bericht warnt vor Ende der Wohlstandsgesellschaft, in: Die Presse, 21.10.2004, 8.

¹⁰⁴ So Herbert Tumpel, was läuft falsch in Europa!, Wien im Oktober 2005, 7.

¹⁰⁵ Aus: Guy Verhofstadt, Fünfkampf für Europa, in: Die Presse, 11.3.2005, 18.

Ziele bei weitem nicht erreicht werden können. Der Abstand Europas zu den USA und Asien hat sich nicht nur nicht verringert, sondern erheblich vergrößert. Viele der umfassenden Ziele betreffend Beschäftigung, Umwelt, Forschung, Marktöffnung oder Bildung würden *klar verfehlt*, so stellte ein Bericht über den Stand Europas auf seinem Modernisierungsweg (*Kok-Bericht*)¹⁰⁶ fest. Es sei demnach vor allem der Abbau von Bürokratie, die Vertiefung des Binnenmarktes und die Modernisierung der Infrastruktur anzustreben genauso wie eine Erhöhung der Investitionen in Forschung und Entwicklung. *„Mittel- bis langfristig ist nicht weniger als die Zukunft der Gesellschaft gefährdet, die Europa aufgebaut hat ... Wenn Europa sein System nicht modernisieren und das Wachstum und die Beschäftigung rasch erhöhen kann, dann wird es nicht in der Lage sein, sein Modell aufrecht zu erhalten. Das Wachstum wird stagnieren; die Institutionen sind vom Untergang bedroht“*, erläutert der Bericht. Die Kosten der alternden Gesellschaft bedeuten im Jahr 2040 einen Wohlstandsverlust von einem Fünftel.¹⁰⁷ Zudem wachsen in Europa nach diesem Bericht Verkehr und damit Abgase und Lärm stärker als die allgemeine Wertschöpfung, auch die Kyoto-Ziele und die Vorgaben für die erneuerbare Energie werden weitgehend verfehlt.

Seitens der europäischen Sozialdemokratie wird oft die Einführung eines Europäischen Sozialmodells diskutiert, als deren Vorläufer die Koordination der sozialdemokratischen/sozialistischen Premierminister bzw. Bundeskanzler Willy Brandt (Deutschland/West), Olof Palme (Schweden) und Bruno Kreisky (Österreich) gesehen werden kann. Es geht in Europa in diesem Zusammenhang auch darum, das vorhandene Wohlfahrtsystem – vor allem in Deutschland und Frankreich – umzugestalten. Großbritanniens Premier Tony Blair formulierte diesbezüglich im Juni 2005 während einer Grundsatzrede in Brüssel: *„Was für eine Art Sozialmodell ist das, das 20 Millionen Arbeitslose in Europa aufweist, wo die Produktivitätsraten hinter jenen der USA*

¹⁰⁶ Dieser Bericht wurde unter dem Vorsitz von Wim Kok, früherer Premierminister der Niederlande, von einer von der EU eingesetzten Arbeitsgruppe mit Experten und Interessensvertretern für den Gipfel der EU-Staats- und Regierungschefs Anfang November 2004 erstellt.

¹⁰⁷ Aus: Andreas Schnauder, EU-Bericht warnt vor Ende der Wohlstandsgesellschaft, in: Die Presse, 21.10.2004, 8.

zurückbleiben, das es hinnimmt, dass in Indien mehr Wissenschaftler ausgebildet werden als in Europa?¹⁰⁸ Im Gegenzug sind in so genannten *neoliberalen* Ländern wie in Großbritannien, den Niederlanden, Dänemark oder in den USA die Arbeitslosenquoten äußerst niedrig. In den USA bleibt nur jeder zehnte Arbeitslose länger als ein Jahr ohne Job, in der Bundesrepublik Deutschland ist dagegen jeder zweite davon betroffen. Während die USA nur ein Prozent Wirtschaftswachstum benötigen, um die Arbeitslosigkeit zu senken, braucht das soziale Europa dreimal so viel Wachstum. Während in den USA äußerst flexibel auf Auftragsschwankungen reagiert werden kann, denken Europas Unternehmer angesichts unzähliger sozialer Schutzbestimmungen (wie Kündigungsschutz, strikt regulierte Arbeitszeiten, hohe Überstunden- und Feiertagszuschläge) sehr lange darüber nach, warum sie keine neuen Mitarbeiter benötigen.¹⁰⁹ In Dänemark sind die Arbeitszeiten flexibel, Löhne werden auf Betriebsebene ausverhandelt, Arbeitslose müsse vom ersten Tag an nachweisen, sich aktiv um einen Arbeitsplatz zu bemühen.

Innerhalb der EU wurden mit dem Vertrag von Maastricht von 1992 auf Betreiben Deutschlands unter dem damaligen Bundeskanzler Helmut Kohl und Finanzminister Theo Waigel Stabilitätskriterien für die Mitgliedstaaten zur Vermeidung eines Schuldenkollapses eingeführt mit der Obergrenze für Staaten, sich jährlich maximal mit 3 Prozent der Wirtschaftsleistung zu verschulden. Der maximale Wert für die Gesamtschulden von 60 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) bleibt bestehen. Es dauerte jedoch keine zehn Jahre, als Deutschland, Frankreich und Italien – die größten Budgetsünder innerhalb der EU - eine flexible Auslegung des Stabilitätspaktes forderten, um in wirtschaftlich schlechteren Zeiten Maßnahmen zur Ankurbelung der Wirtschaft treffen zu können.¹¹⁰ Unter der luxemburgischen EU-

¹⁰⁸ Abgedruckt in: Franz Schellhorn, Gut geschützt, viel gefürchtet, in: Die Presse, 29.6.2005, 31.

¹⁰⁹ Ebenda.

¹¹⁰ Die Mehrheit der EU-Staaten bricht den Stabilitätspakt: So betrug 2004 die Staatsschuld in Belgien 95,6% des BIP, in Österreich 65,2% des BIP, in Portugal 61,9% des BIP, in Italien 105,8% des BIP, in Deutschland 66,0% des BIP, in Frankreich 65,6% des BIP, in Zypern 71,9% des BIP, in Malta 75,0% des BIP sowie in Griechenland 110,5% des BIP. Die jährliche Defizitgrenze von 3% überschritten

Präsidentschaft kamen die Mitgliedstaaten im März 2005 überein, Defizitsündern künftig einen größeren Spielraum zu geben – etwa im Fall von hohen Ausgaben für Reformen des Pensionssystems, für die *internationale Solidarität* (Frankreich hat hier die Geltendmachung der Rüstungsausgaben vorgesehen) oder Kosten für die europäische Integration (z.B. Kosten für die Vereinigung des Gebietes der ehemaligen DDR mit der Bundesrepublik Deutschland). Erstmals werden bei der Einleitung eines Defizit-Strafverfahrens besondere Ausgaben eines Mitgliedstaates berücksichtigt. Den EU-Staaten soll zudem eine Frist von fünf Jahren eingeräumt werden, um ihr Staatsdefizit unter den Grenzwert von drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) zu bringen. 2002 überstieg das deutsche Defizit erstmals die Grenzmarke von 3 Prozent. Österreich war gemeinsam mit den Niederlanden für eine strenge Fiskalpolitik eingetreten. Die Aufweichung des Stabilitätspaktes und das dadurch ermöglichte Ansteigen von Defiziten sinkt jedoch die Kreditwürdigkeit der verschuldeten Staaten, was sich wiederum in höhere Zinsen niederschlägt.¹¹¹

Der Wettbewerb mit den USA und die amerikanisch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen

Die USA investieren derzeit jedes Jahr rund 200 Mrd. US-Dollar mehr als die EU. Um die Kommissionsvorgaben mit Leben zu erfüllen, sollen die Regierungen ab 2006 Lissabon-Aktionspläne erstellen, die jährlich von Brüssel überprüft werden. Ein *Mr.* oder eine *Mrs. Lissabon* soll – wie vom Kok-Bericht vorgeschlagen - in jedem Mitgliedsland dafür zur

Großbritannien (3,2%), die Slowakei (3,3%), Deutschland und Frankreich (je 3,7%), Zypern (4,2%), Ungarn (4,5%), Polen (4,8%), Malta (5,2%) und Griechenland (6,1%). Die Tschechische Republik und Italien lagen offiziell bei 3,0%. Quelle: Eurostat, abgedruckt in: Die Presse, 22.3.2005, 2. Zudem hat Griechenland stets falsche Defizitquoten angegeben. Seit 2000 hat Athen jedes Jahr die erlaubte Budgetdefizit-Grenze von drei Prozent überschritten.

¹¹¹ Was dies allein für Österreich bedeuten könne, machte Finanzminister Karl-Heinz Grasser deutlich: Eine Zinserhöhung um einen Zehntel-Prozentpunkt würde Österreich € 250 Mio. jährlich kosten. Deutschlands ehemaliger Finanzminister Theo Waigel hatte diese Aufweichung des Stabilitätspaktes kritisiert. Der Kompromiss sei demnach „*eine Sünde an unseren Kindern*“. Aus: Weicher Stabilitätspakt belastet Zinsen und Kurse, Die Presse, 22.3.2005, 1.

Verfügung stehen, dass die Vorgaben nach nationalen Beschäftigungs- und Wachstumsplänen diesmal auch wirklich umgesetzt werden.¹¹²

| Vergleich der EU-25 mit den USA ¹¹³ | EU | USA |
|-------------------------------------------------------|-------|--------|
| Fläche (in Mio. Quadratkilometern) | 3,93 | 9,40 |
| Bevölkerung (in Mio.) | 455 | 291 |
| BIP (in Mrd. Euro) | 9.613 | 11.084 |
| BIP pro Kopf (EU-15 = 100) | 91 | 137 |
| Arbeitslose (in Prozent, Januar 2004) | 9,0 | 5,7 |
| Inflation (in Prozent 2002/2003) | 2,0 | 2,3 |

In Europa entstehen zudem neue Arbeitsplätze fast ausschließlich in den neuen EU-Mitgliedstaaten Mittel- und Osteuropas und vor allem in China, wo auch ein beträchtlicher Teil der Gewinne erwirtschaftet wird. Das chinesische Statistikamt gab am 20. Dezember 2005 bekannt, dass das BIP 2004 etwa 16 Billionen Yuan (rund 1,65 Billionen Euro) betragen hat. China ist 2005 zur viertgrößten Wirtschaftsmacht der Welt aufgestiegen, nach den USA, Japan und Deutschland. China überholte erstmals Italien, Frankreich und Großbritannien.¹¹⁴ In den letzten Jahren haben wiederum chinesische Manager begonnen, vermehrt europäische Firmen zu kaufen. So ging im Sommer 2005 der insolvente britische *Rover*-Konzern an die chinesische *Nanjing Corporation*. Die USA und China ringen inzwischen um Arbeitsplätze, Ressourcen und um die globale Vorherrschaft. Im Jahr 2004 sah der Vergleich zwischen den USA und China wie folgt aus¹¹⁵:

¹¹² Aus: Mehr Jobs mit weniger Mitteln, in: Die Presse, 2.2.2005, 8.

¹¹³ Zahlen aus: APA/Eurostat, abgedruckt in: Die Presse, 21.10.2004, 8.

¹¹⁴ Aus: Oliver Grimm, Chinas Volkswirtschaft überholt Großbritannien, in: Die Presse, 21.12.2005, 19.

¹¹⁵ Grafik aus: Der Spiegel 32/2005, 74f.

| | USA | China |
|-----------------------------------------------------------------------|--------|--------|
| Bevölkerung (in Mio.) | 293 | 1.300 |
| Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Mrd. US-Dollar | 11.734 | 1.662 |
| Wachstum (real, in Prozent) | 4,2 | 9,5 |
| Rohstoffverbrauch | 28.714 | 12.656 |
| Veränderung gegenüber 1990 in Prozent | + 34,7 | +60,0 |
| Außenhandel (Exporte in das jeweilige Land in Mrd. US-Dollar) | 34,7 | 196,7 |
| Direktinvestitionen (Weltweiter Zufluss in Mrd. US-Dollar 2004) | 121 | 62 |
| Militärausgaben (im Mrd. US-Dollar) ¹¹⁶ | 453,6 | 55,9 |

Bezeichneten die USA ihre Beziehungen zu China während der Präsidentschaft Bill Clintons als *strategische Partnerschaft*, so bewertet die Regierung von George W. Bush sie nunmehr als *strategische Konkurrenz*.¹¹⁷ China ist vor allem hauptverantwortlich für das größte Handelsdefizit in der amerikanischen Geschichte. Seine Exporte in die USA sind seit 1990 um 1.200 Prozent gestiegen. Die Devisenreserven in der Chinesischen Zentralbank betragen knapp 700 Mrd. US-Dollar. Diese Reserven werden nur mehr von Japan mit 824, 2 Mrd. US-Dollar überboten. Gefolgt wird die Volksrepublik China dabei von Taiwan mit

¹¹⁶ Seit dem Amtsantritt von George W. Bush im Jahr 2001 ist der Verteidigungshaushalt der USA um 41 Prozent gestiegen. Für 2005 bewilligte der Kongress im Februar dieses Jahres bereits 82 Mrd. US-Dollar sogenannter *emergency supplemental appropriations* – also zusätzliche Mittel für unerwartete Kosten durch laufende Einsätze in Irak und Afghanistan. Aus: Benjamin Schreer, Entwicklungsperspektiven des amerikanischen Verteidigungshaushaltes, aus: Europäische Sicherheit 4/2005, 66-67, 66.

¹¹⁷ Aus: Heinz Brill, Strategische Allianzen in der internationalen Politik. Unilateralismus versus Multipolarität, in: ÖMZ 5/2002, 539-546, 542.

Devisenreserven von 261,3 Mrd. US-Dollar, danach Südkorea mit 205,6 Mrd. US-Dollar, die Euro-Länder mit insgesamt 179 Mrd. US-Dollar, Russland mit 140,5 Mrd. US-Dollar, Indien mit 136 Mrd. US-Dollar, Hongkong mit 122,5 Mrd. US-Dollar sowie Singapur mit 114,6 Mrd. US-Dollar. Die Volksrepublik verbraucht pro Kopf und pro Jahr 1,5 Barrel Erdöl, die USA konsumieren dagegen das 17fache. Die chinesische Rohölförderung belief sich im Jahr 2002 auf 169 Millionen Tonnen, damit war China der sechstgrößte Produzent der Welt. Mit 69,4 Millionen Tonnen musste China jedoch ein Drittel seines Erdöls importieren, davon 56 Prozent aus dem Nahen Osten. Bis 2010 müssen voraussichtlich über 50 Prozent und bis 2030 über 80 Prozent des Erdölbedarfs aus Importen gedeckt werden. Dabei steigt Chinas Weltenergiebedarf von 5 Prozent in den 1970er Jahren auf voraussichtlich 15 Prozent im Jahr 2020.¹¹⁸

In China werden derzeit zwei Drittel aller DVD-Spieler oder anderer elektronischer Geräte produziert, weiters 75 Prozent der weltweit verkauften Spielwaren, 58 Prozent der weltweit verkauften Textilien und 29 Prozent aller Mobiltelefone. Zwischen 60 und 70 Mrd. US-Dollar werden jährlich als ausländische Direktinvestitionen in das Land gebracht.¹¹⁹ Für den außen- und wirtschaftspolitischen Erfolg Chinas tragen folgende Grundmuster Verantwortung: „*Pragmatismus, Flexibilität und Lernfähigkeit.*“¹²⁰

Die Volksrepublik benötigt jedoch ein Wachstumsmodell, das weniger Energie verschwendet als die USA und zugleich die gewaltigen sozialen Probleme in den Griff bekommt. Weite Teile der chinesischen Bevölkerung leben in Armut, die Arbeitsbedingungen sind oft katastrophal.¹²¹ Sowohl die USA als auch Europa, China und Indien werden bei derzeitiger Lage verstärkt Erdöl nachfragen müssen.

¹¹⁸ Frank Gräfe, Chinas innenpolitische Herausforderungen, in: Europäische Sicherheit 1/2005, 18-24, 21.

¹¹⁹ Aus: Eberhard Sandschneider, Anleitung zur Drachenpflege, Dezember 2005, 6-13, 6.

¹²⁰ Ebenda, 9.

¹²¹ Daten aus: Frank Hornig/Wieland Wagner, Duell der Giganten, in: Der Spiegel 32/2005, 74-88, 86.

Die größten Ölverbraucher¹²²

(weltweiter Anteil 2004 und Veränderung zu 2003 in Prozent)

| | | |
|-------------|------|-------|
| USA | 24,9 | + 2,8 |
| China | 8,2 | +15,8 |
| Japan | 6,4 | -3,0 |
| Russland | 3,4 | +3,1 |
| Deutschland | 3,3 | -1,2 |
| Indien | 3,2 | +5,5 |
| Südkorea | 2,8 | -0,8 |
| Frankreich | 2,5 | +0,9 |
| Italien | 2,4 | -2,8 |
| Spanien | 2,1 | + 2,8 |

Die größten Ölproduzenten

| | | |
|---------------|------|-------|
| Saudi-Arabien | 13,1 | +3,7 |
| Russland | 11,9 | +8,9 |
| USA | 8,5 | -2,5 |
| Iran | 5,2 | +2,3 |
| Mexiko | 4,9 | +1,0 |
| China | 4,5 | +2,9 |
| Venezuela | 4,0 | +13,8 |
| Norwegen | 3,9 | -2,1 |
| Kanada | 3,8 | +3,5 |
| VAE | 3,3 | +5,2 |

Die Organisation Erdöl exportierender Länder (OPEC) kontrolliert derzeit 40 Prozent der weltweiten Ölproduktion.¹²³ Zwei Prozent des weltweiten Öls werden vor der US-Küste gefördert. Die weltweite Produktion ist mit rund 80 Millionen Fass pro Tag bereits jetzt am Limit. Bei einem Ausfall von Produktion erfolgt deshalb Preisanstieg. Die strategische Ölreserve der USA beläuft sich auf 700 Millionen Fass. Die fünf wichtigsten Ölexportländer für die USA sind Kanada, Mexiko,

¹²² Die beiden folgenden Tabellen stammen aus folgender Quelle: BP, abgedruckt in: Die Presse, 30.8.2005, 1.

¹²³ Aus: Hurrikan Katrina: Angst vor Engpässen bei Erdöl, in: Die Presse, 30.8.2005, 1.

Nigeria, Saudi-Arabien und Venezuela. Öl aus dem Mittleren Osten wird hauptsächlich in den Fernen Osten exportiert, insbesondere nach China, Japan und Südkorea. Saudi-Arabien ist für China der bedeutendste Erdöllieferant.¹²⁴

Ca. 85 Prozent der Weltbevölkerung ist von Ölimporten abhängig.¹²⁵ Das US-Energieministerium rechnet mit einem massiven Anstieg des Erdölverbrauches weltweit: von ca. 85 Millionen Barrel derzeit auf 120 Millionen Barrel im Jahr 2025. Seitens der USA besteht auch eine enorme Nachfrage beim Import von Naturgas – bis 2025 um 35-40 Prozent.¹²⁶ Für die USA sind deshalb auch die Öl- und Gasquellen in Russland bzw. im Raum des Kaspischen Meeres von großem Interesse. Russland ist der einzige Energieexporteur der G8 und das einzige Land mit gewaltigen Öl- und Gasreserven. Die Produktionsrate in Russland liegt täglich bei 9,2 Millionen Barrel Erdöl und 22 Trillionen Kubikfuß Naturgas. Die USA dagegen produzieren täglich 5,4 Millionen Barrel und 19 Trillionen Kubikfuß Naturgas. Russland exportiert täglich 4,85 Millionen Barrel Erdöl und 7,7 Trillionen Kubikfuß Naturgas, die US-Importe belaufen sich auf 12,1 Millionen Barrel Erdöl- und Erdölprodukte und 4,1 Trillionen Kubikfuß pro Tag. Es wird seitens der USA geschätzt, dass sich die Reserven Russlands auf über 72 Milliarden Barrel Erdöl und 1.694 Trillionen Kubikfuß Erdgas belaufen: Russland ist das *Saudi-Arabien*, was seine Naturgas-Vorkommen betrifft.¹²⁷ Aufgrund dieser enormen Abhängigkeit von

¹²⁴ So James A. Placke, Senior Associate, Cambridge Energy Research Associates, Former Deputy Assistant Secretary of State for Near Eastern and South Asian Affairs, U.S. Department of State, während seines Vortrages zum Thema „U.S. Energy Security: Focused on Production“ am 5.10.2005 im Amerika-Haus, Wien.

¹²⁵ Aus: Address to the U.N. Security Council, By Chairman Richard G. Lugar, U.S. Senate Foreign Relations Committee, February 6, 2006.

¹²⁶ Vgl. Statement of Paul Simmons, Deputy Assistant Secretary of State for Energy, Sanctions and Commodities, U.S. Department of State, Senate Foreign Relations Subcommittee on International Economic Policy, Export and Trade Promotion, Tuesday, September 27, 2005, <http://foreign.senate.gov/testimony/2005/SimonsTestimony050927.pdf>.

¹²⁷ Vgl. Testimony of J. Robinson West, Chairman, PFC Energy on “Energy Supplies in Eurasia and Implications for U.S. Energy Security” before the U.S. Senate Committee on Foreign Relations Subcommittee on International Economic Policy,

fossilen Rohstoffen hat US-Präsident George W. Bush am 8. August 2005 den ersten Nationalen Energieplan der USA seit einem Jahrzehnt unterzeichnet, der auch die steuerliche Begünstigung von alternativer und erneuerbarer Energie (Wind, Solarenergie, Biomasse) und den Ausbau der Nuklearenergie vorsieht.¹²⁸ Während seiner Rede an die Nation (*State of the Union Address*) kündigte US-Präsident George W. Bush am 31. Januar 2006 an, die Abhängigkeit der USA vom Erdölimport aus dem Mittleren Osten drastisch zu verringern: um 75 Prozent. In den Ausbau neuer Energieformen wie Solarenergie (*Solar America Initiative*) und Windenergie soll zusätzlich investiert werden (2007: 44 Mio. US-Dollar, um 5 Mio. US-Dollar mehr als im Fiskaljahr 2006). Im Rahmen der *Advanced Energy Initiative* sollen 2007 um 22 Prozent mehr investiert werden als 2006 (*clean-energy research*).¹²⁹

Für Afrika bleibt das Erdöl ebenso ein wichtiger Rohstoff. Die afrikanische Westküste mit ihrem Erdölreichtum von Angola bis nach Nigeria gewinnt zunehmend an strategischer Bedeutung, vor allem auch deshalb, weil die USA in diesem Raum verstärkt für sich neue Ölquellen sichern mit dem Ziel, weniger von Erdöl aus der Region des Mittleren Ostens abhängig zu sein. Dadurch erhoffen sich viele Menschen an der westafrikanischen Küste – vor allem Regierungen und die Militärs der betroffenen Staaten – davon schnell zu profitieren und reich zu werden.¹³⁰

Während die Sicherung von Ölquellen derzeit zu den primären Zielen von Regierungen in Amerika, Europa, Asien und Australien gehört, wird auch während der nächsten Jahrzehnte die Nutzung der Kernenergie deutlich steigen. Die Menge des durch Kernenergie produzierten Stromes soll sich nach Angaben der Internationalen Atomenergiebehörde IAEA bis zum Jahr 2030 um das Zweieinhalbfache

Export and Trade Promotion, September 27, 2005, <http://foreign.senate.gov/testimony/2005/WestTestimony050927.pdf>.

¹²⁸ Aus: The White House, President Bush Sign Into Law a National Energy Plan, Office of the Press Secretary, <http://www.whitehouse.gov/news/releases/2005/08/print/20050808-4.html>.

¹²⁹ Aus: State of the Union: The Advanced Energy Initiative, The White House, January 31, 2006.

¹³⁰ Aus: Soldiers overthrow government in Sao Tomé, in: International Herald Tribune, 17.7.2003, 2.

vergrößern. Der Anteil der Kernenergie an der globalen Stromversorgung läge dann bei 27 Prozent.¹³¹ Bis 2050, so die IAEA, könnte der Ausstoß sogar auf die vierfache Menge steigen. Am stärksten nehme ihre Nutzung in Asien zu. Bei der Kernenergie dominieren demnach die umweltpolitischen und wirtschaftlichen Vorteile. Bei der langfristigen Annahme über die Erschöpfung fossiler Brennstoffreserven könnte jener Energiebedarf, der notwendig sei, um den Lebensstandard der wachsenden Weltbevölkerung zu heben, durch Kernenergie sichergestellt werden. Von den 27 Kraftwerken, die 2004 gebaut wurden, lagen 18 in Asien. In Europa lassen vier Länder die Atomstromerzeugung auslaufen – Belgien, Deutschland, die Niederlande und Schweden. Im Jahr 2004 existierten insgesamt 442 Kernkraftwerke in 30 Ländern, die meisten davon in den USA (104). Der Anteil der Entwicklungsländer an der Atomstromerzeugung liegt bei 5,6 Prozent.¹³² Dies könnte insofern mehr werden, weil Brasilien, China und Indien – alle drei Staaten betreiben Nuklearprogramme – 40 Prozent der Weltbevölkerung stellen. Die IAEA hob hervor, dass die Verringerung von Treibhausgasemissionen ein wesentlicher Faktor für die verstärkte Nachfrage nach Kernenergie ist. So betrachten Indien und Japan die Kernenergie als wichtigen Teil ihrer nationalen Strategie zur Verminderung der Treibhausgase. Kernenergie als solche bringt keine Treibhausgase hervor. Würden alle heutigen Atomkraftwerke abgeschaltet und durch nicht-atomare Anlagen ersetzt werden, dann würde der Kohlenstoffausstoß auf der Welt auf 600 Millionen Tonnen im Jahr steigen, betonte die IAEA. Das entspräche der doppelten Menge, die nach den Schätzungen des *Kyoto*-Protokolls bis 2010 eingespart werde.¹³³ Der Bau neuer Anlagen sei zwar teuer, ihr Betrieb aber günstiger als andere bekannten Energiequellen mit Ausnahme der Wasserkraft. In diesem Zusammenhang ist die Verbesserung der Sicherheitsstandards bei Atomkraftwerken voranzutreiben, wie jener Unfall Mitte April 2005 verdeutlichte: In Sellafield/Großbritannien waren aus einem leckgeschlagenen Rohr mehrere Tonnen uran- und

¹³¹ Aus: IAEA: Deutlich mehr Nutzung der Kernenergie, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26.6.2004, 5.

¹³² Ebenda.

¹³³ Ebenda.

plutoniumhaltige Salpetersäure ausgelaufen. Was die vor allem von Österreich favorisierte Durchsetzung von EU-weiten Sicherheitsstandards betrifft, scheiterte dieses Vorhaben vor allem am massiven Widerstand von Deutschland und Großbritannien.

Einer der wichtigsten Gründe, warum Europa zudem nicht aus der Kernkraft aussteigt, ist auch ein militärischer: Es geht dabei um die Fortführung der Nukleararsenale in Frankreich und Großbritannien sowie auch um die Antriebstechniken für Über- und Unterwasserschiffen. Dadurch wird eine extrem große Reichweite sichergestellt. So beträgt z.B. die Höchstgeschwindigkeit des US-Unterseekreuzers *Seawolf* bis zu 65 km/h, eine einzige Reaktorladung genügt für 40 Fahrten des mit Tomahawk-Marschflugkörpern bewaffneten Schiffs rund um die Erde. In Europa verfügen derzeit nur Großbritannien und Russland über entsprechend ausgerüstete Schiffe.¹³⁴

Ressourcenpolitik und Nachhaltigkeit als Teil globaler Sicherheitspolitik

Ressourcenknappheit und Bevölkerungswachstum befinden sich in einem ständigen Spannungsfeld. Umweltzerstörung und ökologische Katastrophen können zu Konflikten und auch Kriegen führen. Bürgerkriege in Ruanda und im Sudan, die inner- und zwischenstaatlichen Spannungen auf dem indischen Subkontinent und Konflikte um Wasserressourcen im Nahen und Mittleren Osten verdeutlichen, welchen Einfluss Zerstörungen der Umwelt, Knappheit der Ressourcen und Verteilungsprobleme auf die Entstehung bzw. Entwicklung haben. Das weltweit immer knapper werdende Trinkwasser war auch das Thema der ersten *Weltwasserkonferenz* der UNO (20.-25. März 1997) in Marrakesch. Wasser ist ein endlicher Rohstoff. Die globale Wassermenge hat sich seit der Urzeit nicht vergrößert: Zwei Drittel der Erdoberfläche ist mit Wasser bedeckt – davon sind 94 Prozent Ozeane (Salzwasser), 4 Prozent Grundwasser, 1,7 Prozent polare Eismassen, der Rest Flüsse, Seen und Wasser in der Atmosphäre. Lediglich 10 Prozent des gesamt vorhandenen Süßwassers sind im Umlauf und mit geringem Aufwand oder zu geringen Kosten verfügbar.

¹³⁴ Aus: Atomkraft und Rüstung, Drohung von der See, Umweltschutz 11/2004.

Der Rest ist in Polkappen, Gletschern und in großen Tiefen gelagert.¹³⁵ Der Großteil des Wassers (75 Prozent) wird von der Landwirtschaft verbraucht. Rund 40 Prozent der globalen Nahrungsmittelproduktion sind von künstlicher Bewässerung abhängig, davon gehen derzeit durch ineffiziente Technologien etwa 60 Prozent verloren.¹³⁶ Großprojekte wie der Assuan-Staudamm in Ägypten zur Aufstauung des Nils bewirken ausbleibende Überschwemmungen und somit die Versalzung des fruchtbaren Ackerlandes. Die große Wasseroberfläche lässt pro Jahr ca. 10 Mrd. Kubikmeter kostbaren Süßwassers verdunsten.¹³⁷ Jährlich verschwinden durch Desertifikation und andere Degradationen fruchtbare Erdböden von unserem Planeten von der doppelten Größe Österreichs. Ozeane sind fast zur Hälfte leer gefischt, über ein Drittel der Korallenriffe und Mangroven sind zerstört. Tropenwälder – nicht zuletzt wichtig als CO₂-Absorber – sind durch Menschenhand bereits um die Hälfte reduziert.¹³⁸

Die UNO forderte bereits von allen Regierungen der Staaten eine Umkehr in ihrer Umwelt- und Wasserpolitik, um eine globale Wasserknappheit zu verhindern.¹³⁹ Das Wasser gilt vermehrt als strategisches Gut, als lebensnotwendiger Rohstoff, als Transportmittel, als ökologischer Problemfaktor sowie als internationale Konfliktursache.¹⁴⁰ Deutschlands Außenminister Klaus Kinkel betonte im März 1998 während der Petersberger Konferenz über Wasserprobleme dazu: „*Wasser ist wichtiger als Öl, denn Wasser ist durch nichts zu ersetzen.*“¹⁴¹

Israel hatte im Sechstagekrieg von 1967 fast alle für seinen Wasserbedarf relevanten Ressourcen unter seine Kontrolle gebracht. Im Sommer 1967 verlor Syrien den Golan und damit die *Banias*-Quelle. Die

¹³⁵ Zahlen und Daten aus: Christian Glatzl, Wasser: Umgang mit einer knappen Ressource, in: ÖMZ 6/2001, 705-714, 705.

¹³⁶ Ebenda.

¹³⁷ Aus: Wilhelm Sager, Wasserkriege im 21. Jahrhundert: Mythos oder drohende Realität, in: ÖMZ 6/2001, 715-722, 721.

¹³⁸ Daten aus: Herbert Rauch/Alfred Strigl, Die Wende der Titanic, 25.

¹³⁹ Heinz Brill, Wasser als strategische Ressource, in: ÖMZ 6/2001, 695-704, 703.

¹⁴⁰ So Heinz Brill, Wasser als strategische Ressource, in: ÖMZ 6/2001, 695-704, 695.

¹⁴¹ Quelle: Christian Glatzl, Wasser: Umgang mit einer knappen Ressource, in: ÖMZ 6/2001, 705-714, 705.

Westbank mit den lebenswichtigen Grundwasserressourcen stand nun ausschließlich unter Kontrolle Israels. Somit hatte sich Israels geostrategische Lage nicht nur verbessert, sondern auch seine geoökonomische Lage.¹⁴² Die Türkei war seit Anfang der achtziger Jahre Zentrum des Konflikts um das Euphrat- und Tigriswasser, als die türkische Regierung das sogenannte GAP (Südost-Anatolienprojekt) zu verwirklichen begann. Es handelt sich dabei um einen Entwicklungs-, Bewässerungs- und Stromerzeugungsplan, der ein Gebiet von ca. 74.000 Quadratkilometern umfasst und der Größe Bayerns entspricht. Der Plan sieht für den Euphrat 21 Staudämme, 17 Wasserkraftwerke, 1.000 Kilometer Kanäle und eine Million Hektar Bewässerungsland vor – für den Tigris acht Staudämme und 600.000 Hektar Bewässerungsland. Damit soll Südostanatolien nicht nur künftig seinen Energiebedarf decken, sondern auch die *Kornkammer* und der *Gemüsegarten* des Nahen Ostens werden.¹⁴³

Ursächlich für viele Krisenherde dieser Welt ist vor allem die Vernachlässigung der Zusammenhänge von Frieden, nachhaltiger Wirtschaft und zukunftsfähiger Entwicklung. Die Nachhaltigkeit in der Wirtschaftspolitik zielt auf den effizienten Einsatz von Energie und Rohstoffen. Nachhaltige Umweltpolitik bedeutet Ressourcenschonung und aktive Verbesserung des Umweltbewusstseins. Im Sinne einer umfassenden Nachhaltigkeit müssen ökonomisches Wachstum und sozialer Wohlstand mit dem gleichzeitigen Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen einhergehen. Nachhaltige Entwicklung beinhaltet die Bewahrung natürlicher Lebensgrundlagen und die Wahrung der Lebenschancen heutiger und künftiger Generationen weltweit durch das sinnvolle Zusammenwirken von Ökologie, Ökonomie und sozialer Bedürfnisse – im Hinblick auf Frieden und Stabilität. In der Europäischen Sicherheitsstrategie vom 12. Dezember 2003 heißt es aber dazu: *„Der Wettstreit um Naturressourcen – insbesondere um Wasser -, der sich durch die globale Erwärmung in den nächsten Jahrzehnten noch steigern wird, dürfte in verschiedenen Regionen der Welt für weitere Turbulenzen und Migrationsbewegungen sorgen.“* Im Jahr 2001 lebten 1,1 Mrd. Menschen – also fast ein Sechstel der Weltbevölkerung -

¹⁴² Aus: Heinz Brill, Wasser als strategische Ressource, in: ÖMZ 6/2001, 695-704, 699.

¹⁴³ Ebenda, 698.

von weniger als \$ 1 pro Tag und hatten keinen Zugang zu sauberem Wasser. 852 Millionen Menschen waren unterernährt. Im südlichen Afrika hat ein Mensch 20 Mal so wenig Chance, das Alter von fünf Jahren zu erreichen, als ein Bewohner eines Industrielandes. Gemäß einem Bericht im Auftrag der UN-Umweltbehörde UNEP bleibt trotz der Fortschritte bei der Erhöhung der Produktion die Armut hoch, die Ungleichheiten wachsen.¹⁴⁴ Zudem lastet „*die Aktivität des Menschen (...) so schwer auf den natürlichen Funktionen der Erde, dass die Fähigkeit der Ökosysteme, künftige Generationen zu versorgen, nicht mehr als selbstverständlich betrachtet werden kann.*“¹⁴⁵ 60 Prozent der Ökosysteme – 15 von 24 – wurden in den letzten fünfzig Jahren so übernutzt, dass sie nicht mehr genutzt werden können, falls nicht gegengesteuert wird. Besonders kritisch steht es um Wasser, die Fischerei, das Klima und Krankheiten. Gegenwärtig werden Flüssen und Seen doppelt so viel Wasser entnommen wie im Jahr 1960. Die Felder werden heute mit doppelt so viel synthetischem Stickstoff und dreimal so viel Phosphor gedüngt wie vor 40 Jahren. Vieles davon fließt in die Meere und bringt Algenblüten, die ihrerseits an der Dezimierung des Meereslebens mitwirken, das die Überfischung ohnehin nicht mehr ausgleichen kann. Dann kann es regional kippen und sich zum Teil nicht mehr erholen. Seit 1992 ist z.B. der Kabeljau vor Neufundland verschwunden und nicht wiedergekehrt, obwohl ihm nicht mehr nachgestellt wird.¹⁴⁶ Die Ökosysteme leiden nicht nur an der Übernutzung, sondern auch an der Vereinheitlichung. Die Biodiversität schwindet durch die Dezimierung des natürlichen Lebens – 100 Arten sind im 20. Jahrhundert verschwunden, die Dunkelziffer liegt vermutlich höher. In der weltweiten Landwirtschaft werden beinahe überall gleiche Sorten angebaut. Zudem gilt es, die Bodenerosion inklusive die Wüstenbildung einzudämmen.

Zu stabilen wirtschaftlichen Verhältnissen gehört deshalb die Versorgung mit landwirtschaftlichen Gütern. Die Landwirtschaft ist ein strategisch wichtiger Bereich, d.h. bei optimalen

¹⁴⁴ Quelle: Jürgen Langenbach, UNO: Die Welt steht auf der Kippe, in: Die Presse, 31.3.2005, 9.

¹⁴⁵ Ebenda.

¹⁴⁶ Ebenda.

Versorgungsbedingungen wäre eine Autarkie des Staates hergestellt. Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der Europäischen Union bedeutet das Überwinden der landwirtschaftlichen Autarkie hin zu einer gesamteuropäischen Landwirtschaftspolitik – und somit auch hin zu einer europäischen Konsumpolitik. Diese wirtschaftliche Einigung zur Verhinderung von nationalen Alleingängen und zur Förderung der gesamteuropäischen Stabilität ist auch von Bedeutung im Hinblick auf die Verwirklichung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, die sich – im Sinne des umfassenden sicherheitspolitischen Ansatzes - auf folgende Fundamente stützt: Festigung von Demokratien, Einhaltung der Menschenrechte sowie Schaffung und Ausbau stabiler marktwirtschaftlicher Systeme. Die Umsetzung des Konzeptes der freien Marktwirtschaft dürfte jedoch auch in Zukunft eingeschränkt erfolgen. Der Verkauf von strategisch wichtigen Firmen z.B. an ausländische Konzerne soll in manchen Ländern verhindert werden. So kam auch der geplante Verkauf des französischen Nahrungsmittelkonzerns *Danone* an den US-Konzern *Pepsi* nicht zustande. Der amerikanische Präsident kann z.B. Übernahmen durch ausländische Unternehmen untersagen, wenn ihm von einer speziellen Kommission aus Rechts- und Wirtschaftsexperten bestätigt wird, dass eine Gefahr für die nationale Sicherheit besteht. Auch in Deutschland gibt es seit August 2004 ein entsprechendes Gesetz. Sollen z.B. mehr als 25 Prozent eines Rüstungsunternehmens ins Ausland verkauft werden, muss das Wirtschaftsministerium zustimmen. Frankreich plant, ein ähnliches Gesetz einzuführen.

Bevölkerungsentwicklung als strategische Größe

Eine äußerst relevante strategische Größe ist die Weltbevölkerung: Faktoren wie die Geburtenzahl, die Bevölkerungsentwicklung, die Umweltverschmutzung und Ressourcen beeinflussen Handlungsweisen von Staaten in ihren strategischen Überlegungen enorm – vom Erhalt der Wohlstands- und Sozialpolitik bis zur Sicherung von Energieressourcen. Bis zum Jahr 2050 wird sich die Bevölkerung Afrikas mehr als

verdoppeln. Asien und Afrika wachsen bis 2020 zusammen um über 1,3 Mrd. Menschen, die Bevölkerungszahl in Europa geht zurück.¹⁴⁷

Bevölkerungsentwicklung (Bevölkerung in Millionen)¹⁴⁸

| | 2005 | 2050 |
|------------------------|-------|-------|
| Nordamerika | 331 | 438 |
| Lateinamerika/Karibik | 561 | 783 |
| Europa | 728 | 653 |
| Afrika | 906 | 1.937 |
| Asien | 3.905 | 5.217 |
| Australien, Neuseeland | | |
| Ozeanien | 33 | 48 |

Während im Jahr 1950 noch 22 Prozent der Weltbevölkerung in Europa und Russland lebten, beträgt der Bevölkerungsanteil Europas und Russlands an der Weltbevölkerung heute 13 Prozent. Im Jahr 2050 wird dieser Anteil voraussichtlich bei 7,5 Prozent liegen.¹⁴⁹ Für die europäischen Regierungen ist es Ziel, das Gleichgewicht in Europa zwischen Bevölkerungsentwicklung und Wohlstand zu halten. Derzeit stellt die **Überalterung** der Gesellschaften in den EU-Mitgliedstaaten eine große Herausforderung für Europa dar. Nach einem Grünbuch der Europäischen Kommission vollzieht sich der demografische Wandel derart schnell, dass der Wohlstand Europas bedroht ist. Demnach benötigt die EU bis zum Jahr 2030 an die 20 Millionen zusätzliche Arbeitnehmer, um ihre Systeme aufrechterhalten zu können. 2030 werden zwei Erwerbstätige (zwischen 15 und 65 Jahren) für einen Nichterwerbstätigen (von über 65 Jahren) aufkommen müssen. Laut Prognose leben in den Staaten der EU zu diesem Zeitpunkt 18 Millionen Kinder und Jugendliche weniger als heute. Die Zahl der Menschen über 65 Jahren wird dagegen bis 2030 um 52,3 Prozent (40 Millionen)

¹⁴⁷ Aus: International demographic trends, World Security Network Foundation, New York, 5.4.2006.

¹⁴⁸ Quelle: UNFPA, abgedruckt in: Welt am Sonntag, 16.10.2005, Forum, 15.

¹⁴⁹ Aus: International demographic trends, World Security Network Foundation, New York, 5.4.2006.

steigen.¹⁵⁰ Während die über achtzig Jährigen im Jahr 2000 an die 3,4 Prozent der Bevölkerung ausmachten, werden sie sogar 2050 ca. 11,8 Prozent der Bevölkerung einnehmen. Bei denjenigen zwischen 65 und 79 Jahren wird der Anteil von 12,4 Prozent (2000) auf 18,5 Prozent (2050) der Bevölkerung steigen. Der Anteil der zwischen 25 bis 49jährigen wird dagegen von 36,9 Prozent (2000) auf 28,2 Prozent (2050) reduziert. Um diese Überalterung auszugleichen, wäre eine statistische Geburtenrate von 2,1 Kindern pro Frau nötig. Dieser Quote nähern sich derzeit nur Frankreich, Irland und die Staaten Skandinaviens. Im Jahr 2003 sank die durchschnittliche Geburtenrate in den EU-Mitgliedstaaten auf 1,48. In einem Drittel der EU-Regionen und in beinahe allen Regionen der ostmitteleuropäischen Mitgliedstaaten der Union schrumpft die Bevölkerung kontinuierlich.¹⁵¹ Die Gründe liegen hierfür, so EU-Sozialkommissar Vladimír Špidla, die gestiegene Lebenserwartung und die sinkende Bereitschaft von Frauen, Familien zu gründen. Die Mutterrolle verliert in Europa ihre Anziehungskraft vor allem in Zeiten steigender Konkurrenz am Arbeitsmarkt. Aus diesem Grund strebt die Europäische Kommission an, Zuwanderung gezielt zu fördern.¹⁵²

In der Dritten Welt stellt die Bekämpfung von Hunger und Armut eine primäre Aufgabe dar, so UNO-Generalsekretär Kofi Annan während seiner Neujahrsansprache am 25. Dezember 2003. Extreme Armut, Hunger und die Verbreitung von Krankheiten bedrohen den globalen Frieden.¹⁵³ *„In weiten Teilen der Dritten Welt rufen Armut und Krankheiten unsägliches Leid wie auch dringende Sicherheitsprobleme hervor. Fast drei Milliarden Menschen und damit die Hälfte der Weltbevölkerung müssen mit weniger als zwei Euro pro Tag auskommen. Jedes Jahr sterben 45 Millionen Menschen an Hunger und Unterernährung. Aids hat sich zur verheerendsten Epidemie der Menschheitsgeschichte entwickelt und ist Ursache für den Zusammenbruch ganzer Gesellschaften. Neue Krankheiten können sich rasch ausbreiten und zu einer globalen Bedrohung werden. Die Armut*

¹⁵⁰ Aus: Friederike Leibl, Rasante Überalterung, in: Die Presse, 18.3.2005, 4.

¹⁵¹ Ebenda.

¹⁵² Ebenda.

¹⁵³ Der Planet Erde zählte Anfang 2006 über 6,5 Mrd. Einwohner.

im südlich der Sahara gelegenen Teil Afrikas ist heute größer als vor zehn Jahren. In vielen Fällen ist wirtschaftliches Versagen mit politischen Problemen und Gewaltkonflikten verknüpft.¹⁵⁴ Bis zum Jahr 2025 könnten allein in Afrika mehr als 80 Millionen Menschen an AIDS sterben. Die Zahl der Infizierten könnte bis dahin auf 90 Millionen anwachsen, also jeder zehnte Einwohner des Kontinents hätte sich mit HIV angesteckt: „Die Opferzahl wird weiter ansteigen, egal, was getan wird.“¹⁵⁵ Bis Anfang 2005 waren mehr als 20 Millionen Menschen an AIDS (*Acquired Immune Deficiency Syndrome*) gestorben, mehr als 25 Millionen sind infiziert. Gemäß UNAIDS sank die Lebenserwartung in der Folge der Epidemie in neun Ländern auf unter 40 Jahre, es gibt elf Millionen Waisen. In Südafrika haben sich etwa 24 Prozent der 47 Millionen Einwohner mit AIDS angesteckt. In Botswana und Swasiland mit Bevölkerungszahlen knapp über einer Million Einwohner sind 38 Prozent der Erwachsenen infiziert.¹⁵⁶ In Sambia und Zimbabwe leben 80 Prozent der jungen Frauen im Alter von 15 bis 24 Jahren mit dem HIV (*Human Immunodeficiency Virus*). Die schrumpfende Zahl von Arbeitsfähigen zusammen mit steigenden Gesundheits- und Sozialkosten könnte den volkswirtschaftlichen Kollaps ganzer Länder innerhalb weniger Generationen verursachen. In Uganda haben sich im Gegensatz dazu aufgrund von Gesundheitsvorsorgemaßnahmen (vermehrter Gebrauch von Kondomen) die Infektionsraten in den vergangenen 20 Jahren nicht nur stabilisiert, sondern sind sogar zurückgegangen.¹⁵⁷

Die Europäische Sicherheitsstrategie

Die Europäische Union reagierte – aufgrund der transatlantischen und innereuropäischen Dissonanzen während der Irak-Krise im Frühjahr 2003 – erstmals mit der Präsentation einer eigenen Europäischen Sicherheitsstrategie (ESS), deren erster Entwurf von „Mr. GASP“ Javier

¹⁵⁴ Aus: Europäische Sicherheitsstrategie vom 12.12.2003, Kapitel „Globale Herausforderungen“.

¹⁵⁵ So der Bericht „AIDS in Afrika“, der am 4.3.2005 seitens der AIDS-Bekämpfungsbehörde der Vereinten Nationen (UNAIDS) vorgestellt wurde, und: Afrika steuert auf AIDS-Apokalypse zu, in: Die Presse, 5.3.2005, 3.

¹⁵⁶ Quelle: Martina Schwikowski, Elend, Vergewaltigungen, Scham – die tödliche afrikanische Mixtur, in: Die Presse, 5.3.2005, 2.

¹⁵⁷ Aus: Afrika steuert auf AIDS-Apokalypse zu, in: Die Presse, 5.3.2005, 3.

Solana beim Gipfel des Europäischen Rates von Porto Carras/Thessaloniki am 20. Juni 2003 vorgestellt wurde. Der Titel dieser Strategie lautet „*Ein sicheres Europa in einer besseren Welt.*“ Mit der ESS soll zum Ausdruck gebracht werden, so Deutschlands damaliger Außenminister Joschka Fischer, dass die EU Partner der USA bleibe. Ziel der ESS ist vor allem die Verwirklichung der Kohärenz in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und somit die Definition der Europäischen Union als strategischer Akteur in der internationalen Politik. Die ESS selbst gliedert sich in drei zusammenhängende und sich gegenseitig beeinflussende Abschnitte:

1. **Das Sicherheitsumfeld: Globale Herausforderungen und Hauptbedrohungen:** Größere Angriffe gegen Mitgliedstaaten sind unwahrscheinlich. Als die fünf Hauptbedrohungen gelten: Terrorismus, Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, regionale Konflikte, gescheiterte Staaten (*failed states*) wie z.B. Somalia, und die organisierte Kriminalität (OK). Der Terrorismus, so die ESS, ist vorwiegend religiös-fundamentalistisch motiviert, die EU könnte Ziel/Stützpunkt des Terrors sein. Terroristen sind in der Lage, heute Kriegswaffen aller Art anzueignen und einzusetzen. Das Monopol von Staaten, Kriegswaffen zu besitzen und einsetzen zu können, scheint nun zu brechen.
2. **Die strategischen Ziele der EU:** effizienter Multilateralismus, präventives Handeln, Bedeutung des transatlantischen Verhältnisses. Die **Bedrohungen sind „dynamischer Art“**. Die „*erste Verteidigungslinie*“ liegt oftmals im Ausland. Konflikt- und Bedrohungsprävention können nicht früh genug beginnen. Bei der Bekämpfung des Terrorismus könne z.B. „*eine Mischung geheimdienstlicher, polizeilicher, rechtlicher, militärischer und anderer Mittel*“ angebracht sein.

Strategische Priorität haben die Lösung des Konflikts in Palästina (Zweistaatenlösung), der Barcelona-Prozess – also der Dialog mit den Mittelmeeranrainerstaaten in Nordafrika und im Nahen Osten - und der Südkaukasus.

Als weitere strategische Ziele der EU gelten die **Wahrung und Weiterentwicklung des Völkerrechts**, die **Stärkung der**

Institutionen (effizienter Multilateralismus) im Hinblick auf eine multilaterale **Weltordnungspolitik**. Die UNO-Charta bildet somit den grundlegenden Rahmen für internationale Beziehungen, der UNO-Sicherheitsrat soll weiterhin die Hauptverantwortung für die Wahrung des Weltfriedens tragen. Zur Durchsetzung des effizienten Multilateralismus zählt auch die Stärkung der Rolle des Internationalen Strafgerichtshofes (IStGH) sowie der Ausbau der Welthandelsorganisation (*World Trade Organization* – WTO). In den USA erfolgte im Mai 2002 die Ablehnung der Ratifikation des IStGH-Statuts. Gleichzeitig erklärten die USA, dass sie danach trachten würden, mit anderen Staaten Verträge zu schließen, die die Auslieferung von US-Bürgern an den Gerichtshof verhindern würden.¹⁵⁸ Zuerst wurden mit kleineren, politisch schwachen bzw. wenig einflussreicheren Staaten Nichtauslieferungsverträge geschlossen. Rechtsgrundlage dafür bildet Artikel 98 des IStGH-Statuts: Demnach findet keine Auslieferung statt, wenn der betreffende Staat eine internationale Vereinbarung mit einem anderen Staat hat, dass dessen Einverständnis für eine Auslieferung seines Bürgers an den Gerichtshof vorhanden ist. Die UNO-Sicherheitsratsresolution 1422 vom 13. Juli 2002 legt fest, dass der IStGH sich nicht gegen Personen richtet, die im Rahmen eines UNO-Einsatzes gehandelt haben. Diesem Beschluss ist ein massiver Druck seitens der USA vorausgegangen, die Verlängerung von UN-Missionen wie jener in Bosnien-Herzegowina abzulehnen und UNO-Missionen die aktive Unterstützung zu unterziehen. Diese Bestimmung wurde zunächst auf ein Jahr eingeschränkt, mit der Option auf Verlängerung auf ein weiteres Jahr.

Die transatlantischen Beziehungen sind für die Erreichung einer multilateralen Weltordnungspolitik aus europäischer Sicht unersetzlich. Gemäß der ESS und der Erklärung des Europäischen Rates von Brüssel vom 12. Dezember 2003 zählt das transatlantische Verhältnis zu den „*tragenden Elementen des internationalen Systems*“, „*stärkt auch die internationale*

¹⁵⁸ Aus: Peter Slevin, U.S. renounces its support of new tribunal for war crimes, in: Washington Post, May 7, 2002, A01.

Gemeinschaft in ihrer Gesamtheit. Die NATO ist ein besonderer Ausdruck dieser Beziehungen.“ Vom Funktionieren der transatlantischen Beziehungen hängt das globale Gleichgewicht maßgeblich ab.

3. **Auswirkungen auf die europäische Politik:** Entwicklung einer Strategie-Kultur, *preventive engagement*, Stärkung der Krisenmanagementkapazitäten (zivil/militärisch). Strategische Partnerschaft¹⁵⁹ - zwischen der EU und der NATO, mit Russland, Japan, China, Kanada und Indien. Diese Art der Partnerschaften sehen umfassende wirtschaftliche und technologische Kooperationen vor. Ab 2007 sollen vom Weltraumbahnhof Kourou (Französisch-Guyana) nicht mehr nur europäische *Ariane*-, sondern auch russische *Sojus*-Raketen starten. Ein entsprechender Vertrag wurde Mitte Januar 2005 zwischen der Europäischen Weltraumagentur (*European Space Agency* – ESA) und der russischen Weltraumbehörde unterzeichnet. Bis 2020 wollen beide Partner ein wieder verwendbares Raumfahrzeug konstruieren. EU-Kommission und Europäische Investitionsbank unterstützen das Projekt finanziell.¹⁶⁰

Die ESS sieht die **Entwicklung einer Strategie-Kultur** vor, „*die ein frühzeitiges, rasches und wenn nötig robustes Handeln fördert.*“ Dazu ist auch eine Verbesserung der nachrichtendienstlichen Kommunikation notwendig – im Sinne der gemeinsamen Bedrohungsanalysen zwischen USA und EU sowie auch innerhalb der EU: „*In einer Krise ist eine einheitliche Führung durch nichts zu ersetzen. Im gemeinsamen Handeln können die EU und die USA eine mächtige Kraft zum Wohl der Welt sein.*“

¹⁵⁹ Dieser Ausdruck wurde von Henry Kissinger erfunden. Die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen den USA und China 1979 entsprang, wie er nach diskreten Vorbereitungen wissen ließ, der Suche nach strategischer Partnerschaft. Washington wollte den Verlust Vietnams kompensieren und die Divergenzen zwischen Peking und Moskau zu Lasten des Letzteren nutzen. Aus: Heinz Brill, Strategische Allianzen in der internationalen Politik. Unilateralismus versus Multipolarität, in: ÖMZ 5/2002, 539-546, 540.

¹⁶⁰ Aus: Zusammenarbeit im Weltall, in: Die Presse, 21.1.2005, 7.

Die **Transformation der Streitkräfte** in flexible, rasch einsatzfähige mobile Kräfte wäre laut ESS zu vollziehen. Für diesen Schritt ist die Aufstockung der Mittel für die Verteidigung sowie die effektivere Nutzung von Mannschaft und Gerät notwendig. Im **systematischen Rückgriff auf zusammengelegte und gemeinsam genutzte Mittel** könnten Duplizierungen verringert, die Gemeinkosten gesenkt und mittelfristig die Fähigkeiten ausgebaut werden. Die EU-25 – ca. 455 Mio. Einwohner erwirtschaften $\frac{1}{4}$ des weltweiten Bruttosozialprodukts - gibt derzeit zusammen EUR 160 Mrd. für die Verteidigung aus. Die europäischen NATO-Verbündeten haben derzeit 2,2 Millionen Berufssoldaten und 2,6 Millionen Reservisten.¹⁶¹ Die US-Streitkräfte verfügen dagegen über circa 1,47 Millionen aktive Soldaten und 1,3 Millionen Reservisten.¹⁶² Nach den Ausführungen der ESS sollen künftig mehrere Operationen gleichzeitig durchgeführt werden können. In der ESS wird militärische Intervention nicht ausgeschlossen, so auch in den im Juni 2003 beschlossenen Grundprinzipien für eine EU-Strategie gegen die Proliferation von Massenvernichtungswaffen (*Counterproliferation*): Falls das präventive Engagement und der diplomatische Druck keine positive Wirkung erzielen, könnten seitens der EU militärische Maßnahmen gemäß dem Kapitel VII der UNO-Charta in Erwägung gezogen werden. Der UNO-Sicherheitsrat soll auch hier eine zentrale Rolle wahrnehmen. Die NATO hat sich ebenfalls der Frage der Prävention/Präemption angenommen: Während ihres Gipfeltreffens in Prag im November 2002 verabschiedeten die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten – darunter 19 aus der EU – ein Dokument, indem zumindest implizit von Präemption die Rede ist. Im neuen militärischen Konzept der Allianz zur Bekämpfung des Terrorismus (MC 472) kommen die Begriffe *preemption* oder *anticipatory self defense* nicht vor – insbesondere aufgrund des Drängens Frankreichs und Deutschlands. Aus dem

¹⁶¹ Aus: Anthony H. Cordesman, Rethinking NATO's force transformation, in: NATO review, spring 2005.

¹⁶² Aus: Die Transformation der US-Streitkräfte bis 2011, in: Der Soldat, 28.6.2006, 6.

Gesamtzusammenhang dieses Dokuments wird jedoch deutlich, dass die NATO einen vorbeugenden Streitkräfteeinsatz gegen terroristische Bedrohungen nicht ausschließt.¹⁶³

Im Sinne der **transatlantischen Partnerschaft** soll die grundlegende Bedeutung der NATO „als Garant für die Sicherheit unserer demokratischen Gesellschaften“ nicht in Frage gestellt werden.

Die ESS bildet den Anfang in der sicherheitspolitischen Strategiedebatte der Europäischen Union, die einem ständigen Weiterentwicklungs- und Fortschreitungsprozess unterliegen muss. Im Vergleich mit der Nationalen Sicherheitsstrategie der USA ist die Einschätzung der Bedrohungslage deckungsgleich. Die Nationale Sicherheitsstrategie der USA stuft die Sicherheit des US-Territoriums und dessen Bevölkerung (*Homeland Defense*) höher ein als dies die ESS erkennen lässt. Beide Strategiepapiere zielen auf die internationale Ordnung ab, unterschiedlich sind jedoch die Vorstellung zu dieser Ordnung und die Durchsetzung derselben. Den Bedrohungen soll laut ESS mit einem effizienten Multilateralismus entgegnet werden, die USA sehen einen „Präventivkrieg, falls notwendig“ mit Augenblickskoalitionen vor – US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld dazu: „*The mission determines the coalition*“. Die US-Strategie der Präemption als Recht auf Selbstverteidigung durch Vorbeugung sieht jedoch Krieg an sich als LETZTE OPTION für die USA vor. Inmitten der Krise um den Iran Anfang 2006 ließ Frankreichs Präsident Jacques Chirac mit einer Drohung aufhorchen: Sollte der Anführer eines Landes terroristische Mittel gegen Frankreich einsetzen, behalte sich Frankreich das Recht auf Vergeltung „in nicht konventioneller Weise“ – also mit Nuklearwaffen – vor: „*Auch die Garantie unserer strategischen Versorgung und die Verteidigung verbündeter Staaten könnte den Einsatz legitimieren.*“¹⁶⁴ Der Iran entwickelt Raketen des Typs *Shabab-5* mit einer Reichweite

¹⁶³ Karl-Heinz Kamp, „Preemptive Strikes“ und die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik, in: Erich Reiter (Hg.), Beiträge zur Entwicklung der ESVP, Teil 1, Strategische Analysen, Bundesministerium für Landesverteidigung, Wien, Juni 2005, 19-26, 21.

¹⁶⁴ Frankreich besitzt 250-300 Atomsprengköpfe, 36 Bomber und 4 Atom-U-Boote. Aus: Chirac droht Terror-Staaten mit Atomschlag, in: Die Presse, 20.1.2006, 1.

von 5.500 Kilometern. Die Entwicklung einer derartigen Rakete gäbe nur Sinn, wenn sie mit Nuklearsprengköpfen ausgerüstet werden würde.¹⁶⁵

Aus der Sicht der USA wird jedoch der Begriff „Präemption“ jedoch darin verstanden „*taking military action against a state that was about to launch an attack; international law and practice had long allowed such actions to forestall clear and immediately present dangers.*“¹⁶⁶ Prävention bedeutet in diesem Zusammenhang „*starting a war against a state that might, at some future point, pose such risks.*“ Es war die Bush-Administration, die den Begriff „Präemption“ für jene Aktion benützte, die demnach unter „Prävention“ fallen.¹⁶⁷

Innerhalb der Vereinten Nationen erfolgt seit einiger Zeit die Debatte darüber, sogenannte Präventivschläge zur „*vorgreifenden Selbstverteidigung*“ für legitim zu erklären. Gemäß dem UN-Reformbericht, der von einer sechzehnköpfigen internationalen Expertengruppe am 2. Dezember 2004 in New York vorgestellt wurde („*Eine sichere Welt: Unsere gemeinsame Verantwortung*“, 101 Empfehlungen), erfordern Genozide und *ethnische Säuberungen* schnellere und „*aggressivere Intentionen*“. Folgende Kriterien werden darin für den Einsatz militärischer Gewalt formuliert:

- Die vorliegende Bedrohung muss ebenso „*eindeutig definiert*“ sein wie das Ziel der Intervention.
- Diese Intervention dürfe nur „*das letzte Mittel*“ sein und müsse der Bedrohung angemessen sein.
- Die möglichen Konsequenzen einer Intervention müssten „*vorab erwogen werden*“. Die Folgen einer Militäraktion dürften nicht schlimmer sein als im Fall der Untätigkeit.

¹⁶⁵ Seit den achtziger Jahren entwickelt und baut der Iran mehrere Modelle ballistischer Boden-Boden-Raketen. Darunter jene der *Shabab (Sternschnuppe)*-Serie: *Shabab-1* (Reichweite: 300 Kilometer) und *Shabab-2* (Reichweite: 500 Kilometer). Beide basieren auf sowjetischen *SCUD*-Raketen. Bis zu 450 derartiger *Shababs* sollen in Irans Inventar sein. Von den *Shabab-3* (Reichweite: 1.300 – 1.800 Kilometer) werden bis zu 150 Stück im Besitz des iranischen Militärs vermutet. Aus: Tödliche Sternschnuppen der Mullahs, in: Die Presse, 4.2.2006, 1.

¹⁶⁶ So John Lewis Gaddis, *Grand Strategy in the Second Term*, in: *Foreign Affairs*, Volume 84, No.1, January/February 2005, 2-15, 4.

¹⁶⁷ Ebenda.

Dem UN-Sicherheitsrat soll es dadurch ermöglicht werden, bei Massen-Gräueltaten und *Alptrauumszenarien* (Massenvernichtungswaffen in den Händen von Terroristen) entschiedener und aktiver vorzugehen. Die Empfehlungen sollen dazu führen, Übereinstimmung bei der Definition von Terrorismus (der sich die internationale Gemeinschaft bisher entzogen hatte) zu finden.¹⁶⁸ Ein Terroranschlag in der industrialisierten Welt kann verheerende Auswirkungen auf die Weltwirtschaft haben und in Folge Millionen von Menschen zurück in die Armut stürzen. Der Zusammenbruch eines Landes im ärmsten Teil der Welt kann ein klaffendes Loch in das westliche Verteidigungssystem schlagen.

Je effizienter multilateral gehandelt wird, desto geringer ist das transatlantische und auch innereuropäische Spannungsverhältnis. Die NATO bildet die Grundlage der transatlantischen Sicherheitsbeziehungen. Im Kampf gegen den Terror befindet sich die NATO in einer unterstützenden Rolle. Die USA haben in der „*Koalition gegen den Terrorismus*“ die Führungsrolle übernommen. Sie regeln die Aufgabenverteilung in dieser „*Koalition der Willigen und Fähigen*“ auf bilateraler Basis.

Die USA erwarten sich von der EU eine konstruktive Zusammenarbeit, bei der es Aufgabe der EU-Mitgliedstaaten ist, glaubwürdige koordinierte interoperable militärische und zivile Fähigkeiten zu entwickeln. Das Engagement der EU soll gemäß dem NATO-Kommuniqué von Washington aus dem Jahr 1999 und den EU-NATO-Dauervereinbarungen vom März 2003 in Absprache mit den USA erfolgen.

Die ESS setzt jedoch nur Ziele für die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) fest. Der politische Wille zur Umsetzung und Realisierung der Ziele wird die Effizienz der Strategie bestimmen. Institutionen zu deren Umsetzung wären bereits in der EU vorhanden, es fehlt jedoch an der Effizienz und Koordination der für den Sicherheitsbereich zuständigen Institutionen. Als Reaktion auf die Terror-Attacken gegen Einrichtungen des öffentlichen Verkehrs in

¹⁶⁸ Kofi Annan, Ist eine Nation bedroht, dann sind alle gefährdet, Gastkommentar in: Die Presse, 3.12.2004, 4.

Madrid¹⁶⁹ wurde am 19. März 2004 beim Brüsseler Sondertreffen der Innenminister wiederholt eine verstärkte Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten bei der Terrorismusbekämpfung und ein besserer Informationsaustausch durch engere Koordination der nationalen Nachrichtendienste beschlossen. Dafür wurde das Amt des EU-Koordinators für die Zusammenarbeit in der Terrorbekämpfung geschaffen. Die Errichtung des vom damaligen österreichischen Innenminister Ernst Strasser vorgeschlagenen EU-Nachrichtendienstes nach dem Vorbild des amerikanischen CIA – die Etablierung einer derartigen Institution wurde auch vom belgischen Regierungschef Guy Verhofstadt befürwortet – ist von den EU-Innenministern weitgehend abgelehnt worden. Seit Mai 2003 tauschen jedoch Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien und Spanien ihre Daten auf nachrichtendienstlicher Ebene aus.

Die EU stellt sich wieder dieselbe grundsätzliche Frage wie nach den Terroranschlägen gegen die USA vom 11. September 2001: Wie kann dem Terror koordiniert wirksam entgegengetreten werden? Dazu gehört vor allem der wirksame Einsatz der Finanzmittel, um Terror zu verhindern. In den USA hatte der Rechnungshof Anfang August 2005 festgestellt, dass nach wie vor Sicherheitssysteme nicht funktionieren bzw. bereits veraltet sind – wie z.B. das US-Visit-Computerprogramm, das die Fingerabdrücke und Fotos aller einreisenden Touristen verwaltet: Die Software ist nicht mit allen Datenbanken kompatibel.¹⁷⁰ Zudem wurden öffentliche Gelder im Namen der Sicherheit missbraucht, z.B. bei der Beschaffung scheinbarer Sicherheitssysteme, ohne zu überprüfen, ob diese Systeme effizient im Kampf gegen den Terrorismus verwendet werden können. Amerikanische Häfen wurden z.B. mit Geigerzählern ausgestattet, um radioaktive Strahlung in Schiffscontainern zu entdecken. Der Preis für die Anschaffung der Geräte betrug 500 Millionen US-Dollar. Diese Geigerzähler erwiesen sich jedoch als nutzlos, da bestrahlte Lebensmittel den gleichen Alarm auslösen wie hochangereichertes Uran.¹⁷¹

¹⁶⁹ Bei diesen Terroranschlägen starben 191 Menschen, die Anzahl der Verletzten betrug ca. 1.300.

¹⁷⁰ Quelle: Norbert Rief, Vergeudung im Namen der Sicherheit, in: Die Presse, 8.8.2005, 3.

¹⁷¹ Ebenda.

Der EU – bzw. den EU-Mitgliedstaaten – geht es bei der Erreichung der strategischen Zielsetzungen um drei wesentliche Schritte: um die Ausdehnung bzw. um den Export der Sicherheit auf umliegende Regionen und Staaten, um die Schaffung eines Weltordnungssystems auf der Basis des Völkerrechts bzw. auf der Grundlage eines effektiven Multilateralismus unter dem Primat der Vereinten Nationen, um die Förderung einer *Good Governance* (Demokratieförderung, Durchsetzung von rechtsstaatlichen Systemen, Bekämpfung von Korruption und effiziente Entwicklungszusammenarbeit) sowie um die koordinierte Bekämpfung gegenwärtiger und künftiger Bedrohungen. Innerhalb der EU sind die Mitgliedstaaten aufgerufen, koordiniertes und effizientes *Governance* umzusetzen. Im Weißbuch der Europäischen Kommission vom 25. Juli 2001 wird *Governance* wie folgt definiert: „*Governance means rules, processes and behaviour that affect the way in which powers are exercised at European level, particularly as regards openness, participation, accountability, effectiveness and coherence.*“

Weltweite militärische Kooperationen aus der Sicht der USA

Die USA hatten - gemeinsam mit den europäischen Verbündeten - ein vitales Interesse, nach dem Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 und des Zusammenbruchs der Sowjetsysteme in Mittel- und Osteuropa die Reformstaaten dieses geopolitisch bedeutenden Raumes zu stabilisieren und in die transatlantischen Sicherheitsstrukturen einzugliedern. Mit der Diskussion um die Neustrukturierung der NATO in Hinblick auf die Durchführung von friedensunterstützenden Einsätzen (*peace support operations*) Anfang der 1990er sollte es für die Streitkräfte Südosteuropas sowie Mittel- und Osteuropas ermöglicht werden, in transatlantische Sicherheitsstrukturen mittels der im Januar 1994 gegründeten NATO-Partnerschaft für den Frieden (*NATO Partnership for Peace – PfP*) integriert zu werden. Zudem sollen jene Länder, die eine Aufnahme in die NATO anstreben – wie Albanien, Kroatien oder auch Mazedonien -, mittels eines *Membership Action Plan* (MAP) an die Allianz herangeführt werden. Als erste ostmitteleuropäische Staaten wurden am 12. März 1999 Polen, die Tschechische Republik und Ungarn in die Nordatlantische Allianz aufgenommen. Ende März 2004 folgten Bulgarien, Rumänien, die

Slowakei, die ehemalige jugoslawische Teilrepublik Slowenien sowie die ehemaligen Sowjetrepubliken Estland, Lettland und Litauen. Während des NATO-Gipfels in Riga Ende November 2006 soll ein weiteres Signal gesetzt werden, die Staaten des MAP sowie in weiterer Folge die Ukraine und Georgien in die NATO aufzunehmen. Zunächst gilt das Aufnahmeangebot an die Länder des MAP: „*When they are ready, NATO has to be ready*“, betonte der NATO-Generalsekretär.¹⁷²

Durch das Ziel der US-Sicherheitspolitik, weltweit Länder in eine *globale Sicherheitspartnerschaft* aufzunehmen, wird verdeutlicht, welche Rolle die USA regional und global Willens ist, einzunehmen. Dadurch wird von den USA aus Gründen der eigenen Sicherheit angestrebt, *trouble spots* bzw. gescheiterte und scheiternde Staaten (*failed and failing states*), die wiederum als *Förderer* des Terrorismus gelten, zu stabilisieren und auch politisch-militärisch zu kontrollieren. Die Bekämpfung des Terrors steht seit den Anschlägen des 11. September 2001 (9/11) an oberster Priorität. In seiner Rede an die Nation am 11. September 2001 betonte US-Präsident George W. Bush: „*Amerika und unsere Freunde und Verbündeten schließen sich mit all jenen zusammen, die Frieden und Sicherheit in der Welt wollen, und wir halten zusammen, um den Krieg gegen den Terrorismus zu gewinnen.*“ Für die USA besteht ihre Mission primär darin, die Prinzipien der Demokratie, Freiheit und Menschenrechte in „*die dunkelsten Ecken der Welt*“ zu bringen, wie es Präsident George W. Bush am 20. Januar 2005 formulierte: „*and one day this untamed fire of freedom will reach the darkest corners of our world.*“¹⁷³ Ziel ist es demnach, „*die Tyrannei in der Welt zu beenden*“.¹⁷⁴ Die USA unterstützen Demokratiebewegungen weltweit: „*The survival of liberty in our land increasingly depends on the success of liberty in other lands. The best hope for peace in our*

¹⁷² Aus: Discussions begin on NATO enlargement, NATO Update, 27 April 2006, 21:12 hours, <http://www.nato.int/docu/update/2006/04-april/e0427d.htm> .

¹⁷³ So Präsident George W. Bush in seiner Rede am 20.1.2005, in: Bush Ties Second Term Policy to the Advancement of Freedom, <http://usinfo.state.gov/special/Archive/2005/Jan/20-603979.html> .

¹⁷⁴ Quelle: Auszüge aus der Rede Präsident Bushs, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.1.2005, 2.

world is the expansion of freedom in all the world.”¹⁷⁵ Zu den *Vorposten der Tyrannei* zählte US-Außenministerin Condoleeza Rice die Staaten Burma, Iran, Kuba, Nordkorea, Simbabwe und Weißrussland. Im Irak wird jedoch verdeutlicht, dass sich Demokratie nur schwer durchsetzen kann, wenn sie für relevante Sektoren einer Gesellschaft nicht vorteilhaft ist. Demokratisierung bedeutet, dass bisherige Eliten an Macht verlieren und andere an Einfluss gewinnen. Demokratisierungsprozesse können deshalb kurz- bis mittelfristig destabilisierend wirken, wenn sie bestehende Machtverhältnisse bedrohen und Widerstand provozieren.

Ehemalige *failed states* sollen nach der amerikanischen Konzeption zudem mittel- bis langfristig in die Weltwirtschaft integriert werden, um den Lebensstandard der Bürger zu erhöhen sowie ein ausgewogenes Wirtschaftswachstum als Voraussetzung für die Stärkung der Sicherheitsfunktionen des Staates und somit der globalen Sicherheit zu realisieren. Derzeit werden die USA „von Terrorismus bedroht, der auf dem Nährboden gescheiterter Staaten gedeiht und in unseren eigenen Städten gegenwärtig ist. Wir werden durch die Verbreitung chemischer, biologischer und nuklearer Waffen bedroht, die von geächteten Regimes hergestellt und entweder durch Raketen oder Terrorzellen eingesetzt werden können. Für Terroristen und Terrorstaaten ist jede freie Nation – jede freie Nation – ein potenzielles Ziel, einschließlich der freien Länder Europas.“¹⁷⁶

Mit dem Ziel, potenzielle Risiken für die nationale Sicherheit einzudämmen, war es für die USA wichtig, Reformstaaten in Europa zu stabilisieren. Die neuen Demokratien wurden alsbald in die transatlantischen Sicherheitsstrukturen eingebunden und in die 1994 gegründete NATO-Partnerschaft für den Frieden (PfP) aufgenommen. Der Großteil der ehemaligen kommunistischen Länder traten 1999 bzw. 2004 auch der NATO bei. Innerhalb der PfP erfolgte zunächst die Abhaltung multinationaler Übungen mit dem Zweck der Herstellung von Interoperabilitätsstandards für friedensunterstützende Operationen (*peace support operations*). Durch diese Politik gelang es auch – mit

¹⁷⁵ So Präsident George W. Bush in seiner Rede am 20.1.2005, in: Bush Ties Second Term Policy to the Advancement of Freedom, <http://usinfo.state.gov/special/Archive/2005/Jan/20-603979.html>.

¹⁷⁶ Quelle: Rede von Präsident George W. Bush zum Thema „*We are committed to work toward world peace*“ in Prag am Vorabend des NATO-Gipfels, 20.11.2002.

dem Mandat der Vereinten Nationen -, lateinamerikanische Länder wie Argentinien, arabische Staaten wie Marokko und die Vereinigten Arabischen Emirate sowie auch die Ukraine und Russland an NATO-geführten Missionen zu partizipieren. Russland z.B. hatte ab 1995/96 ca. 1.340 Soldaten im Rahmen der IFOR/SFOR in Bosnien-Herzegowina und ab 1999 ca. 1.500 Soldaten im Kosovo (KFOR) stationiert.¹⁷⁷ Seit Anfang 2006 trainieren russische Marinesoldaten mit NATO-Ausbildern für die NATO-Marineoperation *Active Endeavour* im Mittelmeer, an denen seit 2006 auch russische Kriegsschiffe teilnehmen.

Der Grundpfeiler für Europas Sicherheitsordnung bleibt für die USA die NATO gemeinsam mit sämtlichen strategischen Partnerschaften zur EU, zu Russland und zur Ukraine sowie zum erweiterten Mittelmeerraum (*Broader Middle East*). Deshalb soll aus Sicht der USA der Interoperabilitätsgrad für Einsätze „*out-of-area*“ nach NATO-Standards erhöht werden. Diesem Ziel dient auch innerhalb der NATO-PfP die vertiefte militärische Kooperation zwischen Vancouver und Wladiwostok.

Die EU hat sich zwar mit dem Gipfel des Europäischen Rates von Helsinki im Dezember 1999 selbst militärische Kapazitäten und Mechanismen verordnet, verfügt jedoch derzeit über wenig geeignete militärische Mittel zur wirksamen Durchführung internationaler Einsätze. Sie ist bei schweren Krisenbewältigungseinsätzen deshalb auf die NATO, d.h. auf Kapazitäten der USA, angewiesen. Ende 2001 hatte die EU den *European Capabilities Action Plan* (ECAP) als das Instrument der Mitgliedstaaten zur Verbesserung der Stärkung ihrer militärischen Fähigkeiten geschaffen, der in Übereinstimmung mit dem *Prague Capabilities Commitment* (PCC) der NATO vom November 2002 umzusetzen ist. Während des Prager NATO-Gipfels von 2002 erklärten die NATO-Staaten ihre Bereitschaft, der EU Zugang zu NATO-Mitteln und Fähigkeiten für Operationen, in die die NATO nicht teilnimmt, zur Verfügung zu stellen. Zu diesem Zweck wurden am 14. März 2003 die NATO-EU-Dauervereinbarungen unterzeichnet, die bereits auf den 3. Juni 1996 zurückzuführen, als die NATO-Außenminister in Berlin vereinbarten, eine Europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität (ESVI) innerhalb der NATO zu schaffen. Die

¹⁷⁷ Alexander Nikitin, Partners in peacekeeping, in: NATO review, winter 2004.

ESVI sollte die Rollen und Verantwortlichkeiten zwischen Europa und den USA aufteilen und die europäischen Fähigkeiten koordiniert verbessern (*burden sharing, Berlin plus*). Um aber die Entwicklung effizienter militärischer Kapazitäten zwischen der NATO und der EU permanent zu koordinieren, wurde die NATO-EU-Fähigkeitsgruppe (*NATO-EU Capability Group*) geschaffen. Sie traf sich erstmals im Mai 2003.

Aus Sicht der USA soll Europa alles unterlassen, was militärisch die NATO in Frage stellen könnte. Duplizierungen sind von den europäischen Verbündeten im Rahmen der EU, wie bereits US-Außenministerin Madeleine Albright in den 1990er mehrmals betonte, nicht erwünscht. Die EU soll gemäß dem Strategischen Konzept der NATO von Washington (April 1999) nur dann Einsätze im Rahmen der Petersberg-Aufgaben – also humanitäre Aufgaben und Rettungseinsätze, friedenserhaltende Aufgaben sowie Kampfeinsätze bei der Krisenbewältigung einschließlich friedensschaffender Maßnahmen – leiten, falls dafür seitens der USA und der NATO kein Interesse besteht. Die Europäer – vor allem aber auch die mitteleuropäischen Staaten – sind deshalb gefordert, ihre militärischen Mittel und Fähigkeiten vorrangig innerhalb der NATO und der NATO-Partnerschaft für den Frieden für friedensunterstützende Einsätze abzustimmen.

Die Entwicklung einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) innerhalb der GASP hatte gemäß der Erklärung des Europäischen Rates von Köln (4. Juni 1999) demnach zwar die Schaffung autonomer militärischer Fähigkeiten für die EU zum Ziel, die Kapazitäten für autonome Aktionen sollen jedoch nur auf jene Fälle eingeschränkt werden, „*in denen die Allianz als Ganze nicht tätig ist.*“¹⁷⁸ Die Erklärung *Zur Stärkung der gemeinsamen europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik* beinhaltet die Zielvorstellung, dass der EU die Fähigkeit zu autonomem Handeln verschafft werden soll, damit diese imstande ist, „*unbeschadet von Maßnahmen der NATO ... auf internationale Krisensituationen zu reagieren*“ und „*im Einklang mit den Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen auf internationaler*

¹⁷⁸ Washington Summit Communiqué, Issued by the Heads of State and Government participating in the meeting of the North Atlantic Council in Washington D.C. on 24th April 1999, Punkt 10, Press Release NAC-S(99)64.

Ebene zu Frieden und Sicherheit beizutragen.“ Leitthema der Kölner Beschlüsse ist das Anliegen, die EU mit einem zur Durchführung von Aufgaben der internationalen Konfliktprävention und des Krisenmanagements im Rahmen der Petersberg-Aufgaben erforderlichen Instrumentariums auszustatten: „*Wir wollen eine effektive EU-geführte Krisenbewältigung entwickeln, in deren Rahmen sich sowohl der NATO angehörende als auch neutrale und bündnisfreie EU-Mitgliedstaaten in vollem Umfang und gleichberechtigt an den EU-Operationen beteiligen können*“, betonten die Staats- und Regierungschefs im Punkt 3 der Beschlüsse von Köln. Die Beschlüsse des Europäischen Rates von Helsinki (10.-11. Dezember 1999) legten zudem die Kriterien für eine wirksame Krisenbewältigung wie folgt fest: Verlegefähigkeit, Durchhaltefähigkeit, Interoperabilität, Flexibilität, Mobilität, Überlebensfähigkeit sowie Streitkräfteführung. Dies unterstrich auch die *Defence Capabilities Initiative* (DCI) im NATO-Kommuniqué von Washington 1999. Die ESVP kann aufgrund militärischer Ausrüstungsdefizite in den EU-Mitgliedstaaten (v.a. in den Bereichen Lufttransport, Satellitenaufklärung etc.) derzeit jedoch nur über jene Kräfte und Mittel wirksam werden, über die ausschließlich die NATO verfügt.

Zu diesem Zweck haben sich innerhalb der NATO Staaten zusammengeschlossen, um gemeinsam Defizite in den Fähigkeiten zu beheben. Die Nordatlantische Allianz schloss am 28. April 2005 mit einem Konsortium aus europäischen und nordamerikanischen Unternehmen einen Vertrag über die Schaffung eines gemeinsamen Radarsystems zur Bodenüberwachung aus der Luft ab, das ab dem Jahr 2010 – zunächst mit Teiloperationsfähigkeit - verdächtige Objekte am Boden orten soll. Ziel ist die Verbesserung der Fähigkeiten im Bereich ISR – *Intelligence, Surveillance and Reconnaissance*. Dieser Vertrag bildet den Kern des Bodenüberwachungsprogramms des Bündnisses (*Alliance Ground Surveillance* – AGS). Die Unterzeichnung des ersten Teilvertrages im Wert von € 23 Mio. erfolgte am Rande einer Konferenz der nationalen Rüstungsdirektoren (*Conference of National Armaments Directors* - CNAD) der 26 NATO-Mitgliedstaaten. Anfang 2006 begann die eigentliche Planungsphase, für die zusätzlich 500 Mio. Euro kalkuliert waren. Die Gesamtkosten werden insgesamt vier Mrd. Euro betragen. Bei diesem System handelt es sich um eine der bisher teuersten

Anschaffungen der NATO. Im April 2004 hatte die Allianz für die Umsetzung des Überwachungssystems ein Konsortium ausgewählt, das unter dem Namen TIPS (*Transatlantic Industrial Proposed Solution*) insbesondere den europäischen Luft- und Raumfahrtkonzern *EADS* und die amerikanische Gruppe *Northrop Grumman* umfasst. Zu diesem Konsortium zählen auch die französische Firma *Thales*, die italienische Firma *Galileo Avionica*, das spanische Unternehmen *Indra* und die kanadische Zweigstelle des US-Konzerns *General Dynamics*. Mit inkludiert sind auch zahlreiche Zuliefererfirmen.¹⁷⁹

Die NATO verfügt derzeit über Radarflugzeuge des Typs *Boeing E-3 AWACS* ausschließlich zur Überwachung des Luftraumes. Das neue System soll die NATO in die Lage versetzen, auch Ziele am Boden zu definieren und zu verfolgen, wie z.B. Truppenbewegungen. Das System soll sowohl in Flugzeuge als auch in Drohnen – also in Flugzeuge ohne Pilot – eingebaut werden. Nach dem vom Konsortium angebotenen System sollen umgebaute *Airbus A321*-Flugzeuge und abgewandelte Typen der amerikanischen Drohne *Global Hawk* verwendet werden. Die Anschaffung eines derartigen Systems wurde innerhalb der Nordatlantischen Allianz seit ca. zehn Jahren diskutiert. Erst während des NATO-Gipfels der Staats- und Regierungschefs in Prag (November 2002) traf die Allianz verbindliche Beschlüsse für ein solches gemeinsames Programm.¹⁸⁰

Die industrielle Verbesserung der militärischen Fähigkeiten wird auch innerhalb der EU mit der 2004 eingerichteten Europäischen Verteidigungsagentur (EVA) sichergestellt – in Koordination mit der NATO. Die USA streben auf ein geniales Zusammenwirken von US- und europäischen Kräften und Fähigkeiten ab, zur Eindämmung gegenwärtiger Bedrohungen.

¹⁷⁹ Quellen: NATO-Luftradarsystem ab 2010, in: Der Standard Online, 28.4.2005, 20:05 Uhr, <http://derstandard.at/?url=/?id=2031011>, ausgedruckt am 29.4.2005; und: NATO's Alliance Ground Surveillance Programme Gains Momentum, PR/CP (2005)055, 28 April 2005.

¹⁸⁰ Ebenda.

EU-Krisenmanagement – gemeinsam mit der NATO

Der ehemalige Vorsitzende des NATO-Militärausschusses, General Klaus Naumann, beschreibt den Ablauf von Krisenreaktion in vier Phasen:

- *diplomacy backed by threats* mit dem Ziel, dass der Gegenspieler zum Einlenken gebracht werden soll – durch Druck bis hin zur Drohung;
- *diplomacy backed by force*: mit militärischem Eingreifen unterhalb der Schwelle des Krieges soll der Gegenspieler zum Einlenken gezwungen werden;
- *force backed by diplomacy* mit dem Ziel, ein Einlenken des Gegenspielers durch die weitgehende Zerschlagung seines Machtpotenzials zu erreichen;
- *diplomacy backed by reconstruction* mit dem Ziel, selbsttragende Stabilität wiederherzustellen durch Wiederaufbau, Wiederbelebung der Wirtschaft und die Wiederherstellung staatlicher Ordnung. Am Ende steht der Abzug aller fremden Kräfte von dem Gebiet, in dem die Intervention stattfand.¹⁸¹

Die EU ist seit den letzten Jahren im internationalen Krisenmanagement sehr engagiert. Mit April 2004 gehören 19 von 25 EU-Staaten der NATO an. Die NATO bleibt somit weiterhin das Rückgrat der europäischen Sicherheitspolitik. Enge Kooperationen mit der NATO und eine Harmonisierung der Verfahren und Standards der euro-atlantischen Streitkräfte bleiben daher von großer Bedeutung. In diesem Kontext bestimmt und erfasst der EU-Militärstab (EUMS) im Ratssekretariat (multi)nationale europäische Streitkräfte für EU-geführte Operationen in Abstimmung mit der NATO, trägt zu Entwicklung und Aufbau – einschließlich der Ausbildung und Übungen – der von den EU-Mitgliedstaaten bereitgestellten nationalen und multinationalen Streitkräften bei. Bis Anfang 2006 wurde ein Operationszentrum errichtet - als nichtständiges Hauptquartier - für die Koordination

¹⁸¹ Klaus Naumann, „Kriseneindämmung“, in: Ursula Blanke (Hg.), Krisen und Konflikte. Von der Prävention zur Friedenskonsolidierung, BWV – Berliner Wissenschafts-Verlag, 2004, 57f.

kleinerer EU-Einsätze in der Größenordnung von *Artemis* im Kongo (1.800 Soldaten, Sommer 2003). Größere EU-Einsätze sollen von den nationalen Hauptquartieren der Mitgliedstaaten geleitet werden. Zur internen Koordination EU-NATO wurde 2004/05 innerhalb des EUMS eine NATO-Zelle eingerichtet, parallel dazu erfolgte die Schaffung einer EU-Zelle im Obersten Hauptquartier der Alliierten Streitmächte in Europa (*Supreme Headquarters Allied Powers Europe – SHAPE*). Mit der EU-Zelle beim SHAPE bzw. dem NATO-Verbindungselement beim EUMS soll im Fall von EU-Operationen mit Rückgriff auf NATO-Mittel und –Fähigkeiten eine bessere Zusammenarbeit sichergestellt werden, die Verbindung zwischen der EU (EUMS) und der NATO (Stellvertretender Oberbefehlshaber in Europa - DSACEUR) verbessert und die Fähigkeiten der EU im militärischen und zivilen Krisenmanagement sowie zur Planung und Durchführung von autonomen EU-Operationen erhöht werden.

Eine gemeinsame Erklärung zwischen der NATO und der EU – sie wurde am 16. Dezember 2002 angenommen – öffnet den Weg für engere politische und militärische Kooperationen in den Bereichen Krisenmanagement und Konfliktprävention. Die Unterzeichnung der NATO-EU-Dauervereinbarungen auf der Grundlage dieser Erklärung erfolgte am 14. März 2003 in Athen und gibt der EU gesicherten Zugang zu Planungs- und Logistikkapazitäten der NATO. ESVP-Einsätze sind derzeit jedoch nur im unteren Spektrum möglich – es bedarf daher bei größeren Operationen der Unterstützung durch die USA. Das umfangreiche ESVP-Mandat umfasste 2005/06 insbesondere folgende Operationen:

- EUFOR *Althea*: Am 2. Dezember 2004 übernahm die EU den NATO-Einsatz in Bosnien-Herzegowina mit 7.000 Soldaten – Kontingenten aus 22 EU-Staaten und 11 Drittländern. Die Operation selbst wird vom Stellvertretenden NATO-Oberbefehlshaber in Europa auf operativer Ebene (*Operation Commander*) geleitet. Der gesamtverantwortliche Kommandant (*Force Commander*) wechselt unter den EU-Staaten ab.
- EUPM in Bosnien-Herzegowina: Ziel dieses ersten EU-Kriseneinsatzes (seit 1. Januar 2003) ist es, diese Region zu stabilisieren, die örtlichen Polizeikräfte bei der Umsetzung von

Recht und Gesetz zu unterstützen und auch die Etablierung von bzw. die Bildung terroristischer Organisationen zu verhindern.

- Nach dem Ende des zweijährigen Polizeieinsatzes *EUPOL Proxima* am 14. Dezember 2005 unterstützte die EU bis Mai 2006 mit der Übergangsmision *EU Police Advisory Team* (EUPAT) – einem Polizeiberaterenteam mit 30 Personen – in Mazedonien (FYROM)¹⁸² das Büro des EU-Sonderbeauftragten. Seither übernimmt die Europäische Kommission mit eigenen Projekten Unterstützungsarbeiten.
- EUPOL Kinshasa: Am 12. April 2005 wurde die zivile Krisenbewältigungsmission EUPOL Kinshasa eingeleitet. Diese ESVP-Mission mit 29 Mitarbeitern soll die kongolesische Integrierte Polizeieinheit (IPU) beobachten, anleiten und beraten. Die IPU hat den Auftrag, die Institutionen und hohen Regierungsbehörden der Übergangsregierung zu schützen und während der allgemeinen Wahlen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit in der Hauptstadt beizutragen. Sie löste die UN-Kräfte der MONUC ab, die bisher für die Sicherheit in Kinshasa verantwortlich waren. Parallel dazu wurde am 8.6.2005 eine *Beratungs- und Unterstützungsmission im Zusammenhang mit der Reform des Sicherheitssektors in der Demokratischen Republik Kongo* (DRK) eingerichtet (*EUSEC RD Congo*). Diese Mission – sie umfasst acht Mitarbeiter - soll zu einer erfolgreichen Integration der Armee in der DRK beitragen und ist die erste ihrer Art. Sie stellt somit ein konkretes Beispiel für

¹⁸² Mazedonien war im April 1993 nur unter der provisorischen Bezeichnung FYROM in die UNO aufgenommen worden. Griechenland musste 1995 im Streit um Namen und Flagge der früheren jugoslawischen Teilrepublik Mazedonien vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg zur völkerrechtswidrigen Wirtschaftsblockade Stellung nehmen, die es ein Jahr zuvor gegen den hoffnungslos unterlegenen nördlichen Nachbarn verhängt hat. Griechenland sperrte den Hafen von Thessaloniki für den Warenverkehr mit Mazedonien, das über den Hafen rund 90 Prozent seines Außenhandels und vor allem den gesamten Treibstoffimport abwickelt. Die EU-Staaten hatten gegen diese wirtschaftliche Erpressung protestiert. Griechenland fordert von Mazedonien die Änderung des Staatsnamens – der nach dem Verständnis der griechischen Regierung Gebietsansprüche auf die nordgriechische Region gleichen Namens impliziert. Griechenland fordert auch den Verzicht auf Alexander des Großen Stern von Vergina im Staatswappen und auf der Nationalflagge Mazedoniens.

die Umsetzung des *Aktionsplanes für die ESVP-Unterstützung für Frieden und Sicherheit in Afrika* und damit der Europäischen Sicherheitsstrategie vom Dezember 2003 dar.

- Unter dem Codenamen *EUFOR RD Congo* führte die EU im Sommer/Frühherbst 2006 unter deutsch-französischer Leitung mit ca. 2.000 Soldaten aus 18 Ländern (davon 780 aus Deutschland) einen Militäreinsatz auf der Grundlage der UN-Sicherheitsratsresolution 1671 (2006) durch. Die Kernzeit der EU-Operation begann mit den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen am 30. Juli, das Hauptquartier der *EUFOR RD Congo* befand sich in Potsdam. Die UNO hatte die EU um Hilfe bei der Absicherung dieser seit mehr als vier Jahrzehnten ersten freien Wahlen in Kongo-Kinshasa gebeten. Die europäischen Truppen – davon waren 400 bis 450 Soldaten in der kongolesischen Hauptstadt stationiert¹⁸³ – hatten bei dieser Stabilisierungs- und Sicherungs- und notfalls auch Evakuierungsoperation die 16.000 Soldaten der UN-Mission MONUC unterstützt. Der finanzielle Bezugsbetrag der gemeinsamen Kosten dieser viermonatigen Operation belief sich auf 16,700.000 Euro.¹⁸⁴
- Die EU unterstützt die Afrikanische Union (AU) bei der Stabilisierung der westsudanesischen Region Darfur. Bei der internationalen Geberkonferenz in Addis Abeba am 26. Mai 2005 wurde der AU die Unterstützung der militärischen Komponente von AMIS II sowie der Polizei von AMIS II zugesagt. Der österreichische Beitrag bei dieser Mission ist die Entsendung eines Rechtsberaters nach Addis Abeba.¹⁸⁵ Durch die EU wurden insgesamt 44 Personen (Experten und 20

¹⁸³ Der Großteil der Soldaten war im benachbarten Ausland stationiert – so vor allem in Gabun.

¹⁸⁴ Aus: Militärische Operation der EU zur Unterstützung von MONUC während des Wahlprozesses in der DR Kongo, http://www.eu2006.at/de/NEWS/Press_Releases/April/2704MONUC.html, ausgedruckt am 15.6.2006.

¹⁸⁵ Die AMIS (*African Union Mission in Sudan*) II läuft seit September 2004 und gilt als Fortführung der AMIS I vom Mai 2004, die allerdings keine Schutztruppen vorsah, sondern nur als reine Beobachtungsmission zu sehen war.

Militärbeobachter) entsandt, deren primäre Aufgabe die Unterstützung der AU in der Vorbereitung und Führung der Operation und die Ausbildung von Beobachtern der AU ist. Durch AMIS wurde der AU sowohl im militärischen als auch im Polizeibereich praktische Unterstützung zuteil, so z.B. beim Transport afrikanischer Friedenstruppen in das Einsatzgebiet.

- Die EU-Außenminister hatten am 21. Februar 2005 – während des Besuches von US-Präsident George W. Bush in Brüssel - die Einleitung einer Rechtsstaatlichkeitsmission zur Ausbildung von Richtern, Staatsanwälten und Gefängnispersonal für den Irak beschlossen. Die EU eröffnete zudem ein Verbindungsbüro in Bagdad und ist dadurch erstmals im Irak vertreten. Das Büro wird von der EU mit rund 2,34 Millionen Euro finanziert und von Großbritannien bereitgestellt. In dem Büro sind fünf Mitarbeiter aus Großbritannien tätig.¹⁸⁶ Am 1. Juli 2005 begann die EUJUST LEX im Irak. Diese Rechtsstaatlichkeitsmission zur Unterstützung des Irak führt Ausbildungsmaßnahmen für höhere und mittlere Beamte im Bereich Verwaltungsführung und strafrechtlicher Ermittlungen durch mit dem Ziel, eine engere Kooperation zwischen verschiedenen Akteuren des irakischen Strafrechtssystems zu fördern, die Führungskapazitäten und Fachkompetenzen hochrangiger Beamter insbesondere der Polizeibehörden, des Gerichtswesens und der Strafvollzugsbehörden zu stärken und die Verfahren im Bereich der strafrechtlichen Ermittlungen unter uneingeschränkter Achtung der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte zu fördern. Es wurden ca. 770 Personen im Rahmen der Mission, die sich über einen Zeitraum von zwölf Monaten – bis zum 30. Juni 2006 – erstreckte, ausgebildet.
- Mitte Juni 2005 erfolgte die Einleitung der *Aceh Monitoring Mission* (AMM) in Indonesien – unter Beteiligung einiger ASEAN-Staaten. Dabei handelt es sich um eine zivile und unbewaffnete EU-Beobachtermission, das Personal weist aber militärische Expertise auf. Die Aufgabe der für AMM tätigen ca. 190 Personen besteht darin, der GAM (*Gerakan Aceh Merdeka* –

¹⁸⁶ Aus: APA/Oberösterreichische Nachrichten, 21.2.2005, 11:16 Uhr.

Free Aceh Movement) einerseits und dem indonesischen Militär andererseits die Möglichkeit zur eigenständigen Implementierung eines Friedensabkommens zu eröffnen. Dazu sollen die involvierten Parteien durch die AMM beobachtet und im Bedarfsfalle unterstützt werden. Waffen und Munition der GAM wurden durch die AMM eingesammelt, irreguläre Verbände aufgelöst bzw. in die Zivilgesellschaft reintegriert. Ziel der Mission ist es, die territoriale und regionale Identität Indonesiens zu erreichen.¹⁸⁷

- Am 15. November 2005 schlossen Israel und die Palästinensische Autonomiebehörde ein Übereinkommen über die Öffnung des internationalen Grenzüberganges Rafah vom Gaza-Streifen nach Ägypten. Es sieht vor, dass während eines Jahres rund 70 EU-Beobachter den Zutritt und Verkehr an der Grenze überwachen. Diese Mission ist ein wesentlicher Beitrag zum Nahost-Friedensprozess und wurde am 25.11.2005 eröffnet.
- Mit 1. Dezember 2005 wurde eine EU-Beobachtermission (*Border Assistance Mission – BAM*) an der ukrainisch-moldawischen Grenze eingeleitet. Für die Dauer von 18 Monaten soll durch unangekündigte Besuche von anfänglich 50 EU-Beobachtern entlang der ukrainisch-moldawischen Grenze die Kooperation zwischen beiden Staaten in Grenzangelegenheiten verbessert werden. Diese Mission soll auch die Voraussetzungen für eine Lösung des Konflikts in Transnistrien schaffen.
- Seit 1. Januar 2006 existiert die EU-Polizeimission in den Palästinensischen Gebieten (EUPOL COPPS). Während der mindestens dreijährigen Missionsdauer soll eine tragfähige und effektive Polizeistruktur unter palästinensischer Eigenverantwortung aufgebaut werden, die im Einklang mit bewährten internationalen Standards steht. 30 EU-Experten stehen der palästinensischen Polizei beratend zu Seite.

¹⁸⁷ Der Tsunami vom Dezember 2004 beendete den Bürgerkrieg in der indonesischen Provinz Aceh auf Sumatra, der 29 Jahre gedauert und rund 15.000 Todesopfer gefordert hatte. Regierung und Rebellen schlossen 2005 unter finnischer Vermittlung ein Abkommen: Die Rebellen legten die Waffen nieder, die Armee zog die Hälfte ihrer 50.000 Soldaten ab. Am 29.12.2005 verließ die letzte Tranche, 4.000 Soldaten, Aceh.

Auf dem Gipfel von Noordwijk im September 2004 haben die Verteidigungsminister der EU-Mitgliedstaaten die Bildung von 13 multinationalen so genannten *Battle Groups* (Gefechtsverbänden) à 1.500 Soldaten beschlossen – ab 2007. Seit Oktober 2006 beabsichtigt die Nordatlantische Allianz, eine *NATO Response Force* (NRF) in der Stärke von 25.000 Soldaten für Krisen im oberen Krisenbewältigungsspektrum einzusetzen. Die Teiloperationsfähigkeit mit 17.000 Soldaten wurde bereits am 13. Oktober 2004 erreicht. Die NRF ist hochmodern ausgerüstet, flexibel, dislozierbar, zur Interoperabilität tauglich und durchhaltefähig; sie untersteht im Einsatz einem teilstreitkräfteübergreifenden Hauptquartier (CJTF - *Combined Joint Task Forces*) und umfasst somit Land-, See- und Luftkontingente, die innerhalb von 5 Tagen verlegbar sind. Der Rotationszeitraum umfasst 6 Monate. Als *High Readiness Force* ist die NRF für Einsätze im oberen und obersten Spektrum von Krisenbewältigungsoperationen vorgesehen. Die EU-Krisenbewältigungstruppe in der Stärke von 60.000 Soldaten – und die daraus abgeleiteten 13 *EU Battle Groups* à 1.500 Soldaten - sollen mit den NATO-Verbänden komplementär sein - unter Berücksichtigung des eigenen Status der EU-Truppen. Die USA forcieren die Bildung spezialisierter mobiler Streitkräfte „*that can go to the crisis before the crisis comes to us.*“¹⁸⁸ Die Streitkräftestrukturen sollen vermehrt auf globale, multinationale Einsätze im Rahmen einer vernetzten Operationsführung ausgerichtet werden. Die NRF ist eine amerikanische Initiative mit vorwiegend europäischen Streitkräften. Streitkräfte sollen auch bei gegenwärtigen und künftigen Einsätzen vermehrt folgende Ordnungsfunktionen übernehmen:

- Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit (Polizeiaufgaben);
- Bekämpfung von Aufständischen (Guerilla-/Partisanenbekämpfung);
- Aufbau der Infrastruktur,
- Versorgung der Bevölkerung,
- Aufbau des Informationswesens und
- Aufbau funktionierender Verwaltungen (Administrationsaufgaben).¹⁸⁹

¹⁸⁸ Radio Interview with NATO Deputy Assistant Secretary General for External Relations, Jamie Shea, Ekho Moskvyy Radio, 15:07, February 21, 2005.

¹⁸⁹ Aus: Holger H. Mey, Differenzierte Streitkräftemodelle, Mai 2006, 6f.

Die NATO-Verteidigungsminister einigten sich im Jahr 2004 auf das ehrgeizige Ziel, dass künftig insgesamt 40 Prozent der Landstreitkräfte eines jeden NATO-Staaten in der Lage sein soll, verlegt zu werden. 8 Prozent je Streitkraft soll für durchhaltefähige Operationen zur Verfügung stehen.¹⁹⁰ Die EU-Mitgliedstaaten zählen insgesamt 2,2 Millionen Soldaten, die USA 1,47 Millionen. 340.000 amerikanische Soldaten sind außerhalb ihres Landes stationiert, allein im Irak 130.000. Derzeit befinden sich 56.000 europäische Soldaten auf internationalen Einsätzen am Balkan, in Afghanistan und im Irak. Die USA sind derzeit in der Lage, ca. 700.000 Soldaten aller Waffengattungen für drei und sechs Monate zu verlegen, in Europa sind es 150.000 Soldaten für einen derartigen Zeitraum.¹⁹¹

Die USA erwarten sich von Europa auch eine verstärkte Koordination in der Zusammenarbeit gegen den Terrorismus. In den Schlussfolgerungen des Europäische Rates von Sevilla (21.-22. Juni 2002) wurde in Anlage V eine Deklaration verabschiedet, die den Beitrag der GASP – einschließlich der ESVP – im Kampf gegen den Terrorismus unterstreicht. Darin wird betont, dass der Kampf gegen den Terror in der EU-Außenpolitik eines der wichtigsten Ziele der EU darstelle. Die EU werde dafür die engst mögliche Koordination mit den USA und auch anderen Partnern, Drittländern und internationale Organisationen wie UNO, NATO und OSZE fortsetzen. Als Beitrag im Kampf gegen den Terrorismus sieht die EU ihre erstmalige Entscheidung, 2003 Krisenmanagement-Operationen durchzuführen.

Ein wesentlicher Teil des europäischen Krisenmanagements bildet die zivil-militärische Zusammenarbeit bzw. die zivil-militärische Koordination. Die Nachfrage nach der EU als Krisenmanager steigt. Die Überwachung von Waffenstillstandsabkommen und der Zerstörung von Waffen (wie z.B. in Aceh) wäre ohne Militär kaum möglich.

¹⁹⁰ Aus: Speech by NATO Secretary General, Jaap de Hoop Scheffer, *Transforming NATO – A Political and Military Challenge*, at NATO Annual Conference, Brussels, 14 April 2005.

¹⁹¹ Hans Binnendijk, David C. Gompert/Richard L. Kugler, *A New Military Framework for NATO*, Defense Horizons, A Publication of the Center for Technology and National Security Policy, National Defense University, number 48, May 2005, 4.

Die Einbindung Russlands in die globale Sicherheitspartnerschaft

Zu Beginn der neunziger Jahre erfolgte zunächst seitens der USA und kurz danach seitens der EU die Einleitung der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit mit den Staaten der ehemaligen Sowjetunion. Es galt vor allem, die nuklearen Bestände aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion zu sichern und die Abwanderung von Nuklearwissenschaftlern in so genannte *Schurkenstaaten* zu verhindern. Zwischen 1992 und 2001 stellte allein die EU 550 Millionen Euro für den politischen und wirtschaftlichen Ausbau Russlands und der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) zur Verfügung, dazu kamen noch 309 Millionen Euro für die Zerstörung von Atomwaffen, 88 Millionen für die Zerstörung von C-Waffen sowie 4 Millionen Euro für infrastrukturelle Maßnahmen. Die USA und die EU brachten insgesamt 315 Millionen US-Dollar für das Internationale Wissenschafts- und Technologiezentrum (IWTZ) in Moskau (30.000 Wissenschaftler und Techniker) und 40 Millionen US-Dollar für das IWTZ in Kiew (6.500 Wissenschaftler und Techniker) auf. Im Rahmen des von den US-Senatoren Sam Nunn und Richard Lugar Anfang der neunziger Jahre initiierten *Cooperative Threat Reduction Program* wurden innerhalb der Nachfolgestaaten der Sowjetunion seither 6,760 Nuklearsprengköpfe, 587 ICBM, 483 ICBM-Silos, 32 mobile ICBM-Abschussvorrichtungen, 150 Bomber, 789 nukleare Luft-Boden-Raketen, 436 U-Boot-Raketen-Abschussvorrichtungen, 549 U-Boot-gestützte Raketen, 28 atomare U-Boote und 194 nukleare Testtunnels zerstört. Im Jahr 2003 bewilligte der US-Kongress den *Nunn-Lugar Expansion Act*. Dadurch wird nun das *Nunn-Lugar*-Programm außerhalb der Nachfolgestaaten der Sowjetunion zur Verhinderung von Proliferation von Waffen und Waffensystemen angewendet, so erstmals im Oktober 2004 zur Sicherung von chemischen Waffen in Albanien. Im Rahmen derartiger Initiativen wurden Internationale Wissenschafts- und Technologiezentren (IWTZ) gegründet und dadurch über 50.000 ehemalige Rüstungswissenschaftler als zivile Wissenschaftler beschäftigt mit dem Ziel, deren mögliche Abwanderung in vermeintliche *Schurkenstaaten* zu verhindern. Das Internationale Programm zur Verhinderung von Proliferation hat über 750 Projekte finanziert, in denen 14.000 ehemalige Rüstungswissenschaftler in zivile Funktionen *umgerüstet* wurden.

Insgesamt schuf das Programm ca. 580 *friedliche* Arbeitsplätze im Bereich Hochtechnologie. Belarus, Kasachstan und die Ukraine wurden nuklearwaffenfrei durch diese Initiativen.¹⁹² Seit 1991 haben die USA über 7 Mrd. US-Dollar für die Nuklearsicherheit in Russland aufgewendet.¹⁹³

Im Rahmen des *Security through Science Programme* der NATO wurde Mitte März 2005 in Wladiwostok ein Workshop abgehalten, der sich mit der Verschrottung jener älteren Unterseeboote befasste, die für nukleare Angriffe vorgesehen waren. Dieser Workshop stand auch im Zusammenhang mit der im Juni 2002 seitens der G8 beschlossenen Globalen Partnerschaft gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen (*Global Partnership against the Spread of Weapons of Mass Destruction*), im Rahmen dessen 20 Mrd. US-Dollar bis zum Jahr 2012 für die Sicherung und Zerstörung atomarer, biologischer und chemischer Waffen und Materialien in den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion bereitgestellt werden sollen (*10 Plus 10 over 10 Initiative*).¹⁹⁴ Die Hälfte der dafür erforderlichen Geldmittel stellen die USA zur Verfügung. Zudem initiierte das NATO-Mitglied Norwegen das *Arctic Military Environmental Cooperation Programme* (AMEC), in dem sich die USA, Russland und Norwegen bereit erklärten, gemeinsam Umweltproblemen, die mit der ausgemusterten nuklearen U-Boot-Flotte Russlands zusammenhängen, wirksam entgegenzuwirken. Norwegen hat auch die Leitung übernommen, Leuchttürme an der Barentssee, die mit Strontium betrieben werden, zu erneuern. Diese Art von Leuchttürmen beinhaltet radioaktives Material, das für die Konstruktion von sogenannten

¹⁹² Zahlen und Daten aus: Presseaussendung des Büros von US-Senator Richard G. Lugar, Vorsitzender des außenpolitischen Ausschusses des US-Senats, 30.8.2005.

¹⁹³ Quelle: Carla Anne Robbins/Alan Cullison, Closed Doors: In Russia, Securing Its Nuclear Arsenal Is an Uphill Battle – Despite U.S. Help, Program Faces Resistance, Delays Amid Chill in Relations – A Warehouse Sits Empty, in: The Wall Street Journal, 26.9.2005.

¹⁹⁴ Quelle: Heading off nuclear proliferation and protecting the environment: Dismantling Russian nuclear submarines, Page Updated: 23-Mar-2005, <http://www.nato.int/science/news/2005/n050317a.htm> .

schmutzigen Bomben (*dirty bombs*) herangezogen werden kann.¹⁹⁵ Norwegen ist auch das erste Nicht-Mitglied der G8, dass der *Global Partnership against the Spread of Weapons of Mass Destruction* beiträgt.

Im Rahmen der *Proliferation Security Initiative* (PSI) der USA erklärten sich weiters Australien, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, die Niederlande, Polen, Portugal und Spanien bereit, gegen die Proliferation von Massenvernichtungswaffen enger zusammenzuarbeiten. Im Rahmen dieser Initiative finden jährlich sogenannte *Interdiction Training Exercises* zu Land und zur See bzw. *Air Interception Exercises* statt. Zudem arbeiten die EU und die USA eng im Rahmen des „*US-EU Joint Programme of Work on the Non-proliferation of Weapons of Mass Destruction*“ zusammen.

Mit der Erklärung von Rom erfolgte am 22. Mai 2002 die Schaffung des erweiterten NATO-Russland-Rates: Dadurch wurde auch der Grundstein für die vertiefte Kooperation zwischen der NATO und Russland gelegt, insbesondere mit der Entwicklung eines Raketenabwehrsystems (*Theatre Missile Defence (TMD) System*) sowie eines Interoperabilitätsplanes. Unter der Ägide des NATO-Russland-Rates leitet die Ad-hoc-Arbeitsgruppe zur Raketenabwehr (*Theatre Missile Defence Ad Hoc Working Group*) eine Reihe von alljährlich stattfindenden *NATO-Russia TMD Command Post Exercises* unter dem Titel *Collaborative Arrow*, so 2005 auf der niederländischen Luftwaffenbasis De Peel mit 50 Teilnehmern aus zehn NATO-Staaten und Russland. Eine erste derartige Übung fand im März 2004 beim *Joint National Integration Center* (JNIC) in Colorado Springs/Colorado statt. 2006 hatte sich die Russische Föderation bereit erklärt, eine *TMD Command Post Exercise* zu organisieren. Diese Computer-unterstützte Übung zum Schutz von Streitkräften gegen Raketenangriffen ist eine Reihe von Maßnahmen, die auf der Grundlage der Deklaration von Rom aus 2002 zur Stärkung der Koordination – auch in Richtung Interoperabilität – von Streitkräften der NATO und Russlands vorgesehen sind.¹⁹⁶

¹⁹⁵ Quelle: Speech by Senator Richard Lugar, CSIS Conference on Transatlantic Efforts for Peace and Security On the Occasion of Norway's Centennial Anniversary, March 4, 2005.

¹⁹⁶ Für TMD werden seitens der NATO Systeme wie PATRIOT, NATO MEADS und SAMP-T zu einem schlagkräftigen System integriert. Aus: NATO and Russia to

Als Grundlage dazu dient vor allem die im Mai 2002 zwischen den USA und Russland vereinbarte *Gemeinsame Deklaration über die neuen strategischen Beziehungen* – mit folgenden zentralen Aspekten:

- Terrorismusbekämpfung: „Russland und die USA werden die gemeinsamen Anstrengungen im Kampf gegen die neuen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts verstärken. Darin eingeschlossen ist der Kampf gegen die wechselseitigen Bedrohungen durch den internationalen Terrorismus und die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen.“
- Raketenabwehr: „Russland und die USA erkennen an, dass die heutige Sicherheitslage sich grundlegend von der Epoche des Kalten Krieges unterscheidet. In diesem Kontext haben sich beide Staaten auf eine Reihe von Maßnahmen zur Vertrauensbildung und für mehr Transparenz im Bereich der Raketenabwehr geeinigt. (...) Russland und die USA werden im Rahmen des NATO-Russland-Rates gemeinsam die Möglichkeiten für eine engere Zusammenarbeit bei einer Raketenabwehr für Europa prüfen.“¹⁹⁷

Am 24. Mai 2002 unterzeichneten die Präsidenten Bush und Putin den *Treaty between the United States and the Russian Federation on Strategic Offensive Reductions* (SORT), der beiden Staaten seit 31.12.2002 je 1.700 bis 2.200 Atomsprengköpfe zugesteht. Dadurch hat Moskau eine gemeinsame Abrüstung auf ein Niveau erreicht, das es sich selbst leisten kann. Dem SORT ging der durch die USA am und mit 13. Juni 2001 wirksam erklärte Austritt aus dem ABM-Vertrag voraus, um den Aufbau eines Raketenabwehrsystems umzusetzen. Am nächsten Tag trat Russland aus dem Anfang 1993 unterzeichneten START I-Vertrag aus und entledigte sich damit u.a. des dort verankerten Verbots von Mehrfachsprengköpfen auf Interkontinentalraketen.¹⁹⁸

conduct joint Theatre Missile Defence Exercise, NATO Press Release PR/CP (2005)034, 9 March 2005; Launch of NATO's Active Layered Theatre Ballistic Missile Defence (ALTBMD) Programme, NATO Press Release (2005)036, 16 March 2005.

¹⁹⁷ Text abgedruckt in: Lexikon: Deklaration über neue strategische Beziehungen, in: Die Presse, 25.5.2002.

¹⁹⁸ Ebenda.

Ungeachtet bestehender politischer Differenzen zwischen der Allianz und Russland z.B. über die NATO-Luftraumüberwachung entlang der russisch-baltischen Grenze oder über die unerfüllten Versprechen der russischen Regierung zur Schließung seiner Stützpunkte in Georgien haben sich der NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer und Russlands Außenminister Sergej Lawrow über die Ausweitung und Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen dem Bündnis und der Russischen Föderation geeinigt. Der NATO-Russland-Rat ist zum festen Bestandteil der euro-atlantischen Sicherheitsarchitektur geworden. Zur weiteren Förderung der praktischen Zusammenarbeit unterzeichneten beide Seiten jenes Abkommen im Rahmen der NATO-Partnerschaft für den Frieden, das den rechtlichen Status beim Aufenthalt und Transit von Militärpersonen und Gütern im und durch das Gebiet der Vertragsparteien regelt (*Partnership for Peace Status of Forces Agreement* - SOFA). Dieses Status-Abkommen erleichtert Militärtransporte auf dem Luft- und Landweg via Russland vor allem nach Afghanistan. Das Abkommen trat nach der Ratifikation durch die Duma, dem russischen Parlament, in Kraft. Die Grundlage des SOFA bildet das NATO-Übereinkommen über den Status von Streitkräften (*Status of Forces*) aus dem Jahr 1951, im Fall Russlands wurden dazu noch Anpassungen vorgenommen. SOFA ist auf Reziprozität ausgerichtet.

Die Grenzen der NATO sind für die russische Regierung limitiert: Sollte die NATO die traditionelle Militärmacht in Europa bleiben und sich weiter nach Osten ausdehnen, indem sie die Ukraine und Georgien als Mitglieder aufnimmt, wird dies in Russland als feindlicher Akt angesehen. Anders wäre es, wenn die NATO sich auf *weiche* Sicherheitsthemen wie Energieversorgung und Terrorbekämpfung an den gesellschaftlichen Wurzeln konzentrieren würde. Die russische Regierung müsse sich seitens der USA den Vorwurf gefallen lassen, Kurzstreckenraketen an den Iran zu verkaufen,

Erdgas als Waffe einzusetzen¹⁹⁹, einen brutalen Krieg in Tschetschenien zu führen und Diktatoren in Zentralasien zu unterstützen.²⁰⁰

Umfassende Zusammenarbeit innerhalb der NATO-Partnerschaft für den Frieden

Die NATO entwickelte sich über den eigentlichen Verteidigungsauftrag hinaus mit der *Partnerschaft für den Frieden (Partnership for Peace – PfP)* immer mehr zu einer umfassenden Sicherheitsstruktur für ganz Europa, Nordamerika, Russland und auch Zentralasien. Die PfP umfasst heute insgesamt 46 Staaten – 26 NATO-Staaten²⁰¹ sowie 20 Partnerländer - zwischen Vancouver und Wladiwostok. Im Sinne der Vertrauensbildung zwischen NATO-Staaten und Partnerländern ermöglicht die PfP eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Streitkräften mit dem Zweck, zu Stabilität und Sicherheit in Europa beizutragen, Konfliktrisiken einzudämmen und die Interoperabilität der Streitkräfte bei gemeinsamen Einsätzen zu erhöhen. Zur Konsultation und multinationalen Streitkräfteplanung der Partnerländer ist der *Planning and Review Process (PARP)* von zentraler Bedeutung für das gesamte Spektrum der PfP-Operationen. PfP-Staaten besitzen jedoch keinen Einfluss auf die politische und militärische Organisationsstruktur der NATO. Es handelt sich dabei um eine Fülle von Maßnahmen, welche die kollektive Verteidigung der Bündnisstaaten und die Grundorientierung der Allianz zum Gegenstand haben. Ebenso bleiben PfP-Staaten vom inneren Zirkel des NATO-Rats ausgeschlossen.

Jeder PfP-Staat hat die Möglichkeit, sein eigenes Programm mit der NATO abzusprechen und somit seine eigenen Präferenzen abzustecken. Eine ähnliche Situation stellt sich dar, wenn ein PfP-Staat an einer NATO-Operation teilnehmen möchte. Jeder Teilnehmerstaat bestimmt selbst, mit welchen Einheiten er teilnimmt und welche

¹⁹⁹ Umgekehrt argumentierte die russische *Gazprom*, sie sehe nicht mehr ein, warum sie die ukrainische Wirtschaft durch billige Gaspreise jährlich mit 5 Mrd. US-Dollar subventionieren solle.

²⁰⁰ Aus: Scharfe US-Kritik an Wladimir Putin´s Russland, in: Die Presse, 6.2.2006, 3.

²⁰¹ Von den 26 Mitgliedstaaten stammen zehn – ca. 40 Prozent - aus dem ehemaligen kommunistischen Machtbereich: Polen, Tschechien, Ungarn (wurden im März 1999 in die NATO aufgenommen) sowie Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, die Slowakei und Slowenien (seit April 2004 Mitglieder der NATO).

Unterstützung der Operation zukommen lassen will. Desgleichen beteiligen sich die PfP-Staaten an allen Entscheidungsprozessen des *Euro Atlantic Partnership Council* (EAPC), der das politische Konsultations- und Kooperationsforum in der PfP bildet, vor allem, was die Bewältigung der aktuellen sicherheitspolitischen Herausforderungen und Risiken betrifft. Dessen Aktionsplan umfasst folgende Bereiche: Enge Zusammenarbeit in einem weiten Spektrum von Wissenschaft und Umwelt, gemeinsame Operationen von NATO- und Nicht-NATO-Staaten zur Bewältigung sicherheits- und verteidigungspolitischer Herausforderungen zur Erreichung einer *globalized security*, vertrauensbildende Maßnahmen, Rüstungskontrolle und Abrüstung - wie z.B. im Rahmen der im September 2000 geschaffenen *PfP Trust Fund Policy* zur Vernichtung von bisher über zwei Millionen Landminen in Albanien, Moldawien, Tadschikistan und Ukraine -, und die Verhinderung von Proliferation von teilweise einfach und billig herzustellenden Massenvernichtungswaffen sowie weitreichenden Trägersystemen, Konfliktprävention im euro-atlantischen Raum, Maßnahmen gegen illegale Migration sowie gegen den internationalen Terrorismus.

Die PfP unterstützt mittels des *Trust Fund* z.B. die Ukraine bei der Zerstörung von über 133,000 Tonnen überzähliger Munition wie MANPADS (*Man- Portable Air Defense Systems*) und 1,5 Millionen Klein- und Leichtwaffen (*Small Arms and Light Weapons* – SALW).²⁰² Gegenwärtigen Bedrohungen wie Terrorismus – diese inkludiert auch asymmetrische Angriffe mit nuklearen, biologischen und chemischen Waffen -, organisierte Kriminalität verbunden mit Drogen- und Waffenhandel, illegaler Migration, Korruption, Geldwäsche und der *Cyber War*, erfordern die Verwirklichung eines kooperativen zivil-militärischen Sicherheitsansatzes.

Die PfP als Zusammenarbeit des Militärs im Sinne der europäischen Friedenssicherung, das Abkommen mit der Ukraine zur Sicherung deren Unabhängigkeit und das Abkommen mit Russland im Sinne einer strategischen Partnerschaft, der KFOR-Einsatz (17.000

²⁰² NATO/PfP Trust Fund project to destroy surplus weapons and ammunition in Ukraine, NATO Press Release (2005)021, 19 February 2005.

Soldaten im Kosovo) sowie die militärische Unterstützung der 7.000 Soldaten umfassenden EUFOR *Althea* (griechisch = die Heilende) in Bosnien-Herzegowina demonstrieren, dass die NATO auf absehbare Zeit weiterhin der sicherheitspolitische Ordnungsfaktor allerersten Ranges in Europa ist. Letztere Mission bedeutet einen „*qualitativen Sprung*“²⁰³ für die EU im Vergleich zu den EU-Missionen in Mazedonien und im Kongo. *Althea* hat die weitere Stabilisierung des Friedensprozesses in Bosnien-Herzegowina zum Ziel - im Rahmen der militärischen Umsetzung der Annexe 1-A und 2 des 1995 in Dayton/Ohio beschlossenen *General Framework Agreement for Peace* (GFAP). Am 18.7.2005 wurden die Gesetzesentwürfe zur Schaffung einer bosnisch-herzegowinischen Armee unterzeichnet. Dies bringt das Land näher, in die Partnerschaft für den Frieden aufgenommen zu werden.

Mitteleuropa befindet sich noch immer in einem Kraftfeld, für dessen Entwicklung die Stabilität Russlands und Südosteuropas von erheblicher Bedeutung ist. Auch die Weiterentwicklung oder die Bewältigung von anderen Konflikten, wie zum Beispiel am Kaukasus, in Zentralasien oder am Persischen Golf, ist für die transatlantische Sicherheitslage von großer Relevanz. Aus diesem Grund strebt die amerikanische Politik mit Nachdruck an, Staaten in diesen Regionen zu stabilisieren. Nach dem Sturz des *Taliban*-Regimes soll sich vor allem der *gescheiterte Staat* Afghanistan zu einem sicheren Staat entwickeln. Die USA forderten ihre europäischen Verbündeten auf, auch hier verstärkt Verantwortung zu übernehmen. Die NATO hat deshalb am 11. August 2003 das Kommando über die ISAF (*International Security Assistance Force*) übernommen. Schrittweise wurde die ISAF in den Jahren 2004, 2005 und 2006 auch auf die nördlichen, westlichen und südlichen Provinzen Afghanistans ausgeweitet.

Zur Unterstützung für den Ablauf der nationalen und regionalen Parlamentswahlen in Afghanistan am 18. September 2005 verlegte die Nordatlantische Allianz im Rahmen der ISAF (*International Security Assistance Force*) bis 31. August 2005 über 2.000 weitere Streitkräfte (*Election Support Forces* - *ESF*) aus zehn Nationen in das Krisengebiet.

²⁰³ So Reinhard C. Meier-Walser, Das globale sicherheitspolitische Profil der Europäischen Union, in: Erich Reiter (Hg.), Beiträge zur Entwicklung der ESVP, Teil 2, Strategische Analysen, Wien, im Juli 2005, 5-14, 7.

Die Anzahl der der ISAF unterstellten Streitkräfte erhöhte sich während dieser Zeit auf 11.000. Die Aufgabe der zusätzlichen Soldaten bestand darin, gefährliche Situationen während dieser kritischen Phase zu verhüten bzw. schon im Vorfeld einzudämmen und auf mögliche Sabotageakte zu reagieren. Das Einsatzgebiet der ESF erstreckte sich auf das Operationsgebiet der ISAF – also auf Kabul sowie auf die nördlichen und westlichen Provinzen Afghanistans. Die ESF war auf Tätigkeiten in den Bereichen *Quick Reaction Force* und friedensunterstützende Operationen (*Peace Support Operations*) ausgebildet. Die Septemberwahlen in Afghanistan waren die zweiten demokratischen Wahlen in diesem Land nach dem Sturz des *Taliban*-Regimes – nach den Präsidentenwahlen im Oktober 2004. Der NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer unterstrich die Notwendigkeit dieses Einsatzes wie folgt: „*Afghanistan is a top priority for NATO. Our own security is closely linked to the future of Afghanistan as a stable and secure country, where citizens can rebuild their lives after decades of war. The Alliance is determined to make this mission a success and we will remain in Afghanistan as long as necessary.*”²⁰⁴ Ein Hauptproblem Afghanistans ist die Zunahme des Drogenanbaus: Der Drogenanbau in Afghanistan ist nach Aussagen des UN-Büros für Drogen und Kriminalität allein zwischen 2003 und 2004 um 64 Prozent gestiegen. In Afghanistan werden ca. 4.500 Tonnen Rohopium produziert, dies entspricht 87 Prozent der weltweiten Produktion.²⁰⁵ Der Norden des Landes ist nach wie vor in den Händen von *Warlords*, die am Drogenhandel verdienen. An Kunduz vorbei verläuft eine der Hauptschmuggelrouten für afghanisches Opium. Aus Sicherheitsgründen unterbinden die ISAF-Truppen nicht das florierende Geschäft der Drogenbarone. Anfang August 2006 waren die größten Truppensteller in Afghanistan Großbritannien (3.680 Soldaten), Deutschland (2.840 Soldaten), Kanada (2.010 Soldaten), die Niederlande (1.810 Soldaten), Italien (1.464 Soldaten), Frankreich (932 Soldaten), Rumänien (900 Soldaten), Spanien (670 Soldaten) und Norwegen (464 Soldaten).²⁰⁶

²⁰⁴ Ebenda.

²⁰⁵ Quelle: Afghanistan: Mehr Drogen, in: Die Presse, 19.11.2004, 11.

²⁰⁶ Quelle: AP, NATO, abgedruckt in: Die Presse, 2.8.2006, 4.

Das amerikanische Hauptaugenmerk im Nahen und Mittleren Osten konzentriert sich nun auf die Stabilisierung des Irak und des erweiterten Mittleren Ostens (*Broader Middle East*). Seit Juli 2004 führt die NATO – wie beim Gipfel von Istanbul ein Monat zuvor beschlossen – eine Trainingsmission zur Ausbildung irakischer Sicherheitskräfte durch. Im März 2005 waren 111 NATO-Ausbildner im Trainingszentrum in der *Green Zone* von Bagdad stationiert. Innerhalb der NATO wurde ein Kompromiss erzielt, dass sich nicht alle Mitglieder des Bündnisses an der Ausbildung irakischer Sicherheitskräfte in ihrem Land beteiligen, sondern, dass auch außerhalb des Iraks Sicherheitskräfte des Zwischenstromlandes ausgebildet werden bzw. wurden. So hatte die Bundeswehr die Ausbildung von 130 irakischen Militärkraftfahrern und Mechanikern für den Betrieb von 100 Lastkraftwagen in den Vereinigten Arabischen Emiraten übernommen.²⁰⁷ Ende September 2005 wurde außerhalb von Bagdad das *NATO Training, Education and Doctrine Centre* eröffnet. Die NATO strebt an, jährlich ca. 1.000 Sicherheitskräfte im Irak und an die 500 außerhalb des Landes auszubilden.²⁰⁸

Die NATO-Partnerschaft für den Frieden strebt umfassende sicherheitspolitische Kooperationen an – vom Zivilschutz bis zur Erreichung der Interoperabilität von Streitkräften und Fähigkeiten.

Die Entwicklung europäischer Fähigkeiten

Was die Entwicklung europäischer militärischer Fähigkeiten betrifft, geht es in diesem Kontext nicht um Duplizierungen mit jenen der NATO, sondern um effizient koordinierte Kräfte, um die Bündelung von Anstrengungen in der Entwicklung gemeinsamer Mittel und Fähigkeiten. Duplizierungen und Konkurrenz von militärischen Mitteln und Fähigkeiten in Europa würden in Zeiten globaler wirtschaftlicher Herausforderungen nicht nur auf Unverständnis des europäischen Steuerzahlers stoßen, sondern auch eine Vergeudung von finanziellen und Humanressourcen und auch von Zeit darstellen. In Richtung

²⁰⁷ Zahlen aus: Peter Struck, Fit für veränderte Aufgaben – Die Transformation der Bundeswehr nimmt Gestalt an, in: Europäische Sicherheit 1/2005, 12-17, 17.

²⁰⁸ Aus: Iraqi Foreign Minister calls for continuing NATO support, NATO Update, 22 June 2005, <http://www.nato.int/docu/update/2005/06-june/e0622a.htm>, Updated 23-Jun-2005.

Synergie und gezielter Koordination von Streitkräften und Ausrüstung sollen sich auch die Kooperationen unter den Streitkräften entwickeln. Ein erster Schritt dazu bilden die NRF der Nordatlantischen Allianz und die *Battle Groups* der EU: „*What we need today is modern specialized mobile forces that can go to the crisis before the crisis comes to us.*“²⁰⁹ Ziel ist die Erreichung eines *effects-based warfare* als ein Kernstück der Netzwerk-zentrierten Kriegführung (*Network Centric Warfare*), bei dem der wirkungsvolle Einsatz von Effekten gegenüber dem Masseneinsatz vorgezogen wird. Grundvoraussetzung für die Wirksamkeit dieser Strategie sind allerdings die Interoperabilität sowie die Netzwerkfähigkeit der eingesetzten Systeme und Verbände.²¹⁰ Aus Sicht der USA sollen für die neuen Aufgaben der europäischen Streitkräfte die Verteidigungsausgaben der europäischen NATO-Staaten zumindest auf 2% des Bruttoinlandsproduktes (BIP) aufgestockt werden. Kroatien – das Land ist seit 22. Mai 2000 Mitglied der NATO-PfP – hatte im März 2005 die Aufforderung seitens der NATO erhalten, das Verteidigungsbudget auf zumindest 2% des BIP zu erhöhen.²¹¹ Vor allem der Krieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien im Jahr 1999 zur Eindämmung der *ethnischen Säuberungen* im Kosovo hatte die Defizite in der Bereitstellung militärischer Mittel und Fähigkeiten seitens der europäischen NATO-Verbündeten drastisch verdeutlicht. Bei den NATO-Einsätzen gegen Jugoslawien hatten die USA mehr als siebenzig Prozent der 37.500 Angriffe geflogen.²¹² Die gemeinsame Koordination von Streitkräften rechtfertigt heute vermehrt den koordinierten Einsatz von nationalen Verteidigungsbudgets. Daraus ergeben sich für die nationalen Budgets Synergieeffekte. Für Europa gilt, Mittel und Wege zu finden, um Geld und auch Energie zu sparen – in der Bündelung von gemeinsamen Anstrengungen bei der Entwicklung gemeinsamer Mittel

²⁰⁹ So der ehemalige Pressesprecher der NATO Jamie Shea, derzeit *Deputy Assistant Secretary General for External Relations* der NATO während seines Interviews im Radio Ekho Moskvj am 21.2.2005, 15:07 Uhr.

²¹⁰ Quelle: http://www.sicherheitspolitik.de/PDFs/WuS%204_04%20Fitschen.pdf , abgedruckt in: Michael Haberler, CIMIC in den amerikanischen Streitkräften?, in: *Der Soldat*, 12.1.2005, 13.

²¹¹ President of Croatia visits NATO, 1 March 2005, NATO Update, Last update: 02-Mar-2005 17:32, <http://www.nato.int/docu/update/2005/03-march/e0301a.htm> .

²¹² Aus: *Die Presse*, 23.10.1999, 5.

und Fähigkeiten – vor allem für Kriseneinsätze. Die Territorialverteidigung bleibt weiterhin die Kernaufgabe der NATO.²¹³

Gravierende Defizite bestehen bei den europäischen Verbündeten z.B. bei satellitengestützten Telekommunikationseinrichtungen. Derzeit existieren in der EU fünf verschiedene Satelliten-Fernmeldesysteme und drei verschiedene Satellitenbeobachtungssysteme. Die deutsch-französische Brigade ist nach wie vor mit zwei unterschiedlichen satellitengestützten Telekommunikationssystemen ausgerüstet. Zudem benötigt die Europäische Union luftgestützte Beobachtungssysteme, die neben ihren militärischen Aufgaben auch zur Sicherung der Außengrenzen eingesetzt werden können.²¹⁴ Zwischen der USA und Europa gibt es offensichtlich weiterhin unterschiedliche Prioritäten bei der Budgeterstellung: Während die USA im Jahr 2004/2005 ca. 450 Mrd. US-Dollar für Verteidigung und 50 Mrd. US-Dollar für Forschung und Technologie ausgaben, wendeten die EU-Mitgliedstaaten insgesamt 180 Mrd. Euro für Verteidigung und 10 Mrd. Euro für Forschung und Technologie auf – davon Großbritannien 3 Mrd. Euro sowie Deutschland und Frankreich je 2 Mrd. Euro. Ab dem Jahr 2007 plant die Europäische Kommission, jährlich dazu 1-2 Mrd. Euro für diesen Bereich zur Verfügung zu stellen.²¹⁵

Frankreichs Verteidigungsministerin Michèle Alliot-Marie hat sich zum Ziel gesetzt, die strategische Streitmacht, die *Force de frappe* (Schlagkraft) zu modernisieren. Die voraussichtlichen Kosten werden dafür mit acht Milliarden Euro veranschlagt. Dabei bleiben die Kernwaffen „*Bedingung für die Unabhängigkeit des Landes*“.²¹⁶ Was

²¹³ Quelle: Harald Kujat, No Single Risk, in: NATO's Nations and Partners for Peace, Volume 49 No. IV/2004.

²¹⁴ Karl von Wogau, Auf dem Weg zu einem europäischen Verteidigungsbeitrag, in: Europäische Sicherheit 1/2005, 25-27, 26.

²¹⁵ Zahlen aus: ebenda.

²¹⁶ Frankreich gibt 3,5 Mrd. Euro jährlich für die nukleare Abschreckung aus. Das entspricht einem Zehntel des Verteidigungsetats. Kurz nach seinem Amtsantritt 1995 hatte Präsident Jacques Chirac eine Serie von Atomwaffentests unter den Südseeatollen Mururoa und Fangataufa angeordnet. Nach weltweiter Kritik hatte Frankreich Anfang 1996 ein Ende der Atomtests erklärt. Die gegen Mitteleuropa gerichteten verbunkerten Mittelstreckenraketen hatte die französische Regierung nach dem Ende des Kalten Krieges abgeschafft. Zudem verzichtete Frankreich auf die *Hades*-Rakete und verringerte die Zahl der Atomraketen tragenden U-Boote von 6 auf 4. Frankreich

die militärischen Fähigkeiten Frankreichs und dessen Ausbau von see- und luftgestützten Kernwaffen betrifft, so die Ministerin, muss ihr Land „in der Lage sein, überall zuzuschlagen.“²¹⁷ Alliot-Marie stellte Anfang 2005 klar, dass sich ihr Land gemeinsam mit den USA und Großbritannien „zu den drei wichtigsten Militärmächten der NATO“ zähle. Erstmals seit dem Austritt Frankreichs aus den integrierten NATO-Kommandostrukturen unter Präsident Charles de Gaulle²¹⁸ im Jahr 1966 engagiert sich Frankreich innerhalb der Allianz wieder zunehmend auf militärischer Ebene. Die seit einigen Jahren betriebene Rückkehr Frankreichs in die integrierten Kommandostrukturen der Allianz soll die Bedeutung des westeuropäischen Landes innerhalb der NATO genauso unterstreichen wie die erstmalige Austragung des informellen NATO-Verteidigungsministerrates am 9. und 10.2.2005 in Nizza. Nach Meinung der französischen politischen Führung solle sich die NATO nicht zu einem Mini-UN-Sicherheitsrat entwickeln, sondern als militärische Allianz sich auf das Sicherheits- und Krisenmanagement beschränken. Mit der außenpolitischen Stärkung der EU – wie sie im EU-Verfassungsvertrag vorgesehen ist – sei künftig die Europäische Union jene Instanz, die den politischen Dialog mit den USA und Kanada führt. Frankreich agiert seither wie ein vollwertiges NATO-Mitglied. Französische Generäle leiteten Anfang 2005 NATO-geführte Operationen im Kosovo und in Afghanistan. Beim NATO-Kommando Transformation (*Allied Command Transformation – ACT*) in Norfolk/Virginia und beim NATO-Kommando Operation (*Allied Command Operations – ACO*) in Mons/Belgien sind mittlerweile französische Generalstabsoffiziere in leitende Positionen beider Kommandos aufgerückt. Alliot-Marie ist überzeugt, „dass die Welt

besitzt derzeit 250-300 moderne Atomsprengköpfe und modernisiert seine Flotte strategischer U-Boote, die jeweils 16 Raketen mit bis zu 6 Sprengköpfen tragen können. Aus: Der Offizier 1/2006, 15.

²¹⁷ Quelle: Reinhold Smonig, Neue Schwerter fürs atomare Arsenal, in: Die Presse, 21.1.2005, 5.

²¹⁸ Damals war Charles de Gaulle nicht überzeugt, dass die US-Regierung die Sicherheit Westeuropas durch ihr Nuklearschild im Fall eines Krieges mit der Sowjetunion garantieren könne. Deshalb schuf Frankreich seine eigene nukleare Verteidigungspolitik. Vgl. dazu auch: Gunther Hauser, Die Sicherheit Europas im Wandel transatlantischer Beziehungen, Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie Wien 5/2004, 39.

*künftig gleichzeitig mehrere Krisen zu bewältigen haben wird, man wird Kapazitäten für zahlreiche Interventionen brauchen, sowohl mit der NATO als auch mit der europäischen Verteidigung.*²¹⁹ Gemäß dem *Loi de Programmation Militaire 2003-2008* muss Frankreich in der Lage sein, Bedrohungen so schnell wie möglich zu identifizieren und entsprechend zu reagieren. Im Fall einer eindeutigen Bedrohung wären auch Präemptivschläge mit konventionellen Mitteln möglich.²²⁰

Frankreich hat sich zum Ziel gesetzt, intensiv auch mit Streitkräften außerhalb Europas zusammenzuarbeiten. So wurde z.B. im Rahmen der *Croix du Sud 2006* eine Evakuierungsübung von Zivilpersonen zwischen Frankreich, Australien, Neuseeland, Fidschi, Tonga und Vanuatu abgehalten.²²¹

Das Ziel liegt für die europäischen Staaten darin, die Streitkräfte soweit abzustimmen, damit diese auf die neuen Aufgaben vorbereitet sind. Die dafür notwendigen technischen Mittel sollen dabei von der im Juni 2005 operablen Europäischen Verteidigungsagentur koordiniert und in Auftrag gegeben werden. Diese Agentur baut auf bestehenden bzw. ehemaligen Strukturen auf – wie der Beschaffungsagentur OCCAR, der Westeuropäischen Rüstungsorganisation WEAO und der Westeuropäischen Rüstungsgruppe WEAG und vernetzt dieses. Die WEAG wurde mit Ende Juni 2005 aufgelöst. Primär sollen Duplizierungen in der Verteidigungsindustrie vermieden werden, *„Aktivitäten in den Bereichen Forschung und Entwicklung gebündelt, militärische Forderungen systematisch erfasst, Fähigkeiten definiert und daraus Empfehlungen an die Verteidigungsminister im Rat der EU über zu treffende Maßnahmen entwickelt werden.“*²²² Die Agentur soll

²¹⁹ Reinhold Smonig, Paris drängt in die Kommandozentrale, in: Die Presse, 21.2.2005, 3.

²²⁰ Aus: Peter Schmidt, Die weltpolitischen Herausforderungen für die Europäische Union und die Vereinigten Staaten von Amerika: Gemeinsamkeiten und Unterschiede, in: Erich Reiter (Hg.), Die Zukunft Europas, Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe des Internationalen Institutes für Liberale Politik Wien, Heft 13, Wien 2006, 10-16, 12.

²²¹ Éric Mallocher, Patrice Arribart, Croix du Sud 2006. Exercice en Nouvelle-Calédonie, in: Armées d'aujourd'hui, Numéro 312, Juillet-Août 2006, 15.

²²² Reinhard C. Meier-Walser, Das globale sicherheitspolitische Profil der Europäischen Union, in: Erich Reiter (Hg.), Beiträge zur Entwicklung der ESVP, Teil 2, Strategische Analysen, Wien, im Juli 2005, 5-14, 12.

„Synergieeffekte nutzen und zu größerer Effizienz bei der Umsetzung gemeinsamer Rüstungsziele und Beschaffung führen.“²²³

Derzeit sind unbemannte Flugobjekte zur Aufklärung und auch für den Kampfeinsatz (*Drohnen*) das am stärksten wachsende militärische Segment. Im Irak waren allein im Sommer 2005 über 700 Drohnen im Einsatz. Analysten schätzen das Marktvolumen für derartige Waffen für 2015 auf jährlich fünf Milliarden US-Dollar. Die Bandbreite bei Drohnen reicht von Formaten eines Modellflugzeuges bis hin zu größerem Fluggerät wie z.B. dem durch Fernsehbilder aus dem Irak bekannt gewordenen US-Typen *Predator*, der sogar *Hellfire*-Raketen abschießen kann. In Israel – neben den USA Marktführer in diesem Segment – wird derzeit an einer Drohne gearbeitet, die nicht größer ist als ein Blatt Papier. Sie könnte sogar durch offene Fenster hinein in Zimmer fliegen. Um die Verweildauer in der Luft weiter zu erhöhen, wird in den USA überlegt, Drohnen mit Atomantrieb auszurüsten. Der radioaktive Zerfall von Hafnium-178 könnte einen Heißluftantrieb speisen.²²⁴ Allein das Pentagon investiert in den nächsten Jahren – auch als Reaktion auf die Terroranschläge vom 11. September 2001 – Milliarden-Dollar-Beträge für die Entwicklung von Drohnen bzw. auch in Anti-Drohnen-Drohnen. Auch in Europa wird einiges in diese Flugkörper investiert. So wurde auf dem *Aérosalon* in Le Bourget bei Paris 2005 die EADS-Drohne *EuroMALE* präsentiert und die Tarnkappen-Kampfdrohne *nEUROn*. Die Wiener Firma *Schiebel* bewegt sich diesbezüglich in einem Marktsegment und hat den unbemannten Helikopter *Camcopter* entwickelt, der neue Anwendungen denkbar macht: von der gefahrlosen Minensuche aus der Luft bis zu Rettungseinsätzen bei Lawinen.

Das Prestigeprojekt für die EU ist die Schaffung eines europäischen Navigationssystems *Galileo*. Der erste Testsatellit für Galileo (*Giove A – Jupiter A*) wurde an Bord einer russischen *Sojus*-Trägerrakete am 28. Dezember 2005 von Baikonur/Kasachstan auf eine Umlaufbahn in mehr als 23.600 Kilometer Höhe geschickt. *Giove B* folgte im Frühjahr 2006. Diese Zwillingssatelliten testen das Herzstück

²²³ Ebenda.

²²⁴ Aus: Martin Kugler, Milliarden-Geschäfte mit Drohnen, in: Die Presse, 18.6.2005, 25.

der Satellitennavigation – eine Rubidium-Atomuhr, die zehnmals genauer ist als derzeitige Systeme. Ab 2011 sollen 30 *Galileo*-Satelliten somit eine deutlich präzisere Ortsbestimmung als das dreißigjährige US-System GPS ermöglichen. Bei der Satellitennavigation wird aus Laufzeitunterschieden der Funksignale von verschiedenen Satelliten die Position errechnet. Die EU, die europäische Weltraumagentur ESA und ein privates Konsortium investieren rund 3,5 Mrd. Euro in den Aufbau dieses Systems.²²⁵ Der volkswirtschaftliche Nutzen von Galileo wird mit 74 Mrd. Euro beziffert, 150.000 neue Arbeitsplätze sollen in Europa entstehen.²²⁶

Die EU als geopolitischer Akteur

Die Integration europäischer Staaten in die EU

Mit 1. Mai 2004 wurden zehn Staaten – Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, die Slowakei, Slowenien, die Tschechische Republik, Ungarn und Zypern – Mitglieder der EU. Mit der Aufnahme ehemaliger kommunistischer Staaten in die EU wurden neue Herausforderungen für den Arbeitsmarkt deutlich: Das Lohnniveau in den neuen Mitgliedstaaten ist weitaus geringer als in den *alten* 15 Mitgliedsländern, ein gewaltiger Zustrom von Arbeitnehmern aus den neuen Mitgliedstaaten wird von einigen Regierungen befürchtet.

Am 25. Februar 2004 hatte die Europäische Kommission mit dem Dokument 2004/0001 (COD) unter Berufung auf jene Zielsetzungen, die der Europäische Rat im März 2000 in der so genannten *Lissabon-Strategie*²²⁷ festgelegt hat, einen Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über

²²⁵ Aus: Galileo-Testsatellit gestartet, in: Die Welt, 29.12.2005, 1, und: George Parker/John Thornhill, European Satellite Challenges US Hegemony, in: Financial Times, 29.12.2005, 2.

²²⁶ Dem österreichischen Steuerzahler kostete Galileo bisher 11,7 Millionen Euro. In das ESA-Budget zahlt Österreich jährlich 40 Millionen Euro. 93 Prozent fließen in Form von Aufträgen an heimische Unternehmen zurück. Aus: Galileo: Europas Start in die Weltraum-Zukunft, in: Die Presse, 28.12.2005, 17.

²²⁷ Durch die *Lissabon-Strategie* setzte sich die EU zum Ziel, innerhalb von zehn Jahren zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu werden.

Dienstleistungen im Binnenmarkt vorgelegt. Diese Richtlinie bedurfte zu ihrer Beschlussfassung der qualifizierten Mehrheit im Rat und einer Mehrheit im Europäischen Parlament. Demnach sollte die geplante Liberalisierung grenzüberschreitender Dienstleistungen nicht nur für Freiberufler (Rechtsanwälte, Architekten, Steuerberater), sondern auch Handwerker (vom Bäcker über Installateur bis zum Dachdecker) gelten. Somit wäre es für all diese Berufsgruppen möglich, ihre Dienste ohne Zugangsbeschränkungen auch jenseits der Landesgrenzen zu den Wirtschaftsbestimmungen ihrer Herkunftsländer (Herkunftslandprinzip) anzubieten. Das würde insbesondere Unternehmern aus den neuen EU-Ländern enorme Geschäftschancen eröffnen. Im Hinblick auf die günstiger anbietende Konkurrenz aus den ostmitteleuropäischen Ländern befürchteten die Regierungen der beider Staaten ansonsten einen Anstieg der Arbeitslosigkeit und Einkommensverlust (*Lohn- und Sozialdumping*).²²⁸ Das noch starke Gefälle der Arbeitskosten zwischen Deutschland und Österreich einerseits und den benachbarten ostmitteleuropäischen EU-Staaten ist für Kritiker Anlass, vor Lohn- und Sozialdumping im Zuge eines Dienstleistungs-Binnenmarktes in der EU zu warnen: So betragen Anfang 2005 die durchschnittlichen Kosten in Industrie und Dienstleistungen in Deutschland 26,34 Euro pro Stunde, in Österreich waren es 23,60 Euro und Italien 18,99 Euro. In Slowenien lagen die Durchschnittskosten bei 8,98 Euro pro Stunde, in der Tschechischen Republik 3,90 Euro, in Ungarn 3,83 Euro und in der Slowakei 3,06 Euro.²²⁹ Ende Mai 2006 einigten sich schließlich die EU-Wirtschaftsminister auf die Öffnung des Dienstleistungsmarktes: Künftig dürfen unter anderem also Baumeister, Fliesenleger, Spengler, Elektriker und Installateure sowie Mechaniker, Friseure, Fremdenführer und Computerfachleuten und Unternehmensberater ihre Dienste anbieten – und zwar nicht zum in der ursprünglichen Richtlinie vorgesehenen Herkunftslandprinzip.²³⁰

Die am 1. Mai 2004 der EU beigetretenen zehn Länder hatten 2004 zusammen mit 5 Prozent ein über dem EU-15-Durchschnitt

²²⁸ Quelle: Gerhard Hofer/Beate Lammer, Brüssel schottet Gewerbe gegen Billig-Konkurrenz ab, in: Die Presse, 24.3.2005, 1.

²²⁹ Ebd.

²³⁰ Das Herkunftslandprinzip wurde bereits im Februar 2006 vom Europäischen Parlament gekippt.

liegendes Wirtschaftswachstum erzielt. Probleme bereitet ihnen nach wie vor die hohe Arbeitslosenrate, die mit 15 Prozent fast doppelt so hoch ist wie der EU-15-Durchschnitt, der offiziell bei rund 8 Prozent liegt.²³¹ Polen führt mit einer Arbeitslosenrate von knapp 19 Prozent die Arbeitslosenstatistik an, gefolgt von der Slowakei (16 Prozent), Litauen (10 Prozent), Lettland (9,5 Prozent), Estland (9 Prozent), Tschechien (9 Prozent), Ungarn (6,5 Prozent) und Slowenien (6 Prozent), Bulgarien liegt bei 9,5 Prozent, Rumänien bei 7 Prozent, Kroatien bei 13 Prozent. Die Arbeitslosenrate der Westbalkan-Länder Albanien (14 Prozent), Bosnien-Herzegowina (42 Prozent), Mazedonien (35 Prozent), Serbien (20 Prozent) und Montenegro (23 Prozent) ist ebenfalls recht hoch.²³² Das Problem der Westbalkanländer ist, dass sehr viel *Intelligenz* abwandert. Organisierte Kriminalität zieht diese Länder dagegen an. Die Westbalkanländer entwickelten sich zu einer Drehscheibe des Handels mit Menschen und Drogen. Laut Angaben der UNO gelangten im Jahr 2005 allein über den Balkan 61 Prozent des Heroin-Gesamt volumens in die EU, im Gegensatz zu 40 Prozent vor wenigen Jahren. Was den Drogenschmuggel auf der Balkanroute betrifft, ist Albanien ein besonderer Problemfall. Kontrolliert und finanziert wird der Heroinhandel von einflussreichen türkischen Banden, die in Albanien ihren Sitz haben. Albaner seien lediglich für den Transport der Drogen zuständig.²³³

Für Albanien (3 Millionen Einwohner) stellt die Bekämpfung der Korruption und des organisierten Verbrechens noch eine große Herausforderung dar. Seit dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems 1990 waren alle Wahlen von Betrug und Manipulation überschattet. Albanien unterzeichnete nach dreijähriger Verhandlungszeit im Februar 2006 das Stabilisierungs- und Assoziationsabkommen (SAA). Das SAA wird das Handels- und Kooperationsabkommen aus 1992 ersetzen. Korruption und mangelnde Rechtssicherheit behindern nach wie vor Unternehmer und Investoren.

²³¹ Aus: Franziska Annerl, Auf der Suche nach Arbeitsplätzen, in: Die Presse, 15.4.2005, 5.

²³² Quelle: WIIW, Eurostat, Europäische Kommission, abgedruckt in: Die Presse, 10.8.2005, 18.

²³³ Aus: Andreas Wetz, Drogenschmuggel über Balkan boomt, in: Die Presse, 1.6.2006, 8.

Die tatsächliche Arbeitslosenrate liegt mit 38 Prozent laut der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) weit über den offiziellen 16 Prozent. Viele Beschäftigungslose halten sich mit Jobs in der ausgeprägten Schattenwirtschaft über Wasser. Die jährliche Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung liegt mit 1.600 Euro auch weit unter dem EU-25-Durchschnitt von 24.200 Euro. 14 Prozent der Kinder in Albanien sind unterernährt – ein europäischer Rekordwert. Zwischen 1991 und 2004 sind insgesamt 1.273 Millionen Euro für die Ausbildung von Polizisten oder den Ausbau der Infrastruktur seitens der EU nach Albanien geflossen.²³⁴

Nach Mazedonien (FYROM) hatte die EU in den letzten 13 Jahren um die Hälfte weniger, nämlich rund 677 Millionen Euro, überwiesen.²³⁵ Seit 1. April 2004 ist für Mazedonien das Stabilisierungs- und Assoziationsabkommen (SAA) mit der EU – drei Jahren nach der Unterzeichnung - in Kraft. Die mazedonische Regierung hat am 22. März 2004 offiziell die Aufnahme in die EU beantragt. Hürden für Mazedonien auf dem Weg in die EU sind die schwachen institutionellen Strukturen wie das Justizsystem und die schlechte Wirtschaftslage. 37 Prozent der Bevölkerung sind nach offiziellen Angaben arbeitslos. Auch die Spannungen zwischen der slawischen Bevölkerungsmehrheit und der albanischen Minderheit (ca. 25 Prozent der Gesamtbevölkerung) behindern eine wirkliche Stabilisierung des Balkanlandes. Der Wunsch nach einer EU-Mitgliedschaft könnte in diesem Fall die beiden ethnischen Gruppen des Landes vereinen. Mittel- bis langfristig kann der Westbalkan sich nur stabilisieren, wenn deren Länder in den EU- und NATO-Integrations- und Stabilisierungsprozess eingebettet sind. Dazu ist es auch notwendig, dass sich die EU und deren Mitgliedstaaten gezielt in deren Zusammenwirken im Hinblick auf die Bewältigung der dortigen Herausforderungen koordinieren. Seit 17. Dezember 2005 hat FYROM den offiziellen Status eines Beitrittskandidaten – zunächst gegen Widerstände aus Frankreich, Großbritannien und den Niederlanden. Von den Westbalkanstaaten sind bisher FYROM und Kroatien offizielle EU-Beitrittskandidaten. Die Vorstufe zum

²³⁴ Quelle: Franziska Annerl, Albanien und Mazedonien wollen spätestens 2014 in Brüssel ankommen, in: Die Presse, 12.2.2005, 7.

²³⁵ Ebenda.

Kandidatenstatus ist der Abschluss eines Stabilisierungs- und Assoziationsabkommens mit der EU. Mit Albanien, Bosnien-Herzegowina und Serbien wird derzeit über ein derartiges Abkommen verhandelt. Montenegro hat sich offiziell am 3. Juni 2006 von Serbien getrennt und seine Unabhängigkeit ausgerufen. Die dafür notwendige Volksabstimmung ergab eine Mehrheit (55,5 Prozent) für die Unabhängigkeit. Montenegro hofft mit diesem Schritt, auch schneller in die EU und NATO als Serbien aufgenommen zu werden.

Die südosteuropäischen Staaten Bulgarien und Rumänien sollen am 1. Januar 2007 in die EU aufgenommen werden. Probleme auf dem Weg in die EU bereiten noch Defizite im Bereich Justiz und Inneres – so die verbreitete Korruption und die organisierte Kriminalität – sowie in den Bereichen Landwirtschaft und Unternehmensrecht. In den Beitrittsverträgen ist deshalb eine Schutzklausel enthalten, die eine Verschiebung der für den 1. Januar 2007 geplanten Aufnahme in die EU um ein Jahr vorsieht. Das Europäische Parlament hatte am 13. April 2005 der Aufnahme beider Länder zugestimmt. Die Unterzeichnung der Beitrittsverträge erfolgte am 25. April 2005. Für diese Erweiterungsrunde werden 44 Mrd. Euro bereitgestellt.²³⁶ Die EU-Beitrittsperspektive sind im Fall von Rumänien und Bulgarien der wirksamste Anreiz zur Beschleunigung des Reformprozesses. Beide Länder sind der Wachstumspool in der Region und haben Vorbildwirkung für die Staaten des Westbalkans. Österreich ist mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von 8 Mrd. Euro bedeutendster Investor in der Region. In folgenden fünf Ländern belegten im Jahr 2004 österreichische Firmen den ersten Platz, was Investitionen betrifft: Bulgarien (rd. 3 Mrd. Euro/Anteil: 39 Prozent), Kroatien (rd. 2,4 Mrd. Euro/Anteil 26 Prozent), Rumänien (rd. 1,2 Mrd. Euro/Anteil 12 Prozent), Serbien-Montenegro (rd. 1 Mrd. Euro/Anteil 26 Prozent) und Bosnien-Herzegowina (rd. 500 Millionen Euro/Anteil: 32 Prozent). In Mazedonien bzw. in Albanien ist die Präsenz österreichischer Unternehmen mit einem Anteil von 2 bzw. 8 Prozent noch gering.²³⁷

Die Europäische Union hatte im Juni 2003 in Thessaloniki eine grundsätzliche Entscheidung getroffen, im Rahmen des *Balkans*

²³⁶ Quelle: Nächste Erweiterung rückt näher, in: Die Presse, 14.4.2005, 6.

²³⁷ Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (BMWA).

*European Integration Process*²³⁸ den Westbalkanländern die Beitrittsoption zu eröffnen. Für Kroatien ist das Stabilitäts- und Assoziationsabkommen seit 1. Februar 2005 in Kraft. Kroatien hat seit Juni 2004 Beitrittskandidatenstatus. Im Fall Kroatiens stellte die zu dieser Zeit nicht erfolgte Auslieferung des Kriegsverbrechers Ante Gotovina das Haupthindernis für den Beginn des Aufnahmeprozesses am 17. März 2005 dar. Gotovina wird vorgeworfen, für die Ermordung von 150 Serben und für Vertreibungen während der Rückeroberung des serbisch besetzten Landesteils Kroatiens im Jahr 1995 verantwortlich zu sein. Carla del Ponte, Chefanklägerin des Internationalen Kriegsverbrechertribunals in Den Haag, wirft der Regierung in Zagreb mangelnde Zusammenarbeit mit der UNO-Einrichtung vor. Die volle Kooperation mit dem Tribunal wurde von der EU zur Bedingung für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen gemacht. Der kroatische Präsident Stjepan Mesic betonte stets, dass er nicht wisse, wo sich Gotovina aufhalte. Ante Gotovina wurde schließlich am 8. Dezember 2005 auf Teneriffa verhaftet. Am 26. April 2005 trat erstmals die *EU Task Force* zusammen, die einen Bericht über die Zusammenarbeit Kroatiens mit dem UNO-Kriegsverbrechertribunals in Den Haag erstellen soll. Am 4. Oktober 2005 begann schließlich die offizielle Eröffnung der Beitrittsgespräche mit Kroatien. Stunden zuvor hatte die Chefanklägerin der Vereinten Nationen (UNO), Carla del Ponte, dem Land volle Kooperation mit dem UNO-Tribunal bescheinigt und damit die letzte Hürde für den Start der Gespräche ausgeräumt. Berichte über ein Junktim zwischen dem Einlenken Österreichs bei der Aufnahme der Verhandlungen mit der Türkei und den Beginn der Verhandlungen mit Kroatien, für dessen EU-Beitritt Österreich sich stark gemacht hat, wurde offiziell zurückgewiesen. Diplomaten sagten aber, die Entscheidung zur Verhandlungsaufnahme mit Zagreb habe das Einlenken Österreichs begünstigt. Wenige Tage nach der Aufnahme der Beitrittsverhandlungen mit Kroatien verurteilte das kroatische Parlament in einer Resolution den slowenischen Anspruch auf eine Umweltschutzzone in der Adria. Die Beziehungen zwischen Slowenien und Kroatien waren nicht besonders gut, Mitglieder der slowenischen

²³⁸ Quelle: Working Document: Greek Presidency Priorities for the Western Balkans, 13.1.2003, <http://www.eu2003.gr/en/articles/2003/1/13/1487/> .

Regierungspartei SLS forderten erneut eine Volksabstimmung vor einer Aufnahme Kroatiens in der EU.

Am Westbalkan bleibt das Schicksal des Kosovo weiterhin ungewiss. Serbiens Präsident Boris Tadic - ein deklariertes Anti-Nationalist²³⁹ – betonte während seines Staatsbesuches in Wien, dass aus serbischer Sicht eine Unabhängigkeit des Kosovo nicht in Frage komme. Die albanische Bevölkerungsmehrheit forderte einen unabhängigen Kosovo mit einer eigenständigen Armee und einem Sitz in der UNO. Die Zukunft des Kosovo könnte in eine verbesserte Autonomie, jedoch nicht in eine Unabhängigkeit münden. Durch die Unabhängigkeit der südserbischen Region würde, so Tadic, „*der gesamte Balkan destabilisiert*.“²⁴⁰ Jede Änderung der Grenze würde auch Nachbarstaaten wie Mazedonien (FYROM) destabilisieren. In diesem Zusammenhang hatte die griechische Regierung Ende 2004 die US-Regierung vehement kritisiert, die seither Mazedonien als „*Republik Mazedonien*“ anerkennt. Die Türkei hatte Mazedonien bereits seit der Unabhängigkeit des Landes 1991 mit ihrem Verfassungsnamen anerkannt. Die offizielle internationale Bezeichnung Mazedoniens war „*Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien*“ (*Former Yugoslav Republic of Macedonia* – FYROM). Grund für diese sperrige Namensgebung war der Druck Griechenlands, dass FYROM nicht gleich heißen dürfe wie die gleichnamige Gegend im Norden Griechenlands. Die griechische Regierung kündigte an, einen NATO- und EU-Beitritt Mazedoniens so lange zu blockieren, bis die mazedonische Regierung einen Namen akzeptiert, mit dem auch Griechenland einverstanden ist.²⁴¹ Das Stabilitäts- und Assoziationsabkommen zwischen FYROM und der EU ist bereits seit 1. April 2004 in Kraft. Das Beitrittsansuchen wurde zuvor am 22. März 2004 gestellt.

In der Vergangenheit waren seitens der jugoslawischen Führung in Belgrad und in der EU Befürchtungen geäußert worden, die große

²³⁹ Tadic gehört zu den wenigen Politikern in Belgrad, die die Auslieferung aller wegen Kriegsverbrechen angeklagter Serben an das Tribunal in Den Haag fordern. Aus: Wieland Schneider, „Unabhängigkeit Kosovos ist unmöglich“, Interview mit Boris Tadic, in: Die Presse, 5.3.2005, 4.

²⁴⁰ Quelle: Wieland Schneider, „Unabhängigkeit Kosovos ist unmöglich“, Interview mit Boris Tadic, in: Die Presse, 5.3.2005, 4.

²⁴¹ Quelle: Athen kontra Skopje: Veto gegen EU-Beitritt, in: Die Presse, 6.11.2004, 7.

albanische Minderheit Mazedoniens könnte ihre Siedlungsgebiete an einen unabhängigen Kosovo anschließen. Das Kosovo bleibt nach wie vor unter der Verwaltung der Vereinten Nationen, ist jedoch weiterhin ein Teil von Serbien. Heute leben nur mehr wenige Serben im Kosovo, die meisten mussten nach dem Rückzug der jugoslawischen Truppen 1999 fliehen. Jene, die geblieben sind, leben abgeschottet von einer feindlichen albanischen Umwelt: „*Diese Menschen vegetieren in Ghettos. Segregation und Rassenhass sind Realität im heutigen Kosovo.*“²⁴² Die EU hat sich zum Ziel gesetzt, den Status des Kosovo rasch zu klären. Die Lage zwischen Serben und Albanern bleibt nach wie vor angespannt: Mitte März 2004 waren drei albanisch-stämmige Kinder in der Stadt Kosovska Mitrovica ertrunken. Kosovo-Albaner beschuldigten daraufhin Serben, die Kinder ertränkt zu haben. Bei darauf folgenden Übergriffen hatten serbische Protestierende islamische Gotteshäuser in Belgrad und in Nis in Brand gesteckt. Die fast 500 Jahre alte einzige Moschee in Belgrad wurde dabei völlig zerstört. Gleichzeitig wurden im Kosovo selbst mehrere serbisch-orthodoxe Kirchen und Klöster angezündet, die zum Teil ebenfalls aus dem Mittelalter stammten. Bei den blutigen Unruhen im Kosovo sind nach Angaben der UNO-Verwaltung 22 Menschen getötet worden. Das Kosovo ist mit einem Pro-Kopfjahreseinkommen von 960 Euro die ärmste Region Europas. Die Weltbank vermutet im Kosovo Bodenschätze im Wert von 13,5 Mrd. Euro – Blei, Zink, Silber, Braunkohle, auch Nickel, Chrom, Bauxit und Magnesit.²⁴³

Anfang der 1990er schlossen sich die Deutschland, Frankreich, Großbritannien, die USA und Russland zur Balkan-Kontaktgruppe zusammen. Ziel dieser Länder war es, gemeinsam das Blutvergießen in Bosnien-Herzegowina zu beenden. 1998, drei Jahre nach Ende des Krieges in Bosnien-Herzegowina, trat die mittlerweile um Italien erweiterte Kontaktgruppe wieder in Aktion. Es galt, den eskalierenden Kosovo-Konflikt zu entschärfen. Der Status um das Kosovo ist weiterhin ungeklärt, die Lage in Bosnien-Herzegowina ist nach der UNO-Sicherheitsratsresolution 1551 (2004) nach wie vor eine Bedrohung für

²⁴² So Serbiens Präsident Boris Tadic, in: ebenda.

²⁴³ Aus: Gertraud Illmeier, Kosovo: Einziger Schatz wird nun versilbert, in: Die Presse, 7.12.2005, 25.

Frieden und Stabilität in der Region. Das Durch das Dayton-Abkommen im November 1995 entstandene Bosnien-Herzegowina²⁴⁴ wirkte anfangs wie ein Staat, der „von oben“ bzw. „künstlich“ geschaffen wurde – also ohne ursprüngliches Einverständnis der Konfliktparteien. Weitreichende Kompetenzen wurden zwar einem Hohen Repräsentanten der internationalen Staatengemeinschaft übertragen. Obwohl dieser Prozess große Fortschritte im bosnisch-herzegowinischen Friedensprozess brachte, ist das formal souveräne Land kaum noch von einem internationalen Protektorat zu unterscheiden. Das primäre Hindernis in Bosnien-Herzegowina ist die gescheiterte Etablierung eines gemeinsamen Wirtschaftsraumes zwischen der *Republika Srpska* und den anderen Landesteilen. Der Vielvölkerstaat importiert alle seine landwirtschaftlichen Produkte. In Bosnien-Herzegowina leben in viele Gruppen zersplitterte Eliten, die sich gegenseitig blockieren und das „Vertrauen verspielt haben“.²⁴⁵ Aus diesen Gründen fehlen in der bosnisch-herzegowinischen Gesellschaft das Gefühl einer gemeinsamen Entität und die Grundeinstellung für den Erhalt des Staates. Der Einfluss der EU auf Reformen in Bosnien-Herzegowina liegt hinter jenem der USA: „*Es ist sehr bedauerlich, dass die EU, Hauptfinanzier in Bosnien, sich das Heft aus der Hand nehmen ließ. So sehr ich das amerikanische Engagement schätze, so sehr vermisse ich europäisches Leadership bei diesen Reformen. Ich habe zu meiner Zeit als Hoher Repräsentant in*

²⁴⁴ Am 14.12.1995 wurde für Bosnien-Herzegowina eine neue Verfassung festgeschrieben. Gemäß dieser Verfassung wurden 2 Präsidenten in das Amt eingeführt und zwei Armeen gegliedert. Das Parlament konstituierte sich aus 28 Sitzen für Bosnien-Herzegowina und 14 Sitzen für die *Republika Srpska*. Zusätzlich wurde noch die Vollversammlung mit 5 Bosniern, 5 Kroaten und 5 Serben eingesetzt. Beide Regierungsgremien wurden für vier Jahre gewählt. Anfang 2006 erfolgte die Änderung der Verfassung: Es gibt nur mehr einen Präsidenten und zwei Stellvertreter, die alle 16 Monate im Rotationsverfahren wechseln. Bis Oktober 2006 wurde auch aus den bisher zwei Armeen eine einzige organisiert. Die allgemeine Wehrpflicht wurde abgeschafft. Aus: Karl-Heinz Eisler, Generalstabschef aus Bosnien-Herzegowina in Österreich, in: *Der Soldat*, 5.4.2006, 5.

²⁴⁵ So Gregor Kössler, Kabinettschef des Sonderkoordinators des Stabilitätspaktes für Südosteuropa, und Vedran Dzihic, Leiter des Wiener Büros des „Centre for European Integration Studies“, im Rahmen des Politikberatungsseminars *Europapolitik zum Thema „Für Frieden und Gerechtigkeit in den Ländern Südost-Europas: Europäische Partnerschaft mit den Ländern der Region West-Balkan am Beispiel von Bosnien-Herzegowina und Kosovo“*, Diplomatische Akademie Wien, 12.5.2006.

Sarajewo versucht, die Europäisierung Bosniens voranzutreiben und hybride euro-amerikanische Systeme in Justiz und Verwaltung zu vermeiden. 2002 hatten wir mit dem ersten großen Schritt der Verfassungsreform einen Durchbruch erzielt. Das ist von meinem Nachfolger nicht aufgegriffen worden“, erklärte Botschafter Wolfgang Petritsch in einem Interview.²⁴⁶

Nach dem Unabhängigkeitsreferendum in Montenegro im Mai 2006 hatten sich in Bosnien-Herzegowina auch die Unabhängigkeitsbefürworter in der serbischen Teilrepublik *Republika Srpska* (RS) verstärkt zu Wort gemeldet. Anfang Juni 2006 wurden bereits 50.000 Unterschriften für eine Abstimmung über einen eigenen Staat gesammelt, betonte die Organisation „*Serbische Nationalbewegung*“. Der als *moderat* geltende Premier der RS, Milorad Dodik, schloss über diese Angelegenheit eine Volksabstimmung wie in Montenegro nicht aus. Sollten Montenegro und Kosovo unabhängig werden, fordern die Serben den Anschluss der bosnischen Serbenrepublik an Serbien, erklärte Serbiens Außenminister Vuk Draskovic schon zu Beginn des Jahres 2006.²⁴⁷

Was Serbien-Montenegro betrifft, stimmten am 25. April 2005 die Außenminister der EU für Verhandlungen über das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA) mit Serbien-Montenegro. Dieses Land war der letzte Staat, über den zuvor noch keine Machbarkeitsstudie verfasst wurde. Die Präsentation der positiven Machbarkeitsstudie der Europäischen Kommission erfolgte am 12. April 2005, die Verhandlungen für ein Stabilisierungs- und Assoziationsabkommens wurden Anfang Oktober 2005 eingeleitet. Die Verhandlungsrichtlinie für ein Stabilisierungs- und Assoziationsabkommen beinhaltete einen zweigleisigen Ansatz – sowohl unter formeller Wahrung der Staatenunion als auch mit zwei separaten Annexen. Die Gründe für die spätere Erstellung der Machbarkeitsstudie lagen in der mangelnden Kooperation der serbisch-montenegrinischen Regierung in Belgrad mit dem UNO-Kriegsverbrechertribunal und eine Verfassungskrise auf

²⁴⁶ Interview mit Wolfgang Petritsch, ehemaliger Hoher Repräsentant in Sarajewo: „EU ließ sich Heft aus der Hand nehmen“, in: Die Presse, 18.4.2006, 4.

²⁴⁷ Erich Rathfelder, Bosniens Serben rufen immer lauter nach eigenem Staat, in: Die Presse, 3.6.2006, 10.

Bundesebene. Der wegen Kriegsverbrechen im Kosovo angeklagte ehemalige Generalstabschef der jugoslawischen Armee, Nebojsa Pavkovic, wurde noch nicht an das zuständige Tribunal in Den Haag ausgeliefert. Die Strategie des serbischen Premiers Vojislav Kostunica, die Angeklagten mit Hilfe rechtlicher und finanzieller Unterstützung des Staates dazu zu bewegen, sich freiwillig zu stellen, war insgesamt jedoch erfolgreich.²⁴⁸ Die Verfassungskrise konnte Anfang April 2005 mit Hilfe des Hohen Beauftragten für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, Javier Solana, gelöst werden. Montenegro, dessen politische Elite die Loslösung von Serbien fordert, wollte den Wahltermin zum gemeinsamen Parlament um ein Jahr verschieben, nämlich auf spätestens Februar 2006 – dann sollte auch ein Referendum über die Unabhängigkeit stattfinden. Serbien wollte hingegen verfassungskonform Wahlen im März abhalten. Serben und Montenegriner einigten sich, dass das Unionsparlament in jeder der beiden Republiken zu unterschiedlichen Zeitpunkten gewählt werden kann, und zwar dann, wenn auch das serbische bzw. das montenegrinische Parlament neu gewählt wird. In diesem Sinne wurde auch die Verfassung abgeändert. Der Weiterbestand des Staatenbundes, auf den der „Mr. GASP“ Javier Solana beharrte (*Solanistan*), war vorerst gesichert.²⁴⁹ Das Problem der Staatenbildung *von oben* wird hier sichtbar, wenn Staaten kreiert werden, die jedoch die betroffenen Bevölkerungen nicht wollen. Vom wirtschaftlichen Standpunkt bringen zudem Abspaltungen (wie im Fall Serbien-Montenegros) für den weniger prosperierenden Teilstaat mehr Nach- als Vorteile. Montenegros Parlamentspräsident Ranko Krivokapic plädierte für eine Unabhängigkeit des Landes: *„Wir haben einen hohen Preis dafür bezahlt, das wir 15 Jahre lang mit Serbien zusammengeblieben sind. ... Die Entscheidungen über Krieg und Konflikte auf dem Balkan waren nicht Montenegros Entscheidungen. Es waren die Entscheidungen von Slobodan Milosevic. Wie haben unter seiner Dominanz gelitten. Je weiter wir uns von Belgrad entfernen, desto mehr Aufschwung erleben*

²⁴⁸ Aus: Gertraud Illmeier, Europa stellt Weichen für Serbien, in: Die Presse, 12.4.2005, 4.

²⁴⁹ Ebenda.

wir.“²⁵⁰ Montenegro unterbreitete der serbischen Regierung einen Vorschlag, der die gegenseitige diplomatische Anerkennung beider Länder und die Gründung eines Bundes unabhängiger Staaten beinhaltet. Dazu sollen in Serbien und Montenegro Volksabstimmungen abgehalten werden, um diesen Schritt zu bestätigen. In allen Teilen des Staatenbundes sollten für alle Bürger die vier Freiheiten der Europäischen Union gelten: die Freiheit des Personen-, Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehrs. Ein solcher Bund würde Möglichkeiten für die Reintegration des Balkan schaffen: Auch Länder wie Mazedonien oder Bosnien könnten dem Bund beitreten. Serbiens Premier Vojislav Kostunica hatte dem Plan bereits eine Absage erteilt.²⁵¹

Ein Referendum um die Zukunft Serbien-Montenegros als Staatenbund fand schließlich am 21. Mai 2006 statt. Darin sprach sich die Mehrheit der Montenegriner (55,5 Prozent) für die Unabhängigkeit ihres Landes aus. Am 3. Juni 2006 erklärte Montenegro offiziell seine Unabhängigkeit. Der NATO-Generalsekretär reagierte wie folgt:

„NATO takes note of Montenegro’s declaration of independence, which follows a referendum which was certified free and fair both by Montenegrin officials and international observers. The Alliance respects the result of that referendum, as it represents the democratic will of the Montenegrin people.

I call on Belgrade and Podgorica to engage in direct talks on the issues which must now be addressed. NATO remains committed to good relations with both governments, and to the Euro-Atlantic future of the entire Balkan region.”²⁵²

Für die europäischen Regierungen bleibt das einzig sichere Rezept zur Erreichung von Stabilität am westlichen Balkan die

²⁵⁰ Wieland Schneider, „Wir haben wegen Serbien gelitten“, Interview mit Montenegros Parlamentspräsident Ranko Krivokapic, in: Die Presse, 15.3.2005, 5.

²⁵¹ Ebenda.

²⁵² Aus: Statement by the NATO Secretary General on the Montenegrin declaration of independence, Press Release (2006)062, 4 June 2006.

Mitgliedschaft der betroffenen Staaten in der EU und der NATO.²⁵³ Auf dem Weg in die euro-atlantischen Strukturen sollen die Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien künftig die Verantwortung für die Kooperation in der Region selbst übernehmen. Der während der deutschen EU-Präsidentschaft im Jahr 1999 geschaffene Stabilitätspakt für Südosteuropa sollte *mit sanftem Druck* die Zusammenarbeit zwischen den neuen Staaten forcieren. Ab Mitte 2008 sollen die betroffenen Staaten im Regionalen Kooperationsrat ihre Kooperationen im Hinblick auf einen Beitritt in die EU koordinieren. Dieses neue Gremium soll den Stabilitätspakt ablösen. Im Gegensatz zum Stabilitätspakt, der 25 unterschiedliche Projekte und Sekretariate unterhielt, wird sich der neue Regionale Kooperationsrat auf fünf folgende Bereiche konzentrieren: wirtschaftliche und soziale Entwicklung, Justiz und Polizei, Sicherheitspolitik sowie die Förderung von Aus- und Weiterbildung.²⁵⁴

Die EU und Russland

Russland hat auch seit dem Ende des Kalten Krieges geopolitisch-unterschiedliche Interessen gegenüber den westlich-demokratischen Staaten Europas und der USA. Russland hatte in den letzten Jahren erheblich an Macht und Einfluss am Kaukasus und in Zentralasien eingebüßt. In der Ukraine ging die Wahl schließlich zugunsten jenes Kandidaten aus, der von den USA unterstützt wurde (*orange Revolution*).²⁵⁵ In Georgien gewann Anfang 2004 der Chef der Oppositionsbewegung, Michail Saakaschwili (*Rosen-Revolution*).²⁵⁶ Der amerikanische Milliardär George Soros, ein gebürtiger Ungar, unterstützte die georgische Oppositionsbewegung im Jahr 2003 mit 50

²⁵³ So der NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer während seines Besuches am 3.11.2005 in Wien, aus: Balkanstaaten haben Chance auf NATO-Beitritt 2008, in: Der Standard, 4.11.2005, 5.

²⁵⁴ Aus: Gertraud Illmeier, Reifetest für Balkanstaaten, in: Die Presse, 7.6.2006, 4.

²⁵⁵ 21.11.2004: Präsidentenwahl in der Ukraine: Premier Janukowitsch und Oppositionschef Juschtschenko erklären sich zu Siegern – Massenproteste gegen Wahlfälschung. 26.12.2004: der westlich-orientierte Juschtschenko gewinnt die wiederholte Stichwahl.

²⁵⁶ 2.11.2003: Parlamentswahl in Georgien: Massenkundgebungen gegen Präsident Eduard Schewardnadse. 23.11.2003: Schewardnadse tritt zurück. 4.1.2004: Präsidentenwahl: Reformler Saakaschwili geht als klarer Sieger hervor.

Millionen US-Dollar.²⁵⁷ Nach den Parlamentswahlen in Kirgisien am 13. März 2005 setzte sich nach Wahlfälschungen und darauf folgenden schweren Unruhen die Reform-orientierte Opposition unter Kurmanbek Bakijew durch (*Tulpen-Revolution*).²⁵⁸

Die russische Regierung blockierte Anfang 2005 die Erstellung des Budgets für die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Um eine Einigung zu erzielen, müssen alle 55 Teilnehmerstaaten dem Haushaltsplan zustimmen. Russland weigerte sich jedoch zu dieser Zeit und blockierte so die Arbeit der OSZE, die russische Regierung setzte ihre Stimme als Waffe ein. Als Grund dafür nannte Russland die OSZE-Einflussnahme auf die Wahlen in der Ukraine und in Kirgisien. Die Kritik der OSZE-Beobachter half in der Ukraine mit, den Wahlbetrug zu Ungunsten des russischen Wunschkandidaten für das Präsidentenamt aufzudecken und dadurch Neuwahlen zu erzwingen, die dann zur Beschneidung des Einflussbereichs Moskaus führten. Die russische Führung wirft dem Westen vor, die OSZE zu missbrauchen, um politischen Druck auf die ehemaligen sowjetischen Republiken Europas und Zentralasiens auszuüben. Die OSZE sei zu sehr auf Menschenrechtsfragen, jedoch weniger auf Sicherheit, fixiert, so der Vorwurf aus Moskau.²⁵⁹

Am 1. Mai 2004 wurden die ehemaligen Sowjetrepubliken Estland, Lettland und Litauen Mitglieder der Europäischen Union. Die EU-Staaten Litauen und Polen grenzen an ein Land, das noch von einem unumschränkten Machthaber unter russischem Einfluss regiert wird: Weißrussland/Belarus.

Weißrussland unterzeichnete den Vertrag über die Teilnahme an der NATO-Partnerschaft für den Frieden am 11. Januar 1995. Diese Tatsache hatte jedoch keinen Einfluss auf jenes Ziel, die demokratische Kontrolle der Streitkräfte zu bewirken. Das Militär blieb nach wie vor ein Staat im Staat. Das Verteidigungsbudget beträgt in Weißrussland (9,9 Millionen Einwohner) 100 Millionen US-Dollar. Die Stärke der Streitkräfte umfasst u.a. 79.000 Aktive und 289.000 Reservisten. Die

²⁵⁷ Aus: Katalysator USA, in: Die Presse, 25.3.2005, 2.

²⁵⁸ Sieg der Regierungspartei bei den Parlamentswahlen – Massendemonstrationen, Übergriffe auf das Regierungsgebäude. Die Opposition wirft dem Präsidenten Askar Akajew Wahlfälschung vor. Akajew floh aus Kirgisien.

²⁵⁹ Quelle: Bewegung im Budgetstreit der OSZE, in: Die Presse, 13.4.2005, 4.

weißrussische Armee verfügt über 1.590 Kampfpanzer, 1.600 bewaffnete Fahrzeuge (*armored vehicles*) und 221 Kampfflugzeugen. Im Vergleich dazu beträgt das Verteidigungsbudget in Österreich 1,5 Mrd. US-Dollar mit 114 Kampfpanzern, 1.157 bewaffneten Fahrzeugen und 50 Kampfflugzeugen.²⁶⁰ Nach den Wahlen am 17. Oktober 2004 bleibt Präsident Lukaschenko als letzter Diktator Europas, wie ihn die US-Regierung bezeichnet hatte, fest im Sattel der Macht. US-Präsident George W. Bush unterzeichnete drei Tage nach den Wahlen in Weißrussland den so genannten *Belarus Democracy Act*, dessen Ziel wie folgt definiert wurde:

*„The Belarus Democracy Act will help us support those in Belarus who are working toward democracy. We welcome this legislation as a means to bolster friends of freedom and to nurture the growth of democratic values, habits, and institutions within Belarus. The fate of Belarus will rest not with a dictator, but with the students, trade unionists, civic and religious leaders, journalists and all citizens of Belarus claiming freedom for their nation.“*²⁶¹

Benita Ferrero-Waldner, EU-Kommissarin für Außenbeziehungen und die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP), hat im November 2005 einen härteren Kurs gegenüber der Regierung Lukaschenko angekündigt: Das „*Einfrischen von Vermögen*“ im Ausland sei möglich: „*Wir sind besorgt über die Selbstisolierung Weißrusslands.*“²⁶² Seit 1997 besteht ein Einreiseverbot für Präsident Lukaschenko und weitere Mitglieder der weißrussischen Staatsführung in die EU. 2005 wurden auch Sanktionen gegen die Einreise von weißrussischen Spitzenbeamten in die EU eingeleitet. Der autokratisch regierende Präsident Lukaschenko wird beschuldigt, Menschenrechte massiv zu verletzen. Einige Oppositionspolitiker waren spurlos verschwunden. Dementsprechend waren auch die Wahlen in März 2006 „*nicht nach den*

²⁶⁰ Zahlen aus: World Security Network Newsletter, World Security Network Foundation, New York, 24.11.2004.

²⁶¹ Ebenda.

²⁶² Aus: Jens Hartmann, EU droht Weißrussland, in: Die Presse, 10.11.2005, 7.

Grundsätzen Freiheit und Fairness“ abgelaufen.²⁶³ Der Vorsitzende der größten Oppositionspartei, Alexander Milinkewitsch, wurde gleich nach den Wahlen während einer Demonstration anlässlich des 20. Jahrestages des Nuklearreaktorunglücks in Tschernobyl, bei der er zum zivilen Ungehorsam gegen Präsident Lukaschenko aufrief, für 15 Tage verhaftet. US-Außenministerin Condoleeza Rice bezeichnete Weißrussland als die letzte Diktatur in Europa.

Während der russische Präsident Boris Jelzin das Regime Lukaschenko in Weißrussland politisch unterstützte sowie auch die jugoslawische Regierung unter Slobodan Milosevic, wurde auch unter Präsident Vladimir Putin die unterstützende Haltung für Lukaschenko sowie für die Moskau-orientierten Regierungen in der Ukraine (Leonid Kutschma) und in Kirgisien (Akajew) deutlich. In der Ukraine unterstützte Putin denjenigen Kandidaten, der auch von der russischen Bevölkerung des Landes groÙtenteils gewählt wurde – Viktor Janukowitsch. Der vom Westen favorisierte und durch ein Giftattentat im Gesicht entstellte Viktor Juschtschenko gewann nach massiven Protesten von Teilen der Bevölkerung am 26. Dezember 2004 mit 51,99 Prozent die Stichwahl²⁶⁴, die einer Wahl im November 2004 vorausgegangen war, deren Sieg der nach Russland orientierte Viktor Janukowitsch für sich in Anspruch nahm. Die EU sprach in diesem Zusammenhang – unter niederländischem Vorsitz - von Wahlbetrug, befürwortete zur Verbesserung der damals angespannten Lage das Ansetzen von vorgezogenen Parlamentswahlen, aus denen die Opposition eventuell gestärkt hervorgehen würde. Diese Situation, so die EU, hätte zu einer *Cohabitation* zwischen einem Russland-freundlichen Präsidenten und einer EU-orientierten Regierung geführt.²⁶⁵ Die NATO rief gemeinsam mit Russland alle ukrainischen Parteien dazu auf, Gewalt und Einschüchterungen auf Wähler zu vermeiden. NATO und

²⁶³ So Deutschlands Außenminister Frank-Walter Steinmeier, zitiert in: Neil Buckley, Stefan Wagstyl, Fidelius Schmid, EU unterstützt Opposition in Minsk, in: FT Deutschland, 21.3.2006, 9. Laut Ergebnis der Wahlkommission Weißrussland entfielen auf Alexander Lukaschenko 82,6 Prozent der Stimmen, sein Herausforderer Alexander Milinkewitsch erhielt 6 Prozent der Stimmen.

²⁶⁴ Er hatte seinen Gegner um 7,79 Prozent beim Urnengang geschlagen.

²⁶⁵ Andreas Schnauder, Brüssel träumt von Kiewer Cohabitation, in: Die Presse, 25.11.2004, 6.

Russland „*appealed to all parties to continue to avoid the use or instigation of violence, to refrain from intimidation of voters, and to work to ensure a free, fair electoral process that reflects the will of the Ukrainian people. ... We reiterated our support for the independence, the sovereignty, the territorial integrity of and democracy in Ukraine.*”²⁶⁶

Die EU unterstützte von Beginn an wie die USA den Demokratieprozess in der Ukraine, vor allem aus der Intention, Stabilität und Sicherheit sowie Wohlstand in den Nachbarregionen der Union herzustellen. Pro Jahr überweist die EU der Ukraine immerhin 70 Millionen Euro zur Unterstützung des wirtschaftlichen und zivilen Aufbaus des 47 Millionen Einwohner zählenden Nachbarlandes. Am 21. Februar 2005 wurde in Brüssel der Aktionsplan EU-Ukraine unterzeichnet. Der Dreijahresplan soll das Land so weit wie möglich an die EU annähern. Von einer EU-Mitgliedschaft der Ukraine ist darin keine Rede. EU-Außenkommissarin Benita Ferrero-Waldner räumte lediglich darin ein, dass die EU nach der Erfüllung des Planes die Möglichkeit erweiterter Beziehungen zur Ukraine prüft. In diesem Plan wird die Unterstützung der EU bei der Aufnahme der Ukraine in die Welthandelsorganisation (WTO) versprochen. Auch ein Freihandelsvertrag wurde darin in Aussicht gestellt, günstigere Bedingungen für den Export von Stahl- und Textilprodukten sowie die Kooperation in den Bereichen Energie, Verkehr und Umwelt.

Die Fraktion des neuen Präsidenten wurde besonders von den USA enorm finanziell unterstützt, vor allem vom amerikanischen Milliardär George Soros. Allein im Jahr 2004 flossen – zusätzlich zu den Geldern von George Soros - aus der Staatskasse der amerikanischen Regierung 34 Millionen US-Dollar an die ukrainische Demokratiebewegung und an unabhängige Medien.²⁶⁷ Für Moskau stehen bei der Ukraine nicht nur der politische Einfluss und geopolitische Ambitionen auf dem Spiel, sondern auch ökonomische: Die Ukraine selbst fungiert als bedeutender Korridor für Öl- und

²⁶⁶ Joint NATO-Russia position on Ukraine, 9 December 2004, NATO Update, Last update: 10-Dec-2004 11:52 hours, <http://www.nato.int/docu/update/2004/12-december/e1209d.html> .

²⁶⁷ Aus: Katalysator USA, in: Die Presse, 25.3.2005, 2.

Gastransporte. Die Abhängigkeit von den russischen Rohstoffen und die Gefahr der Instabilität waren der Hauptgrund für den Kuschelkurs, den die nationalen Regierungen der EU gegenüber Russlands Präsidenten Putin eingeschlagen hatten. Die EU ist bestrebt, das Verhältnis zu Russland nicht einzutrüben zu lassen. Für die russische Exklave Kaliningrad, die gänzlich von Territorien von EU-Staaten umgeben ist, stellte die EU für 2006 noch insgesamt 25 Millionen Euro an Wirtschaftshilfe zur Verfügung. In Moskau wurde zudem Anfang 2006 das Institut für Europäische Studien an der Moskauer Hochschule für Internationale Beziehungen gegründet. Die EU übernimmt 50 Prozent der Kosten, für die ersten drei Jahre wurden 3 Millionen Euro bereitgestellt.²⁶⁸

Deutschlands ehemaliger Bundeskanzler Gerhard Schröder und Valdimir Putin beschlossen am 8. September 2005 in Berlin den Bau einer 4 Mrd. Euro teuren Gaspipeline. Dieses Vorhaben sorgte vor allem in Polen für Verstimmung. Bis 2010 sollen durch die 1.200-Kilometer lange Ostsee-Pipeline Erdgas von Wyborg nahe St. Petersburg nach Greifswald in Deutschland transportiert werden. Diese neue Pipeline konkurriert mit bisherigen Leitungen, für die Polen und andere Staaten Transitgebühren erhalten. Deutschland ist derzeit größter Abnehmer für russisches Gas.²⁶⁹ 37 Prozent des gesamten Erdgases kommt aus Russland.²⁷⁰ Die Erdgasabhängigkeit von Russland ist besonders in Mittel- und Osteuropa äußerst hoch: So sind Estland, Lettland, Litauen und die Slowakei 100 Prozent von Russland abhängig. Die Abhängigkeit von Polen liegt bei 99 Prozent, jene von Bulgarien bei 94 Prozent, jene von Weißrussland bei 90 Prozent. Der Anteil von russischen Erdgasimporten liegt in der Tschechischen Republik bei 82 Prozent, in Ungarn bei 81 Prozent, in Slowenien bei 62 Prozent, in Rumänien bei 55 Prozent und in der Ukraine bei 40 Prozent.²⁷¹

²⁶⁸ Aus: Jens Hartmann, EU droht Weißrussland, in: Die Presse, 10.11.2005, 7.

²⁶⁹ 2005 exportierte Russlands staatlicher Gasversorger 171 Mrd. Kubikmeter Gas. Deutschland ist mit 40 Mrd. Kubikmetern größter Abnehmer. Aus: Wolfgang Proissl, Europa droht Engpass bei Gas, in: FT Deutschland, 21.3.2006, 1.

²⁷⁰ Aus: Nina Kulikova, Trans-Baltic Pipeline Moves Ahead, in: Russia Profile, Issue 10/2005, 13f.

²⁷¹ Zahlen aus: Anne-Céline Boidin, Russie: l'énergie du retour, in: Armées d'aujourd'hui, numéro 312, juillet-aout 2006, 20-23, 21.

Die Ukraine versucht sich unterdessen, sich dem Westen politisch anzunähern. Als einziges Nicht-NATO-Staatsoberhaupt nahm bereits der neue ukrainische Präsident Viktor Juschtschenko erstmals am NATO-Gipfel der Staats- und Regierungschefs in Brüssel (22.2.2005) teil. Die Aufnahme der Ukraine in die NATO bleibt, so Juschtschenko, ein außenpolitisches Ziel seiner Regierung. Mit der Unterzeichnung der NATO-Ukraine-Charta im Jahr 1997 näherte sich das Land erstmals der Nordatlantischen Allianz an. Im Mai 2002 verkündete die ukrainische Regierung, langfristig eine Mitgliedschaft in die NATO anzustreben. Leonid Kutschma ließ als Präsident im Sommer 2004 – während des Wahlkampfes – jedoch überraschend die ukrainische Militärdoktrin ändern: Die Aufnahme des Landes in die euro-atlantischen Strukturen der EU und NATO war seither nicht mehr Ziel der ukrainische Regierung. Interpretiert wurde dieser Schritt als Reaktion auf die Entscheidung der NATO-Ukraine-Kommission während des NATO-Gipfels von Istanbul im Juni 2004, dem osteuropäischen Land keinen höheren Status der Beziehungen zu gewähren.²⁷²

Die ukrainische Bevölkerung – insbesondere die russischsprachige, die überwiegend im Donbass lebt – steht einer Aufnahme des Landes in die NATO äußerst skeptisch gegenüber. Die Ukraine ist nach wie vor politisch gespalten. Zudem lehnen die Medien im russischsprachigen Ostteil des Landes die NATO als Organisation ab. Die Ukraine hat zudem noch einen Vertrag mit Russland, der bis zum Jahr 2017 den Verbleib der russischen Schwarzmeerflotte in der ukrainischen Stadt Sewastopol (Krim) sichert. Auch existiert ein militärisch-industrieller Komplex zwischen Russland und der Ukraine. Mit Russland gemeinsam werden noch bis zu 80 Prozent der militärischen Erzeugnisse produziert. Präsident Juschtschenko muss nun vorsichtig einen Weg finden, wie er sich an die NATO annähern kann, ohne aber den russischen Präsidenten Vladimir Putin zu „verärgern“.²⁷³ Russland ist nach wie vor äußerst skeptisch gegenüber zuviel westlichem Einfluss nahe seiner Grenzen.

²⁷² Aus: Kathrin Singer, Ukraine sucht sanfte Annäherung an das Transatlantische Bündnis, in: Die Presse, 21.2.2005, 2.

²⁷³ Ebenda.

Als Antwort an die westliche Annäherung der Ukraine kündigte der russische Energieversorgungskonzern *Gazprom* Ende 2005 an, die Gaspreise für die Ukraine an westliche Standards *anzupassen*. Für die Ukraine hätte eine derartige Maßnahme eine Verfünffachung der Preise (von 50 US-Dollar auf bis zu 230 US-Dollar für je 1.000 Kubikmeter Erdgas) bedeutet. Die Ukraine bezahlte bislang nur ein Fünftel des Preises, den EU-Staaten für ihr Gas bezahlten. Weißrussland und Armenien bezogen dagegen weiterhin Gas zu einem Preis unter 50 US-Dollar pro 1.000 Kubikmeter Erdgas. Die ukrainische Regierung protestierte gegen diesen Schritt und drohte am 28. Dezember 2005 mit der Einschaltung des Internationalen Schiedsgerichts für Wirtschaftsstreitigkeiten in Stockholm. Das russische Agrarministerium stoppte zunächst alle Fleischimporte aus der Ukraine. Laut russischen Angaben hätte die Ukraine tierärztliche Vorschriften nicht eingehalten. Nach anfänglich nicht erfolgter Einigung zwischen der Ukraine und Russland drehte am 1. Januar 2006 um 10 Uhr die *Gazprom* die Erdgaszulieferung in die Ukraine ab. Die Slowakei, Ungarn und Österreich meldeten in der Folge Druckabfall in den Erdgaspipelines aus Russland. Wegen des Gasstreits hatte *Gazprom* auch für die Ukraine bestimmte Erdgaslieferungen aus Turkmenistan gestoppt.²⁷⁴ Dieses Erdgas wird über Russland transportiert. Am 4. Januar 2006 hatten sich schließlich die Ukraine und Russland geeinigt, wonach die Ukraine 95 US-Dollar pro 1.000 Kubikmeter Gas bezahlt. Die Ukraine erhält für die Durchleitung von russischem Erdgas, das für Westeuropa bestimmt ist, künftig 1,60 statt bisher 1,09 US-Dollar pro 1.000 Kubikmeter und 100 Kilometer Strecke. Der russisch-ukrainische Gasstreit hatte den Europäern ihre Abhängigkeit von russischem Erdgas drastisch verdeutlicht. Nach Einschätzungen der Internationalen Energiebehörde (IEA) könnte Europa eine Gasversorgungskrise drohen, da „*Gazprom in einigen Jahren in Lieferengpässe im Verhältnis zu seinen bestehenden Verträgen geraten wird, die 80 bis 90 Milliarden Kubikmeter erreichen werden.*“²⁷⁵ Seitens der Europäischen Kommission hieß es, Russland

²⁷⁴ Die Ukraine verbraucht derzeit jährlich rund 80 Mrd. Kubikmeter Gas. Drei Viertel des Erdgases muss die Ukraine importieren. Aus: Oliver Grimm/Christine Domforth, Raiffeisen schlichtet Gas-Streit, in: Die Presse, 5.1.2006, 15.

²⁷⁵ So Claude Mandil, IEA-Exekutivdirektor, aus: Wolfgang Proissl, Europa droht Engpass bei Gas, in: FT Deutschland, 21.3.2006, 1.

könne Lieferengpässe nur dann vermeiden, wenn es möglichst rasch Milliarden Euro in die Gasförderung und in den Transport des Erdgases investiere. Allein 2004 hatte Russland rund 70 Mrd. Kubikmeter Erdgas beim Transport, der Zulieferung und durch Abfackeln nutzlos verbraucht bzw. verloren. Die IEA meint, dass davon 30 Mrd. Kubikmeter durch bessere Technik oder Energieeffizienz eingespart werden könnten.²⁷⁶

Russland will sich in der nächsten Zeit verstärkt im militärischen Krisenmanagement mit Europa und den USA engagieren. Die russischen Streitkräfte arbeiten inzwischen mit der NATO auf operativer Ebene zusammen mit dem Ziel, gemeinsam friedenserhaltende Einsätze und auch NATO-Einsätze auf der Grundlage des Beistandsartikels 5 des NATO-Gründungsvertrages – wie jene Operation *Active Endeavour* im Mittelmeer – durchzuführen. Die Streitkräfte der Russischen Föderation befinden sich nach wie vor in einem äußerst schlechten Zustand: 34 Prozent der Offiziere der russischen Streitkräfte leben unterhalb der Armutsgrenze. In Moskau und St. Petersburg treten nur 4-6 Prozent der Wehrpflichtigen auch tatsächlich ihren Dienst an. Die Zahl der Verbrechen, die von Offizieren begangen wurden, ist von 695 (2003) auf 807 (2004) angestiegen. Die massive Wehrdienstverweigerung und die hohe Anzahl von Selbstmorden in Russlands Streitkräften haben vor allem mit „*Dedowschina*“ zu tun: Der Begriff leitet sich vom Wort „*ded*“ (Großvater) ab und beschreibt das System der Drangsalierung und Misshandlung jüngerer Wehrpflichtiger durch Längerdienende. Wer älter oder ranghöher ist, sieht sich im Recht, Rekruten zu schlagen, zu vergewaltigen oder zu versklaven. Das System der „*Dedowschina*“ hat sich im stalinistischen Straflagersystem GULAG entwickelt und wurde von dort in die Rote Armee übernommen. Dadurch sehen viele Rekruten nur den Selbstmord als Ausweg, um der physischen und psychischen Folter zu entkommen.²⁷⁷

Russland (960.000 Soldaten) hat angekündigt, seine Verteidigungsausgaben 2006 um 21,6 Prozent zu steigern – von 16 Mrd. (2005) auf 18,7 Mrd. Euro.²⁷⁸ Präsident Vladimir Putin hatte bei einem

²⁷⁶ Ebenda.

²⁷⁷ Aus: Selbstmorde und Verbrechen in Putins Armee, in: Die Presse, 5.3.2005, 4.

²⁷⁸ Quelle: Elke Windisch, China und Russland lassen die Muskeln spielen, in: Die Presse, 18.8.2005, 5.

Gespräch am 16. November 2004 mit dem Generalstab der Russischen Föderation die Entwicklung neuer Raketensysteme angekündigt, die in der Lage sein würden, das amerikanische Raketenabwehrschild zu durchbrechen. In Fort Greeley/Alaska hatten die USA bereits Anfang Juli 2004 ihre erste Raketenabwehrstation in Betrieb genommen. In Russland dominiert vor allem die Überzeugung, dass die Beziehungen zum Westen – insbesondere zu den USA und zur NATO – ein Nullsummenspiel sind: Wenn der Einfluss des Westens steigt, fällt derjenige Russlands – und umgekehrt.²⁷⁹ Die Aussage Putins stand vor allem im Zusammenhang mit den Wahlen in der Ukraine, bei denen der von den USA unterstützte Kandidat Viktor Juschtschenko als Sieger hervorging. Russland entwickelt die im Jahr 2000 in den Dienst gestellte mobile Langstreckenrakete *Topol-M* (US-Code *SS-27*, NATO-Code *Sickle*) weiter. Die Rakete kann mit einem 550-kT-Atomgefechtskopf bestückt werden und hat Ende 2004 einen Testflug von Pleszek auf die ca. 10.000 Kilometer entfernte Halbinsel Kamtschatka erfolgreich absolviert. Zudem wurde die russische Firma Polet beauftragt, eine Methode zu entwickeln, mit der ballistische Raketen von einem Transportflugzeug in großer Höhe gestartet werden können.²⁸⁰

Die russische Regierung plant ihre Haushaltsüberschüsse verstärkt in die Aufrüstung des Landes zu investieren. So soll eine neue Generation von Nuklearwaffen angeschafft werden. Im Budget 2005 sind für Verteidigung und innere Sicherheit Zuwächse von 28 und 26 Prozent vorgesehen. Die Ausgaben für Soziales, Bildung, Landwirtschaft und Umweltschutz dagegen sind um 1,5 bis 15 Prozent gekürzt worden. Im Februar 2005 demonstrierten dagegen eine Viertelmillion Menschen in 284 Städten gegen die Streichung von Vergünstigungen zu ihren ohnehin äußerst niedrigen Pensionen (sie liegen im Schnitt zwischen 1.000 und 3.000 Rubel (83 Euro)). Den älteren Menschen ist dabei nicht verborgen geblieben, dass der Staat in Folge von hohen Öl- und Gaspreisen mehr Geld einnimmt als er ausgibt. Russland hat Gold- und Devisenreserven in der Höhe von 100 Mrd.

²⁷⁹ Vgl. Martin Malek, Aktuelle Aspekte der Außenpolitik Russlands, in: Strategische Analysen, hrsg. vom Büro für Sicherheitspolitik des Bundesministeriums für Landesverteidigung, Oktober 2002.

²⁸⁰ Daten aus: Karl-Heinz Eisler, Russlands neue Atomraketen. Verbesserung des Raketenarsenals, in: Der Soldat, 9.2.2005, 6.

Euro. 2004 lag der Haushaltsüberschuss bei 18,7 Mrd. US-Dollar. Alle Schulden an den Internationalen Währungsfonds sind inzwischen zurückgezahlt worden.²⁸¹

Russland ist keine Demokratie im westlichen Sinne, jedoch unter Vladimir Putin ein stabiles und einschätzbares Land geworden. Sowohl die EU als auch die USA benötigen die Russische Föderation als Stabilitätsfaktor.

Die EU und die Türkei

Im Juni 1959 suchte die Türkei um Mitgliedschaft in der EWG – der damaligen Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft - an. Nach einer durch den Militärputsch von 1960 verursachten Verzögerung wurde zunächst das Assoziationsabkommen 1963 in Ankara unterzeichnet. Dieses Assoziierungsabkommen zwischen der Türkei und der EWG trat am 1. Dezember 1964 in Kraft. Während der Zeit 1980 bis 1986 – also nach dem Militärputsch - wurde das Abkommen eingefroren. Der Präsident der EWG-Kommission Prof. Walter Hallstein hob am 12. September 1963 anlässlich der Unterzeichnung des Assoziationsabkommens mit der Türkei (*Ankara-Übereinkommen*) hervor: «*La Turquie fait partie de l'Europe*» - die Türkei ist Teil Europas.

Seit den frühen sechziger Jahren standen die Beziehungen zwischen der Türkei und den Europäischen Gemeinschaften ganz im Zeichen der gemeinsamen Sicherheit mit Westeuropa. Aufgrund der bipolaren Weltordnung zwischen Ost und West hatte die Türkei die Rolle, als NATO-Mitglied gemeinsam mit den europäischen Verbündeten der sowjetischen Bedrohung entgegenzuwirken.²⁸²

Ziel war es zunächst, mit dem Ankara-Abkommen Westeuropa mit der Türkei politisch und wirtschaftlich enger zu verbinden und eine Zollunion zu schaffen. Seit 1. Januar 1996 ist dieser Schritt erreicht - seit dem Inkrafttreten der letzten Phase des Assoziationsabkommens. Ausgenommen davon sind Agrarprodukte (vgl. Annex I des Vertrags von Amsterdam) und Kohle und Stahlprodukte. Industrieprodukte aus der Türkei, einschließlich entwickelter Agrar- und Kohle- und

²⁸¹ Aus: Russlands Kassen sind prallvoll, in: Die Presse, 18.2.2005, 2.

²⁸² Aus: Sebnem Udum, The Emerging European Security Framework, in: Turkish Studies, Vol. 3, No. 2 (Autumn 2002), 69-103, 75.

Stahlprodukte, profitieren vom paneuropäischen Kumulationssystem für Ursprungsprodukte (*pan-European system of cumulation*).

Am 23. November 1970 erfolgte die Unterzeichnung des Zusatzprotokolls zum Assoziationsabkommen. Die Endphase zur Schaffung einer Zollunion wurde definiert in der Entscheidung 1/95 des Assoziationsrates vom 22. Dezember 1995. Das Präferenzabkommen mit der Türkei über landwirtschaftliche Produkte (Annex I des Amsterdamer Vertrags) basiert auf der Entscheidung Nr. 1/98 des Assoziationsrates vom 25. Februar 1998, das Präferenzabkommen über Kohle und Stahl hat als Grundlage das Übereinkommen vom 25. Juli 1996 und das Protokoll Nr. 1 – ergänzt durch die Entscheidung Nr. 2/99 des gemeinsamen EGKS²⁸³-Türkei-Ausschusses.

Folgende Dokumente sind seitens der EU für die mögliche Aufnahme der Türkei in die EU richtungsweisend:

- Das Assoziationsabkommen zwischen der EWG und der Türkei (1963) und dem Zusatzprotokoll von 1970;
- Die *Kommunikation* der EU-Kommission über eine Europäische Strategie für die Türkei (4. März 1998) auf der Grundlage der Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Luxemburg (12.-13. Dezember 1997). Die Türkei-Strategie, die eine Annäherung der türkischen Gesetzgebung in bestimmten Bereichen an die EU und an den gemeinschaftlichen Besitzstand (*acquis communautaire*) enthielt, wurde beim Europäischen Rat von Cardiff (15.-16. Juni 1998) angenommen (*pre-accession strategy*). Der Rat von Cardiff lud die Türkei ein „to pursue the objective of harmonising Turkey’s legislation and practice with the *acquis*“. Die Türkei reagierte am 17. Juli 1998 mit eigenen Vorschlägen in dem Dokument „*Eine Strategie zur Entwicklung der Beziehungen zwischen der Türkei und der Europäischen Union – türkische Vorschläge*“, das mit dem Text der Europäischen Kommission übereinstimmte. Am 21. Oktober 1998 stellte die Europäische Kommission zwei Entwurfpapiere zur Finanzierung der EU-Strategie zur Türkei vor (EUR 50 Millionen jährlich);

²⁸³ EGKS: Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl.

- Die regelmäßigen Fortschrittsberichte über die Türkei im Hinblick auf einen Beitritt. Der Fortschrittsbericht über den Beitritt der Türkei vom November 1998 wurde auf der Grundlage des Art. 28 des Assoziationsabkommens und der Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Luxemburg 1997 erstellt. Die Methodik gleicht derjenigen der Erstellung der Fortschrittsberichte für die damaligen mittel- und osteuropäischen Beitrittskandidaten (MOEL). Im regelmäßigen Fortschrittsbericht über die Türkei aus dem Jahr 1999 anerkannte die Europäische Kommission erstmals den Status der Türkei als Beitrittskandidat (*applicant*) an. Demnach sollten Verhandlungen mit der Türkei nicht vor der Erreichung der politischen Kriterien Ankaras aufgenommen werden;
- Die Entscheidung des Rates vom 8. März 2001 über die Grundlagen, Prioritäten, sofortigen Ziele und Bedingungen im Hinblick auf die Beitrittspartnerschaft (*Accession Partnership*) mit der Türkei.

Während in den vergangenen vierzig Jahren in der Türkei dreimal die Regierung auf Grund eines Militärputsches gestürzt wurden (1960, 1971, 1980)²⁸⁴, befindet sich die Türkei seit einigen Jahren auf „Europakurs“.²⁸⁵ Nach mehreren Militärputschen gingen die türkischen Regierungen auch repressiv gegen kurdische Bevölkerungsteile vor. Allein in den späten achtziger Jahren und vor allem zu Beginn der neunziger Jahre wurden 3.688 kurdische Dörfer und Siedlungen zerstört. Die Regierungen gestatteten auch ca. 380.000 Menschen die Rückkehr in ihre Gebiete für Jahre nicht. Mittlerweile existiert zwar die Möglichkeit einer Rückkehr, die bisherige staatliche Hilfe hierfür ist nicht ausreichend.²⁸⁶ Ein weiteres Manko der Türkei sind die Mängel bei der Gleichbehandlung nichtmuslimischer Religionsgemeinschaften und im Strafrecht.

²⁸⁴ Das türkische Militär putschte aus eigenen Angaben zum Schutze der laizistischen Verfassung.

²⁸⁵ Giles Merritt, Turkey's Generals may be the real obstacle, Herald Tribune, 18.9.2004.

²⁸⁶ Jan Keetman, Positive Signale an die Türkei, in: Die Presse, 7.9.2004, 8.

Am 14. April 1987 hatte die Türkei die Mitgliedschaft in der EG beantragt, die Europäische Kommission benötigte bis Dezember 1989, um ein Gutachten zu erstellen, was zwei Monate danach vom Europäischen Rat bewilligt wurde. Darin wurden Beitrittsverhandlungen aus mehreren Gründen verweigert. Zudem hieß es seitens der damaligen Zwölferegemeinschaft, dass durch die Annahme der Einheitlichen Europäischen Akte (EEA) die EG große Veränderungen durchmache und es daher unpassend sei, sich zu diesem Zeitpunkt auf Beitrittsverhandlungen einzulassen. Derzeit profitiert die Türkei von der Vorbeitrittsstrategie der EU, in diesem Zusammenhang sollen folgende Maßnahmen realisiert werden:

- Stärkung des politischen Dialogs, vor allem im Hinblick auf den Schutz der Menschenrechte, Einbeziehung der Türkei in Standpunkte der Europäischen Gemeinschaft und Tätigkeiten innerhalb der GASP;
- Koordination aller Quellen der EU-Finanzhilfen im Vorstadium des Beitritts;
- Einbeziehung der Türkei mit dem Ziel der vollen Teilnahme in Programmen und Agenden der Europäischen Gemeinschaften;
- Annahme einer Beitrittspartnerschaft in Verbindung mit dem Programm für die Annahme des gemeinschaftlichen Besitzstandes der EU (*acquis communautaire*);
- Schaffung von Mechanismen – ähnlich zu jenen in den Europaabkommen - im Hinblick auf die Überwachung der Implementierung der Beitrittspartnerschaft; Beginn des Prozesses der Harmonisierung des türkischen Besitzstandes mit dem gemeinschaftlichen Besitzstand – nach einer so genannten *Screening*-Phase.

Der Fortschrittsbericht der Europäischen Kommission aus dem Jahr 2000 betonte, dass die Debatten über die politischen Reformen der Türkei im Hinblick auf den EU-Beitritt begonnen haben. Der Bericht hält jedoch fest, dass die Türkei noch immer nicht die Kopenhagener Kriterien²⁸⁷ aus dem Jahr 1993 erfüllt, die wie folgt lauten:

²⁸⁷ Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Kopenhagen, 21.-22.6.1993,

- Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung von Menschenrechten;
- Funktionsfähige Marktwirtschaft;
- Fähigkeit zur Übernahme aller Verpflichtungen der Marktwirtschaft.

Zudem ist die Türkei in der Implementierung der institutionellen Reform zur Demokratiebildung und zur Schaffung rechtsstaatlicher Strukturen zu langsam. Korruption bleibt nach wie vor ein Hauptproblem der Verwaltung. Zudem sind die Bedingungen für eine praktizierbare freie Marktwirtschaft noch nicht geschaffen worden – so in den Bereichen Bankenwesen, Landwirtschaft und Staatsbetriebe, obwohl große Teile der türkischen Wirtschaft innerhalb der Zollunion mit der EU mittlerweile wettbewerbsfähig sind.

In den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Kopenhagen (Dezember 2002) heißt es: *„Entscheidet der Europäische Rat im Dezember 2004 auf der Grundlage eines Berichtes und einer Empfehlung der Kommission, dass die Türkei die politischen Kriterien von Kopenhagen erfüllt, so wird die Europäische Union die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei ohne Verzug eröffnen“*. Mit dieser Entscheidung eröffneten die EU-Staats- und Regierungschefs der Türkei erstmals eine konkrete Aussicht auf Beitrittsverhandlungen, mehr als vierzig Jahre nachdem diese im Juli 1959 eine Assoziation mit der EWG beantragt hatten.

Die Diskussion um die Zugehörigkeit der Türkei zu Europa bestimmten die tagespolitischen Auseinandersetzungen: Artikel 1 des Vertrags über eine Verfassung für Europa legt in Übereinstimmung mit den Römer Verträgen von 1957 fest: *„Die Union steht allen europäischen Staaten offen, die ihre Werte achten und sich verpflichten, ihnen gemeinsam Geltung zu verschaffen.“* Der Europarat nahm im August 1949 die Türkei als Vollmitglied auf – nur wenige Monate, nachdem der Londoner Vertrag unterzeichnet wurde: *„Was die europäischen Referenzen der Türkei betrifft, ist sie als ein eurasisches Land anzusehen, dessen Kultur und Geschichte eng mit Europa verbunden ist, mit einer starken europäischen Orientierung und einer*

*europäischen Berufung, die seit Jahrzehnten von den Regierungen Europas akzeptiert wird.*²⁸⁸

EU-Erweiterungskommissar Olli Rehn sprach von einer *langen Reise* bis zur Aufnahme der Türkei in die EU. Die Türkei könne demnach keinesfalls vor 2014 der EU beitreten. Ein türkischer Beitritt könnte für die EU *substanzielle finanzielle Folgen* haben. Der Verhandlungsrahmen sieht eine Notbremse vor: Bei „*ernsten und nachhaltigen Verstößen*“ gegen Menschenrechte und die Rechtsstaatlichkeit können die Beitrittsgespräche ausgesetzt werden. Dies kann der Ministerrat entweder auf Vorschlag der Europäischen Kommission oder eines Drittels der EU-Mitgliedstaaten mit qualifizierter Mehrheit beschließen. Qualifizierte Mehrheit heißt gemäß dem Verfassungsvertrag künftig 65 Prozent der Bevölkerung (das sind derzeit 294 von 455 Millionen EU-Bürgern) und 55 Prozent der Mitgliedstaaten, sofern die Mehrheit zumindest 15 Mitgliedstaaten umfasst. In jenen Fällen, in denen der Rat auf eigene Initiative handelt (Bsp. Austritt eines Landes aus der EU), ist eine Mehrheit von 72 Prozent der Ratsmitglieder und 65 Prozent der Bevölkerung notwendig. Für beide Optionen ist eine Sperrminorität von 35 Prozent der Bevölkerung und mindesten vier Staaten vorgesehen, wodurch eine Blockade der drei Schlüsselstaaten Deutschland, Frankreich und Großbritannien ausgeschlossen ist.

Darüber hinaus soll die Möglichkeit langer Übergangsfristen, spezieller Übereinkommen und dauerhafter Schutzklauseln verankert werden. Diese betreffen vor allem die Freizügigkeit von Arbeitnehmern, aber auch Förderungen von ärmeren Regionen und Landwirten. Im Bereich Personenfreizügigkeit sollen die EU-Staaten individuell über die Anwendung restriktiver Bestimmungen entscheiden. Der Verhandlungsrahmen, so Olli Rehn, sei in diesem Fall rigoroser – nicht zuletzt aufgrund der Erfahrungen bei den letzten Erweiterungen 2004 sowie vor allem aus Gründen der gescheiterten EU-Verfassungsreferenden in Frankreich und den Niederlanden. Die EU benötige eine stabile, demokratische und wohlhabende Türkei. Die Bedingungen vor den Beitrittsverhandlungen waren:

²⁸⁸ Die Türkei in Europa: Mehr als ein Versprechen?, Bericht der Unabhängigen Türkei-Kommission, September 2004, S. 49.

- Zustimmung der türkischen Regierung bei der Erweiterung der Zollunion auf die Republik Zypern. Dies geschah zögerlich am 1. August 2005. Zypriotische Handelsschiffe und Flugzeuge dürfen nach wie vor noch nicht in den türkischen Hoheitsraum einfahren bzw. –fliegen.
- Neudefinition der Beziehungen zwischen der Türkei und seiner Nachbarstaaten: Ankara muss im Hinblick auf offene Konflikte mit Griechenland und Armenien an gutnachbarschaftliche Beziehungen arbeiten.
- Umsetzung notwendiger demokratischer und rechtsstaatlicher Reformen.²⁸⁹

Die Diskussion um die Strafrechtsreform

Die EU war nicht gewillt, ein Startsignal für Beitrittsverhandlungen mit der Türkei zu geben, solange das türkische Parlament die versprochene Strafrechtsreform blockiert. Am 18. September 2004 hatte die Regierung in Ankara die Gesetzesvorlage zur Reform des Strafrechts aus dem Parlament zurückgezogen. Der damalige EU-Erweiterungskommissar Günter Verheugen verlangte Aufklärung. Falls das türkische Parlament die Strafrechtsreform nicht bis zum 6. Oktober 2004 unter *Dach und Fach* habe, werde dies, so Verheugen, Auswirkungen auf den Fortschrittsbericht haben. Eine Verschiebung des Fortschrittsberichts schloss Verheugen aus. Der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan hatte zuvor die Forderung der EU, auf die Bestrafung von Ehebruch und weitere religiös motivierte Moralgesetze zu verzichten (dies wurde von einigen Vertretern der türkischen Regierungspartei AKP verlangt), als Einmischung in interne Angelegenheiten zurückgewiesen. Das gesamte Reformpaket, das zahlreiche Anpassungen an westliche Standards umfasst, wurde zu diesem Zeitpunkt auf Eis gelegt. Verheugen betonte, es gehe um die Frage, „*ob die Türkei unsere Standards, unsere Werte erfüllt und nicht, ob wir die Standards der Türkei erfüllen.*“²⁹⁰

Die Strafrechtsreform wurde schließlich am 26. September 2004 im türkischen Parlament angenommen. Am 6. Oktober 2004 legte die

²⁸⁹ Aus: Friederike Leibl, Familienkrieg um Neuzuwachs, in: Die Presse, 30.6.2005. 4.

²⁹⁰ Brüssel stellt Ankara ein Ultimatum, Die Presse, 21.9.2004, S. 8.

Europäische Kommission ihren entscheidenden Bericht über die Beitrittsreife der Türkei vor. Die Staats- und Regierungschefs der EU entschieden am 17. Dezember 2004 auf der Grundlage dieses Berichts einstimmig über eine Aufnahme von Beitrittsverhandlungen: *„Der Europäische Rat fordert die Kommission auf, dem Rat einen Vorschlag für einen Verhandlungsrahmen mit der Türkei zu unterbreiten. Er ersucht den Rat, sich über diesen Rahmen zu verständigen, damit die Verhandlungen am 3. Oktober 2005 aufgenommen werden können.“*

Was den Reformprozess in der Türkei betrifft, legte der Europäische Rat wie folgt fest: *„Um die Unumkehrbarkeit der politischen Reformen und ihre vollständige, tatsächliche und umfassende Durchführung insbesondere im Hinblick auf die Grundfreiheiten und die uneingeschränkte Achtung der Menschenrechte sicherzustellen, wird die Kommission diesen Reformprozess weiterhin aufmerksam verfolgen. Die Kommission wird ersucht, dem Rat regelmäßig Berichte über diesen Prozess vorzulegen.“*

Betreffend den Verhandlungsrahmen können *„... lange Übergangszeiten, spezifische Vereinbarungen oder dauerhafte Schutzklauseln in Erwägung gezogen werden. Die Kommission wird die betreffenden Bestimmungen gegebenenfalls in ihre Vorschläge für die einzelnen Verhandlungsrahmen für Bereiche wie Freizügigkeit, Strukturpolitik und Landwirtschaft aufnehmen (...)“*

Als „Sicherheitsnetz“ wurde folgende Formulierung gewählt: *„Im Falle einer schwerwiegenden und anhaltenden Verletzung der Werte, auf die sich die Union gründet – Freiheit, Demokratie, Wahrung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten sowie Rechtsstaatlichkeit – in einem Bewerberland wird die Kommission von sich aus oder auf Antrag von einem Drittel der Mitgliedstaaten die Aussetzung der Verhandlungen empfehlen und die Bedingungen für eine spätere Wiederaufnahme vorschlagen (...)“*

Beitrittsoption: *„Ist das Bewerberland nicht im Stande, alle mit einer Mitgliedschaft verbundenen Verpflichtungen voll und ganz einzuhalten – wobei allen Kriterien von Kopenhagen Rechnung zu tragen ist –, so muss sichergestellt werden, dass das betreffende*

*Bewerberland durch eine möglichst starke Bindung vollständig in den europäischen Strukturen verankert wird.*²⁹¹

Die Diskussion um die Anerkennung der Republik Zypern

Die Verfassungskrise von 1963 war Anlass für den Beginn bewaffneter Konflikte zwischen der griechischen und der türkischen Volksgruppe auf Zypern. 1964 erfolgte die Stationierung von UN-Friedenstruppen auf der Insel, die völkerrechtliche Grundlage dafür bildete die Resolution des UN-Sicherheitsrates 186 (1964). 1974 putschten einige griechisch-zypriotische bewaffnete Gruppen gegen den Präsidenten Griechisch-Zyperns, Erzbischof Makarios, mit dem Ziel, Zypern mit Griechenland zu vereinen (*Enosis*). Dem folgte der Einmarsch türkischer Truppen in den Norden der Insel. Mitte Februar 1975 schlossen sich die Türkisch-Nordzyprioten zum *Turkish Federated State of Cyprus* (TFSC) zusammen. Am 20. Juni 1976 wurde Rauf Denktasch zum ersten Präsidenten jenes Gebietes gewählt, das sich 1983 zur *Türkischen Republik Nordzypern* (*Turkish Republic of Northern Cyprus* - TRNC) erklärte.²⁹² Denktasch war stets gegen eine Wiedervereinigung der geteilten Insel eingetreten mit dem Argument, die mittlerweile 150.000 türkischen Zyprioten – viele davon Einwanderer aus Anatolien - vor einer Unterdrückung durch die Griechen schützen zu müssen. Zuletzt wurde der nur von der Türkei anerkannte Staatschef im Jahr 2000 in seinem Amt bestätigt, er verlor in den letzten Jahren jedoch immer mehr Anhänger in Zypern und in der Türkei.²⁹³

Die Republik Zypern hatte im Juli 1990 offiziell die Aufnahme in die Europäischen Gemeinschaften beantragt. Die Aufnahme des Inselstaates in die EU erfolgte am 1. Mai 2004. Bei der Diskussion um den Beginn von Beitrittsverhandlungen mit dem Nachbarn Türkei hatte Zypern stets Einwände angemeldet, weil die türkische Regierung bisher eine völlige Ausweitung ihres EU-Assoziationsabkommens auf Zypern blockiert hat. Ankara bremst damit die Normalisierung der Beziehungen mit dem griechischen Teil der Insel und hält Beschränkungen etwa für

²⁹¹ Texte abgedruckt in: Die Presse, 18.12.2004, 5.

²⁹² Aus: Kudret Özersay, *Separate Simultaneous Referenda in Cyprus: Was it a "Fact" or an Illusion?*, S. 381.

²⁹³ Quelle: *Zeitenwende auf Zypern*, in: Die Presse, 16.4.2005, 6.

seinen Luftraum und für seine Häfen für zypriotische Flugzeuge und Handelsschiffe aufrecht. Im April 2004 waren zunächst die Gespräche gescheitert, als die griechischen Zyprioten in einem Referendum zu 75,8 Prozent den UNO-Plan zur Wiedervereinigung abgelehnt hatten. Die Türkisch-Zyprioten stimmten diesem Plan zu 64,9 Prozent zu.²⁹⁴ Zypern sollte demnach als *bikommunaler* Bundesstaat (nicht: Staatenbund) gestaltet werden. Diese neue *Vereinigte Zypriotische Republik* sollte sich aus zwei gleichberechtigten Gebietseinheiten für die griechische und die türkische Volksgruppe zusammensetzen. Wie die Kantone der Schweiz sollten auch die zypriotischen Entitäten ihre eigene Regierung und Verfassung haben, über der jedoch das Grundgesetz des Gesamtstaates steht. Die UNO will die Verhandlungen nur dann wieder aufnehmen, wenn die griechische Seite schriftlich vorlegt, welche Änderungen sie am Plan verlangt. Damals fiel auch die Vorentscheidung für die türkisch-zypriotische Präsidentschaft: Während Tassos Papadopoulos bei dem Referendum die Mehrheit der Griechen hinter sich hatte, stimmten die Türken mit Regierungschef Mehmet Ali Talat für den Plan und somit gegen Rauf Denktasch. Der langjährige Volksgruppenführer der türkischen Zyprioten, Rauf Denktasch (80 Jahre) trat am 17. April 2005 bei den Präsidentenwahlen in der international nicht anerkannten *Türkischen Republik Nordzypern* nicht mehr an. Er wusste, dass er die Wahlen nicht mehr gewinnen würde. Die jungen Türkisch-Zyprioten unterstützen Talat, der eine Wiedervereinigung und somit eine Zukunft Gesamtzyperns in der EU befürwortete. Denktasch sah eine Einigung mit den Griechen noch immer als Verrat an seinem *Staat* an. Unterdessen erklärte der griechisch-zypriotische Präsident Papadopoulos seine Bereitschaft zu einer Wiederaufnahme der Gespräche über die geteilte Inselrepublik. Papadopoulos deutete an, dass ein Kompromiss mit der UNO über die Wiederaufnahme gefunden werden könnte. Einen Zeitpunkt nannte er zu dieser Zeit noch nicht. Der Staat, den Denktasch gegründet hat, hatte nie internationale Anerkennung gefunden. Die Grundlagen für die internationale Nichtanerkennung der *Türkischen Republik Nordzypern* bildeten die beiden Resolutionen des UN-Sicherheitsrats 541 (1983) und 550 (1984).

²⁹⁴ Aus: Kudret Özersay, *Separate Simultaneous Referenda in Cyprus: Was it a "Fact" or an Illusion?*, S. 379.

Völkerrechtlich gesehen ist nun seit 1. Mai 2004 ganz Zypern Mitglied der EU, in dem die Türkei Besatzungstruppen stationiert hält. Zypern fordert von der Türkei die Anerkennung des griechischen Teils der Mittelmeerinsel und den Abzug des 40.000 Soldaten starken türkischen Truppenkontingents vom Nordteil der geteilten Insel. Sollte diese Bedingung bis zum 17. Dezember 2004 nicht erfüllt werden, drohte zunächst Regierungschef Papadopoulos mit einem Nein zum Verhandlungsstart.²⁹⁵

In die Bemühungen um eine Wiedervereinigung des Landes kam im März 2005 wieder Bewegung. Nach dem vorläufigen Einlenken der türkischen Führung in Ankara bei der offenen Frage der Zollunion mit der Republik Zypern signalisierte auch die griechische Regierung Verhandlungsbereitschaft. Es schien, als ob die Türkei zudem die volle diplomatische Anerkennung der Republik Zypern nicht mehr ausschloss. Der türkische Außenminister Abdullah Gül verlangte jedoch zuvor eine „dauerhafte Lösung“ für den türkischen Teil der Insel.²⁹⁶ Die EU und die Türkei hatten sich noch im März 2005 auf den Text eines Zusatzprotokolls geeinigt, das die türkische Regierung unterschreiben musste als Voraussetzung für den Beginn der geplanten Aufnahme von Beitrittsverhandlungen am 3. Oktober 2005. Mit diesem Protokoll sollte die Zollunion zwischen der Türkei und der Europäischen Union auf die zehn neuen EU-Staaten – und damit auch auf die Republik Zypern – ausgedehnt werden. Dieser Schritt kommt jedoch nicht einer völkerrechtlichen Anerkennung der Republik Zypern gleich. Für die griechisch-zypriotische Seite sollte dies „*der erste Schritt zur Normalisierung der Beziehungen zwischen Ankara und Nikosia*“ bedeuten, betonte Zyperns Außenminister, Giorgos Iakovou.²⁹⁷

Am 31. Juli 2005 hatte schließlich die Türkei die Zollunion mit den zehn am 1. Mai 2004 in die EU aufgenommenen Staaten – jedoch ohne Anerkennung Zyperns – unterzeichnet. Eine entsprechende Erklärung fügte die politische Führung in der Türkei dem Protokoll separat bei. In dieser türkischen Zusatzerklärung heißt es: „*Die*

²⁹⁵ Andreas Schnauder, Große Stolpersteine für Türkei und Kroatien, Die Presse, 24.11.2004, S. 8.

²⁹⁶ Aus: Türkei schließt Anerkennung von Zypern nicht aus, in: Die Presse, 30.3.2005, 4.

²⁹⁷ Ebenda.

*Unterzeichnung, Ratifizierung und Umsetzung dieses Protokolls bedeutet auf keine Weise eine Anerkennung Zyperns.*²⁹⁸

Die zypriotische Führung in Nikosia betonte daraufhin, dass Zypern sein Veto gegen die Aufnahme von EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei einlegen werde, sollte Ankara seine Republik nicht als volles und gleichberechtigtes EU-Mitglied anerkennen. Auch Griechenland protestierte gegen das Vorgehen der Türkei. Die französische Regierung forderte von der Türkei die Anerkennung Zyperns. Die Türkei würden die EU-Bedingungen also nicht erfüllen, wenn sie dem EU-Mitglied Zypern ihren Status als Völkerrechtssubjekt der internationalen Staatengemeinschaft verweigern.

Bis kurz vor der Aufnahme des EU-Verhandlungsmandats mit der Türkei am 3. Oktober 2005 gab es vehemente Diskussionen unter den Mitgliedstaaten der EU um deren Bedingungen: Nicht nur die österreichische Forderung nach der Verankerung einer privilegierten Partnerschaft verhinderte zunächst die Einigung, die Verhandlungen mit der Türkei zum geplanten Datum aufzunehmen. Zypern strebte eine Woche zuvor noch an, einen zusätzlichen Passus unterzubringen. Der Passus soll die Türkei verpflichten, in internationalen Institutionen kein Veto gegen ein EU-Land einzulegen. Das könnte bedeuten, dass die Türkei in der NATO ihr bisheriges Veto gegen eine Aufnahme der Republik Zypern aufgeben müsste. Die von der EU am 21. September 2005 verabschiedete Erklärung, die von der türkischen Regierung verlangt, Zypern im Laufe der EU-Beitrittsverhandlungen anzuerkennen, wurde von der Türkei als einseitig kritisiert: „*Wir bedauern die Veröffentlichung dieser Gegenerklärung*“, hieß es im türkischen Außenministerium.²⁹⁹

Die Republik Österreich wurde in den türkischen Medien als Hindernis auf dem Weg in die EU bezeichnet:³⁰⁰ Österreich war beim letzten Außenministertreffen der EU das einzige Mitgliedsland, das die Verankerung einer Beitritts-Alternative im Verhandlungsrahmen offen forderte. Die Europäische Kommission sah dagegen keinen Grund für die Nichtaufnahme von Beitrittsgesprächen: Mit der Unterzeichnung des

²⁹⁸ Ankara tritt Zollunion ohne Anerkennung Zyperns bei, in: Die Presse, 1.8.2005, 3.

²⁹⁹ Aus: Zypern will sich Aufnahme in NATO sichern, in: Die Presse, 23.9.2005, 6.

³⁰⁰ Ebenda.

so genannten Ankara-Protokolls habe die türkische Regierung alle Bedingungen der EU erfüllt. Nach Ansicht der Europäischen Kommission müssen die Vereinten Nationen die Frage der Anerkennung Zyperns klären. Die Europäische Kommission beschloss am 29.6.2005 das Mandat für die Verhandlungen mit der Türkei. Ziel dieser Verhandlungen ist die Aufnahme der Türkei in die EU, der Verhandlungsprozess sei dabei „*ergebnisoffen*“, betonte Erweiterungskommissar Rehn. Eine Aufnahme des Landes könne nicht garantiert werden.³⁰¹

Positionen zur Aufnahme der Türkei in die EU

EU Kommission:

Der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei standen im September 2004 sechs der 30 Kommissare – darunter Franz Fischler, Loyola de Palacio und Frits Bolkestein, der zuletzt vor einer „*Islamisierung Europas*“ gewarnt hatte – kritisch gegenüber.³⁰² Fischler nahm in einem Brief an den Erweiterungskommissar und alle Amtskollegen wie folgt Position: „*Die jährlichen Kosten eines Beitritts wären allein im Agrarsektor größer als für alle neuen Mitgliedstaaten*“.³⁰³ „*Es bleiben Zweifel an der nachhaltigen Demokratisierung und Säkularisierung der Türkei.*“ „*Viele der stärksten Unterstützer eines Türkei-Beitritts sind jene, die diesen vor allem aus Sicht der NATO betrachten – allen voran die USA und Großbritannien. Ob der Türkei-Beitritt das politische Projekt der Union schwächt, ist nicht gerade deren Sorge.*“³⁰⁴ Fischler kritisierte, dass nie eine Alternative - „*ein Plan B*“ – zur Aufnahme der Türkei in die EU erarbeitet wurde. Es ist bei der Türkei nicht ausgeschlossen, dass es zu einem „*fundamentalistischen Backlash*“ komme.

Elmar Brok, Vorsitzender des außenpolitischen Ausschusses des Europäischen Parlaments meinte: Die Regierungschefs sprächen sich im Vieraugengespräch „*mehrheitlich*“ gegen die Aufnahme von

³⁰¹ Quelle: EU beschließt Mandat für Türkei-Verhandlungen, in: Die Presse, 30.6.2005, 32.

³⁰² Andreas Schnauder, Erdogan lenkt bei Ehebruch-Gesetz ein, Die Presse, 24.9.2004, 10, und Wolfgang Böhm, Fischler warnt vor Türkei-Beitritt, Die Presse, 11.9.2004, 10.

³⁰³ Wolfgang Böhm, Fischler warnt vor Türkei-Beitritt, Die Presse, 11.9.2004, S. 10.

³⁰⁴ Ebenda.

Beitrittsverhandlungen mit der Türkei aus, trauten sich aber nicht, diese Position offen zu legen.³⁰⁵ Ein Beitritt der Türkei bringe, so Brok, die „*EU ans Ende*“. Er begründete diese These mit der mangelnden „*Bindekraft der Institutionen*“ in Europa.³⁰⁶ Das Land soll kein vollwertiger Bezieher von Agrar- und Regionalförderungen sein und nicht voll am Binnenmarkt teilnehmen. Brok machte folgenden Vorschlag: Der ganzen Nachbarschaftsregion der EU solle eine Mitgliedschaft in einem aufgewerteten Europäischen Wirtschaftsraum angeboten werden, den Brok „*EWR plus*“ nennt. Neben der Türkei sollten in dieser Institution auch Serbien-Montenegro, Albanien, Bosnien-Herzegowina sowie Länder wie Belarus und Georgien auf die EU vorbereitet werden. Ein späterer Vollbeitritt sei nicht ausgeschlossen.³⁰⁷

Frankreich: Chirac plädierte für den Beitritt der Türkei, Nicolas Sarkozy in seiner damaligen Funktion als Finanzminister (März-November 2004) und die Mehrheit der Regierungspartei UMP dagegen. Frankreichs damaliger Regierungschef Jean-Pierre Raffarin meinte: „*Wollen wir den Fluss des Islam ins Flussbett des Säkularismus lassen?*“³⁰⁸ Sarkozy schlug die Initiative für ein Referendum über einen eventuellen Beitritt der Türkei vor. Dadurch sollte auch das Referendum über die EU-Verfassung von der Türkei-Frage entlastet werden.³⁰⁹ Chirac schloss sich offiziell am 1. Oktober 2004 dieser Initiative an und sprach von einer „*dritten Hypothese*“: Sollte man in drei, vier Jahren feststellen, dass man die Hürden für eine Vollmitgliedschaft nicht annehmen könne, sollte ein Alternativszenario vorliegen. Er reagierte auf den zunehmenden Druck seitens der regierenden konservativen Partei UMP, deren Chef, Nicolas Sarkozy, ebenfalls das Konzept der „*privilegierten Partnerschaft*“ vertritt.³¹⁰ Chirac meinte: Die Weigerung

³⁰⁵ Türkei-Aufnahme bringt „EU ans Ende“, Die Presse, 22.9.2004, S. 4.

³⁰⁶ Ebenda.

³⁰⁷ Ebenda.

³⁰⁸ Andreas Schnauder, Erdogan lenkt bei Ehebruch-Gesetz ein, Die Presse, 24.9.2004, S. 10.

³⁰⁹ Reinhold Smonig, Türkei-Referendum soll EU-Verfassung retten, Die Presse, 29.9.2004, S. 8.

³¹⁰ Andreas Schnauder, Große Stolpersteine für Türkei und Kroatien, Die Presse, 24.11.2004, S. 8.

Ankaras, Zypern anzuerkennen, entspreche „*nicht der Einstellung, die man von einem Beitrittskandidaten der Europäischen Union erwartet.*“ Premier Dominique de Villepin hatte zuletzt deutlich gemacht, dass die Aufnahme von EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei ohne Anerkennung Zyperns durch die türkische Regierung „*nicht vorstellbar*“ sei.³¹¹

Der Vorsitzende des Europäischen Konvents, Valéry Giscard d'Estaing, warnte davor, dass die Türkei in 10-15 Jahren durch ihre Bevölkerungsentwicklung zum mächtigsten Land der EU werden könnte. Experten gehen davon aus, dass die Türkei im Jahr 2015 mit über 82 Millionen ebenso viele Einwohner haben werde wie Deutschland. Somit wird sich die Türkei bis 2025 in einer EU-28 mit 87 Millionen Menschen zum bevölkerungsreichsten Land der EU (15,5% der EU-Bevölkerung, Deutschland dagegen 14,3%) entwickeln. Im Jahr 2050 wird sich die Bevölkerung der Türkei mit 97 Millionen (17,7% der EU-28) stabilisiert haben. Deutschland hat derzeit einen Bevölkerungsanteil in der EU-25 von 18,1%.³¹²

Italien verlangte die Einführung einer neuen Zählweise in der EU. Sie würde die Machtbalance zwischen den großen Mitgliedstaaten auf Kosten Deutschlands neu ordnen. Dies ist insbesondere von Bedeutung, wenn theoretisch nach Ratifizierung der EU-Verfassung das Bevölkerungskriterium mehr Einfluss auf Entscheidungen im EU-Rat haben wird.³¹³ Von den im Jahr 2002 in Deutschland lebenden 82 Millionen Einwohnern sind 7,3 Millionen Ausländer, die über kein Wahlrecht verfügen. Geht es nach dem italienischen Vorschlag, so sollen diese nicht mehr als Einwohner eingerechnet werden.

Alle Regierungen der **neuen EU-Mitgliedstaaten** (75 Millionen Einwohner, 16% der EU-25, 4,6% des EU-BIP) unterstützen den EU-Beitritt der Türkei (1,9% des EU-25-BIP im Jahr 2002). Obwohl die 10 neuen Mitgliedstaaten Gefahr laufen, dadurch auf einen Gutteil der EU-Förderungen verzichten zu müssen, treten sie vor allem aus

³¹¹ Ebenda.

³¹² Kirsty Hughes, Turkey and the European Union: Just another Enlargement? Exploring the Implications of Turkish Accession, A Friends of Europe working paper, June 2004, Executive Summary, i.

³¹³ Italien macht Deutschland Bürger streitig, Die Presse, 28.9.2004, S. 8.

sicherheitspolitischen Gründen für eine Aufnahme ein.³¹⁴ Die Türkei hat eine Stabilisierungsrolle in der Region des Kaukasus und in Zentralasien inne.

In Deutschland hat die damalige Kanzlerkandidatin der CDU/CSU, Angela Merkel, mit ihrem Schreiben an alle konservativen EU-Regierungschefs – dieses Schreiben ging 2005 auch an den damaligen britischen Ratsvorsitzenden Tony Blair sowie an den EU-Kommissionspräsidenten José Manuel Durao Barroso - den Versuch unternommen, die Aufnahme von Verhandlungen mit der Türkei bzw. die Mitgliedschaft der Türkei in der EU zu verhindern. Merkel plädierte dafür, in den Verhandlungsrahmen mit der Türkei ab 3. Oktober 2005 das Ziel einer privilegierten Partnerschaft aufzunehmen. Falls dies nicht passiert, würden im Fall eines Scheiterns der Verhandlungen Alternativen fehlen. Ein EU-Mitglied Türkei wäre politisch, wirtschaftlich und sozial nicht verkraftbar, heißt es in diesem Brief.³¹⁵

Die EU-Bevölkerung und der Beginn der Verhandlungen mit der Türkei

Die Mehrheit der EU-Bevölkerung ist klar gegen eine Vollmitgliedschaft der Türkei. Bei der halbjährlich stattfindenden EU-weiten Eurobarometer-Umfrage der Europäischen Kommission wurde diese Frage zuletzt 2001 gestellt. Damals sprach sich in Österreich, Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland und Luxemburg eine absolute Mehrheit gegen die Aufnahme der Türkei in die EU aus. In Großbritannien, den Niederlanden, Irland, Portugal, Schweden und Spanien war damals die Mehrheit der Bevölkerung dafür.

2005 sprachen sich laut Pressemeldungen an die 80 Prozent der österreichischen Bevölkerung gegen die Aufnahme von Verhandlungen mit der Türkei aus, in Deutschland waren es 74 Prozent, in Luxemburg 72 Prozent und in Frankreich 70 Prozent. Die Bevölkerungen in Griechenland und auf Zypern waren zu dieser Zeit zu 70 Prozent bzw. zu 80 Prozent gegen eine Aufnahme der Türkei in die EU. Als Motive nennen die Gegner die Gefahr einer massiven Immigration sowie die Unvereinbarkeit zwischen dem christlichen Europa und der islamischen

³¹⁴ Brüssel stellt Ankara ein Ultimatum, Die Presse, 21.9.2004, S. 8.

³¹⁵ Quelle: Merkel macht EU-weit gegen die Türkei mobil, in: Wiener Zeitung, 27.8.2005, 1.

Türkei.³¹⁶ Die Regierungen von Griechenland und Zypern plädierten dagegen für eine Aufnahme des eurasischen Landes in die EU und hofften in diesem Zusammenhang, dass während der Beitrittsverhandlungen die Türkei schließlich doch in der Ägäis und in der Frage der Teilung Zyperns Kompromissbereitschaft zeigen. Mit 54 Prozent Ja-Stimmen ist Polen der stärkste Befürworter eines EU-Beitrittes der Türkei, knapp über 50 Prozent befürworteten diesen Schritt in Ungarn. In Großbritannien sprachen sich damals 45 Prozent der Befragten für eine Aufnahme der Türkei in die EU aus, 37 Prozent waren dagegen.³¹⁷ Die absolute Mehrheit der Bevölkerungen ist in folgenden 13 Ländern gegen eine Aufnahme der Türkei in die EU: Belgien, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Italien, die Niederlande, Österreich, die Slowakei, die Tschechische Republik und Zypern. In Lettland spricht sich eine relative Bevölkerungsmehrheit gegen den Beitritt der Türkei in die Union aus. Eine relative Mehrheit dafür bilden die Bevölkerungen Großbritanniens, Irlands, Portugals und Spaniens, eine absolute Bevölkerungsmehrheit befürwortet die Aufnahme der Türkei in Litauen, Polen, Schweden, Slowenien und in Ungarn.³¹⁸ Ca. 75% der türkischen Bevölkerung würde einen EU-Beitritt ihres Landes befürworten, wobei als hauptsächliches Motiv die Erwartung wirtschaftlicher Vorteile angegeben wird.³¹⁹

Bei den Regierungen einiger EU-Mitgliedstaaten stieg der Druck, Alternativen zur Mitgliedschaft zu suchen. Vor allem aus Frankreich, Österreich und abgeschwächt den Niederlanden kam die Forderung nach neuen Optionen, wobei sich das Konzept der deutschen Unionsparteien zur „privilegierten Partnerschaft“ aufdrängt. CDU-Chefin Angela Merkel erhoffte sich dazu Unterstützung von Bundeskanzler Wolfgang Schäuble, der von der Europäischen Volkspartei (EVP) zum Koordinator in der Türkei-Frage bestellt wurde. Die Befürworter einer Vollmitgliedschaft der Türkei in der EU sind zwar auf

³¹⁶ Aus: Volkes Stimme rät zur Vorsicht, in: EU neu, das Magazin zur Erweiterung der EU, 15.12.2005, hrsg. von der österreichischen Tageszeitung *Die Presse*, 8-10, 8.

³¹⁷ Ebenda.

³¹⁸ Quelle: Eurobarometer, abgedruckt in: *Die Presse*, 4.10.2005, EU-Bürger gegen Türkei-Beitritt, 1.

³¹⁹ Ebenda.

Regierungsebenen in der Mehrheit, so galt es als unwahrscheinlich, dass die „*privilegierte Partnerschaft*“ im EU-Gipfelbeschluss enthalten sein wird.

Das Europäische Parlament stimmte mit klarer Mehrheit – 356 zu 181 – der Resolution für den Verhandlungsstart mit der Türkei am 3. Oktober 2005 zu. 125 Abgeordnete enthielten sich der Stimme. Unter den 181 Abgeordneten, die sich dagegen ausgesprochen hatten, befanden sich auch die gesamte österreichische ÖVP-Delegation und sechs der sieben SPÖ-Abgeordneten. Die Entscheidung des Europäischen Parlaments ist zwar nicht bindend, die politische Bedeutung der Abstimmung blieb jedoch unumstritten. Das Europäische Parlament verlangte jedoch, dass die türkische Regierung die Morde an Armeniern während des Ersten Weltkrieges als Genozid anerkennen, bevor die Türkei in die EU aufgenommen wird. Außerdem wurde auf Antrag der EVP die Ratifizierung des *Ankara-Protokolls*, das die Zollunion der Türkei mit der EU auf die zehn neuen EU-Mitgliedstaaten ausweitet, erneut verschoben. Der Grund dafür war die Weigerung der Türkei, die Flug- und Seehäfen für zypriotische Flugzeuge und Schiffe zu öffnen. Solange die Türkei die Umsetzung der Zollunion nicht gewährleiste und Zypern nicht anerkenne, werde das Europäische Parlament das Protokoll nicht verabschieden, betonte der EVP-Vorsitzende Hans-Gert Pöttering. Für Beitrittsgespräche und deren Beginn hat dies jedoch keine rechtlichen Auswirkungen. Das Europäische Parlament forderte von der türkischen Regierung eine „*verpflichtende und zeitnahe Anerkennung Zyperns*.“ Ein Antrag Österreichs zur Verankerung von Alternativen zum Vollbeitritt der Türkei fand keine Mehrheit.³²⁰ In Österreich forderte vor allem die SPÖ die *privilegierte Partnerschaft* mit der Türkei, die ÖVP schloss sich dieser Bedingung an.

Die 25 EU-Außenminister haben nach 22-stündigen Verhandlungen mit der österreichischen Außenministerin Ursula Plassnik (ÖVP), die den Verhandlungsprozess verzögerte, am 3. Oktober 2005 spätnachmittags dem Beginn von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei zugestimmt. Das Ziel des Vollbeitritts der Türkei wird von der

³²⁰ Aus: Franziska Annerl, EU-Parlament sagt ja zur Türkei, in: Die Presse, 29.9.2005, 4; und: Wolfgang Tucek, Ja zu Türkei-Gesprächen, aus: Wiener Zeitung.at, Onlinedienst der Wiener Zeitung, 29.9.2005.

österreichischen Regierung seither nicht mehr in Frage gestellt. Konkrete Alternativen dazu sind in den Verhandlungsrahmen nicht aufgenommen. In diesem Zusammenhang hat sich auch die türkische Regierung durchgesetzt, die sich gegen Alternativen zu einem Beitritt aussprach. Der damalige britische Außenminister Jack Straw übermittelte seinem türkischen Amtskollegen Abdullah Gül einen neuen Text für den Verhandlungsrahmen. Zuvor hatte Außenministerin Ursula Plassnik erklärt, der Beitritt der Türkei stehe als Verhandlungsziel nicht in Frage. Österreich hatte alle seine Vorbehalte aufgegeben. Auch Zypern hatte keine Vorbehalte mehr. Plassnik hatte zwar erklärt, dass sich Österreich von niemandem einschüchtern lasse, zugleich aber eine vorsichtige Kurskorrektur in der österreichischen Position eingeleitet. Sie betonte, dass die Verhandlungen auf der Basis eines Beitritts geführt würden. Zugleich erreichte sie, dass die Aufnahmefähigkeit der EU im Verhandlungsrahmen ein stärkeres Gewicht erhält. Auch die finanziellen Folgen eines möglichen EU-Beitritts der Türkei müssten berücksichtigt werden. Ursprünglich hatte Österreich den Verweis auf einen Beitritt der Türkei als Verhandlungsziel aus dem Rahmentext streichen wollen. Auf Druck ihrer 24 Amtskollegen akzeptierte Außenministerin Ursula Plassnik schließlich aber im Text des Verhandlungsrahmens den Satz: „*Gemeinsames Ziel der Verhandlungen ist die Mitgliedschaft*“. Österreich setzte aber einen Verweis auf den Artikel 49 des EU-Vertrages durch, in dem die Anforderungen an jedes neue Mitglied detailliert aufgelistet sind. Zudem wurde vereinbart, dass die „*Aufnahmefähigkeit*“ der EU ein wichtiges Kriterium für jede neue Erweiterung sei. Österreichs Bundeskanzler Wolfgang Schüssel betonte, dass vor einer Aufnahme der Türkei in die EU noch das Parlament und die österreichische Bevölkerung zustimmen müsse. Trotz des Konflikts um die diplomatische Anerkennung durch die türkische Regierung sieht jene Zyperns in der Aufnahme der Türkei die einzige Chance, den Konflikt auf der geteilten Insel zu beenden.

Am 4. Oktober 2005 mitternachts (in Großbritannien war noch der 3. Oktober) läuteten die Außenminister der EU und der Türkei in Luxemburg formell die Beitrittsverhandlungen ein. „*Wir haben die Frist 3. Oktober eingehalten, weil ich zu sprechen begonnen habe, bevor es Mitternacht im Vereinten Königreich war*“, so Großbritanniens Außenminister Straw. Sein türkischer Amtskollege Abdullah Gül sprach

von einem „*wichtigen Wendepunkt*“. Danach begann auch die offizielle Eröffnung der Beitrittsgespräche mit Kroatien. Stunden zuvor hatte die Chefanklägerin der Vereinten Nationen (UNO), Carla del Ponte, Kroatien volle Kooperation mit dem UNO-Tribunal bescheinigt und damit die letzte Hürde für den Start der Gespräche ausgeräumt. Berichte über ein Junktim zwischen der Türkei und Kroatien, für dessen EU-Beitritt Österreich sich stark gemacht hat, wies Plassnik zurück. Diplomaten sagten aber, die Entscheidung zur Verhandlungsaufnahme mit Zagreb habe das Einlenken Österreichs begünstigt. Ursprünglich hatte die EU die Verhandlungen mit Kroatien bereits am 17. März 2005 aufnehmen wollen. Del Ponte hatte Zagreb bisher aber vorgeworfen, bei der Fahndung nach gesuchten mutmaßlichen Kriegsverbrechern nicht hinreichend mit ihr zusammenzuarbeiten. Dabei ging es vor allem um die Auslieferung des gesuchten Ex-Generals Ante Gotovina.

Drei Tage nach dem offiziellen Start der Beitrittsverhandlungen – dieser war nicht viel mehr als ein Händeschütteln der Repräsentanten weit nach Mitternacht - hatte sich der Konflikt zwischen der EU und der Türkei um die Anerkennung Zyperns wieder verschärft. Premier Recep Tayyip Erdogan erklärte, er sehe für die Ratifizierung des Protokolls zur Ausdehnung der Zollunion auf die neuen EU-Mitgliedstaaten (einschließlich Zyperns) „*keinen Grund zur Eile*“. Zuvor müsse demnach die EU ihre Versprechen erfüllen: Das von Erdogan geforderte Ende des Handelsembargos gegen die nur von Ankara anerkannte Republik Nordzypern und die Auszahlung der von der EU zugesagten Finanzhilfen für den türkischen Teil Zyperns. EU-Erweiterungskommissar Olli Rehn hatte dagegen die türkische Regierung aufgefordert, das Ankara-Protokoll *unverzüglich* zu ratifizieren.³²¹

Die Verhandlungen mit der Türkei sind in 35 Kapiteln – von den Menschenrechten bis zum Umweltschutz, vom Arbeitsrecht über das Transport- und Verkehrsrecht bis zur Landwirtschaft – gegliedert, wobei es vor jedem Abschluss ein einstimmiges Votum aller EU-Mitgliedstaaten erfolgen muss. Die Verhandlungen – sie werden langwierig und schwierig sein – könnten bis zu 30 Jahre dauern. Nach

³²¹ Aus: Türkei stellt Bedingungen – “Eine Provokation für die EU”, in: Die Presse, 8.10.2005, 5.

den Verhandlungen müssen - aufgrund rechtlicher Bestimmungen (z.B. in Dänemark, Frankreich, Irland, und der Tschechischen Republik) und auch politischer Intentionen (z.B. Österreich) - in manchen Mitgliedstaaten noch Referenden durchgeführt werden. Bis dahin hat die Türkei Zeit, die Bevölkerungen der EU-Staaten von der Notwendigkeit ihrer Aufnahme in die EU zu überzeugen. Im Fall der Türkei wurde mit den eher unproblematischen Bereichen Forschung und Wissenschaft gefolgt von Bildung und Kultur begonnen. Am 20.10.2005 begann das *Screening*, der Abgleich der Gesetze der Türkei und Kroatiens mit dem rund 80.000 Seiten umfassenden Regelwerk der EU (*acquis communautaire*).

Auswirkungen einer Mitgliedschaft der Türkei auf die EU

Die möglichen Einwanderungsströme aus der Türkei werden von neueren Studien relativ niedrig angesetzt. Abgesehen davon, dass es bei einem Beitritt der Türkei nach dem Vorbild der Osterweiterung Übergangsfristen bei der Personenfreiheit geben dürfte. In einer Studie des Brüsseler Think-Tanks „*Friends of Europe*“ wird ein langfristiges Einwanderungspotenzial von 2,9 Millionen Personen errechnet. Die Anzahl der türkischen Einwanderer würde demnach nur 0,5% der EU-Bevölkerung von geschätzten 570 Millionen im Jahr 2025 ausmachen. Laut Studienautorin Kirsty Hughes wird sich die Migration auf über mehr als zehn Jahre verteilen, wobei pro Jahr mit rund 225.000 Einwanderern zu rechnen wäre.³²² Eine niederländische Untersuchung kommt auf eine wahrscheinliche Zuwanderung von insgesamt 2,7 Millionen Türken.³²³ Im Vergleich dazu: allein durch die EU-Erweiterung nach Mitteleuropa kamen an die 600.000 Immigranten nach Großbritannien. Deutschland verzeichnete den größten Ansturm an Arbeitsimmigranten, vor allem aus Polen (321.800). Für 200.000 Immigranten war Irland das Ziel. Den größten demografischen Verlust bei den neuen EU-Mitgliedern hatte Litauen zu verzeichnen, 100.000 Menschen bzw. 3 Prozent der Bevölkerung wanderten nach Westeuropa

³²² Kirsty Hughes, Turkey and the European Union: Just another Enlargement? Exploring the Implications of Turkish Accession, A Friends of Europe working paper, June 2004, Executive Summary, ii.

³²³ Andreas Schnauder, Neue „Türkenbelagerung“ unwahrscheinlich, Die Presse, 21.9.2004, S. 8.

aus. Die Bevölkerung Lettlands ging um 50.000 Menschen (2 Prozent der Bevölkerung) zurück.³²⁴

Den höchsten Anteil von Türken unter der ausländischen Bevölkerung im Land hat derzeit mit 27,4 Prozent Deutschland, gefolgt von Österreich mit 17,7 Prozent, den Niederlanden mit 15,1 Prozent, Dänemark mit 13,6 Prozent, Belgien mit 6,5 Prozent und Frankreich mit 6,4 Prozent. In Österreich leben nach einer OECD-Studie 134.500 Türken (eingebürgerte Einwanderer nicht mitgerechnet), in den Niederlanden 100.800, in Frankreich 208.000, in Dänemark 35.200, in Belgien 56.200 und in Großbritannien sind es vergleichsweise 58.000 (2,2%)³²⁵.

Laut Hughes wird die Zuwanderung von Türken die EU *ökonomisch beflügeln*: Die EU kann auf günstigere Arbeitskräfte zugreifen und wird somit international wettbewerbsfähiger. Zudem ist mit einem Transfer junger, gut ausgebildeter Menschen zu rechnen („*brain drain*“). Die Zuwanderung werde die Alterung der EU-Bevölkerung und deren negative Auswirkungen auf die Sozialsysteme und den Arbeitsmarkt der EU-Staaten dämpfen.

Das Einkommensgefälle innerhalb der EU würde mit einem Beitritt der Türkei massiv zunehmen. Ein Vergleich: Die in diesem Bereich weit hinter den 15 *alten* Mitgliedstaaten zurückliegenden zehn neuen EU-Mitgliedstaaten sind fast zweieinhalb Mal so wohlhabend wie die Türkei. Das Prokopfeinkommen der Türkei beträgt lediglich 27 Prozent des EU-25-Durchschnitts.³²⁶

Das niederländische *Bureau for Economic Policy Analysis* kommt auf einen positiven Wohlfahrtseffekt für die *alten* EU-15 von 8,5 Milliarden Euro, der vor allem auf einen Anstieg der Exporte in das Land zurückzuführen wäre. Bereits jetzt ist die Türkei sechstgrößter Abnehmer europäischer Waren.³²⁷ Weit stärker würde die Türkei von der Teilnahme am Binnenmarkt profitieren, wobei auch hier die

³²⁴ Zahlen aus: Public's fears obscure migration's impact, in: Financial Times, 29.8.2006, 4.

³²⁵ Kirsty Hughes, 2004, S. 17.

³²⁶ Kirsty Hughes, Turkey and the European Union: Just another Enlargement? Exploring the Implications of Turkish Accession, A Friends of Europe working paper, June 2004, Executive Summary, i

³²⁷ Andreas Schnauder, 21.9.2004, S. 8.

Ausfuhren mit einem kumulierten Plus von 8,1 Prozent an erster Stelle stehen. Unter dem Strich hielt sich der Wohlfahrtseffekt für die Türkei mit einem Plus von 0,8 Prozent des BSP in Grenzen.³²⁸

Der damalige Landwirtschaftskommissar Franz Fischler errechnete, dass die Agrarsubventionen für die Türkei pro Jahr 11,3 Milliarden Euro betragen könnten, mehr als für alle zehn am 1.5.2004 neu aufgenommenen Mitgliedsländer zusammen.³²⁹ Somit wäre die Agrarsubventionspolitik der EU unter den derzeitigen Bedingungen unfinanzierbar.

Wird die EU-Verfassung mit ihrer stärkeren Berücksichtigung der Bevölkerungsstärke bei gemeinsamen Entscheidungen durchgesetzt, wäre Ankaras Einfluss in der EU laut Giscard d'Estaing „*weit größer*“ als nach dem derzeitigen System.³³⁰ Es könnte mit Hilfe weniger anderer Länder jede EU-Entscheidung blockieren. Laut Verfassung reichten 35 Prozent der Bevölkerung oder 14 Mitgliedstaaten aus, die EU in wichtigen Fragen zu blockieren. Dies ist v.a. bei finanziellen Fragen von Bedeutung. Die Türkei würde die Gruppe der Nettoempfänger stärken. Da diese Gruppe eindeutig über 35 Prozent der Bevölkerung verfügen würde, könnten diese Länder ab 2015 gemeinsam jede Entscheidung des Rats der Europäischen Union verhindern. Allerdings werden auch die Nettozahler weiterhin über diese Sperrminorität verfügen. Diese Pattstellung macht gemeinsame Entscheidungen gerade in finanziellen Angelegenheiten schwierig.

Im System der doppelten Mehrheit (erfordert das Votum von 55 Prozent der Mitglieder, die gleichzeitig 65 Prozent der EU-Bevölkerung repräsentieren müssen) besitzen in einer EU-28 sowohl die Türkei als auch Deutschland je 14,5 Prozent der Stimmen. So sind jedoch beide nicht imstande, zusammen Vorschläge abzulehnen. Beide können aber Vorschläge ablehnen, wenn sich ein drittes großes Land beteiligt. Die größten fünf Länder in der EU-28 (beinhaltend auch Bulgarien, Rumänien, Türkei, ohne Kroatien) werden insgesamt 60,3 Prozent der Bevölkerungsstimmen beinhalten. Das sind nur 3,4 Prozent mehr als die

³²⁸ Ebenda.

³²⁹ Wolfgang Böhm, Machtfaktor Türkei und das vergessene vierte Beitritts-Kriterium, Die Presse, 25.9.2004, 2.

³³⁰ Ebenda.

Bevölkerungsstimmen der *Großen 4* in der EU-25 (56,9 Prozent).³³¹ Im Europäischen Parlament hätten die Türkei und Deutschland in der EU-28 je 82 Sitze – je 11,2 Prozent der Gesamtanzahl der Parlamentssitze. Frankreich, Italien und Großbritannien hätten je 64 Sitze und 8,7 Prozent der Stimmen. Spanien und Polen je 44 Sitze und 6 Prozent der Stimmen.

Gerade in Paris wächst die Angst vor einem mächtigen Widerpart, der die bisherige Vormachtstellung der deutsch-französischen Achse in Frage stellt. In der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) würde ein EU-Beitritt der Türkei französische Träume von einer Selbständigkeit der ESVP schwinden lassen (NATO-Land Türkei unter amerikanischem Einfluss). Bereits die letzte Erweiterungsrunde der EU hat den engen Bündnispartnern der USA in Europa mehr Gewicht gegeben.

Der Bau der Erdölleitung Baku-Tbilissi-Ceyhan unterstreicht die Schlüsselrolle der Türkei als Energietransitland. Im September 2002 legten die damaligen Präsidenten der Türkei, Aserbaidschans und Georgiens – Sezer, Alijew und Schewardnadse – den Grundstein für den Bau dieser Pipeline, die bis zum türkischen Mittelmeerhafen Ceyhan reicht. Es ist die erste große Pipeline der Region, die den Westen mit Erdöl versorgt, ohne durch arabische Staaten, über iranisches Territorium oder russisches Staatsgebiet zu führen. Dem Konsortium gehören unter anderem die britische *BP*, die amerikanische *UNOCAL*, die französische *TotalFinaElf* und die italienische *ENI* an. Die Kosten für die 1.730 km lange Röhre, die über zahlreiche und bis zu 2.300 Meter hohe Gebirgspässe gezogen ist, werden mit 3 Mrd. US-Dollar beziffert. Sie wird bei ihrer maximalen Auslastung im Jahr 2010 eine Million Barrel pro Tag transportieren, was bei der Förderung von 2002 etwa vier Prozent des Weltverbrauchs entspricht.³³² Die Türkei hat eine einzigartige geopolitische Lage an der Schnittstelle von Balkan, Mittlerem Osten, Südkaukasus, Zentralasien und darüber hinaus einen großen (sicherheits)politischen, wirtschaftlichen und militärischen Einfluss.

³³¹ Kirsty Hughes, Turkey and the European Union: Just another Enlargement?

Exploring the Implications of Turkish Accession, A Friends of Europe working paper, June 2004, Executive Summary, ii.

³³² Jan Keetman, USA setzen sich im brisanten Machtkampf ums kaspische Öl durch, in: Die Presse, 21.9.2002, 6.

Die Kosten der Mitgliedschaft

Eine Mitgliedschaft der Türkei in der EU würde dem Gemeinschaftshaushalt „*signifikante, aber verkraftbare*“ finanzielle Lasten auferlegen.³³³ Zu diesem Schluss kommt der Brüsseler Think Tank *Centre for European Policy Studies* (CEPS) in der Studie „*Türkei und das EU-Budget*“. Das CEPS setzt die Kosten dieses Erweiterungsschrittes höher an als vergleichbare Analysen. Mit etwa 20 Milliarden Euro an jährlichem EU-Nettotransfers nach Ankara liegt die Schätzung der Autoren, unter ihnen der frühere türkische Wirtschaftsminister Kemal Dervis.³³⁴

Das Münchner Osteuropainstitut kam zu Beginn 2004 auf einen jährlichen Nettotransfer von 14 Milliarden Euro pro Jahr nach einer vollen Integration. Allein, so das CEPS, bei den Agrarausgaben gäbe es z.B. ein deutliches Potenzial nach unten, weil der Druck auf die Union zur Abschaffung von Subventionen und Zöllen seitens der WTO ständig steige. Zudem wird der Agrarbereich nicht mehr diese dominierende Rolle im EU-Haushalt innehaben, die Schwerpunktverschiebung erfolgt hier vor allem auf den Bereich Forschung und Entwicklung.

Bei den errechneten Transfers an die Türkei von 0,20 Prozent des EU-BIP schlägt die Landwirtschaft mit 0,08 Prozent zu Buche. Andere Schätzungen gehen wegen der Reform im Agrarbereich von einer Halbierung des Betrages aus. So dürfte auch der hohe Anteil an beschäftigten in diesem Sektor von derzeit 32,7 Prozent nach einem EU-Beitritt der Türkei mittelfristig massiv sinken. Weit stärker schlagen sich laut CEPS die Regionalförderungen im strukturschwachen Land nieder, die mit 0,16 Prozent des EU-BIP doppelt so viel kosten werden wie die Subventionen an die Bauern. Grund dafür ist das niedrige türkische Pro-Kopf-Einkommen, das nur knapp über einem Viertel des Durchschnitts der 25 Mitglieder liegt.

Für die Regionalhilfen gibt es derzeit eine klare Deckelung: So dürfen die Zahlungen aus dem EU-Budget nicht mehr als 4 Prozent des BIP der Türkei ausmachen. Bringt man von den Überweisungen nach

³³³ Andreas Schnauder, Türkei-Beitritt finanziell „*verkraftbar*“, *Die Presse*, 28.9.2004, 8.

³³⁴ Ebenda.

Ankara den Mitgliedsbeitrag der Türkei in Abzug, kommt man unter dem Strich auf einen Nettotransfer von 0,20 Prozent des EU-BIP. Das entspricht etwa dem, was die 10 neuen EU-Staaten gemeinsam an Überweisungen erhalten. Die türkische Wirtschaft kann von der Größe her mit der polnischen verglichen werden.³³⁵

Mit dem Beitritt von zehn neuen Mitgliedern im Mai 2004 sind die Bevölkerungszahl und die geografische Fläche der EU um ca. 20 Prozent angestiegen, der Gesamtdurchschnitt des BIP ist jedoch um 13% gesunken. Von den insgesamt 75 Millionen Einwohnern aus den neuen Mitgliedstaaten leben mehr als 67 Millionen in Gebieten, deren BIP weniger als 75 Prozent des Durchschnitts der erweiterten Union betragen. Die Kohäsionspolitik hat sich Richtung Mittel- und Osteuropa verlagert. Zwischen 2007 und 2013 sind Finanzmittel für die Kohäsionspolitik in der Höhe von 336,2 Milliarden Euro (0,41 Prozent des EU-BIP) vorgesehen.³³⁶ 2003 leisteten vier Länder zusammen mehr als zwei Drittel der Haushaltseinnahmen:

- Deutschland: 23,0 Prozent
- Frankreich: 18,1 Prozent
- Italien: 14,1 Prozent
- Großbritannien: 11,9 Prozent³³⁷

Schlussfolgerungen

Am 9. November 2005 veröffentlichte die Europäische Kommission einen kritischen Fortschrittsbericht für die Türkei. Darin werden der türkischen Regierung zahlreiche Mängel, vor allem beim Schutz der Menschenrechte vorgehalten. Die Türkei wird sich fragen müssen, wie lange sie ihren Kurden Autonomierechte vorenthalten kann, die sie im Nachbarland Irak genießen. Die Türkei anerkennt weder ethnische Minderheiten wie die zwölf Millionen Kurden noch religiöse Minderheiten wie die 20 Millionen Aleviten. Obwohl die Türkei sich als laizistischer Staat versteht, hat sich de facto der sunnitische Islam als Mehrheitsbekenntnis durchgesetzt. Zudem leugnet die türkische

³³⁵ Ebenda.

³³⁶ Aus: Wirtschaftskammer Österreich, Die finanzielle Zukunft der EU 2007-2013, in: EU-Aktuell, Nr. 05/2004, September 2004, 2.

³³⁷ Ebenda.

Regierung den von den Osmanen 1915 unter der Leitung von Kriegsminister Enver Pascha an 1,5 Millionen Armeniern begangenen Genozid. Todesmärsche und Kreuzigungen in Moscheehöfen standen damals an der Tagesordnung.

Gemäß dem Fortschrittbericht der Europäischen Kommission erfüllt die Türkei zwar die politischen Kriterien für einen Beitritt *zufriedenstellend*, allerdings müssen binnen zweier Jahre fünf grundlegende Reformen umgesetzt werden.

- Nulltoleranz gegen Folter und Misshandlungen;
- Gewährleistung der Meinungs- und Pressefreiheit;
- Beseitigung von Hindernissen für Nicht-Muslime, deren Rechte nicht gewährleistet sind. Christen sind in der Türkei rechtlos und der Willkür der Behörden ausgeliefert.
- Gleichberechtigung für Frauen – Gewalt gegen Türkinnen bietet Anlass zur Sorge.
- Anerkennung vollständiger Gewerkschaftsrechte.

Seit 16. Dezember 2005 musste sich der türkische Schriftsteller und Träger des Friedenspreises des deutschen Buchhandels (seit Oktober 2005) Orhan Pamuk in Istanbul vor Gericht wegen folgender Aussage in einem Interview mit dem Schweizer *Tagesanzeiger* vom Februar 2005 verantworten: „*Man hat 30.000 Kurden umgebracht. Und eine Million Armenier. Und fast niemand traut sich das zu erwähnen.*“ Gemäß § 301 des seit April 2005 gültigen neuen Strafgesetzbuches drohen bei *öffentlicher Verunglimpfung des Türkentums* bis zu drei Jahre Haft. Nach heftigen Protestes der EU wurde am 22. Januar 2006 der Prozess schließlich eingestellt. Die wirtschaftliche und politische Situation veranlasst viele Türken, ihr Land zu verlassen. Allein nach Österreich kamen in den Jahren 2002-2005 allein 9.000 Asylanträge aus der Türkei.³³⁸ Österreich hat in den letzten Jahren 80.000 Türken eingebürgert.³³⁹

Insgesamt wurden 150 Bereiche genannt, die die Türkei bis 2007 dem EU-Recht entsprechend umgesetzt haben muss. Ökonomisch erfüllt

³³⁸ So der österreichische Nationalratspräsident Andreas Khol während der ORF-Diskussionssendung „*Offen gesagt*“, 9.10.2005, 23:07 Uhr.

³³⁹ Aus: Volkes Stimme rät zur Vorsicht, 15.12.2005, 8-10, 10.

die Türkei laut Europäischer Kommission erstmals die Bedingungen, um als funktionierende Marktwirtschaft eingestuft zu werden. Sicherheitspolitisch ist die Türkei gemeinsam mit Nordamerika und den Großteil der Staaten Europas als vollwertiges Mitglied seit 1952 in die NATO eingebunden. Aus sicherheitspolitischer Sicht bleibt die Türkei eigens kein Gewinn für die Union, da dieses Land seit 1952 Mitglied der NATO ist. An der ESVP nimmt die Türkei (500.000 Soldaten in den Streitkräften) bereits als Nicht-EU-Mitglied im Rahmen von *Berlin Plus* teil. Was den Europäern an moderner Ausrüstung und strategischen Kapazitäten im Vergleich zu den USA fehlt – Präzisionswaffen, Aufklärungs- und Führungssysteme, Fähigkeiten zur vernetzten Kriegführung, strategische Transportkapazitäten – kann die Türkei ebenfalls nicht beisteuern.

In den Regionen des Balkans, des Kaukasus, Zentralasiens, des Mittelmeerraumes und des erweiterten Mittleren Ostens ist die Türkei historisch, kulturell und wirtschaftlich eng verbunden.

Die EU und der Iran

Die Europäische Union ist der wichtigste Handelspartner des Iran – sowohl bei den Importen als auch bei den Exporten. 80 Prozent der Importe aus dem Iran fallen auf Erdölprodukte.³⁴⁰

Nach der Wahl des Hardliners Mahmud Ahmadinejad zum neuen iranischen Präsidenten am 26. Juni 2005 ist die Gefahr einer Konfrontation mit dem Westen gewachsen. Ahmadinejad betonte: „*Der Iran ist auf dem Weg des Fortschritts und der Entwicklung. Er braucht die USA nicht*“.³⁴¹ Der neue Präsident kündigte auch tiefgreifende Änderungen im Management der staatlichen Ölindustrie an, dazu gehöre auch die erneute Überprüfung aller Ölförder- und Exportverträge zur Eindämmung „*mächtiger Mafias*“, die seiner Ansicht nach die Ölreserven monopolisieren wollen.³⁴²

Der neue charismatische Präsident teilt sich seine relativ geringe Macht mit dem geistlichen Führer Ayatollah Ali Khamenei, der als

³⁴⁰ Aus: The EU's relations with Iran, Overview, Latest update: 14 January 2004, http://www.europa.eu.int/comm/external_relations/iran/intro/

³⁴¹ Aus: Iran auf Kollisionskurs mit dem Westen, in: Die Presse, 27.6.2005, 1.

³⁴² Ebenda.

höchste Instanz im Staat (vom *Expertenrat* bestimmt, lebenslange Amtszeit) nicht nur die politischen Leitlinien im Iran bestimmt und den Präsidenten bestätigt, sondern auch der Oberbefehlshaber der iranischen Streitkräfte und paramilitärischen Einheiten ist. Im Westen waren bereits unmittelbar nach Bekanntgabe der iranischen Wahlergebnisse Ängste laut geworden, Irans neuer *Rächer der Entrechteten* könnte sich als eine Art *nicht lenkbarer Atomsprenkopf* erweisen.

Nachdem Inspektoren der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) im Jahr 2003 geheime Uran-Anreicherungsanlagen im Iran entdeckt und sie als Verstoß gegen den Nichtverbreitungs- bzw. Nonproliferationsvertrag von Atomwaffen³⁴³ gewertet hat, führte der darauf eingesetzte politische und militärische Druck vor allem seitens der USA zu Verhandlungen der EU-3 (Deutschland, Frankreich, Großbritannien) und im November 2004 zum so genannten *Pariser Abkommen*. Fast ein Jahr zuvor, am 18. Dezember 2003, hatte der Iran das Zusatzprotokoll zum Atomwaffensperrvertrag unterzeichnet. Das Dokument gestattet Inspektoren der IAEA, verdächtige Nuklearanlagen eines Unterzeichnerlandes unangemeldet und eingehend zu überprüfen.

Die EU versuchte mehrmals, ein Paket mit wirtschaftlichen und politischen Vorteilen für den Iran zu schnüren, um die iranische Regierung zum Ausstieg aus der Atomkraft zu bewegen. Der Iran hatte im *Pariser Abkommen* mit Deutschland, Frankreich und Großbritannien (EU-3) zugesagt, sein Atomprogramm auszusetzen. Im Pariser Abkommen hat die iranische Regierung „*entschieden, freiwillig seine Aussetzung aller Aktivitäten zur (Uran-)Anreicherung und Wiederaufbereitung (...) sowie zu Tests und Produktion in jeglicher*

³⁴³ 188 Staaten haben seit 1970 den Nonproliferationsvertrag bzw. Atomwaffensperrvertrag unterzeichnet, darunter die offiziellen Atommächte USA, Russland, China, Großbritannien und Frankreich. Drei Staaten haben diesen Vertrag nicht unterzeichnet, obwohl sie Nuklearwaffen besitzen: Indien, Pakistan und Israel. Ein Staat, Nordkorea, hat den Vertrag unterzeichnet, sich aber aus dem Vertrag wieder zurückgezogen und erklärt, Atomwaffen zu besitzen. Nach UN-Schätzungen existieren 30.000 Kernwaffen, davon 7.100 (einsatzbereit) und 3.000-5.000 (gelagert) in den USA, je 8.000 (einsatzbereit und gelagert) in Russland, 402 in China, 348 in Frankreich und 185 in Großbritannien. Israel soll bis zu 200 einsatzbereite Kernwaffen haben, Indien und Pakistan je 40. Nordkorea hat nach amerikanischen Schätzungen das Material für bis zu acht Nuklearwaffen. Quelle: Burkhard Bischof, Atomkrieg: Akutes Horrorszenario, in: Die Presse, 4.5.2005, 8.

*Uran-Konversionsanlage fortzuführen. (...) Die EU-3 erkennen an, dass die Aussetzung eine freiwillige vertrauensbildende Maßnahme ist, keine juristische Verpflichtung.*³⁴⁴ Da also keine juristische Verpflichtung besteht, ist dieses Abkommen als *Gentlemen's Agreement* zu betrachten. Der Iran wird seitens der USA beschuldigt, technische Möglichkeiten zu suchen, um seine Raketen mit Atomsprengköpfen bestücken zu können. Nach einem Bericht des Vizevorsitzenden der Internationalen Atomenergiebehörde, Pierre Goldschmidt, baut der Iran an einem Schwerwasser-Reaktor, der zur Erzeugung von waffenfähigem Plutonium herangezogen werden kann. Zudem, so Goldschmidt, habe der Iran *Qualitätskontrollen* an Uran-Zentrifugen durchgeführt – damit wird hochradioaktives und waffenfähiges Uran-235 aus Uran-238 hergestellt. Im Februar 2005 hatte der Iran die Inspektion eines Komplexes im Forschungszentrum Parchin nahe Teheran abgelehnt. Dort werden unter anderem Munition und Raketen hergestellt, dieses Forschungszentrum ist keine deklarierte Atomanlage. Die USA vermuten hier *Trockentests* zum Bau einer Atombombe. In einer solchen werden Stücke von Plutonium oder Uran-235 durch Sprengsätze aufeinander geschossen, wodurch eine kritische Masse entsteht und die atomare Kettenreaktion einsetzt. Die Zündung der Sprengsätze muss extrem präzise erfolgen und ist somit äußerst schwierig. Für Simulationen wird jedoch nicht Uran-235 verwendet, sondern *abgereichertes Uran*, ein schwach radioaktives Nebenprodukt der Urananreicherung.

Der Iran verweigert der IAEA die „*Transparenz und Zusammenarbeit*“, die diese für ihre Arbeit benötigen, betonte der amerikanische Delegierte bei der IAEA-Gouverneurstagung in Wien, Jackie Sanders. Die EU äußerte sich ebenfalls, dass der Iran sein Versprechen auf der Grundlage des Pariser Abkommens gebrochen habe.³⁴⁵ US-Präsident George W. Bush schloss Mitte Januar 2005 einen Militärschlag gegen den Iran nicht aus, falls der diplomatische Weg zur Offenlegung des iranischen Atomprogramms nicht zum Erfolg führen würde. In einem Interview mit dem US-Sender NBC sagte Bush, er

³⁴⁴ Abgedruckt in: Die Presse, 3.8.2005, 1.

³⁴⁵ Iran bricht Versprechen an EU: Nuklearprogramm geht weiter, in: Die Presse, 3.3.2005, 7.

hoffe auf eine diplomatische Lösung des Atomstreits mit dem Iran, schlieÙe jedoch niemals irgendeine andere Option aus. Zum Schutz seiner Landsleute würde Bush in letzter Konsequenz erneut militärische Macht einsetzen. Während die USA interessiert sind, den Fall Iran so schnell wie möglich vor den UNO-Sicherheitsrat zu bringen, setzte die EU vorerst auf Verhandlungen. Die EU bietet als Gegenleistung – falls der Iran die Urananreicherung beendet – Handelserleichterungen an sowie die Unterstützung des Iran bei der Aufnahme in die Welthandelsorganisation (WTO) und auch Hilfe bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie.

Am 1. August 2005 kündigte die neue iranische Führung an, ihr Nuklearprogramm wieder aufzunehmen. Dazu wurde die Uran-Konversionsfabrik in Isfahan gestartet. In einem Brief an die IAEA stellt der Iran klar, dass sich die Regierung in Teheran entschieden habe, „*die Uran-Konversion in Isfahan am 1. August 2005 fortzusetzen. Iran wird die freiwillige Aussetzung Anreicherungs-bezogener Tätigkeiten einhalten.*“³⁴⁶ Der Iran bat die IAEA um Entsendung von Inspektoren für die Überwachung des Konversionsprozesses. Die Konversionen³⁴⁷ bzw. Anreicherungen³⁴⁸ unter Aufsicht der IAEA verstoßen nicht gegen den Atomwaffensperrvertrag vom 1. Juli 1968 (Nonproliferationsvertrag – NPT, er trat am 5. März 1970 in Kraft; Vertragspartner unterwerfen sich der Kontrolle durch die 1957 in Wien geschaffene IAEA). Zudem, so wurde vom Iran mehrmals betont, gibt es ein islamisches Rechtsgutachten (*Fatwa*), die Massenvernichtungswaffen als *haram*, als religiös verboten, beurteilt.

Die EU-3 hatte dem Iran dennoch gedroht, die Atomgespräche abzubrechen, sollte das Land tatsächlich wie kurz zuvor angekündigt Teile seines Nuklearprogramms wieder aufnehmen. In einem Brief der

³⁴⁶ Abgedruckt in: Die Presse, 3.8.2005, 1.

³⁴⁷ Uran-Konversion: Uranerz wird gemahlen und mit Schwefelsäure versetzt in *Yellow Cake*, ein Pulver, verarbeitet. Daraus entsteht unter Zugabe des aggressiven Halogens Fluor das Gas Uranhexafluorid (UF₆). Aus: Die Presse, 3.8.2005, 1.

³⁴⁸ Uran-Anreicherung: UF₆ kommt in Zentrifugen. Darin wandern die schweren Isotope Uran-238 nach außen, das leichte Uran-235, das radioaktiver und der eigentlich wichtige Stoff ist, bleibt innen. Im Endeffekt steigt der Uran-235-Anteil pro Volumseinheit. Brennstäbe benötigen eine Konzentration von 2-3% waffentaugliches Material, mind. 90% an Uran-235. Aus: Die Presse, 3.8.2005, 1.

damaligen Außenminister Fischer (Deutschland) und Straw (Großbritannien) sowie des französischen Außenministers Douste-Blazy und des Hohen Repräsentanten der EU-Außen- und Sicherheitspolitik, Solana, an Hassan Rowhani, den Vorsitzenden des Nationalen Sicherheitsrates in Teheran, heißt es, der Iran beabsichtige einen Schritt, der den Dialog mit Europa „beenden“ würde.³⁴⁹ Die iranische Führung müsse demnach wissen, dass sie die europäischen Verhandlungsführer - die EU-3 - sowie Russland und die USA nicht spalten könne. Es gebe Mittel und Wege des „wirtschaftlichen Widerstands“, falls jemand den Besitz von Nuklearwaffen anstrebe, erklärte der damalige Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Gerhard Schröder. Die Europäer würden, so hieß es im Brief, „nur mit dem Prozess fortfahren können, wenn sich beide Seiten an alle Vereinbarungen“³⁵⁰ hielten. Dazu gehöre die vollständige und überprüfbare Aussetzung sämtlicher Anreicherungs- und Wiederaufbereitungsaktivitäten. Die Europäer kündigten in ihrem Brief an, dass sie die Einberufung einer Sondersitzung des IAEA-Gouverneursrates innerhalb der nächsten Tage veranlassen werden. Frankreichs Außenminister Douste-Blazy sagte – in Übereinstimmung mit Premierminister de Villepin -, sollte der Iran die dort gefassten Beschlüsse nicht beachten, dann müsse der UN-Sicherheitsrat angerufen werden. US-Präsident Bush erklärte wiederholt, es können keine Optionen im iranischen Atomstreit ausgeschlossen werden, auch nicht die militärische.

Anfang August 2005 machte die EU dem Iran ein neuerliches Kompromissangebot: Die EU billige dem Iran das Recht zu, seine Nuklearenergie friedlich zu nutzen, solange der nukleare Brennstoff hierfür vom Westen bereitgestellt werde. Die EU-3 sind bestrebt, dem Iran die Möglichkeit zum Kauf von Nuklearreaktoren und Brennstoff sowie eine vollständige wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem Westen in Aussicht zu stellen, wenn das Land im Gegenzug auf sein Programm zur Atomwaffen-Entwicklung verzichtet. Das relevanteste Angebot bestehe jedoch in der Zusammenarbeit im zivilen Nuklearsektor. Teheran dürfe zwar Brennstoffe ankaufen, müsste die

³⁴⁹ Aus: Ein geharnischter Brief nach Teheran, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3.8.2005, 1.

³⁵⁰ Ebenda.

verbrauchten Brennstäbe zur Endlagerung jedoch in andere Länder transportieren. So sollte der Iran gehindert werden, die Stoffe für die Produktion von Atomwaffen einzusetzen. Auch die Konversion von Uran soll dem Iran demnach verboten bleiben.³⁵¹

Die EU-Staaten und die USA stimmten am 24. September 2005 einer Resolution im Gouverneursrat der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) in Wien zu, die darauf abzielt, den Streit um das iranische Atomprogramm vor dem UNO-Sicherheitsrat zu bringen. Diese Resolution wurde mit 22 von 35 Stimmen angenommen. Russland und China sowie zehn Entwicklungsländer enthielten sich der Stimme. Venezuela stimmte als einziges Land gegen die Resolution. Die iranische Regierung hatte ebenfalls diese Resolution zurückgewiesen. Irans Außenminister Manutschehr Mottaki hatte die IAEA-Entscheidung als „*rechtswidrig und unlogisch*“ bezeichnet. Demnach hätten die EU-3 – also Deutschland, Frankreich und Großbritannien – mit ihrem Verhalten im Gouverneursrat der IAEA gegen frühere Vereinbarungen mit dem Iran verstoßen und „*ein bereits von den USA festgelegtes Szenario*“ umgesetzt.³⁵² In der Resolution wird der iranischen Regierung die Nichteinhaltung des Atomwaffensperrvertrages vorgehalten. Daher sollte der Gouverneursrat erwägen, den UNO-Sicherheitsrat einzuschalten. Der Zeitpunkt dafür wurde jedoch offen gelassen. Der Iran wird aufgefordert, sämtliche Aktivitäten zur Urananreicherung umgehend einzustellen bzw. keinesfalls wieder aufzunehmen.

Der Iran ist im Handel mit Atommaterial mit Pakistan und Nordkorea involviert. Teheran lieferte Marschflugkörper an Nordkorea, die auch mit Atomsprengköpfen bestückt werden können. Nordkorea hatte Mittelstreckenraketen mittels Luftfracht an den Iran verkauft. Ein sichtlicher Beweis dieser Art geschäftlicher Beziehungen bildet die iranische Mittelstreckenrakete *Shabab-3* (Reichweite: 2.000 Kilometer), die ebenso wie die pakistanische *Ghauri*-Rakete auf der nordkoreanischen *Nodong-1* basiert. Hinter dem Aufbau des iranischen

³⁵¹ Aus: Dieter Bednarz, Erich Follath, Konstantin von Hammerstein, Alexander Szandar, Zuckerbrot ohne Peitsche, in: Der Spiegel 32/2005, 31-33, 32.

³⁵² Quelle: Iran weist IAEA-Resolution zurück, NETZEITUNG.DE, 25.9.2005, 09:34 Uhr.

Atomprogramms steckt Abdul Quadeer Khan, der „Vater der pakistanischen Atombombe“. Der Atomforscher hatte während der neunziger Jahre dem Mullah-Regime in Teheran Zentrifugenteile geliefert, die zur Urananreicherung verwendet werden. Pakistans Präsident Perez Muscharraf hatte diesbezüglich erklärt, dass die iranische Führung entgegen öffentlicher Bekundungen nach dem Besitz von Nuklearwaffen strebe.³⁵³ Pakistan verfügt nun über *Ghauri/No Dong*-Raketen mit einer Reichweite von 1.300 Kilometern und *Ghauri II* mit einer Reichweite zwischen 1.500-2.000 Kilometern.³⁵⁴

Russland unterstützt das iranische Atomprogramm und lieferte an den Iran Interkontinentalraketen des Typs *SS-9* (im Iran *Shabab-3A* bezeichnet). Zudem hatten staatliche russische Waffenexporteure (600-Millionen-Euro-Geschäft) den Verkauf von modernsten Luftabwehrraketen mit der iranischen Regierung vereinbart: 29 mobile Kurzstrecken-Raketensysteme *TOR M-1* mit je vier Raketen sollen Irans Luftabwehr stärken.³⁵⁵ Das System eignet sich besonders gegen tief fliegende Objekte wie Marschflugkörper. Der Iran dürfte damit strategische Objekte wie seine Atomanlagen schützen. Im Jahr 2000 kündigte die russische Regierung einen Pakt mit den USA über die Begrenzung von Waffenlieferungen an den Iran.

Israel hatte in diesem Zusammenhang auch den Druck auf die russische Regierung zu verstärken versucht, da diese Mittelstreckenraketen in den Iran liefert, dort aufrüstet und bestrebt sei, diese unter dem Namen *Ghadr-101* nach Syrien zu exportieren.³⁵⁶ Israel habe auch mehrmals zum Ausdruck gebracht, es werde einen Bombenbau Irans nicht tolerieren. Bei ihrem Treffen in Bratislava im Februar 2005 betonten US-Präsident George W. Bush und Russlands

³⁵³ Aus: Raketenhandel mit Nordkorea, in: Die Presse, 27.6.2005, 1.

³⁵⁴ Quelle: Proliferation Status 2005, Carnegie Endowment for International Peace, www.ProliferationNews.org.

³⁵⁵ Die *TOR M-1* (NATO-Code: *SAM-15 Gauntlet*) bekämpft Ziele von 1-12 Kilometer zwischen 10 und 6.000 Meter Höhe. Trefferquote: 92-95 Prozent. Aus: Jens Hartmann, Neue Drehung der Achse Russland-Iran, in: Die Presse, 9.12.2005, 9.

³⁵⁶ Karl-Heinz Eisler, Russlands neue Atomraketen. Verbesserung des Raketenarsenals, in: Der Soldat, 9.2.2005, 6.

Staatschef Vladimir Putin ihre Einigkeit darüber, dass weder der Iran noch Nordkorea im Besitz von Nuklearwaffen sein sollten.³⁵⁷

Der Iran musste jedoch zugeben, in Natanz mit dem Aufbau einer nichtdeklarierten Urananreicherungsanlage begonnen zu haben. In Arak wurde ein Schwerwasserreaktor gebaut, der nach Expertenmeinung wenig wirtschaftlichen Sinn macht – außer man nutzt ihn, um Plutonium für Kernwaffen zu gewinnen. Weiters hatte der Iran mehr als 36 Tonnen Uranerzkonzentrat (*Yellow Cake*) zu Uran-Hexafluorid umgewandelt. Dabei könnte Material für ca. fünf Atombomben gewonnen werden, betonte der frühere UNO-Inspektor David Albright.

Ende März 2006 forderte der UN-Sicherheitsrat in einer rechtlich nicht bindenden Erklärung den Iran zum Stopp seines Programms zur Urananreicherung innerhalb von 30 Tagen auf. In dieser Erklärung ist von *ernsthafter Sorge* die Rede, eine diplomatische Floskel, die verdeutlichen soll, dass der Sicherheitsrat die iranischen Aktivitäten als durchaus gefährlich einschätzt. Von der iranischen Regierung erwartet der UN-Sicherheitsrat vertrauensbildende Maßnahmen. Der Iran zeigte sich von dieser Erklärung unbeeindruckt. Ende April 2006 beschloss der Gouverneursrat³⁵⁸ der IAEO die von der EU eingebrachte Resolution zum Nuklearkonflikt mit dem Iran. Damit wurde die Anrufung des UN-Sicherheitsrates möglich. 22 Länder stimmten dafür, 12 enthielten sich – unter ihnen Russland und die Volksrepublik China. Als einziges Land stimmte nur Venezuela gegen diese Erklärung. Am 31. Juli 2006 beschloss der UN-Sicherheitsrat die Resolution 1696 über das iranische Atomprogramm – mit 14 von 15 Stimmen. Diese Resolution forderte innerhalb eines Monats die Aussetzung aller Aktivitäten im Zusammenhang mit der Anreicherung und Wiederaufbereitung, auch zu Forschungszwecken – wie es auch die IAEO verlangt. Sollte der Iran nicht einlenken, sollten demnach Sanktionen gegen Iran eingeleitet werden. Die iranische Führung argumentierte schließlich, sie werde dieser Forderung nicht nachgeben. Russland und die Volksrepublik

³⁵⁷ Christian Ultsch, Als Bush seinem „Freund Vladimir“ ein Bekenntnis zur Demokratie abrang, in: Die Presse, 25.2.2005, 2.

³⁵⁸ 35 Länder sind im Gouverneursrat, dem höchsten Entscheidungsgremium der IAEO, vertreten. China, Indien, Russland und Südafrika u.a. hatten sich zuvor stets geweigert, den UN-Sicherheitsrat einzuschalten. Aus: IAEO beschließt Iran-Resolution, Tagesschau.de vom 21.4.2006, Onlinedienst der ARD-Tagesschau.

China zielten stets – aufgrund ihrer wirtschaftlichen Interessen in Iran³⁵⁹ – gegen harte Sanktionen, wie zum Beispiel Handelsboykotte. Stattdessen sollen *soft sanctions* wie Reiseverbote für iranische Nuklearexperten umgesetzt werden.

Der Verhandlungsstil des Iran wird wie folgt beschrieben: „*Heimlich Fakten schaffen, dann offen provozieren, vor einem Abbruch von Verhandlungen Last-Minute-Konzessionen einräumen – und anschließend wieder alles von vorn.*“³⁶⁰

Zum Atomstreit traten zwischen den USA und der EU einerseits und dem Iran andererseits weitere Spannungen auf – in Zusammenhang mit antizionistischen Äußerungen des iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadinejad, der lautstark die Auslöschung Israels und die Schaffung von Territorien in Deutschland und Österreich für die Ansiedlung der israelischen Bevölkerung forderte. Seitens des Präsidenten wurde auch der Holocaust in Frage gestellt. Der Iran unterstützt weiters die palästinensische *Hamas*, die im Februar 2005 nach den freien Wahlen mit der Regierungsbildung beauftragt wurde und die Vernichtung Israels anstrebt – ebenso wie die seit 2005 in der libanesischen Regierung vertretene *Hisbollah*.³⁶¹ Sowohl die Hamas als auch die Hisbollah propagieren jedoch nicht die Ermordung der israelischen Juden, sondern sie fordern deren *Rückkehr in ihre Heimatländer*. Beide Organisationen erkennen das Existenzrecht des Staates Israel nicht an.³⁶²

Unterdessen untersuchte die US-Administration, neue Raketenabwehrsysteme in Europa aufzustellen. Bis 2011 sollen

³⁵⁹ China hat im Herbst 2004 ein Geschäft mit einem Gesamtvolumen von mehr als 70 Milliarden Dollar im Zeitraum von 30 Jahren mit dem Iran abgeschlossen. Indien verhandelt in Teheran über eine strategische Pipeline, die vom Iran über Pakistan nach Indien führen soll. Der Iran liefert bereits 13 Prozent des chinesischen Ölbedarfs. Iran ist nach Russland der zweitgrößte Gasexporteur sowie insgesamt der viertgrößte Erdölexporteur der Welt. Der Iran exportiert rund 2,7 Mrd. Barrel Öl pro Tag, etwas mehr, als Deutschland pro Tag verbraucht. Aus: Thomas Seifert, Der Ölschild der Islamischen Republik, in: Die Presse, 1.9.2006, 1.

³⁶⁰ Aus: Dieter Bednarz, Erich Follath, Konstantin von Hammerstein, Alexander Szandar, Zuckerbrot ohne Peitsche, in: Der Spiegel 32/2005, 31-33, 33.

³⁶¹ Die Hisbollah ist seit 1992 im libanesischen Parlament vertreten.

³⁶² So der Islamwissenschaftler Stephan Rosiny (Freie Universität Berlin) bei seinem Interview, in: Wolfgang Böhm, Politische Macht verändert Islamisten, in: Die Presse, 2.9.2006, 8.

mindestens zehn derartige Systeme existieren, unter den *nations under consideration* befindet sich die Tschechische Republik. Polen unterstützte dieses US-Vorhaben nicht. Das Pentagon hatte im Mai 2006 beim Kongress um 56 Millionen US-Dollar angefragt, um mit ersten Arbeiten beginnen zu können. Die Gesamtkosten dafür werden mit 1,6 Milliarden US-Dollar beziffert.³⁶³

UNO, NATO und EU als Akteure im Irak

Das Regime von Saddam Hussein wurde zwischen 1991 und 2003 von der internationalen Staatengemeinschaft mit Sanktionen belegt. Zwischen 1996 und 2003 ermöglichte das Programm *Öl für Lebensmittel* trotz Wirtschaftssanktionen begrenzte Mengen Erdöl auszuführen, um dafür Lebensmittel und Medikamente für die irakische Zivilbevölkerung zu erwerben. Dieses UNO-Hilfsprogramm hatte einen Gesamtwert von 64 Milliarden US-Dollar. Dieses Programm war vor allem durch Korruption und Schmiergelder sehr stark in Verruf geraten. Wie der Abschlussbericht der Untersuchungskommission unter ihrem Vorsitzenden, den ehemaligen Leiter der US-Notenbank Paul Volcker, feststellte³⁶⁴, flossen im Rahmen dieses Programms Bestechungsgelder in der Höhe von 1,8 Milliarden US-Dollar. An die 2.000 Firmen aus 66 Staaten – wie Siemens, Daimler-Chrysler, Volvo – zahlten Schmiergelder. Jedes zweite Unternehmen, das an diesem Programm beteiligt war, zahlte an das irakische Regime Schmiergeld und verbotene Zuschläge. Mindestens 11 Milliarden US-Dollar hat das Bath-Regime in Bagdad zwischen 1991 und 2003 durch illegale Ölexporte in Nachbarländer eingenommen, vor allem in die Türkei und nach Jordanien. So konnte der Irak das Öl weitaus billiger exportieren als in den Bedingungen dieses Programms vorgesehen.³⁶⁵

Der Irak verfügt über die weltweit zweitgrößten Erdölvorkommen, sie befinden sich vor allem in Provinzen, in denen Schiiten und Kurden die Mehrheit stellen.

³⁶³ Michael R. Gordon, U.S. Is Proposing European Shield for Iran Missiles, in: The New York Times, 22.5.2006.

³⁶⁴ Der Bericht selbst wurde am 27.10.2005 der Öffentlichkeit präsentiert.

³⁶⁵ Aus: Andreas Zumach: Illegale Deals mit Saddam, in: Die Presse, 28.10.2005, 6.

Der US-geführte Krieg gegen das Regime von Saddam Hussein im Jahr 2003 wurde begründet, dieses Regime darin zu hindern, Massenvernichtungswaffen herzustellen. Die USA beriefen sich dabei auf die UN-Sicherheitsratsresolution 1441 (2002) vom 8. November 2002, „in Erkenntnis der Bedrohung, die Iraks Nichtbefolgung der Resolutionen des Rates sowie die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und Langstreckenflugkörpern für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit darstelle.“ Eine nachträgliche Untersuchung und Bestätigung dieses Vorwurfes nach der Invasion blieb jedoch erfolglos. Die US-Waffeninspektoren hatten Mitte Dezember 2004 ihre Suche nach Massenvernichtungswaffen eingestellt. Gemäß dem 1.000-Seiten Bericht von Charles A. Duelfer, dem leitenden US-Waffeninspektor im Irak, war Saddam Hussein zwar gewillt, derartige Waffen zu produzieren, ihm fehlten jedoch zur Produktion die Mittel.³⁶⁶ Demnach existierten Pläne des Saddam-Regimes, ballistische Raketen mit Reichweiten zwischen 400 und 1.000 Kilometern genauso wie für eine *Cruise Missile* mit einer Reichweite von 1.000 Kilometern herzustellen. Die UNO erlaubte dem Irak die Produktion von Raketen mit einer Maximalreichweite von 150 Kilometern.³⁶⁷ Der *Duelfer*-Bericht, der dem US-Kongress am 30. September 2004 vorgelegt wurde, gilt als Abschlussbericht für die Suche nach Massenvernichtungswaffen im Irak. Im Jahr 1991 war im Gegensatz dazu nach Erkenntnissen von Experten der Vereinten Nationen der Irak mit seinem Kernwaffenprogramm bereits ins Stadium praktischer Erprobung eingetreten. Demnach hätte der Irak schon damals Versuchsexplosionen mit Bestandteilen von Kernwaffen vorgenommen und wäre in der Lage gewesen, innerhalb von zwölf bis 15 Monaten einen funktionsfähigen Kernsprengsatz herzustellen. Das logische Endprodukt des irakischen Kernwaffenprogramms, zu dem auch die Produktion von Lithium-6 gehörte, wäre die Wasserstoffbombe gewesen, erklärte damals ein französisches Mitglied der mit dem Aufspüren und der Zerstörung von Massenvernichtungswaffen im Irak befassten UNO-Kommission.³⁶⁸

³⁶⁶ Quelle: Mike Allen/Dana Priest, Report Discounts Iraqi Arms Threat, in: Washington Post, October 6, 2004, A01.

³⁶⁷ Ebenda.

³⁶⁸ Quelle: Der Irak testete schon Atomwaffen. Kommission der UNO fand Unterlagen über 20 Versuchsexplosionen, in: Wiener Zeitung, 26.10.1991, 3.

Während bei einer konventionellen Atombombe die Kernspaltung (Fission) angewendet wird, basiert die Wasserstoffbombe auf dem Prinzip der Kernfusion: Zwei Kerne verschmelzen ineinander und bilden einen neuen Kern, wobei große Energiemengen entstehen.

Die Sicherheitslage ist im Irak noch äußerst prekär: 2005 ereigneten sich täglich im Land 50-60 Anschläge. Anfang 2006 flammten seitens sunnitischer Gruppierungen Kämpfe mit den Schiiten auf, zahlreiche Moscheen wurden niedergebrannt. Seit Kriegsbeginn im März 2003 starben im Irak über 2.000 amerikanische Soldaten³⁶⁹, über 100 britische Soldaten sowie an die 100 Militärs aus verbündeten Ländern sowie bis zu 7.000 irakische Soldaten. Bis zu 30.000 irakische Zivilisten sollen seit März 2003 bei Terroranschlägen, Kämpfen und US-Luftangriffen getötet worden sein. US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld prognostizierte, dass der Aufstand im Irak bis zu zwölf Jahre dauern könnte. Die amerikanischen Truppen würden demnach nicht bis zu einem endgültigen Sieg über die Aufständischen im Irak bleiben, dazu seien dann die irakischen Sicherheitskräfte verantwortlich.³⁷⁰ Die Kosten des US-Militäringagements wurden bis Sommer 2005 auf 250 Mrd. US-Dollar beziffert. Die ausbezahlten Gelder für den Wiederaufbau betragen bis April 2005 5,5 Mrd. US-Dollar. Die benötigten Wiederaufbaugelder bis 2007 wurden von den Vereinten Nationen und den USA auf 55 Mrd. US-Dollar geschätzt.³⁷¹

In den USA brach 2005 die Unterstützung der amerikanischen Öffentlichkeit für das Engagement der US-Truppen im Irak zusammen. Laut Umfragen des Gallup-Institutes forderten fast 60 Prozent der Amerikaner einen teilweisen oder völligen Abzug aus dem Irak. 51 Prozent der Befragten meinen, man hätte sich besser aus dem Irak

³⁶⁹ Am 25.10.2005 vermeldete der Nachrichtensender CNN den 2.000. getöteten US-Soldaten des Militäreinsatzes im Irak. Es handelte sich dabei um den 34jährigen Unteroffizier Georg Alexander, der in einem Lazarett in Texas an den Folgen einer Bombenexplosion in Samarra starb.

³⁷⁰ Daten aus: „Der Aufstand im Irak könnte noch Jahre andauern“, in: Die Presse, 28.6.2005, 7.

³⁷¹ Zahlen aus: Grafik der Austria-Presse-Agentur, abgedruckt in: Die Presse, 22.6.2005, 9.

heraushalten sollen.³⁷² Der republikanische Senator Chuck Hagel meinte sogar, die USA werde im Irak verlieren. George W. Bush hatte zu diesem Zeitpunkt noch die Mehrheit der Abgeordneten hinter sich. Am 21. Juni 2005 hatte das Repräsentantenhaus weitere 45 Mrd. US-Dollar für den Irak-Einsatz zugesichert. Für die Operationen im Irak und in Afghanistan waren elf Prozent des 409-Mrd.-Dollar-Verteidigungsbudgets für das Jahr 2006 veranschlagt.³⁷³

Die Resolution 1483 (2003) vom 22.5.2003

Am 20. März 2003 hatten US-Truppen gerade in jenem arabischen Land eine Invasion eingeleitet, über das die amerikanische Regierung „am wenigsten Bescheid gewusst haben“.³⁷⁴ Nicht die Vereinten Nationen entscheiden über die politische Ordnung im Irak nach der offiziellen Beendigung der großen Kampfhandlungen am 1. Mai 2003, sondern die Besatzungsmächte USA und Großbritannien (*Authority*). Aus diesem Grund bestätigte die UN-Sicherheitsratsresolution 1483 die Souveränität und territoriale Integrität des Irak und übertrug die Verantwortung an die *Authority*, also die Kriegsparteien USA und Großbritannien. Die UNO soll höchstens den Wiederaufbau und die humanitäre Hilfe koordinieren – mit Hilfe von Nichtregierungsorganisationen (NRO). Die UNO betrachtet in der Resolution die USA und Großbritannien als Besatzungsmächte unter einheitlichem Kommando (*Authority*) und „calls upon the Authority ... to promote the welfare of the Iraqi people through the effective administration of the territory, including in particular working towards the restoration of conditions of security and stability and the creation of conditions in which the Iraqi people can freely determine their own political future.“³⁷⁵

Nach dem offiziellen Verkünden des Endes der größeren Kampfhandlungen beharrte die amerikanische Regierung auf ihrer Meinung, nicht die UNO zu ersuchen, die Verwaltung des Irak zu

³⁷² Aus: Norbert Rief, US-Bürger fordern Abzug aus dem Irak, in: Die Presse, 22.6.2005, 9.

³⁷³ Ebenda.

³⁷⁴ So der ehemalige Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium (*U.S. State Department*), Richard W. Murphy, während seines Vortrages im Amerika-Haus, Wien, 7.4.2005.

³⁷⁵ Punkt 4 der Resolution 1483 (2003).

übernehmen. Die EU sprach sich dagegen für eine stärkere Einbindung der UNO bei der Stabilisierung des Irak aus. Als aber seit der zweiten Julihälfte 2003 vermehrt amerikanische Soldaten Ziele von Anschlägen wurden, befürwortete der US-Botschafter bei der UNO ein stärkeres Engagement der UNO bei der Bekämpfung der sozialen Instabilität und bei der Stärkung der gesetzlichen Ordnung im Irak. Nach dem 1. Mai 2003 ereigneten sich zahlreiche Bombenanschläge auf Ölpipelines und Wasserleitungen sowie am 19. August 2003 auf das UNO-Hauptquartier in Bagdad, bei dem zahlreiche Zivilisten und auch der Leiter der UNO-Mission, der brasilianische Diplomat Sergio Vieira de Mello, - insgesamt 22 Personen - ums Leben kamen. Bei gezielten Attentaten waren im Irak insgesamt mehr US-Soldaten getötet worden als während der eigentlichen Kriegshandlungen.

Die Resolution 1500 (2003) vom 14.8.2003

Der UNO-Unterstützungsmission für den Irak (UNAMI) war lediglich die Durchführung humanitärer und organisatorisch-technischer Hilfe gewährt, nicht jedoch militärischer Unterstützung. Nach dem Rückzug der spanischen, honduranischen und dominikanischen Truppen im April/Mai 2004 befürwortete die US-Regierung ein größeres Engagement der UNO im Irak. Ende August 2003 hatten die USA erstmals ihre Zustimmung zu einer internationalen Irak-Truppe unter dem Mandat der UNO signalisiert, falls diese jedoch von den USA geführt werde. Frankreichs Staatspräsident Jacques Chirac hatte nach dem Anschlag auf das UNO-Hauptquartier in Bagdad erklärt, er halte es mehr denn je für notwendig, die politische Führung im Irak nach einem festen Fahrplan an die UNO zu übergeben.³⁷⁶ Deutschland, Frankreich und Russland lehnten den am 5. September 2003 von den USA eingebrachten UNO-Resolutionsentwurf ab, in dem die Schaffung einer von der UNO autorisierten multinationalen Truppe vorgeschlagen wurde, die jedoch unter dem Kommando der USA stehen sollte. Die USA sollten jedoch nach dem US-Resolutionsentwurf aufgefordert werden, im Namen der multinationalen Truppen dem Sicherheitsrat mindestens alle sechs Monate Bericht zu erstatten.

³⁷⁶ USA kompromissbereit, Die Presse, 29.8.2003, S. 7.

Russlands Präsident Vladimir Putin unterstützte bei seinem informellen Treffen auf der Insel Maddalena nahe Sardinien gemeinsam mit dem italienischen Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi die Idee, eine von der UNO unterstützte internationale Truppe in den Irak zu entsenden, die unter US-Kommando steht.³⁷⁷ Der damalige EU-Ratsvorsitz und italienische Außenminister Franco Frattini plädierte bei einem Treffen mit dem britischen Außenminister Jack Straw für ein „größeres Engagement seitens der internationalen Gemeinschaft, der Vereinten Nationen und Europa“ und ein „starkes Mandat für die Vereinten Nationen.“³⁷⁸ Diesem Statement ging ein Bombenanschlag in Nadjaf voraus, der 80 Tote und mehr als 200 Verletzte forderte. Frankreichs damaliger Außenminister Dominique de Villepin betonte: „Die derzeitige Besatzungslogik muss vor einer Souveränitätslogik abgelöst werden.“³⁷⁹

Mit der UNO-Sicherheitsratsresolution 1500 vom 14. August 2003 erfolgte die internationale Anerkennung des irakischen Regierungsrates als ein entscheidender Schritt in Richtung einer demokratisch-repräsentativen Exekutivadministration. Ein weiterer US-Entwurf für eine UNO-Sicherheitsratsresolution ist am 3. Oktober 2003 abgelehnt worden. UNO-Generalsekretär Kofi Annan bemängelte, dass die USA ihrer Empfehlung, die Macht an eine irakische Regierung abzugeben, nicht gefolgt seien. Nach diesem Entwurf werde die UNO nur ermächtigt, den irakischen Verwaltungsrat bei der Vorbereitung von Wahlen und bei der Erstellung einer Verfassung zu unterstützen. Vorbehalte gegen den Entwurf äußerten auch die Staats- und Regierungschefs aus Deutschland, Frankreich und Russland. Unterstützung erhielt der Resolutionsentwurf von den Regierungschefs Bulgariens, Großbritanniens und Spaniens.³⁸⁰ Ein Mandat, das für die UNO nur zweitrangige Hilfsaufgaben unter US-Führung vorgesehen

³⁷⁷ Putin backs U.S.-led Iraqi forces, CNN.com/WORLD, 30.8.2003.

³⁷⁸ Italian Presidency of the Council of the European Union, Frattini-Straw Meeting: Strong UN Mandate Needed On Iraq, 29.8.2003, zitiert in: Gunther Hauser, Die Sicherheit Europas im Wandel transatlantischer Beziehungen, Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie 4/2004, S. 136.

³⁷⁹ US-Entwurf reißt alte Gräben neu auf, Die Presse, 6.9.2003, S. 8.

³⁸⁰ Quelle: Euronews Online, 3.10.2003.

würde, hatte UNO-Generalsekretär Annan bereits zuvor als „undurchführbar“ abgelehnt.³⁸¹

Die Resolution 1511 (2003) vom 16.10.2003

Mitte Oktober 2003 – etwa ein halbes Jahr nach dem Sturz von Saddam Hussein – errangen die USA beim UNO-Sicherheitsrat einen bedeutenden diplomatischen Sieg. Bei der Abstimmung über eine mehrfach in der Formulierung modifizierte, aber substantiell kaum veränderte Resolution stimmten alle 15 Sicherheitsratsmitglieder für den von der amerikanischen Regierung formulierten und gemeinsam mit Großbritannien, Kamerun und Spanien eingebrachten Resolutionsentwurf. Sogar das nicht ständige Mitglied Syrien – zu dieser Zeit der einzige Vertreter der arabischen Welt im Sicherheitsrat – entschied sich in *letzter Minute*, für diese Resolution zu stimmen, statt sich – wie zuvor erwartet – zu enthalten.³⁸² In dieser Resolution heißt es, dass die US-geführte zivile Übergangsverwaltung (*Authority*) die Verantwortung an eine irakische Regierung „so bald wie praktikabel“³⁸³ übergeben werde. Der von der zivilen Übergangsverwaltung eingesetzte irakische Übergangsrat wird in der Resolution lediglich dazu aufgefordert, dem UNO-Sicherheitsrat bis zum 15. Dezember 2003 einen Zeitplan für die Schaffung demokratischer Institutionen vorzulegen.³⁸⁴

Nach dem Willen des Übergangsrates sollen eine neue irakische Verfassung im Frühjahr 2004 angenommen und Wahlen bis Ende 2004 abgehalten werden – jedoch nach den amerikanischen Präsidenten- und Kongresswahlen im November 2004. Deutschland hatte sich nun bereiterklärt, mit Fachkräften an der Ausbildung irakischer Polizisten zu beteiligen.

³⁸¹ UN-Sicherheitsrat: Washington nimmt Abstand von Irak-Resolution, FAZ.net, 8.10.2003.

³⁸² UN-Sicherheitsrat: Irak-Resolution einstimmig verabschiedet, FAZ.net, 16.10.2003.

³⁸³ Punkt 6 der UNO-Resolution 1511 (2003).

³⁸⁴ Punkt 7 der UNO-Resolution 1511 (2003).

Entwürfe für eine UNO-Resolution betreffend Machtübergabe im Irak

Im ersten Resolutionsentwurf, der von den USA und Großbritannien eingebracht wurde, ging es um die Machtübergabe im Irak. Keine präzisen Definitionen existierten über die Souveränität und die Beziehungen der US-geführten multinationalen Streitkräfte zur Interimsregierung in Bagdad. Kofi Annan betonte am 25. Mai 2004 während der Sitzung des UNO-Sicherheitsrates, dass die UNO bis Ende Mai 2004 eine irakische Regierung ernannt haben möchte. Russland schlug ebenfalls vor, dass die Mitglieder für die neue irakische Regierung ernannt werden soll, bevor der UNO-Sicherheitsrat die geplante Machtübergabe beschließt.³⁸⁵ Der Sprecher des UNO-Generalsekretärs, Fred Eckhard, wusste zu diesem Zeitpunkt nicht, ob der UNO-Gesandte Lakhdar Brahimi imstande sein wird, bis Ende Mai 2004 eine Namensliste der Mitglieder der irakischen Interimsregierung zu erstellen. Der erste Resolutionsentwurf zirkulierte am 23. Mai 2004 durch die Hände amerikanischer und britischer Diplomaten, und beinhaltete die Genehmigung des Sicherheitsrates zur Bildung einer Interimsregierung, die bis zur Abhaltung von Wahlen im Irak – also bis Ende Januar 2005 - regieren soll. Dieser Entwurf sah bereits eine unter US-geführte multinationale Truppe vor, die bis zu mindestens einem Jahr im Irak stationiert bleiben soll. Frankreich merkte an, dass gemäß der Resolution die Interimsregierung volle Souveränität über den Irak besitzen soll. Die Regierung sollte dazu ein Veto innehaben gegenüber Militäroperationen, die von multinationalen Streitkräften (*Multinational Forces* –MNF) durchgeführt werden. Während Großbritanniens Premierminister Tony Blair dieses Veto der Interimsregierung über Interview zusicherte, befürwortete die US-Regierung in dieser Frage eine militärische Beziehung mit der Interimsregierung im Rahmen eines Briefaustausches, jedoch nicht in einer Resolution.³⁸⁶ Der damalige US-Außenminister Colin Powell stellte daraufhin klar, dass die alliierten Truppen im Irak nur mit Zustimmung der Interimsregierung im Irak

³⁸⁵ France, Russia question U.S. handover in Iraq. Military authority among issues in draft resolution, in: CNN.com, 26.5.2004.

³⁸⁶ Ebenda.

bleiben werden, die amerikanischen Truppen bleiben unter US-Kommando.³⁸⁷

Am 1. Juni 2004 ist die Übergangsregierung, die 27 Tage später ihr Amt antrat, vereidigt worden. Die Übergangsregierung wurde von der UNO unter der Konsultation der US-Regierung und des Regierungsrates ernannt: Präsident wurde Ghazi al Jawar, Premier Ayad Allawi. Der amerikanisch-britische Resolutionsentwurf sollte die Übergangszeit nach der Machtübergabe am 28. Juni 2004 definieren. Umstritten blieben weiterhin die Dauer der Präsenz ausländischer Truppen sowie die Frage, wie viel Macht dem neuen Kabinett unter Premier Ayad Allawi zukommen soll. Erstmals sah der Entwurf zumindest ein ungefähres Datum vor, an dem die US-geführten Besatzungstruppen den Irak spätestens verlassen würden. Das Mandat soll dann beendet werden, wenn eine Verfassung verabschiedet und eine demokratisch gewählte Regierung eingesetzt ist. Die ursprüngliche Fassung des Resolutionsentwurfes hatte den Zeitpunkt des Abzuges der Anfang Juni 2004 noch 160.000 ausländischen Soldaten noch offen gelassen. Der neue Entwurf sah jedoch nicht vor, dass die Übergangsregierung den Abzug der Besatzungstruppen verlangen kann. Im Gegenteil, es wird sogar festgehalten, dass diese die US-Präsenz wünsche.³⁸⁸ Der Entwurf enthielt bereits folgende Punkte:

- Der UNO-Sicherheitsrat begrüßt die Bildung einer souveränen Interimsregierung des Irak, die vom 30. Juni 2004 bis Ende Januar 2005 im Amt ist. Danach übernimmt eine gewählte Übergangsregierung die Amtsgeschäfte.
- Die gewählte Übergangsregierung wird eine Verfassung erstellen, die zu einer gewählten Regierung führen soll.
- Die UNO hilft mit – wie es die Umstände erlauben – , eine nationale Konferenz zu organisieren, aus der ein Rat gebildet werden soll, der beratend der neuen Regierung zur Seite steht und mithilft, Wahlen abzuhalten.
- Die Resolution autorisiert die US-geführte multinationale Truppe, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um Frieden,

³⁸⁷ Ebenda.

³⁸⁸ Auch zweiter Entwurf für UN-Resolution stößt auf Kritik, Die Presse, 3.6.2004, S. 7.

Sicherheit und Stabilität zu erhalten und Terrorismus zu bekämpfen.

- Die multinationale Truppe operiert auf Ersuchen der Interimsregierung.
- Das Mandat der multinationalen Truppe läuft mit der Vollendung des politischen Prozesses aus – nachdem eine Regierung unter einer neuen Verfassung gewählt worden ist und ihr Amt angetreten hat.
- Die Übergangsregierung, die Anfang Januar 2005 ihr Amt angetreten hat, kann den UNO-Sicherheitsrat ersuchen, die ausländischen Truppen zurückzuziehen. Der Sicherheitsrat muss dann eine weitere Resolution beschließen.
- Der Fonds für Einnahmen aus dem Verkauf von Öl und Gas, der unter der Kontrolle der Besatzungsmacht stand, wurde dem Irak übergeben.
- Die Einheit des Landes sowie die Souveränität und territoriale Integrität wird bekräftigt.

Die Resolution 1546 (2004) vom 8.6.2004

Drei Wochen vor der geplanten Übergabe der Souveränität an die irakische Übergangsregierung hat der UNO-Sicherheitsrat – auf Basis eines Resolutionsentwurfes, der von den USA, Großbritannien und Rumänien eingebracht wurde³⁸⁹ - die Resolution 1546 einstimmig verabschiedet. Diese schreibt den Rahmen für eine Nachkriegsordnung fest und den Fahrplan für den Übergang zu demokratischen Verhältnissen.

Die Teilnehmer des G-8-Gipfels in Sea Island (Georgia) sahen darin eine Stärkung der UNO. Die Abstimmung über die Resolution 1546 fand auf Druck der USA unmittelbar vor dem Beginn des G-8-Gipfels statt. Ihr waren wochenlange Verhandlungen im UNO-Sicherheitsrat vorausgegangen.³⁹⁰ Der Durchbruch kam am 8. Juni 2004 in der Nacht mit einem Kompromiss über das Mitspracherecht der

³⁸⁹ United Nations Security Council: Romania, United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and United States of America: draft resolution S/2004/460, 7.6.2004.

³⁹⁰ Neue Irak-Resolution einstimmig verabschiedet, FAZ.NET, Onlinedienst der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, 9.6.2004.

irakischen Übergangsregierung an größeren Militäroperationen der multinationalen Truppe (*multinational force* – MNF) unter US-Kommando. Die neue Resolution räumt zwar dem Irak nicht das von Frankreich geforderte Vetorecht bei *größeren Militäroperationen* ein, aber sichert zu, dass die US-geführte Koalition in allen sicherheitsrelevanten Fragen *inklusive sensibler Angriffsoperationen* mit der Regierung in Bagdad zusammenarbeite. Die Führung der MNF sowie die irakische Übergangsregierung werden in einem Sonderkomitee *partnerschaftlich* alle wichtigen Sicherheitsfragen klären. Frankreich sei zwar nicht völlig zufrieden, so der damalige französische Außenminister Michel Barnier, dennoch trage Paris die Resolution mit.³⁹¹

Die Resolution 1546 mache den Irak „*frei, friedlich und demokratisch*“, sagte US-Präsident George W. Bush beim G-8-Gipfel. Nun hätten die Vereinten Nationen Einfluss auf die Lage im Irak. Die Übergangsregierung soll gemäß Resolution 1546 (Präambel) den Irak führen, der föderal, demokratisch, pluralistisch und geeint sein soll – unter Respekt der politischen Rechte und Menschenrechte. Auch sollen alle Parteien das archäologische, historische, kulturelle und religiöse Erbe des Irak respektieren und schützen.

Kofi Annan meinte: Die Zukunft des Irak wird vor allem davon abhängen, „*ob die Iraker das Gefühl eines echten Wechsels von der militärischen Besetzung zur Wiederherstellung ihrer Souveränität bekommen.*“³⁹² Die UNO soll in der Demokratisierung des Irak eine führende Rolle bekommen. Die Lage im Irak „*continues to constitute a threat to international peace and security*“ (Präambel der Resolution 1546).

Das Mandat für den US-geführten Militäreinsatz im Irak läuft demnach aus, sobald Ende 2005 oder spätestens Anfang 2006 eine demokratisch gewählte Regierung in Bagdad im Amt ist. Zuvor kann die irakische Übergangsregierung jederzeit vom UNO-Sicherheitsrat eine Beendigung des Mandats für den ausländischen Militäreinsatz verlangen.

³⁹¹ Sicherheitsrat einigt sich auf Resolution, Die Presse, 9.6.2004, S. 8.

³⁹² Neue Irak-Resolution einstimmig verabschiedet, FAZ.NET, 9.6.2004.

Die Besetzung des Irak sollte demnach mit 30. Juni 2004 zu Ende sein, die US-geführte Zivilverwaltung (*Coalition Provisional Authority* – CPA) soll ebenfalls an diesem Tag beendet sein. Der Text der Resolution spricht von einer „führenden Rolle“ der UNO, im Juli 2004 eine nationale Konferenz im Irak einzuberufen, um einen Konsultativrat zu wählen. Des Weiteren unterstützt die UNO die neue irakische Übergangsregierung beim Prozess der Organisation von freien Wahlen – im Januar 2005 abgehalten-, bei der Förderung des nationalen Dialoges und bei der Ausarbeitung einer neuen Verfassung.

Mit der Resolution 1546 ist die Übergangsperiode im Irak geregelt. Die irakische Übergangsregierung wurde bereits Anfang Juni 2004 nominiert. Die Resolution sieht demnach die volle Souveränität für den Irak vor. Bis 31. Dezember 2004, jedoch nicht später als 31. Januar 2005, soll die erste demokratische aus 275 Mitgliedern bestehende irakische Nationalversammlung (*Transitional National Assembly*) direkt gewählt werden, die danach ein Staatsoberhaupt ernennt und eine Übergangsregierung bildet. Die neue Verfassung sollte ebenfalls von der Nationalversammlung ausgearbeitet werden (Punkt 4c der Resolution 1546) – bis 15. August 2004. Bis 15. Oktober 2004 soll demnach in einem Volksentscheid über die Verfassung abgestimmt werden. Im Fall der Ablehnung der Verfassung erfolgen Neuwahlen. Bei Annahme der Verfassung sollen Parlamentswahlen stattfinden³⁹³.

Bis zur Einigung auf eine neue Verfassung gab es noch einschneidende Diskussionen zwischen den Volksgruppen um die Aufteilung der Ölressourcen und um die Verankerung des islamischen Rechts in die Verfassung. Die Kurden, die mit weitgehenden Autonomieforderungen (eigene Fahne und Armee, eigenes Straf- und Familienrecht) in die Verhandlungen gegangen waren, waren im August 2005 zu Zugeständnissen bereit. Ursprünglich hatten sie für ihre Gebiete ein Unabhängigkeitsreferendum nach acht Jahren gefordert. Diese Forderung wurde jedoch fallen gelassen. Zugeständnisse kamen auch von den USA: Entgegen den bisherigen Wünschen soll dem islamischen Recht (*Scharia*) eine größere Rolle zukommen als in der Interims-Verfassung. Dies hatten vor allem die Vertreter der Schiiten gefordert. Ein Höchstgericht könne demnach Gesetze auf ihre Vereinbarkeit mit

³⁹³ Der Interimsrat einigte sich am 1.3.2004 auf eine Übergangsverfassung.

dem Islam prüfen. Für das am 15. Oktober 2005 geplante Verfassungsreferendum haben die Kurden die Bedingung ausgehandelt, dass die Verfassung als abgelehnt gilt, wenn drei der 18 Provinzen mit Zweidrittelmehrheit diese ablehnen. Die Kurden würden einen Kompromiss, der ihre Autonomierechte erheblich beschneidet³⁹⁴ oder ihnen nicht die Kontrolle über das von Saddam Hussein arabisierte Erdölzentrum Kirkuk gewährt, scheitern lassen. Kurden-Politiker forderten bereits ein Unabhängigkeits-Referendum nach acht Jahren.

Die Schiiten haben ebenfalls ihren Wunsch nach der Schaffung eines eigenen Bundesstaates bekundet, der den ganzen Süden bis Bagdad umfassen soll. In einem eigenen Bundesstaat, so die größte schiitische Partei („*Hohe Rat für die Islamische Revolution*“, Sciri), könnten sie ihre Wünsche nach einem eigenen Bundesstaat islamischer Prägung mit islamischem Recht verwirklichen. Im von den Schiiten dominierten Südirak befinden sich die größten Erdölvorkommen des Landes. Mit einem derartigen schiitischen Bundesstaat wird jedoch der Gedanke an Föderalismus für die sunnitischen Araber untragbar. Abgesehen von Mossul bleibe ihnen nur ein großer *Sandkasten* am mittleren Euphrat.³⁹⁵

Die Resolution 1546 anerkennt das Ersuchen des irakischen Premiers (in Form eines Briefes, der der Resolution beigefügt ist), dass die MNF weiterhin im Irak bleiben. Sie begrüßt die Briefe des irakischen Premiers und des US-Außenministers, denen zufolge eine Sicherheitspartnerschaft zwischen den MNF und der souveränen Regierung des Irak gebildet wird. Besonders in fundamentalen Sicherheitsfragen wie bei sensiblen Militäroperationen soll Einigkeit erzielt werden. Die USA bleiben im Mittleren Osten die stärkste militärische Macht.

Presseerklärung des Präsidenten des UNO-Sicherheitsrates

Die Presseerklärung des Präsidenten des UNO-Sicherheitsrates, Lauro L. Baja (Philippinen), über die Souveränität des Irak³⁹⁶, beinhaltete folgenden Wortlaut: „*Die UNO-Sicherheitsratsmitglieder begrüßen die*

³⁹⁴ Seit dem ersten Irak-Krieg im Jahr 1991 regieren sich die Kurden einigermaßen erfolgreich selbst.

³⁹⁵ Aus: Zäher Dreikampf um Verfassung, in: Die Presse, 22.8.2005, 4.

³⁹⁶ Press Release SC/8136 IK/443 vom 28.6.2004.

Machtübergabe an die Interimsregierung des Irak, die die Okkupation des Landes beendet.“ Die UNO-Sicherheitsratsmitglieder bekräftigen die Unabhängigkeit, Souveränität, Einheit und territoriale Integrität des Irak sowie die führende Rolle der UNO in der Unterstützung der irakischen Regierung bei der Implementierung des demokratischen politischen Prozesses, der zu den Wahlen bis spätestens 31. Januar 2005 führen soll. Zudem sollen alle Staaten und relevanten internationalen und regionalen Organisationen die Interimsregierung bei der Implementierung dieses Prozesses unterstützen genauso wie beim Wiederaufbau der Wirtschaft, des Friedens, der Einheit und der Stabilität des Irak.

Am 23. Juli 2004 kündigte die UNO an, im Rahmen des UNEP (*UN Environment Programme*) USD 11 Mio. für die Herstellung des Marschlandes im Süden des Irak bereitzustellen. Dieses Land soll der ehemalige *Biblische Garten Eden* gewesen sein. Das Projekt wird von Japan finanziert und soll durch moderne Umwelttechnologie die Sicherstellung von reinem Trinkwasser für die Region und die Wiederherstellung des Sumpflandes ermöglichen. Das Marschland von Mesopotamien beinhaltet das größte Feuchtland Ökosystem im Nahen Osten und in West-Eurasien. Mit dem Kollaps des Regimes von Saddam Hussein Mitte 2003 haben lokale Behörden mit der Öffnung der Überflutungsdämme begonnen, um Wasser in den Bereich zurückzuführen. Bis April 2004 waren bereits rund 3.000 Quadratkilometer, ein Fünftel des betroffenen Gebietes, wieder überflutet. Ziel ist es, die Umwelt auf den ursprünglichen Zustand wieder herzustellen, Trinkwasser zu erzeugen für ca. 85.000 Personen, die dort leben, sowie die hygienischen Bedingungen zu verbessern, um die Ausbreitung von Seuchen zu verhindern. Zudem sollen auch Lebensbedingungen für Vögel und andere Wildtiere erschlossen werden.³⁹⁷

³⁹⁷ Iraq: UN announces multi-million dollar plan to restore ‘Garden of Eden’ marshes, UN News Centre, 24 July 2004.

EU-Standpunkte gegenüber dem Irak

Mit der Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament³⁹⁸ wird der Aufforderung des Europäischen Rates vom 16./17. Oktober 2003 nachgekommen, eine Strategie für die Beziehungen der EU zu Irak auszuarbeiten. Damit ist auch ein Beitrag zur „Strategischen Partnerschaft der EU mit dem Mittelmeerraum sowie dem Nahen und Mittleren Osten“ geleistet. Sie dient als Grundlage für die Beratungen mit der neuen souveränen Regierung des Irak. Die EU wünscht „die Entstehung eines sicheren und stabilen Irak (...), in dem Wohlstand herrscht und der mit seinen Nachbarn in Frieden lebt und sich in die internationale Gemeinschaft einbringt.“³⁹⁹

Während der 24jährigen Herrschaft von Saddam Hussein unterhielt die EU keine politischen oder vertraglichen Beziehungen zu Irak, die Rolle der EU „beschränkte sich auf die Umsetzung der Sanktionen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen.“⁴⁰⁰ Jedoch in humanitärer Hinsicht war die EG von 1992 an nach der UNO der größte Einzelgeber von humanitärer Hilfe für den Irak.⁴⁰¹ Zwischen der EU und dem Irak bestanden auch bedeutende Handelsbeziehungen, vor allem im Energiebereich.

Ein Problem im Irak bildeten die biologischen und chemischen Kampfstoffe. Anfang der neunziger Jahre hatte der Irak gegenüber den UN-Waffeninspektoren zugegeben, dass er einige bakteriologische Kampfstoffe entwickelt hatte, darunter 19,4 Tonnen Botulin und 8,5 Tonnen Milzbranderreger. Darüber hinaus beschaffte Bagdad nach eigenen Angaben 355 Tonnen hochgiftige chemische Kampfstoffe (die Vereinten Nationen hielten 4.000 Tonnen realistisch). Wie im Fall der Raketenproduktion sind viele Anlagen und Vorräte zur Herstellung dieser Kampfstoffe unter Aufsicht der UNO vernichtet worden, eine

³⁹⁸ Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament. Die Europäische Union und Irak – Rahmenkonzept für ein zunehmendes Engagement, Brüssel, dem 9.6.2004, KOM(2004) 417 endgültig, herausgegeben von der Kommission der Europäischen Gemeinschaften.

³⁹⁹ Ebenda, S. 2.

⁴⁰⁰ Ebenda.

⁴⁰¹ Ebenda.

Produktion derartiger Stoffe könnte jedoch binnen weniger Monate wieder aufgenommen werden.⁴⁰²

Die EU hatte offiziell keinen gemeinsamen Standpunkt, was den Irakkonflikt betraf. Die Erklärung der griechischen EU-Präsidentschaft über den Irak vom 16. April 2003 unterstrich, dass die Vereinten Nationen eine zentrale Rolle übernehmen sollen – einschließlich bei der Aufgabe, eine eigene Regierung für die irakische Bevölkerung zu ernennen, „*utilizing its unique capacity and experience in post-conflict nation building*.“ Nach Ansicht der US-Regierung sollten zunächst die USA und Großbritannien im Irak eine zentrale Rolle einnehmen.

EU-Staaten beteiligten sich an Sicherheitsoperationen ab dem Frühjahr 2003, die EU konzentrierte sich auf humanitäre Hilfe sowie auf politische und finanzielle Unterstützung bei der Einleitung des Wiederaufbauprozesses. Anfang 2003 beschloss die EG die Bereitstellung von 100 Millionen, um dem Amt für humanitäre Hilfe der EG (ECHO) die Unterstützung Iraks durch humanitäre Hilfe zu ermöglichen. Die EU-Mitglieder sagten über 731 Millionen Euro zu. Nach der Verabschiedung der Resolution 1483 des UNO-Sicherheitsrates am 22. Mai 2003 hob die EU ihre Sanktionen gegen Irak auf.⁴⁰³

Auf der Madrider Geberkonferenz vom 23./24. Oktober 2003 wurden die multilateralen Anstrengungen zur Unterstützung des Irak beim Wiederaufbau auf den Weg gebracht. Dabei sagte die EU mehr als 1,25 Milliarden Euro zu, davon 320 Millionen aus dem Gemeinschaftsbudget der EG. Bei der internationalen Geberkonferenz in Madrid einigte sich die internationale Gemeinschaft, insgesamt mehr als 33 Milliarden US-Dollar für den Wiederaufbau im Irak bereitzustellen. 20 Milliarden US-Dollar wurden von den USA zur Verfügung gestellt. Japan sagte 5 Milliarden, Saudi-Arabien 1 Milliarde US-Dollar zu.⁴⁰⁴

⁴⁰² Nikolaus Busse, Atombomben auf Berlin und München?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.2.2001, 3.

⁴⁰³ Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament. Die Europäische Union und Irak – Rahmenkonzept für ein zunehmendes Engagement, Brüssel, dem 9.6.2004, KOM(2004) 417 endgültig, herausgegeben von der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, S. 3.

⁴⁰⁴ Vgl. dazu: Gunther Hauser, Die Sicherheit Europas im Wandel transatlantischer Beziehungen, 2004, S. 138ff. und die darin angeführte Literatur.

Ferner wurde die Absicht der UNO und der Weltbank begrüßt, einen Treuhandfonds der Geber für den Irak – den Internationalen Wiederaufbaufonds für den Irak – einzurichten. Seit 2003 hat die EU Hilfe im Wert von 305 Millionen Euro aus dem Gemeinschaftshaushalt für Irak bereitgestellt.⁴⁰⁵ Mit Juli 2005 begann eine EU-Arbeitsgruppe damit, 770 Iraker als Polizisten und Juristen auszubilden (EU LEX).

Bis 2003 griff der Staat in hohem Maße in die irakische Wirtschaft ein, und zwar sowohl direkt über staatseigene Unternehmen als auch indirekt durch massive Reglementierungen, Preisbeschränkungen und Subventionen. Wichtigster Wirtschaftsmotor war der staatlich dominierte Erdölsektor, der auch in unmittelbarer Zukunft rasch expandieren muss, damit der Wiederaufbau finanziert werden kann. Mittelfristig muss sich die Wirtschaft Iraks jedoch in dreierlei Hinsicht wandeln: Sie muss sich auf eine friedliche Entwicklung, auf eine funktionierende Marktwirtschaft und auf stärker diversifizierte, nachhaltig heimische Einnahmequellen stützen.

Es gilt auch, Armut und Arbeitslosigkeit im Irak zu bekämpfen, die zu Spannungen führen. Zudem soll die Auslandsverschuldung des Irak gesenkt werden, sie belief sich 2004 auf 120 Milliarden US-Dollar. Die EU verfügt einen Binnenmarkt, der einen großen Zustrom irakischer Waren und Dienstleistungen aufnehmen kann. In diesem Zusammenhang unterstützt die EU auch den Antrag Iraks auf einen Beobachterstatus in der WTO. Die EU könnte den Irak auffordern, sich an der Strategischen Partnerschaft der EU mit dem Mittelmeerraum sowie dem Nahen und Mittleren Osten zu beteiligen. Für den Irak entwickelte die EU ein *Drei-Phasen-Rahmenkonzept für ein zunehmendes Engagement*, das wie folgt gegliedert war:

PHASE 1: u.a.

Wahlunterstützung auf Ersuchen der Interimsregierung oder der UNO: Wahlen zu einer Übergangs-Nationalversammlung, die eine neue Regierung bilden und eine neue Verfassung ausarbeiten soll.

Bildung eines informellen Dialogs mit NRO, religiösen Gruppen, Gewerkschaften und den neuen politischen Parteien.

⁴⁰⁵ Mitteilung „Die Europäische Union und Irak“, S. 3.

Aufbau institutioneller Kapazitäten (Rechtsstaat und Zivilverwaltung),
Ausbildung von Polizeikräften.
Regelmäßige Konsultationen mit Ländern des Golf-Kooperationsrates.

PHASE 2: Nach den Wahlen

Beitrag der EU zu Rehabilitation und Wiederaufbau – die EU-Kommission schlug für 2005 dazu weitere 200 Millionen Euro vor.

Institutionalisierung des formellen politischen Dialogs

Schaffung gemeinsamer Arbeitsgruppen in jenen Bereichen von gemeinsamem Interesse (Wirtschaftspolitik, Energie, Verkehr, technische Vorschriften und Normen, Informationsgesellschaft, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit, Migration und Terrorismusbekämpfung)

PHASE 3: Mittelfristige Maßnahmen

Abschluss von bilateralen Abkommen – wie Handels- und Kooperationsabkommen.

Unterstützung bei der Armutsminderung

Unterstützung der regionalen Zusammenarbeit innerhalb des Nahen Ostens

Nachhaltige Unterstützung in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit, Demokratisierung und Menschenrechte.

Einleitung einer Darlehenstätigkeit seitens der Europäischen Investitionsbank (EIB) anstatt der Gewährung von Zuschüssen – zunächst für kapitalintensive Vorhaben wie Infrastrukturmaßnahmen

Der Irak als Modell für Stabilität und Frieden im erweiterten Mittelmeerraum?

Aus amerikanischer Sicht ist der Irak der „zentrale Schauplatz im Krieg gegen den Terrorismus“⁴⁰⁶ geworden: „If Iraq becomes a failed state, or is seen as a ‘victory’ for the terrorist forces currently engaged in the indiscriminate killing of innocent Iraqis seeking to rebuild their shattered country, then the terrorists’ poisonous ideology will spread

⁴⁰⁶ So der Vorsitzende im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten im US-Senat, Richard Lugar, während eines Vortrages bei der Konferenz „Atlantic Alliance at a New Crossroads“, Hotel Kempinski, Istanbul, 26.6.2004.

*and the risks of instability in the region and further terrorist attacks on NATO nations will grow.*⁴⁰⁷ Anfang Juli 2004 waren insgesamt aus 16 der 26 NATO-Länder Truppen im Irak präsent. Kurz vor der Machtübernahme der irakischen Übergangsregierung am 28. Juni 2004 fanden noch zahlreiche Autobombenanschläge statt – fast alle Attentate waren gegen die irakische Polizei gerichtet, die ab 28. Juni 2004 die Sicherheitsaufgaben in den Städten von den USA übernommen hatten.⁴⁰⁸ Zu Stabilisierung dieses Landes wurde mit dem Verbleib der multinationalen Streitkräfte durch die UNO-Sicherheitsratsresolution 1546 Einigung erzielt. Bereits Anfang 2004 erklärte Frankreichs Verteidigungsministerin Michèle Alliot-Marie während einer Konferenz in Washington, dass die Stabilisierung des Irak „*im Interesse aller*“ sei: „*Wir alle wollen einen souveränen, stabilen, demokratischen und wohlhabenden Irak*“.⁴⁰⁹

Als wichtigen Schritt zur Neubelebung der transatlantischen Partnerschaft betrachtete die EU das Gipfeltreffen mit den USA am 26. Juni 2004 auf Schloss Dromoland im Südwesten Irlands. Dabei wurde folgende sieben Erklärungen (*joint declarations*) monatelang und „*bis zuletzt hart miteinander verhandelt*“⁴¹⁰: über den Irak, die Förderung von Demokratie und Reformen im Nahen und Mittleren Osten, die Abwehr terroristischer Bedrohungen, die Zusammenarbeit bei der Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen, die Bekämpfung von

⁴⁰⁷ Ebenda.

⁴⁰⁸ In der Stadt Mosul waren nach Angaben des irakischen Gesundheitsministeriums in einer Serie von Autobombenanschlägen mindestens 44 Menschen getötet und 216 verletzt worden. Bei Angriffen auf Polizeistationen in den Städten des sogenannten sunnitischen Dreiecks – Baquba, Falluja und Ramadi – kamen mindestens 22 Menschen ums Leben. Vier Mitglieder der irakischen Zivilschutzmiliz starben durch eine Autobombe in Bagdad. Die USA antworteten mit dem Abwurf mehrerer 225 Kilogramm schwerer Bomben auf vermeintliche Stellungen der Aufständischen. Aus: Karim El-Gawhary, Vor der Machtübergabe im Irak herrscht banges Warten auf den großen Schlag, Die Presse, 25.6.2004, S. 6.

⁴⁰⁹ So der Vorsitzende im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten im US-Senat, Richard Lugar, während eines Vortrages bei der Konferenz „*Atlantic Alliance at a New Crossroads*“, Hotel Kempinski, Istanbul, 26.6.2004.

⁴¹⁰ Annäherungsversuche auf Schloss Dromoland, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26.6.2004, S. 1.

HIV/AIDS, die Stärkung der wirtschaftlichen Partnerschaft⁴¹¹ und die Krise im Sudan. Ahern meinte dazu: „*This Summit marks the culmination of six months of hard work and close cooperation between the EU and the US at every level. From the outset, the transatlantic relationship has been a core focus of our Presidency. It is my steadfast belief that a close transatlantic partnership is essential for prosperity growth on both sides of the Atlantic, as well as for the broader international community. I am pleased that this Summit has reaffirmed the strength, depth and significance of our relationship in a spirit of partnership.*”⁴¹²

Präsident Bush bat die NATO und die EU, die transatlantischen Spannungen über den Irakkrieg zu überwinden und die USA im Aufbau des Irak zu unterstützen. Die Meinungsverschiedenheiten dazu waren zuvor schwerwiegend. Sowohl die USA als auch die NATO, so betonte der NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer nach seinem Besuch bei US-Präsident George W. Bush Anfang Juni 2005, benötigen Europa als starken Partner. Aus amerikanischer Sicht bleibt die NATO ein vitaler Pfeiler der US-Außenpolitik: „*The North Atlantic Treaty Organization remains a vital pillar of U.S. foreign policy. Europe is home to some of our oldest and closest allies.*“⁴¹³ Als Gegengewicht zu den USA könne Europa nicht funktionieren, dies würde eine Teilung Europas bedeuten, erklärte de Hoop Scheffer.⁴¹⁴

⁴¹¹ Innerhalb der *wirtschaftlichen Partnerschaft* gibt es noch zahlreiche Reibungsflächen, wie z.B. 2005 der Streit um die Staatshilfen für Flugzeugindustrien. Der amerikanische Konzern *Boeing* soll nach Angaben der EU seit 1992 rund € 18 Mrd. (\$ 23 Mrd.) an Staatsbeihilfen in Form von Rüstungs- und Forschungsaufträgen erhalten haben. Die EU habe wiederum über Starthilfen bei der Entwicklung neuer *Airbus*-Flugzeuge wie jene des *A350* (Konkurrent zum *Boeing 787 Dreamliner*) den Markt für Verkehrsflugzeuge verzerrt, lautete das Argument aus den USA. *Airbus* habe allein \$ 3,2 Mrd. Hilfe für die Entwicklung des größten Verkehrsflugzeuges der Welt, des *A380*, von den EU-Regierungen zugesagt bekommen. Weitere Kredite und Infrastrukturhilfen hätten die Summe auf \$ 6,5 Mrd. getrieben. Aus: Friederike Leibl, Flugzeugstreit droht zu eskalieren, in: Die Presse, 12.4.2005, 20.

⁴¹² The EU-US Summit has concluded at Dromoland Castle, EU Presidency 2004 Website, 26 June 2004.

⁴¹³ The White House, The National Security Strategy of the United States of America, Washington, March 2006, 38.

⁴¹⁴ Judy Demsey, U.S. supports Europe, NATO chief asserts, in: International Herald Tribune, June 7, 2005, 3.

Die EU ging nach der am 1. Mai 2004 erfolgten Erweiterung, dem Beschluss einer gemeinsamen Sicherheitsstrategie und der Einigung auf eine EU-Verfassung am 18. Juni 2004 mit gestärktem Selbstbewusstsein in diese Gespräche. Die USA traten im Gegensatz vor einem Jahr, kurz nach der Verkündung der offiziellen Kampfhandlungen und des schnellen militärischen Sieges im Irak, deutlich bescheidener auf. Ein Journalist einer deutschen Tageszeitung brachte das transatlantische Verhältnis wie folgt auf den Punkt: „*Was immer die Amerikaner sagen, sie brauchen uns; und was immer wir sagen, wir brauchen sie.*“⁴¹⁵ Die wirtschaftlichen Kontakte und Verflechtungen bilden nach wie vor das Fundament der vitalen transatlantischen Partnerschaft. Gerade im Krisenjahr 2003 waren die ökonomischen Beziehungen zwischen der EU und den USA so intensiv gewesen wie nie zuvor. 2003 hatte die Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen in die USA einen Wert von 355 Milliarden Euro und machte etwa ein Viertel aller EU-Exporte aus. Die Importe beliefen sich auf 260 Milliarden Euro.⁴¹⁶

In einer gemeinsamen Erklärung zur Lage im Irak betonten die EU und die USA, dass beide „*share a common commitment in our support for the Iraqi people and the fully sovereign Iraqi Interim Government as they build a free, secure, democratic, unified and prosperous country, at peace with itself, its neighbours and with the wider world. Iraq needs and deserves the strong support of the international community to realise its potential.*“⁴¹⁷ Als Grundlage dazu dienen die am 8. Juni 2004 beschlossene Resolution 1546 des UNO-Sicherheitsrates sowie die Genfer Abkommen zum Schutz von Kriegsgefangenen aus dem Jahr 1949.⁴¹⁸ Während die USA die irakische Bevölkerung darin unterstützt, die Elektrizitätsversorgung, die Ölindustrie, die Wasserversorgung und die sanitären Einrichtungen, das Gesundheitswesen sowie das Transport- und Telekommunikationssystem herzustellen und zu modernisieren, versucht die EU, den Irak bei

⁴¹⁵ Annäherungsversuche auf Schloss Dromoland, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26.6.2004, S. 1.

⁴¹⁶ Ebenda.

⁴¹⁷ EU-U.S. Declaration of Support for the People of Iraq, Dromoland Castle, 26 June 2004.

⁴¹⁸ Ebenda.

der Eindämmung der Arbeitslosigkeit und der Armut zu unterstützen und die Zivilgesellschaft sowie die Menschenrechte zu stärken.⁴¹⁹ Zudem unterstützte die EU die Interimsregierung bei der Demokratisierung sowie bei der Organisation und Durchführung von Wahlen. Die zentrale Rolle im Wahlprozess übernahm die UNO. Des Weiteren nützt die EU ihre Kontakte zu den Nachbarländern des Irak dahingehend, um den Irak wieder in die Region politisch und wirtschaftlich einzubinden. Wirtschaftlich wurden dem Irak Schulden nachgelassen – in Übereinstimmung mit einem Programm, das vom Internationalen Währungsfonds ausgearbeitet wurde. Im Irak soll der private Sektor ausgebaut werden und der Irak selbst als vollwertiges Mitglied der internationalen Staatengemeinschaft aufgenommen werden.⁴²⁰

Am 22. Juni 2004 bat der irakische Interims-Ministerpräsident Ayad Allawi in einem Brief an NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer die Nordatlantische Allianz um Unterstützung bei der Ausbildung irakischer Sicherheitskräfte und um andere Formen der technischen Hilfe. Dieser Brief war der erste formale Kontakt zwischen der NATO und der interimistischen Verwaltung in Bagdad.⁴²¹ Vier Tage später einigten sich die Botschafter der NATO-Staaten, auf die Bitte der irakischen Interimsregierung zu reagieren und irakische Sicherheitskräfte auszubilden – in Übereinstimmung mit der UNO-Sicherheitsratsresolution 1546. Die Sicherheitskräfte sollen demnach unabhängig von den MNF werden. Die irakische Armee zählte zu dieser Zeit 8.000 Soldaten und 40.000 Nationalgardisten. In Istanbul gaben die Staats- und Regierungschefs der NATO-Staaten ihre Unterstützung für die Ausbildung der irakischen Sicherheitskräfte bekannt. Alle Verbündeten der NATO sind demzufolge geeint in „*full support for the independence, sovereignty, unity, and territorial integrity of the Republic of Iraq and for strengthening of freedom, democracy, human*

⁴¹⁹ Ebenda.

⁴²⁰ Ebenda.

⁴²¹ Dem ging der erste Besuch des irakischen Außenministers Hoshiyar Zebari bei der NATO am 13.7.2004 voraus, der die NATO dringend um die Bereitstellung von Ausbildung und Ausrüstung für irakische Sicherheitskräfte bat. Zuvor besuchten NATO-Militärexperten den Irak im Rahmen einer *Fact finding mission*.

*rights, rule of law and security for all the Iraqi people.*⁴²² Ein stabiler Irak ist im Interesse der Alliierten.⁴²³ Aktivitäten von Terroristen in und vom Irak bedrohen nach wie vor die Sicherheit in der Nachbarschaft des Landes und in der ganzen Region.⁴²⁴

Nach dem EU-US-Gipfel betonte US-Präsident George W. Bush: *„Die bitteren Differenzen über den Krieg sind vorüber.“*⁴²⁵ Erstmals haben sich die EU und die USA auf bilateralem Weg auf eine gemeinsame Vorgehensweise im Irak geeinigt. Offiziell ist zwar der Streit in der NATO beseitigt, inoffiziell agieren Deutschland und Frankreich nach wie vor zurückhaltend. Der Wunschtraum von Bush, dass die NATO Truppen für die Besatzungsmacht bereitstelle, hat Bush beim G-8-Gipfel von Sea Island aufgeben müssen. Im Irak soll – nach den Beschlüssen des Gipfels von Istanbul am 28. Juni 2004 – die NATO mit der Ausbildung der irakischen Sicherheitskräfte und der Unterstützung der polnischen Kommandokräfte südlich von Bagdad eine untergeordnete Rolle wahrnehmen. Eine erfolgreiche demokratiepolitische und wirtschaftliche Entwicklung des Irak bleibt nach wie vor von der Unterstützung durch die internationale Staatengemeinschaft abhängig.

Nach zahlreichen landesweiten Anschlägen und Aufständen vor allem in den Städten Falludscha, Mossul und Ramadi - mit vielen Toten und Verletzten - und Stürmen alliierter Soldaten auf irakische Rebellenhochburgen konnten schließlich am 30. Januar 2005 die Wahlen zum irakischen Parlament durchgeführt werden. Das Parlament selbst umfasst 275 Sitze, 12 Listen sind vertreten. Die weitaus stärksten Gruppen sind die Vereinigte Nationale Allianz (Schiiten) mit 140, das Kurden-Bündnis mit 75 und die Irakische Liste (von ex-Premier Iyad Allawi) mit 40 Sitzen.⁴²⁶ Zum Präsidenten wurde am 26. März 2005 der

⁴²² Statement on Iraq, Issued by the Heads of State and Government participating in the meeting of the North Atlantic Council in Istanbul on 28 June 2004.

⁴²³ „Beyond Istanbul“, Speech by NATO Secretary General, Jaap de Hoop Scheffer at the European Policy Centre, Brussels, 12 July 2004.

⁴²⁴ Statement on Iraq, 28. June 2004.

⁴²⁵ *„The bitter differences are over.“* Quelle: CNN, 26.6.2004.

⁴²⁶ Außerdem sind vertreten: Liste von Übergangspräsident Ghazi al-Jawar (5), Bündnis der Turkmenen im Irak (3), Partei Unabhängiger Nationaler Eliten – Radikale Schiiten (3), Kommunistische Volksunion (2), Islamische Gruppe Kurdistans (2) und

Führer der Patriotischen Union Kurdistans, Jalal Talabani, gewählt. Es bleibt jedoch abzuwarten, ob sich nach den Wahlen im Irak tatsächlich die Demokratie durchsetzt: „*Das Weiße Haus hat es so dargestellt, als sei mit den Wahlen schon das Ziel erreicht.*“⁴²⁷

Die Koalition der Streitkräfte im Rahmen der Multinationalen Streitkräfte (*Multinational Forces - MNF*) bröckelte nach den erfolgten Parlamentswahlen weiter. Die Koalition der Willigen reduzierte sich von mehr als 50 Staaten auf 37 Mitte März 2005. Während die USA zu diesem Zeitpunkt noch 150.000 Soldaten für die Irak-Mission zur Verfügung stellten (im Juni 2005: 135.000), kamen die zweit- und drittgrößten Kontingente aus Großbritannien (8.930 Soldaten, im Juni 2005: 12.400) und Südkorea (3.600 Soldaten). Die Niederlande erklärten unterdessen, ihre 1.400 Soldaten aus dem Irak bis Mai 2005 abzuziehen, Polen begann im Juli 2005 mit dem Abzug seiner 1.700 Soldaten. Die Ukraine und Bulgarien zogen ihre Kontingente (1.600 bzw. 450) sukzessive ab. Während dieser Zeit stockten folgende Staaten ihre Truppenkontingente auf: Australien um 450 auf 1.400 und Georgien um 550 auf 900. Zunächst erklärte auch Italiens Premier Silvio Berlusconi, die italienischen Truppen (3.169 Soldaten) aus dem Irak ab September 2005 einzuleiten. Kurz danach schwächte er diese Behauptung ab, der italienische Truppenabzug soll von der Zustimmung Großbritanniens und der USA abhängig gemacht und abgestimmt werden. Dieses Verhalten hing wohl mit den im April 2005 stattgefundenen Regionalwahlen in 14 der 20 Provinzen Italiens zusammen. Hier verlor Berlusconi viele Wähler, etwa knapp die Hälfte der Bevölkerung plädierte für einen Abzug der Truppen.⁴²⁸

Ein wesentlicher Meilenstein im demokratischen Meinungsbildungsprozess im Irak war die Annahme der Verfassung durch die irakische Bevölkerung. Nach zähem Ringen schiitischer,

Schiitische Organisation Islamischen Handelns im Irak (2). Drei weitere Parteien errangen jeweils einen Sitz. Aus: Blutige Kämpfe und harte Verhandlungen, in: Die Presse, 24.3.2005, 7.

⁴²⁷ So der ehemalige Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium (*U.S. State Department*), Richard W. Murphy, während seines Vortrages im Amerika-Haus, Wien, 7.4.2005.

⁴²⁸ Quelle: Paul Kreiner, Berlusconi Rückzug vom Rückzug, in: Die Presse, 17.3.2005, 6.

sunnitischer und kurdischer politischer Vertreter wurde schließlich Mitte Oktober 2005 die neue irakische Verfassung von 78,59 Prozent der Bevölkerung angenommen. 21,41 Prozent der Bevölkerung lehnten den Entwurf ab. Insgesamt waren 15,5 Millionen Iraker wahlberechtigt sie stimmten in 6.235 Wahlbüros ab. Nur in drei Provinzen – in Anbar, Salahaddin und Niniveh – gab es mit 96,96 bzw. 81,75 und 55,08 Prozent Mehrheiten gegen die Verfassung, die jedoch nur dann abgelehnt worden wäre, wenn drei Provinzen mit einer Zweidrittelmehrheit dagegen gestimmt hätten.⁴²⁹ Die Kernpunkte der irakischen Verfassung⁴³⁰:

- Der Irak ist eine föderalistische parlamentarische Demokratie.
- Arabisch und Kurdisch sind die offiziellen Sprachen. Jede Region oder Provinz kann eine andere Sprache zusätzlich festlegen.
- Provinzen können sich zu Regionen zusammenschließen, ausgenommen davon: Bagdad. Regionen und Provinzen besitzen weitgehende Autonomie. Regionsregierungen können eigene bewaffnete Sicherheitskräfte unterhalten.
- Der Islam ist Staatsreligion und eine der Hauptquellen der Rechtsschöpfung. Kein Gesetz darf zu den „*unbestrittenen Regeln des Islam*“ im Widerspruch stehen, aber auch nicht zu den „*Prinzipien der Demokratie*“. Der Bundesgerichtshof (Oberstes Gericht) soll auch eine nicht näher genannte Zahl „*islamischer Rechtsgelehrter*“ aufweisen.
- Die politischen, religiösen, ökonomischen und sozialen Grundrechte und Freiheiten sind im Prinzip garantiert. Die Presse-, rede-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit gilt nur, insofern nicht gegen die öffentliche Ordnung und Moral verstoßen wird.
- Frauen sind gleichberechtigt. Artikel 39 sieht vor, dass sich irakische Bürger der Zivilgerichtsbarkeit ihrer eigenen Religionsgemeinschaft unterwerfen können.

⁴²⁹ Aus: Irakisches Ja zu Verfassung, aber Blutvergießen hält an, in: Wiener Zeitung, 27.10.2005.

⁴³⁰ Text aus: Wiener Zeitung, 15.10.2005, 3.

- Erdöl und Erdgas sind „*Eigentum aller Iraker in allen Religionen und Provinzen.*“ Öl und Gas aus existierenden Quellen werden von der Zentralregierung und den Regionen und Provinzen „*gemeinschaftlich*“ genutzt und „*fair verteilt*“.

Unabhängig vom Ausgang des Verfassungsreferendums ging die Gewalt im Irak unverändert weiter. Im schiitischen Süden und in Bagdad infiltrierten im Iran ausgebildete Dschihadisten die Milizen radikaler Prediger. Die schiitischen Mullahs in Teheran fürchten das Vorbild eines mehrheitlich schiitischen demokratischen Staates, der Demokratie, Frauenrechte und Minderheitenschutz umsetzt. Die irakische Verfassung kann nur dann funktionieren, wenn alle Volksgruppen das Gewaltmonopol des Staates respektieren.

Conclusio

Die USA setzten sich zwar weitgehend bei der Schaffung einer neuen Ordnung im Irak durch, sahen sich aufgrund des zunehmenden Widerstandes in der internationalen Staatengemeinschaft, mit dem Abzug beginnend von spanischen, honduranischen und dominikanischen Truppen im Mai 2004⁴³¹ und weiterer verbündeter Truppenkontingente und aufgrund des Wahlkampfes für die Präsidentschaftswahlen zu verstärkter Zusammenarbeit mit der EU, China und Russland gezwungen. Aus eigenem Interesse versuchte die USA, auch die NATO zu einem Einsatz im Irak zu bewegen und damit die Lösung des Konflikts zu *internationalisieren*. Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im US-Senat, Richard Lugar, drückte dies wie folgt aus: „*I urge the new Iraqi leadership, as soon as possible, to invite NATO to join the current force in Iraq. Formal participation by NATO would*

⁴³¹ Dazu verlegte Nikaragua seine 150 Soldaten umfassende Truppe nach der ersten Rotation nicht mehr nach. Zudem gab am 9.7.2004 die Regierung der Philippinen bekannt, ihre 51 Soldaten und Polizisten mit Ablauf des Mandats am 20.8.2004 aus dem Irak abzuziehen. Begründet wurde dieser Schritt mit der Rettung einer von Extremisten entführten Geisel. Auf Druck der Entführer zogen die Philippinen ihre Soldaten und Polizisten ein Monat vor Ablauf ihres Mandats ab, da die Entführer den Abzug bis spätestens 20.7.2004 forderten. Die USA bezeichneten diesen Schritt Manilas als falsche Geste gegenüber den Terroristen.

*further internationalize the transition effort, raising its legitimacy in the eyes of many in the region and the world“.*⁴³²

Die Regierung in Saudi-Arabien schlug Ende Juli 2004 vor, eine Friedenstruppe aus arabischen oder islamischen Ländern im Irak zu stationieren. Die amerikanische Regierung konnte sich zu dieser Zeit lediglich eine derartige Friedenstruppe nur als Teil der US-geführten Koalition vorstellen, die Regierung in Riad befürwortete jedoch eine separate arabische Truppe.⁴³³

Durch den Sturz des Saddam-Regimes weitete sich der amerikanische Einfluss im Mittleren Osten nicht unwesentlich aus. US-Präsident George W. Bush hatte bereits Ende Juli 2004 offiziell die Genehmigung für Waffenlieferungen amerikanischer Hersteller an den Irak erteilt. Nach Meinung des Präsidenten stärken Rüstungsgüter in den Händen der irakischen Regierung nicht nur die Sicherheit der USA, sondern fördern den Weltfrieden überhaupt. Die Waffen wurden im Rahmen des Gesetzes über Militärhilfe ans Ausland in den Irak geschickt. Die irakische Führung erhielt somit den Status einer mit den USA befreundeten Regierung.⁴³⁴ Der Irak-Krieg habe gezeigt, dass selbst die mächtigsten Staaten Freunde brauchen. Wenn dieses Faktum akzeptiert wird, sei das schon ein Schritt zu eine besseren Welt, so Malcolm Fraser, ehemaliger australischer Premierminister.⁴³⁵

Die Debatte um den Internationalen Strafgerichtshof und die Incommunicado-Haft

Die USA wollten ihre Beteiligung an Friedensmissionen der UNO auf den Prüfstand stellen. Ihr Antrag auf Immunität von US-Soldaten vor dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) sorgte für Verstimmung bei den europäischen Alliierten. Realiter waren jedoch die USA seit der Gründung der UNO 1945 viel seltener an Missionen mit einem Mandat der UNO-Sicherheitsrates beteiligt als viele andere Staaten. Nach dem Scheitern der Somalia-Operation 1992 erklärte der damalige US-Präsident Bill Clinton, künftig würden „*nie mehr*“ US-Soldaten einem

⁴³² Senator Richard Lugar während eines Vortrages am 26.6.2004 in Istanbul.

⁴³³ Ringen um neue Truppen, Die Presse, 30.7.2004, S. 4.

⁴³⁴ USA erlauben Waffenlieferung an Bagdad, Die Presse, 23.7.2004, S. 5.

⁴³⁵ Claudia Lagler, Elder Statesmen fordern eine gestärkte UNO, Die Presse, 24.7.2004, S. 6.

UNO-Kommando unterstellt, was jedoch auch nicht in Somalia der Fall war.⁴³⁶

Schon 1992 hatte die US-Regierung mit einem Veto gegen alle *Blauhelm*-Einsätze gedroht, falls die geforderte Immunität für amerikanische UN-Soldaten nicht beschlossen werde. Die USA, sowohl Republikaner und auch Demokraten, lehnen das Römer Statut vom Juni 1998 – es trat am 1. Juli 2002 in Kraft, nachdem es von 60 Signatarstaaten ratifiziert wurde⁴³⁷ – mit der Begründung ab, US-Soldaten könnten aus politischen Gründen für die im Statut in den Artikeln 5 bis 8 angeführten Straftatbestände Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und Aggression angeklagt und willkürlicher Strafverfolgung ausgesetzt werden.⁴³⁸

Die Akzeptanz des IStGH durch die USA wurde verstärkt vor der Machtübergabe an die irakische Interimsregierung diskutiert, in einer Zeit, als Misshandlungen irakischer Gefangener durch US-Militär, Nachrichtendienstpersonal und Mitarbeiter von Privatfirmen⁴³⁹ im Gefängnis *Abu Ghraib* bekannt wurden.⁴⁴⁰ Mitte April 2005 hielten die amerikanischen und irakischen Streitkräfte mehr als 17.000 Frauen und Männer gefangen – die meisten von ihnen ohne formale Anklagen. Zwei Drittel dieser Häftlinge seien als Sicherheitsgefangene eingestuft worden und sitzen ohne Anklage in US-geführten Haftanstalten.⁴⁴¹ Das Oberste Gericht (*Supreme Court*) in Washington urteilte zuvor, dass die im US-Militärstützpunkt Guantanamo Bay auf Kuba inhaftierten mutmaßlichen Terroristen gegen ihre Haft vor amerikanischen Gerichten klagen dürfen.⁴⁴²

⁴³⁶ USA überprüfen Teilnahme an UN-Missionen, *Die Presse*, 25.6.2004, S. 6.

⁴³⁷ Im Jahr 2003 hatten alle EU-Staaten das IStGH-Statut ratifiziert.

⁴³⁸ Näheres in: Gunther Hauser, *Die Sicherheit Europas im Wandel transatlantischer Beziehungen*, 2004, S. 138ff., und Gunther Hauser, *Sicherheitspolitik und Völkerrecht*, Verlag Peter Lang, Frankfurt/Main 2004.

⁴³⁹ Bis zu 50 Prozent der Verhörspezialisten in Abu Ghraib waren Mitarbeiter der Privatfirmen *Titan* und *CACI*. Aus: Thomas Seifert, *An keinen Befehl gebunden*, in: *Die Presse, Spectrum*, 27.5.2006, VII.

⁴⁴⁰ Am 28.4.2004 wurden erstmals Misshandlungen irakischer Gefangener durch amerikanische Sicherheitskräfte im US-Sender CBS verlautbart.

⁴⁴¹ Aus: 17.000 Gefangene im Irak, in: *Die Presse*, 12.4.2005, 6.

⁴⁴² Unter weltweitem Protest wurden zu dieser Zeit auf Guantanamo Bay an die 600 Gefangene ohne Anklage festgehalten. Das US-Militär hielt die Gefangenen für

Die Bush-Administration wird sich nun verstärkt um bilaterale Immunitätsabkommen bemühen. 90 Staaten hatten im Juni 2004 derartige Abkommen mit Washington abgeschlossen – darunter auch einige der 94 Länder, die bis zu dieser Zeit dem ISTGH beigetreten waren. 2004 wurde z.B. auch seitens der argentinischen Regierung die Abhaltung gemeinsamer Manöver mit den USA abgelehnt, weil die Regierung in Buenos Aires das amerikanische Ersuchen ablehnte, US-Soldaten sollten in Argentinien Immunität vor Strafverfolgung genießen.⁴⁴³

Für transatlantische Verstimmung sorgte seitens der USA die Zunahme willkürlicher bzw. geheimer so genannter *Incommunicado*-Haft an unbekanntem Standorten (*blacksites*) unter anderem innerhalb der EU und in Beitrittsländern bzw. die Überflüge von als Zivilflugzeuge getarnten Maschinen der CIA über Territorien von EU-Mitgliedstaaten. Diese Art von Haft ist ein Verstoß gegen den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte aus 1966, den über 150 Staaten unterschrieben haben. Demnach hat jede Person, die in Haft genommen wird, das Recht, unverzüglich einem Richter vorgeführt zu werden, und hat Anspruch auf ein Gerichtsverfahren innerhalb einer angemessenen Frist oder auf Entlassung aus der Haft. Auch hat jede Person, die ihrer Freiheit entzogen ist, das Recht, ein Verfahren vor einem Gericht zu beantragen, damit dieses unverzüglich über die Rechtmäßigkeit der Freiheit entscheiden kann. Laut der Washington Post hatte die CIA Gefängnisse in acht Ländern, so in Afghanistan, Thailand, auf Kuba (Guantánamo) und *einigen Demokratien in Osteuropa*.⁴⁴⁴

„gefährliche Terroristen“, die meisten von ihnen wurden während des „Krieges gegen den Terrorismus“ in Afghanistan im Jahr 2002 festgenommen. Mit diesem Urteil widersprach das Oberste Gericht der bisherigen Argumentation des Weißen Hauses. Zuvor hatten untergeordnete Gerichte die Auffassung der US-Regierung unterstützt, dass Guantanamo Bay außerhalb des Hoheitsgebietes der USA liege und somit auch außerhalb der amerikanischen Gerichtsbarkeit. Aus: Etappensieg für Häftlinge auf Guantanamo Bay, Die Presse, 29.6.2004, S. 4.

⁴⁴³ Aus: Gerd Braune, Die drei „Amigos“ reiten für Sicherheit, in: Die Presse, 24.3.2005, 6.

⁴⁴⁴ Aus: Dana Priest/Josh White, Protest gegen mysteriöse CIA-Lager, in: Der Standard, 4.11.2005, 2.

Die USA sprachen sich Mitte März 2006 auch gegen die Schaffung des Menschenrechtsrates als Nachfolger der Menschenrechtskommission bei den Vereinten Nationen aus. Mit den USA stimmten auch Israel, Palau und die Marschallinseln dagegen. Belarus, der Iran und Venezuela enthielten sich.⁴⁴⁵ 170 Staaten unterstützten die Einrichtung des Menschenrechtsrates. Der neue Menschenrechtsrat soll effizienter jene Staaten anprangern, die systematisch Menschenrechte verletzen. Die UN-Generalversammlung erhielt die Befugnis, Ratsmitglieder aus diesem Grund mit Zweidrittel-Mehrheit zu suspendieren.

Europa und der Mittelmeerraum

Was den Mittelmeerraum betrifft, will sich die EU der von Präsident Bush angekündigten Initiative zur *Förderung der Freiheit* im Nahen und Mittleren Osten nicht direkt anschließen. Die EU stimmt zwar mehrheitlich mit deren Zielen überein und ist zu einer gegenseitigen Abstimmung bereit. Gemeinsame Aktionen und Projekte, wie sie die US-Regierung wünsche, lehnt die EU ab. Die EU will beim Engagement in der Krisenregion ihre eigene Identität bewahren und verweist auf die 1995 begonnene Euro-Mediterrane Partnerschaft. Die EU unterstützt durch diesen Barcelona-Prozess jährlich mit insgesamt 3 Mrd. Euro. Die Unterstützung aus der im Dezember 2002 durch den damaligen US-Außenminister Colin Powell angekündigten vergleichbaren *Middle East Partnership Initiative* (MEPI) belief sich zwischen 2002 und 2005 – ohne die umfangreiche Militärhilfe für Länder wie Israel⁴⁴⁶, Ägypten und Jordanien – dagegen nur auf 130 Mio. US-Dollar.⁴⁴⁷

Die EU-Mittelmeernachbarn gehörten zu den ersten, die besondere Wirtschafts- und Handelsbeziehungen mit der Europäischen Union eingingen. Im November 1995 fand in Barcelona eine Konferenz

⁴⁴⁵ Aus: Lugar Statement on Human Rights Council Vote, Press Release, 15 March 2006.

⁴⁴⁶ Die USA unterstützen Israel jährlich mit rund \$ 3 Mrd. Direkthilfe. Mehr als \$ 2 Mrd. Davon sind militärische Hilfen, der Rest ist Wirtschaftshilfe. Dazu kommen Kreditgarantien in Milliardenhöhe. Quelle: Getrübte Landidylle, in: Die Presse, 12.4.2005, S. 6.

⁴⁴⁷ Annäherungsversuche auf Schloss Dromoland, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26.6.2004, S. 2.

statt, an der alle EU-Mitgliedstaaten und die Mittelmeeranrainerstaaten (mit Ausnahme Libyens, Albaniens und der Länder des ehemaligen Jugoslawiens) teilnahmen. Dadurch wurde die *Euro-Mediterrane Partnerschaft* eingeleitet - eine neue EU-Mittelmeerpartnerschaft mit folgenden Schwerpunkten:

- Politischer Dialog zwischen den Teilnehmerstaaten und eine Sicherheitspartnerschaft, die vor allem auf Rüstungskontrollmechanismen und dem Konzept der friedlichen Beilegung von Konflikten beruht (*Politische und Sicherheitspartnerschaft*);
- Ausbau der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen den beiden Regionen. Entscheidend hierfür ist die Schaffung der Europa-Mittelmeer-Freihandelszone bis 2010, die den WTO-Vorschriften entspricht. Hierdurch soll die mit 800 Millionen Verbrauchern größte Freihandelszone der Welt für Fertigerzeugnisse (*Wirtschafts- und Finanzpartnerschaft*) entstehen. Das dazu ausverhandelte *Agadir-Abkommen* wurde seitens Ägyptens, Jordaniens, Marokkos und Tunesiens am 25.2.2004 unterzeichnet. Das EU-Mittelmeerprogramm MEDA unterstützt dieses Programm mit 4 Millionen Euro;
- Partnerschaft in den Bereichen Soziales und Kultur zur Vertiefung der Beziehungen in den Bereichen Kultur und Zivilgesellschaft.

Folgende Assoziationsabkommen sind in diesem Rahmen bereits in Kraft getreten (in Klammer das Jahr der Unterzeichnung): Tunesien (17. Juli 1995), Israel (20. November 1995), Jordanien (24. November 1997), Marokko (26. Februar 1998), Ägypten (25. Juni 2001), Algerien (22. April 2002), Libanon (17. Juni 2002), Syrien (19. Oktober 2004) und Palästinensische Autonomiebehörde (24. Februar 1997). Im Rahmen des MEDA-Programmes (MEDA = Mesures D'Accompagnement) gewährt die EU den Mittelmeerländern für den Zeitraum 2000-2006 eine finanzielle Unterstützung in Höhe von 5,3 Mrd. Euro.⁴⁴⁸ Dazu kamen

⁴⁴⁸ Quelle: Die Europäische Union in der Welt, http://europa.eu.int/abc/12lessons/index11_de.htm, ausgedruckt am 23.8.2004, 20:59 Uhr.

noch Darlehen der Europäischen Investitionsbank (EIB) in der Höhe von 7,4 Mrd. Euro. Das MEDA-Programm ist seit 2007 in die Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) integriert.

Libyen soll so schnell wie möglich in den Mittelmeerdialog aufgenommen und in die Mittelmeerpartnerschaften integriert werden. Nachdem Staatschef Gaddafi am 19. Dezember 2003 sich nach monatelangen Geheimverhandlungen mit den USA und Großbritannien bereit erklärt hatte, alle libyschen Massenvernichtungswaffen und die Programme zu deren weiteren Entwicklung zu zerstören, wurden die politischen und vor allem auch die wirtschaftlichen Beziehungen – hier vor allem in der Erdölförderung - zwischen Libyen und dem Westen normalisiert. Zudem hatte Gaddafi im Frühjahr 2003 die Verantwortung für das Bombenattentat sowohl auf einem *Pan Am*-Flugzeug über dem schottischen Ort Lockerbie als auch auf ein Flugzeug der französischen UTA über der Ténéré-Wüste übernommen. Zahlungen an die Opferfamilien folgten.

Die Unterstützung für Palästina leitete die Europäische Gemeinschaft schon im Jahr 1971 ein, als der erste Beitrag bereits zum regulären Budget des *United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East* (UNRWA) erfolgte. Diese Hilfeleistung dauert bis heute an. Im Jahr 1980 gaben die damals neun Staaten der Europäischen Gemeinschaften mit der Erklärung von Venedig (*Venice Declaration*) ihre Förderung zur Verwirklichung der Selbstbestimmung Palästinas zum Ausdruck. Die finanziellen Unterstützungen beinhalteten im Rahmen verschiedener NGO-Projekte die Weiterentwicklung der Bereiche Bildung, Gesundheit, und Landwirtschaft.⁴⁴⁹

Israels Vorwurf an die EU war stets, parteiisch in den Nahost-Konflikt eingegriffen zu haben. Israel verweigert der EU deshalb die Übernahme einer echten Schlüsselrolle im Nahost-Konflikt, wie sie den USA zukommt. Der damalige EU-Sonderbeauftragte für den Nahen Osten, Marc Otte, musste im Jahr 2003 monatelang um Termine mit israelischen Regierungsmitgliedern bitten. Die israelische Seite

⁴⁴⁹ Quelle: EU financial assistance to the Palestinians, in: The EU's relations with West Bank and Gaza Strip – Overview, Last update: may 2004, http://europa.eu.int/comm/external_relations/gaza/intro/index.htm .

verweigerte ihm Gespräche, weil dieser sich mit Jassir Arafat getroffen hatte. Israel kritisierte stets die Finanzhilfe der EU an die Palästinenser und beschuldigte die Palästinensische Behörde, Teile des EU-Transfers abgezweigt und zur Unterstützung des Terrors verwendet zu haben. Die israelische Regierung untermauerte diese Anschuldigung durch die Übermittlung von nachrichtendienstlichen Informationen an die EU.

Der Internationale Währungsfonds (IWF) hatte bereits 2003 aufgedeckt, dass in der Autonomiebehörde zwischen 1995 und 2000 rund 900 Millionen US-Dollar verschwunden sind. Arafats Privatvermögen wurde auf ca. 300-600 Millionen US-Dollar geschätzt. Die PLO hielt demnach von Moskau bis Tokio, in Ost-Jerusalem und in der Schweiz Bankkonten, die teilweise unter Privatnamen liefen. Israelischen Quellen zufolge hielt die PLO an zahlreichen europäischen Börsen Aktien, unter anderem von *Daimler-Benz*. Neben Einnahmen aus Spenden befreundeter arabischer Staaten stammten die Gelder meist aus Waffenschmuggel, Drogenhandel und anderen kriminellen Tätigkeiten. Größter ausländischer Financier ist die EU, die allein zwischen 2000 und 2003 ca. 925 Millionen Euro an Jassir Arafat überwies, der über das Geld eigenmächtig verfügte. So flossen gemäß einem Bericht der 2003 eingesetzten Untersuchungskommission im Europäischen Parlament 39.000 Euro an EU-Geldern an einen Aktivist von Arafats Fatah-Bewegung. Die Antibetrugseinheit der EU (OLAF) hatte zu dieser Zeit jedoch keine größeren Unregelmäßigkeiten festgestellt. Mit Projekten wie z.B. den Bau des Flughafens von Gaza kam die EU auf Unterstützungen im Ausmaß von 255 Millionen Euro im Jahr. Seit dem Beginn der Selbstverwaltung flossen rund 6,5 Mrd. US-Dollar in die Kassen der Autonomiebehörde, die von der *Samed* (Abkürzung für: *Söhne der palästinensischen Märtyrer*)⁴⁵⁰, dem wirtschaftlichen Arm der PLO, verwaltet wurde. 100 Millionen jährlich bekam der Präsident direkt. Unregelmäßigkeiten in der Buchführung führten dazu, dass in manchen Jahren bis zu 40 Prozent des gesamten Jahresbudgets der Autonomiebehörde verloren gingen.

Bis zum Frühjahr 2002 hatte die EU ca. 4,1 Mrd. Euro in die Palästinensergebiete überwiesen. Als Israel nach dem Beginn des

⁴⁵⁰ Zahlen und Fakten aus: Andreas Schnauder, Nahost: EU spielt zweite, aber teure Geige, in: Die Presse, 12.11.2004, 7.

Palästinenseraufstandes seine Transferzahlungen einstellte, sprang die EU zusätzlich 2001 und 2002 mit 10 Millionen Euro monatlich ein, um den Zusammenbruch der öffentlichen Versorgung zu vermeiden. Kurz darauf veröffentlichte Israels Regierung die Akte Arafat, die belegt, dass der Präsident der Palästinensischen Autonomiebehörde Terroranschläge finanziert hat. Seither vergibt die EU nur noch projektbezogene Gelder.⁴⁵¹

Das Verhältnis zwischen Israel und der EU bleibt nicht ohne Reibungsflächen. Laut Angaben der israelischen Zeitung *Jerusalem Post* bedauert die israelische Regierung die Ablehnung des EU-Verfassungsvertrages durch Frankreich und die Niederlande im Mai/Juni 2005 nicht. Denn eine durch die Verfassung geeinte EU würde ein politisch stärkeres Gewicht der EU in Nahost bedeuten, die israelische Interessen in der Region gefährden könnten. Israel sei mit der jetzigen unipolaren Weltordnung sehr zufrieden, in der die USA, geführt von einem Israel-freundlichen Präsidenten, dominierten. Jede Aufweichung dieses US-dominierten Machtgefüges durch Europäer, Russen oder Chinesen, würde in Jerusalem Besorgnis erregen. Die Zeitung schrieb, dass dies „aus offensichtlichen Gründen niemand aus der Regierung unter Ariel Scharon öffentlich erklären würde“. Scharon misstrauere den europäischen Vorstellungen und wolle die EU aus dem diplomatischen Prozess in Nahost heraushalten.⁴⁵²

Aufgrund der zeitweise chaotischen Zustände an der Grenze zwischen dem Gaza-Streifen und Ägypten nach dem Rückzug der israelischen Sicherheitskräfte und der davor erfolgten Aussiedlung von 8.500 Bewohnern aus 21 jüdischen Siedlungen im Gazastreifen (15.-25. August 2005) hatte sich im September 2005 die israelische Regierung jedoch offen gezeigt, dass die EU eine Rolle in der Wiederherstellung von Sicherheit übernehmen solle. Darüber ist eine Grundsatzvereinbarung am 19. September 2005 mit der EU getroffen worden. Demnach könnten EU-Sicherheitskräfte mit jenen der Palästinenser und der ägyptischen Polizei zusammenarbeiten: „Das wäre

⁴⁵¹ Quelle: Susanne Knaul, Das Finanzimperium der PLO, in: Die Presse, 10.11.2004, 7.

⁴⁵² Quelle: Israel freut sich über durch Nein geschwächte EU, in: Die Presse, 2.6.2005, 3.

eine Sicherheitsfunktion der EU im Rahmen ihrer Rolle im weltweiten Kampf gegen den Terror, um Terroristen und deren Waffen daran zu hindern, nach Gaza zu kommen“, so ein israelischer Vertreter.⁴⁵³ Der palästinensische Chefunterhändler Saeb Erekat betonte, die Palästinenser seien prinzipiell für eine Präsenz der EU an der Grenze zu Ägypten. Ende 2005 begann die EU ihre Grenzassistenzmision (*Border Assistance Mission*) in Rafah sowie am 1. Januar 2006 die Polizeimission EU COPPS in Palästina.

Was die Beziehungen zur NATO und EU betreffen, sucht nun Israel die Nähe zu beiden Organisationen. Der israelische Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland, Schimon Stein, betonte, es gibt das „klare Ziel, den Dialog sowohl mit der NATO als auch mit der EU zu intensivieren und die Beziehungen aufzuwerten.“⁴⁵⁴ Auf dem NATO-Gipfel von Istanbul Ende Juni 2004 ist beschlossen worden, den Kreis der Mittelmeer-Dialogländer hinaus in die Region des Persischen Golfes zu erweitern. Israel plädiert in diesem Zusammenhang für eine variable Geometrie, bei der die NATO nicht unbedingt das gleiche *Menü* für alle Dialogländer anbietet. Israel hätte, so Stein, mehr anzubieten als andere Staaten der Region. In Israel wird seit einigen Jahren bereits diskutiert, ob feste Allianzen mehr Vorteile oder Nachteile hätten. Denkbar, so Stein, wären auch Modelle wie etwa Finnland oder Schweden. Diese Länder sind keine NATO-Vollmitglieder, unterhalten aber sehr enge Beziehungen. Die Aufwertung der Beziehungen mit der NATO bezieht sich vor allem auf eine gemeinsame Koordination im Kampf gegen den Terror.

Das NATO-Land Türkei nimmt eine besondere Schlüsselrolle ein: 1996 wurde die Allianz zwischen Israel und der Türkei vereinbart, die von den USA in der unsicheren Region des Nahen Ostens gefördert wurde. Die Türkei ist geostrategisch zum wichtigsten Verbündeten der

⁴⁵³ Aus: Israel offen für EU-Sicherung der Grenze Gaza-Ägypten, in: derStandard.at, Onlinesite der Tageszeitung *Der Standard*, 21.9.2005, 21:50 Uhr, <http://derstandard.at/druck/?id=2179398>.

⁴⁵⁴ Interview mit dem Botschafter Schimon Stein, „Israel sucht Nähe zu NATO und EU“, veröffentlicht in: Handelsblatt.com, 28.1.2005, 14:19 Uhr.

USA in Vorderasien geworden – sowohl als Ordnungsmacht in Afghanistan und als Frontstaat gegen den Irak.⁴⁵⁵

Nachdem die NATO seit längerer Zeit mit Israel und anderen südlichen Mittelmeeranrainerstaaten zusammenarbeite, wurde seitens des Bündnisses ein Friedenseinsatz in Israel/Palästina ernsthaft in Erwägung gezogen. Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer sagte, es sei zwar derzeit nicht sinnvoll, am Nahost-Friedensprozess teilzunehmen. Nach der Unterzeichnung eines Friedensabkommens zwischen der palästinensischen Führung und der israelischen Regierung sei es „logisch“, dass die NATO eingeladen werde, friedenserhaltend zu operieren. Die NATO könne aber nur auf Anfrage der Beteiligten aktiv werden: „Wenn der Ruf an die NATO ergeht, müssen wir bereit sein, positiv zu reagieren“, forderte der Generalsekretär.⁴⁵⁶ Er gehe davon aus, dass bei der Absicherung des Friedens sowohl europäische als auch amerikanische Soldaten beteiligt sein werden.

Ziel der NATO ist es, auch mit den Ländern des Mittelmeerdialoges Friedenseinsätze durchzuführen. Aus diesem Grund wurden im November 2004 erstmals seitens der NATO die Generalstabschefs der Länder des NATO-Mittelmeerdialoges – Ägypten, Algerien, Jordanien, Marokko, Mauretanien, Tunesien und Israel – eingeladen. Sie vereinbarten eine umfangreiche Zusammenarbeit im Bereich der militärischen Ausbildung. Geplant ist auch, den Austausch nachrichtendienstlicher Informationen über terroristische Aktivitäten zwischen den südlichen Mittelmeeranrainerstaaten zu intensivieren. Die Mittelmeerpartner wurden auch eingeladen, sich an Manövern, an internationalen Operationen und an der Seeraumüberwachung im Mittelmeer zu beteiligen. Marokko z.B. stellt seit den neunziger Jahren Soldaten (Anzahl: 600) in Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien.

Israelische Militärs beteiligten sich im Juni 2005 an Übungen in Italien (U-Boot-Seenotrettungsübung *Sorbet Royal 05*) und an der Landstreitkräfteübung in der Ukraine (*Cooperative Best Effort 05*).

⁴⁵⁵ Aus: Heinz Brill, Strategische Allianzen in der internationalen Politik. Unilateralismus versus Multipolarität, in: ÖMZ 5/2002, 539-546, 545.

⁴⁵⁶ Aus: Struck: Bundeswehr bereit zu Friedenseinsatz in Israel, in: FAZ.NET vom 12.2.2005, Onlinedienst der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.

Zwischen 22. und 26. März 2005 besuchte ein NATO-Flottenverband der *Standing NATO Response Force Mine Counter Measures Group 2* (SNMCMG2)⁴⁵⁷ den israelischen Hafen Eilat.

Im Libanon fand zwischen 1975 und 1990 ein heftig ausgetragener konfessioneller Bürgerkrieg statt. Unter dem Vorwand, die Christen zu schützen, marschierten 1976 syrische Truppen in den Libanon ein. Am Ende des Bürgerkrieges erfolgte die Vereinbarung eines strengen konfessionellen Proporz: Der Staatspräsident muss immer ein maronitischer Christ sein, der Premier Sunnit und der Parlamentspräsident Schiit.⁴⁵⁸ Nach wie vor sind interkonfessionelle Ehen im Libanon – insgesamt leben dort über 18 verschiedene religiöse und ethnische Gruppen sowie mächtige Familien - verpönt. Der Bürgerkrieg im Libanon wurde formal mit dem Taif-Übereinkommen aus dem Jahr 1989 mit Hilfe der Arabischen Liga seit beendet. Seit der Ermordung von Ex-Premier Rafik Hariri am 14. Februar 2005 durch eine Autobombe wird heftig um den syrischen Einfluss im Libanon gerungen. Die Opposition machte dafür die syrische Regierung verantwortlich. Auf massiven internationalen Druck – vor allem seitens der USA – leitete Syriens Präsident Baschar al-Assad Anfang März 2005 nach 30 Jahren den Abzug der syrischen Truppen im Libanon ein. Der Beginn des Abzugs aller 14.000 Soldaten sowie der Nachrichtendienste erfolgte wenige Tage später, ein genauer Zeitplan dazu existierte jedoch nicht. Der erste Schritt des Abzuges syrischer Truppen und Nachrichtendienste aus dem Libanon erfolgte ab 8. März 2005, als Syrien seine Truppen zunächst in die grenznahe Bekaa-Ebene einleiteten. Der vollständige Abzug der syrischen Truppen war

⁴⁵⁷ Dieser Flottenverband wurde am 26.5.1999 geschaffen und setzt sich aus Schiffen folgender Staaten zusammen: Deutschland, Griechenland, Italien, Spanien und der Türkei. Aus: NATO ships visit Elat, Israel, <http://www.nato.int/shape/news/2005/03/i050321a.htm> .

⁴⁵⁸ Moslems stellen im Libanon knapp die Mehrheit: 32 Prozent der Bevölkerung bekennen sich zur schiitischen, 21 Prozent zur sunnitischen Richtung des Islam. 7 Prozent sind Drusen. Für die Drusen ist der Koran nicht rechtlich verbindlich, seine Anhänger glauben an die Seelenwanderung. Unter den christlichen Konfessionen dominieren die Maroniten, eine mit dem Vatikan unierte christliche Kirche. Sie stellen etwa ein Viertel der Bevölkerung. Gemeinsam mit Griechisch-Orthodoxen, Griechisch-Katholischen und Armeniern ergibt sich ein Christen-Anteil von rund 40 Prozent. Quelle: Zurück ins Chaos?, in: Die Presse, 24.3.2005, 7.

schließlich am 24. April 2005 beendet, die offizielle Verabschiedung kam zwei Tage später. Nach dem Abzug der syrischen Truppen aus dem Libanon, der möglichen Entstehung eines Palästinenserstaates sowie der bereits in den neunziger Jahren unterzeichneten Friedensverträge zwischen Israel sowie Ägypten und Jordanien sollte sich auch die außenpolitische Lage im Libanon verbessern. Ein Problem stellt jedoch die Hisbollah dar, die von Syrien nach wie vor politisch unterstützt und vom Iran finanziert wird. Die Hisbollah setzt sich aus 500 militärisch ausgebildeten Aktivisten zusammen. Die UN-Sicherheitsratsresolution 1559 vom September 2004 forderte eine vollständige Entwaffnung der Hisbollah.⁴⁵⁹ Nach allgemeinem Völkerrecht ist es somit Aufgabe des libanesischen Staates, die Hisbollah auch daran zu hindern, mit Waffengewalt gegen das israelische Territorium und seine Bewohner vorzugehen.⁴⁶⁰

Die EU unterstützt Friedensbemühungen, die von der Arabischen Liga – falls Einigkeit besteht – angestrebt werden. Die Arabische Liga wurde 1945 geschaffen. Zu den Gründungsmitgliedern der Liga – Ägypten, Irak, Jemen, Jordanien, Libanon, Saudi-Arabien und Syrien – kamen später Algerien, Sudan, Libyen, Marokko, Tunesien, Bahrain, Katar, Kuwait, Oman, die Vereinigten Arabischen Emirate, Mauretanien, Somalia, Dschibuti, die Komoren und Palästina dazu. Höchstes Gremium der Liga ist der Rat der Könige und Staatshäupter. Die schwerste Krise in der Geschichte der Organisation löste der irakische Überfall auf Kuwait 1990 aus. Aufgrund des Streits über eine gemeinsame Irak-Politik kamen in den folgenden zehn Jahren nur mehr zwei Gipfeltreffen zustande. Mit einer Neuauflage eines Friedensangebotes an Israel wartete der Gipfel der Arabischen Liga in Algier am 22. März 2005 auf. Im Gegenzug zur Rückgabe der israelisch besetzten Gebiete im Gazastreifen, dem Westjordanland und den Golanhöhen bieten die arabischen Staaten, wie beim Gipfel in Beirut im Jahr 2002 vorläufig beschlossen, eine Normalisierung der Beziehungen

⁴⁵⁹ Die Hisbollah entstand 1983 als eine anti-israelische Splittergruppe der schiitischen Amal. Ein von der Hisbollah im Jahr 1983 durchgeführtes Selbstmordattentat mit einem Lastkraftwagen gegen eine Basis der *US Marines* in Beirut tötete 241 amerikanische Soldaten und beschleunigte den Abzug der US-Friedenstruppen aus dem Libanon.

⁴⁶⁰ Manfred Rotter, Die Rache des Völkerrechts, in: Der Standard, 5.8.2006, 39.

zu Israel an. Ein ursprünglich weitergehender jordanischer Vorschlag, der eine diplomatische Aussöhnung ohne weitere Forderungen an Israel zum Inhalt hatte, wurde abgelehnt. *„Israel erwartet, dass die Araber Zugeständnisse machen, ohne dass Israel etwas dafür gibt“*, meinte der Generalsekretär der Arabischen Liga, der Ägypter Amru Musa. *„Nur wenn eine Verpflichtung einer anderen gegenübersteht, werden wir einen ausgewogenen Frieden erreichen.“*⁴⁶¹

In dem drei Punkte umfassenden Entwurf fordert die Arabische Liga den Rückzug Israels aus allen Gebieten, die israelische Truppen 1967 im Sechs-Tage-Krieg besetzt hatten. Das Dokument spricht auch von der Notwendigkeit eines palästinensischen Staates und einer *„Garantie des Rechtes der palästinensischen Flüchtlinge“* als grundlegende Faktoren für einen Frieden mit Israel. Damit hat die Arabische Liga erneut im Konsens implizit die Existenz Israels anerkannt.⁴⁶² Die Wiederauflage des arabischen Friedensangebotes kam nach einem Monat, nachdem sich der palästinensische Ministerpräsident Mahmud Abbas und dessen israelischer Amtskollege Ariel Scharon im ägyptischen Badeort Scharm El-Scheikh auf einen Waffenstillstand geeinigt hatten. Die Arabische Liga hat viel an Einfluss verloren. Die arabischen Präsidenten, Könige und Emire bleiben dem Treffen der Arabischen Liga immer mehr fern. In Algier nahmen nur 12 der 22 Mitgliedstaaten teil. Zudem beklagte der Generalsekretär die fehlende Zahlungsmoral der Mitgliedstaaten: Aufgrund des Defizits der Liga kann seine Arbeit kaum mehr verrichten könne. Amru Musa sprach von 115 Millionen US-Dollar angemahnter und 55 Millionen anderer Außenstände.⁴⁶³

Im Juli 2006 kam es durch die Entführung zweier israelischer Soldaten durch die Hisbollah zu heftigen Bombardements im Libanon – durchgeführt von der israelischen Luftwaffe. Israelische Bodentruppen marschierten in den Süden des Libanon ein. Der ursprüngliche Plan des Anführers der schiitischen Hisbollah-Miliz, Hassan Nasrallah, bestand darin, mit der Geiselnahme zweier israelischer Soldaten am 12. Juli 2006

⁴⁶¹ Aus: Karim El-Gawhary, 60 Jahre und kein bisschen effizient, in: Die Presse, 23.3.2005, 5.

⁴⁶² Ebenda.

⁴⁶³ Ebenda.

den in Israel inhaftierten PLO-Terroristen Samir Kuntar freizupressen.⁴⁶⁴ Zuvor, am 24. Juni 2006, entführten militante *Hamas*-Aktivisten⁴⁶⁵ einen israelischen Soldaten in den Gazastreifen und versuchten, mit ihm 1.000 in Israel gefangen gehaltenen Palästinenser freizupressen. Daraufhin begann Israel am 27. Juni 2006 eine Militäroperation mit erheblichen Zerstörungen im südlichen Gazastreifen. Am 22. Juni 2006 schien Israel nach dem missglückten einseitigen Rückzug aus dem Gazastreifen bereit, mit dem palästinensischen Präsidenten Mahmud Abbas über die weitere Trennung palästinensischen Territoriums von Israel und die endgültige Zweistaatlichkeit zu verhandeln. Bei den israelischen Angriffen im Libanon und jenen der Hisbollah gegen Israel kamen in den ersten Wochen fast 1.000 Zivilisten⁴⁶⁶ ums Leben.⁴⁶⁷ Grünes Licht für die Entsendung einer multinationalen Schutztruppe zur Unterstützung der libanesischen Armee bei der Friedenssicherung – nach sofortigem Ende der Kampfhandlungen seitens der Hisbollah und Israel – gab es seitens der UN-Sicherheitsratsmächte, Israels und des Libanon. Die Entsendung einer derartigen 15.000 Soldaten umfassenden Friedenstruppe wurde im UN-Sicherheitsrat mittels der Resolution 1701

⁴⁶⁴ Kuntar überfiel im Jahr 1979 u.a. mit anderen PLO-Terroristen im nordisraelischen Nahariya eine israelische Familie, und erschoss dabei den Vater Danny Haran und seine zweijährige Tochter. Die vierjährige Yael Haran erstickte. Einzig die Ehefrau überlebte. Aus: Die Presse, 7.8.2006, 1.

⁴⁶⁵ Die Hamas gehört nicht der PLO an, lehnt die Existenz des Staates Israel ab und stellt seit 2006 die Regierung in den Autonomiegebieten.

⁴⁶⁶ Bilanz eines Krieges: Circa 1.100 Menschen starben durch israelische Angriffe im Libanon, mehrheitlich Zivilisten. 144 israelische Opfer, davon 104 Soldaten. Mehr als 900.000 Libanesen wurden zu Flüchtlingen, 300.000 Israelis verließen den Norden ihres Landes, auf den über 3.500 Raketen der Hisbollah fielen. Die Schäden im Libanon werden auf mehr als 2,5 Mrd. US-Dollar geschätzt. Ein 130 km langer Ölteppich vor der Küste Libanons löste eine Umweltkatastrophe aus. Ursache war die Bombardierung eines Kraftwerks 30 km südlich von Beirut. Keiner der entführten israelischen Soldaten wurde befreit. Aus: Bilanz eines Krieges, in: Die Presse, 14.8.2006, 3.

⁴⁶⁷ So starben bei den Luftangriffen auf das südlibanesisches Kana am 30.7.2006 rund 60 Zivilisten, mehrheitlich Frauen und Kinder. Tags zuvor flossen nach einem Luftangriff auf ein Kraftwerk 15.000 Tonnen Schweröl ins Mittelmeer – der Ölteppich breitete sich auf hunderte Kilometer aus. Am 25.7.2006 bombardierte die israelische Luftwaffe einen UN-Posten, bei dem vier UN-Soldaten aus der Volksrepublik China, aus Finnland, Kanada und aus Österreich ums Leben kamen.

(12. August 2006) beschlossen.⁴⁶⁸ EU-Staaten stellen mehr als die Hälfte der UN-Soldaten für die Libanon-Friedensmission, davon 3.000 aus Italien und 2.000 aus Frankreich. Die UN-Friedenstruppe hat den Auftrag, den Waffenstillstand zu schützen, nicht jedoch, die Hisbollah zu entwaffnen. Libanesische Truppen wurden in den Süden des Landes verlegt, der Süden war zuvor von der Hisbollah kontrolliert worden. Die Armee soll dafür sorgen, dass die Miliz vom Waffennachschub abgeschnitten wird. Zwischen der *Blauen Linie* (Grenze zwischen Israel und dem Libanon) und dem Litani-Fluss wurde zudem eine Zone errichtet, in der sich außer den libanesischen und UNIFIL-Truppen keine Bewaffneten aufhalten dürfen. Die israelischen Truppen wurden im Gegenzug dazu aufgefordert, den Südlibanon zu verlassen. Verhängt wurde auch ein Waffenembargo gegen den Libanon, ausgenommen davon sind Lieferungen an die libanesischen Streitkräfte. In der Präambel der Resolution wird die bedingungslose Freilassung der von der Hisbollah-Miliz entführten israelischen Soldaten gefordert. Die internationale Staatengemeinschaft wird aufgerufen, dem Libanon mit finanzieller und humanitärer Hilfe zur Seite zuzustehen – insbesondere bei der Rückkehr der Flüchtlinge, der Öffnung der Häfen und des Beiruter Flughafens. Die UN-Mitgliedstaaten werden auch aufgefordert, für die Zukunft finanzielle Ressourcen für den Wiederaufbau und die Entwicklung des Libanon bereitzustellen. Auf einer internationalen Geberkonferenz in Stockholm beschlossen die Teilnehmerstaaten (48 Regierungen), zunächst mehr als 500 Millionen Euro als Soforthilfe im Zeitraum von vier Monaten dem Libanon zukommen zu lassen. Die EU und deren Mitgliedstaaten stellten davon ein Fünftel zur Verfügung, Deutschland zahlte 22 Millionen Euro. Dieses Geld wurde für Unterkünfte zehntausender obdachloser Familien, den Aufbau medizinischer Versorgung, die Instandsetzung von Straßen und Brücken und die Entschärfung von Bomben und Sprengsätzen verwendet. Kuwait und Saudi Arabien hatten – unabhängig von der Geberkonferenz –

⁴⁶⁸ Dieser UN-Resolution stimmten alle fünf Vetomächte USA, Russland, China, Großbritannien und Frankreich zu.

Zahlungen von 800 sowie 500 Millionen US-Dollar in Aussicht gestellt.⁴⁶⁹

Eine der größten Herausforderungen für den Mittelmeerraum bleibt die Bewältigung des Terrorismus, auch jener Organisationen, deren Vertreter sich in Regierungen befinden – wie Hamas (Palästina)⁴⁷⁰ und Hisbollah (Libanon). Eine weitere enorme Herausforderung für die Beziehungen zwischen den EU-Staaten und der islamischen Welt bildet – wie der Streit um die Karikaturen des islamischen Propheten *Mohammed* in europäischen Zeitungen⁴⁷¹ Anfang 2006 verdeutlichte – die Vertiefung des friedlichen Dialogs und der Respekt zwischen den Kulturen.⁴⁷² Der Karikaturenstreit hat, so die österreichische Außenministerin Ursula Plassnik, „den Schleier weggezogen vor tiefer liegenden Problemen.“⁴⁷³

Europa und Afghanistan/Zentralasien

Zahlreiche EU-Staaten beteiligten sich an der von der anfänglich von den Vereinten Nationen und seit 11. August 2003 von der NATO geführten ISAF (*International Security Assistance Force*). So nahmen auch sogenannte neutrale und bündnisfreie Länder wie Österreich an der ISAF teil: Zwischen Februar und Dezember 2002 mit 75 und zwischen

⁴⁶⁹ Aus: Hannes Gamillscheg, „Libanon 15 Jahre zurückgebombt“, in: Die Presse, 1.9.2006, 8.

⁴⁷⁰ Obwohl die Hamas bei den Wahlen Anfang 2006 eine ausreichende Mehrheit im Parlament erzielte, hatte sie versucht, die Fatah an der palästinensischen Regierung zu beteiligen.

⁴⁷¹ Am 30.9.2005 zeigte die dänische Zeitung *Jyllands-Posten* Karikaturen des Propheten Mohammed, eine norwegische Zeitung zog im Januar 2006 nach. In diesem Monat zog Saudi-Arabien seinen Botschafter aus Dänemark ab, es kam in der islamischen Welt zu ersten Gewalttaten: Militante griffen die EU-Vertretung in Gaza an. Anfang Februar 2006 zündeten Demonstranten dänische und norwegische Botschaften in Damaskus und Beirut an. Am 6.2.2006 attackierten aufgebrachte Studenten die österreichische Botschaft in Teheran.

⁴⁷² Beim Karikaturenstreit wurde auch die österreichische Botschaft in Teheran – Österreich hatte damals den EU-Ratsvorsitz – attackiert. Während dieses Streites haben in Palästina nicht Anhänger der Hamas, sondern jene der Fatah EU-Einrichtungen zerstört. Aus: Wolfgang Böhm, Politische Macht verändert Islamisten. Interview mit dem Islamwissenschaftler Stephan Rosiny, in: Die Presse, 2.9.2006, 8.

⁴⁷³ So Bundesministerin Ursula Plassnik während des Europäischen Forums Alpbach, 29.8.2006.

August und Oktober 2005 mit 93 Soldaten.⁴⁷⁴ Die Lage in Afghanistan ist nach wie vor instabil. Im Zuge der Wahlen Mitte September 2005 hatten die Angriffe auf Mitarbeiter der Vereinten Nationen und auf Friedenstruppen vehement zugenommen. Zudem kam es täglich zu Gefechten zwischen amerikanischen Truppen und der *Taliban*. Westliche Staaten so auch *neutrale* Länder wie Österreich rückten mit dem Sicherungseinsatz in Afghanistan aus Sicht der Terroristen in die Liga der „*Kreuzfahrer-Staaten*“ auf – also jener Staaten, die Soldaten auf *islamischem Territorium* stationiert haben. Ihnen hat besonders Osama Bin Laden den Terrorkampf angesagt.

Vorerst galt es seitens der USA, zu den 65.000 bereits demobilisierten offiziellen Milizen noch 120.000 irreguläre Kämpfer zu entwaffnen, die in nicht weniger als 1.800 Gruppen zersplittert waren.⁴⁷⁵ Im Sommer 2005 hatten sich im afghanischen Grenzgebiet zu Pakistan neue Taliban-Verbände formiert, die von Pakistan aus Unterstützung erhielten. Der Taliban-Führer Mullah Omar hat dem demokratischen Prozess offen den *Heiligen Krieg* erklärt. In der Provinz Paktia erschossen Radikale Ende Juli 2005 einen Parlamentskandidaten.

Die NATO steuert langfristig auf eine Übernahme des noch von den USA geführten Anti-Terror-Einsatz *Enduring Freedom* zu. Zunächst gilt es, Synergieeffekte zwischen der ISAF und der *Operation Enduring Freedom* (OEF) zu nutzen.⁴⁷⁶ Die ca. 20.000 Soldaten der OEF übernehmen verstärkt allgemeine Sicherungsaufgaben, fahnden jedoch auch nach Kämpfern der islamistischen *Taliban* und des Terrornetzwerkes *Al Quida*. Beide Einsätze sollen getrennte Mandate behalten. Die NATO wolle aber die Synergieeffekte nutzen, so insbesondere in den Bereichen Logistik und Aufklärung. Ein gemeinsames Kommando für beide Einsätze unter der Führung durch die ISAF (britisches Kommando) wurde seitens der NATO nach den

⁴⁷⁴ Die Bundesheer-Soldaten waren beauftragt, als Teil der ISAF für Sicherheit rund um die Parlamentswahlen (Wahlen zur Volkskammer – *Wolesi Jirga*) am 18.9.2005 zu sorgen.

⁴⁷⁵ Bernard Imhasly, Die Taliban-Milizen schlagen zurück, in: Die Presse, 1.8.2005, 1.

⁴⁷⁶ Statement Issued by the Heads of State and Government Participating in a Meeting of the North Atlantic Council in Brussels on 22 February 2005, PR/CP (2005)22.

Wahlen in Afghanistan – wahrscheinlich im Jahr 2006 – nicht abgeschlossen.⁴⁷⁷

Die NATO versucht, Verbündete in den Kampf gegen den Terrorismus verstärkt mit einzubinden. Am 2. März 2005 unterzeichneten der NATO-Generalsekretär und Georgiens Außenministerin Salome Zurbischwili in Brüssel ein Übereinkommen für den *Host Nation Support* von NATO-Truppen seitens des südkaukasischen Landes. Dieses Abkommen garantiert den Transport von NATO-Truppen über georgisches Territorium – zu Luft und zu Land -, im Rahmen der ISAF.⁴⁷⁸

Während Georgien und Russland mit der NATO Abkommen für den Transport von Truppen – vor allem nach Afghanistan – abgeschlossen hatten, hatte die usbekische Staatsführung jene Ende Juli 2005 der USA offiziell aufgefordert, einen für den Afghanistan-Einsatz eingerichteten Militärstützpunkt in Usbekistan zu räumen. Dem gingen monatelange Spannungen zwischen beiden Regierungen voraus, weil die US-Administration die blutige Niederschlagung eines Aufstandes in der ostusbekischen Stadt Andischan im Mai 2005, bei denen zwischen 187 (Angaben der Regierung) und 800 (Angaben der Opposition) Menschen getötet wurden⁴⁷⁹, verurteilt und die usbekische Regierung ersucht hatte, das gewaltsame Einschreiten der usbekischen Sicherheitskräfte zu untersuchen. Usbekistans Staatschef Islam Karimow sprach daraufhin von einer Einmischung in innere Angelegenheiten. Auch seitens der NATO hieß es⁴⁸⁰:

⁴⁷⁷ Aus: NATO bereit für größere Rolle in Afghanistan, REUTERS Deutschland, 10.2.2005, 16:38 CET.

⁴⁷⁸ NATO and Georgia sign transit agreement, Press Release (2005)026, 2 March 2005.

⁴⁷⁹ In der im äußersten Osten des Landes gelegenen 325.000-Einwohner-Stadt Andischan gerieten Proteste gegen einen Prozess gegen 23 Geschäftsleute, die die Behörden der Zugehörigkeit zu einer islamistischen Gruppe beschuldigten, außer Kontrolle. Bewaffnete Regimegegner stürmten Kasernen und Verwaltungsgebäude und befreiten hunderte Insassen aus einem Gefängnis. Daraufhin ließ Präsident Islam Karimow hart durchgreifen. So sollen Regierungstruppen auf unbewaffnete Demonstranten geschossen haben. Aus: Martin Malek, Usbekistan zwischen Autoritarismus und islamischer Bedrohung, November 2005, 3f.

⁴⁸⁰ Aus: North Atlantic Council statement on the situation in Uzbekistan, Press Release (2005)064, 24 May 2005.

„We condemn the reported use of excessive and disproportionate force by the Uzbek security forces ... and urge the Uzbek authorities to allow such an investigation.

The Alliance expects all its Partners to fulfil their commitments to basic freedoms, human rights and other fundamental values. Uzbekistan has undertaken these commitments in joining NATO's PfP and Individual Partnership Action Plan, as well within the OSCE.

We will keep our relationship with Uzbekistan under close review, and call for transparency, co-operation with international organizations and domestic reform to strengthen democracy and the protection of human rights.”

Die EU hatte am 3. Oktober 2005 Sanktionen gegen Usbekistan verhängt, da Präsident Islam Karimow eine unabhängige Untersuchung des Massakers von Andischan verhinderte. Zunächst verbot die EU die Ausfuhr von Waffen in das zentralasiatische Land. Außerdem wurde gegen hochrangige Politiker und Beamte Usbekistans, die die blutige Niederschlagung des Aufstandes in Andischan zu verantworten hatten, ein Einreiseverbot in die EU ausgesprochen. Das 1999 in Kraft getretene Partnerschafts- und Kooperationsabkommen wurde zum Teil außer Kraft gesetzt.

Die USA haben anlässlich des Afghanistan-Krieges 2001 zwei Militärstützpunkte in Kirgisien (Manas bei Bischkek) und in Usbekistan (Khanabad) eingerichtet. Beide Länder wurden zu Drehscheiben im Kampf der USA und ihrer Verbündeten gegen die *Taliban* und Osama Bin Ladens *Al Kaida* in Afghanistan. Die US-Botschaft in Taschkent habe eine diplomatische Note der usbekischen Regierung erhalten, in der die Nutzungsrechte für die Luftwaffenbasis im Süden des Landes entzogen wurde. Usbekistan habe den USA 180 Tage Zeit gegeben, um Personal, Flugzeuge und Ausrüstung vom Luftwaffenstützpunkt abzuziehen. Anfang Juli 2005 hatten mehrere zentralasiatische Staaten auf Betreiben Usbekistans – die so genannte *Shanghai*-Organisation (China, Russland, Kasachstan, Kirgisien, Tadschikistan und Usbekistan) - von den USA einen Zeitplan für den Abzug aus der Region gefordert. Kirgisien milderte die Forderung später wieder ab und sicherte den USA zu, die Basis im Land bis zur Klärung der Lage in Afghanistan behalten zu dürfen. Am 11. Oktober 2005 sicherte die kirgisische Führung den

USA während eines Besuches von US-Außenminister Condoleezza Rice die weitere Benützung der Militärbasis in der Nähe von Bischkek zu. Aus US-Sicht bleiben Süd- und Zentralasien Regionen von großer strategischer Relevanz „*where American interests and values are engaged as never before.*“⁴⁸¹

Bei der Forderung des Abzugs der US-Truppen erhielten die zentralasiatischen Staaten Unterstützung von China und Russland. Es geht dabei um einen Machtkampf zwischen Russland und China einerseits und den USA andererseits um die strategische Kontrolle der rohstoffreichen Region. Russland betrachtet Zentralasien als seinen historischen Einflussbereich und betreibt dort ebenfalls Militärbasen.⁴⁸² In Zentralasien treffen somit die Interessen Chinas und Russlands vermehrt auf jene der USA.

Europa und Afrika

Sicherheit in Afrika hätte nicht nur positive Auswirkungen auf die ökonomische, soziale und humane Entwicklung des Kontinents, sondern auch auf Europa selbst. Afrika kann sowohl politisch, wirtschaftlich als auch sicherheitspolitisch nicht als eine gemeinsame Entität betrachtet werden. Nicht nur sprachliche Unterschiede können die Zusammenarbeit unter den afrikanischen Ländern erschweren, sondern auch unterschiedliche Doktrinen und Verfahren haben einen gravierenden Einfluss auf gemeinsame militärische Operationen. Von großer Bedeutung ist es in Afrika deshalb, regionale Organisationen wie die 2002 aus der Organisation der Afrikanischen Union (OAU) hervorgegangene Afrikanische Union (AU) zu stärken.

Die vertragliche Basis der Beziehungen zwischen der EU (bzw. den Europäischen Gemeinschaften) und den AKP (Afrika, Karibik, Pazifik)-Staaten war bereits seit 1975 die Abkommen von Lomé I bis Lomé IV. Am 23. Juni 2000 wurde das Abkommen von Cotonou von der Europäischen Kommission, den 15 EU-Mitgliedstaaten und den damals 77 AKP-Staaten unterzeichnet. Benannt ist das Abkommen nach dem Unterzeichnungsort, der Hauptstadt von Benin. Im Abkommen von

⁴⁸¹ The White House, The National Security Strategy of the United States of America, Washington, March 2006, 39.

⁴⁸² Quelle: USA müssen Luftwaffenbasis räumen, in: Die Presse, 1.8.2005, 3.

Cotonou wurden die Beziehungen zwischen der EU und den AKP-Staaten auf eine neue Grundlage gestellt. Der Vertrag gilt bis 2020, wobei alle fünf Jahre der zugehörige Europäische Entwicklungsfonds (EEF) von den EU-Mitgliedstaaten neu erstellt wird. Das Abkommen regelt alle Bereiche der Zusammenarbeit wie den politischen Dialog, die Entwicklungshilfe und den Handel und definiert die Verfahren und Institutionen, die die Kooperation verwalten. Das Cotonou-Abkommen soll jenen Entwicklungsländern, die sich darin verpflichten, Menschenrechte zu respektieren, Steuer- und Handelserleichterungen für den Export von Produkten in die EU einräumen. Im Rahmen dieser politisch-ökonomischen Partnerschaften werden die AKP-Staaten in Art. 11 des Abkommens aufgerufen, aktiv Konfliktprävention und *peace-building* – also durch Konflikte betroffene Länder zu unterstützen, stabile politische und wirtschaftliche Verhältnisse aufzubauen - auszuüben.⁴⁸³ Zudem hat die EU den am wenigsten entwickelten Ländern mit ihrer *Everything But Arms*-Initiative (EBA) weitestgehend Zollfreiheit für ihre Importe in die EU gewährt – wie vor allem landwirtschaftliche Produkte und Fleisch. Waffen und Munition sind ausgenommen.⁴⁸⁴

Die Grundlagen für die sicherheitspolitische EU-Afrika-Politik bilden unter anderem der im November 2004 verabschiedete Aktionsplan für eine ESVP-Unterstützung für Frieden und Sicherheit in Afrika und die Mitte Dezember 2005 vom Europäischen Rat angenommene Strategie „*Die EU und Afrika: Auf dem Weg zu einer strategischen Partnerschaft*“⁴⁸⁵. Mittels dieser Leitlinien soll der (sicherheits-)politische Dialog zwischen der EU und der Afrikanischen Union (AU) sowie mit subregionalen Organisationen des Kontinents intensiviert werden. Die EU sieht darin den Aufbau autonomer Konfliktverhütungs- und –bewältigungsfähigkeiten sowie die Stärkung

⁴⁸³ Partnership Agreement Between the Members of the African, Caribbean and Pacific Group of States of the One Part, and the European Community and Its Member States, of the Other Part, Signed in Cotonou, Benin on 23 June 2000, Art. 11.

⁴⁸⁴ Ende Februar 2001 wurde diese Initiative vom Rat der Europäischen Union angenommen. Zur Liberalisierung vorgesehen sind noch die Produkte frische Bananen (ab Januar 2006), Reis (ab September 2009) und Zucker (ab Juli 2009). Aus: Regulation (EC) 416/2001.

⁴⁸⁵ Dok. 15702/1/05 REV 1.

und Unterstützung der AU als die überregionale Organisation des afrikanischen Kontinents vor. Eines der wichtigsten Mittel zur Unterstützung von Frieden und Sicherheit in Afrika ist die „*Peace Facility for Africa*“, durch die sich die EU verpflichtet, zunächst für drei Jahre 250 Millionen Euro über den EU-Entwicklungsfonds (*European Development Fund*) zur Unterstützung von afrikanisch-geführten friedensunterstützenden Einsätzen (*peace support operations*) und zur Sicherung der institutionellen Kapazitäten der AU sowie von subregionalen Organisationen heranzuziehen.⁴⁸⁶ Die AU-Mission in Darfur (Sudan) ist die erste Mission, die im Rahmen der „*Peace Facility for Africa*“ finanziell (in der Höhe von 12 Millionen Euro) unterstützt wird.

Die Beziehungen zwischen Europa und dem Afrika südlich der Sahara haben eine lange Tradition. Mit dem Vertrag von Rom 1957 wurden die Kolonien und überseeischen Gebiete einiger EWG-Mitgliedstaaten mit der Europäischen Gemeinschaft assoziiert. Mit der Entkolonialisierung, die Anfang der sechziger Jahre begann, wurde diese Verbindung zu einer Assoziierung zwischen souveränen Staaten. Das im Juni 2000 in der Hauptstadt Benins unterzeichnete Cotonou-Abkommen kennzeichnet eine neue Phase in der Entwicklungspolitik der EU. Das Abkommen zwischen der EU und den Ländern Afrikas, der Karibik und des Pazifischen Raumes (AKP), ist das ehrgeizigste und weitreichendste Handels- und Hilfsabkommen, das zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern geschlossen wurde. Es ging aus dem ursprünglich 1975 in der togolesischen Hauptstadt unterzeichneten und anschließend regelmäßig aktualisierten Abkommen von Lomé hervor.

Das Hauptanliegen des Abkommens entspricht jenem des Lomé-Abkommens: „*die wirtschaftliche, kulturelle und soziale Entwicklung der AKP-Staaten zu fördern und zu beschleunigen und ihre Beziehungen im Geiste der Solidarität und im beiderseitigen Interesse auszubauen und zu diversifizieren.*“ Schwerpunkte des Lomé-Abkommens waren die Handelsbeziehungen und der Marktzugang: das Cotonou-Abkommen ist eine Weiterentwicklung in den Beziehungen zu AKP und führte z.B. neue Verfahren für den Umgang mit Menschenrechtsverletzungen ein. Die EU hat den am wenigsten entwickelten Ländern, von denen 39 das

⁴⁸⁶ Vgl. Decision 3/2003/CE des AKP-EG-Ministerrates, 11.12.2003.

Abkommen unterzeichnet haben, besondere Handelserleichterungen gewährt. Seit 2005 können die betroffenen Staaten nahezu alle Erzeugnisse zollfrei in die EU einführen.

Der Europäische Entwicklungsfonds stellt für AKP-Programme in einem 7-Jahreszeitraum Mittel in der Höhe von 13,5 Mrd. Euro bereit. Hinzu kommen 9,5 Mrd. Euro nicht abgerufene Mittel aus den früheren Fonds und Darlehen der Europäischen Investitionsbank in Höhe von 1,7 Mrd. Euro.⁴⁸⁷

Die vom britischen Premierminister Tony Blair im Februar 2004 ins Leben gerufene „*Kommission für Afrika*“ stellte einen *Marshall-Plan* zur Armutbekämpfung in Afrika vor. Am 11. März 2005 wurde der mehr als 450 Seiten starke Bericht veröffentlicht. Darin wird zunächst festgestellt: „*Die Armut und Stagnation Afrikas ist die größte Tragödie unserer Zeit.*“ Insgesamt müssen derzeit 1,3 Mrd. Menschen – also ein Sechstel der Weltbevölkerung – mit weniger als 1 US-Dollar pro Tag auskommen. Ferner wird zugegeben: „*Schwache Regierungen ersticken die wirtschaftliche Entwicklung großer Teile Afrikas im Keim. Korruption gehört in Afrika zum System.*“ Aus diesem Grund adressieren die 17 Kommissionsmitglieder – darunter der Rocksänger Bob Geldof, Äthiopiens Premier Meles Zenawi und Großbritanniens Schatzkanzler Gordon Brown sowie der britische Entwicklungshilfeminister Hilary Benn – ihre Forderungen auch nicht allein auf die Industrieländer. Von der politischen Führung Afrikas wird unter anderem *gutes Regieren*, die Bekämpfung von Korruption, die Verbesserung der Verwaltung, die Stärkung der Afrikanischen Union (AU) und der Abbau innerafrikanischer Handelsbarrieren verlangt. Zudem ist es Ziel, AIDS wirksam zu bekämpfen und afrikanischen Staaten Schulden zu erlassen. In ihrem Bericht „*Unser gemeinsames Interesse*“ schlägt die „*Kommission für Afrika*“ vor, dass die Entwicklungshilfe der Industrieländer sofort auf umgerechnet 37 Mio. Euro jährlich verdoppelt wird. Großbritannien hatte 2005 die G-8-Präsidentschaft (die sieben weltgrößten Industriestaaten plus Russland) und übernahm im zweiten Halbjahr 2005 auch den EU-Vorsitz von Luxemburg. Ob dieser britische

⁴⁸⁷ Quelle: Die Europäische Union in der Welt, http://europa.eu.int/abc/12lessons/index11_de.htm , ausgedruckt am 23.8.2004, 20:59 Uhr.

Vorstoß eine Dynamik in der Entwicklungszusammenarbeit bringt und diese Ansätze und Empfehlungen auch ernsthaft umgesetzt werden, bleibt offen. Die „*Kommission für Afrika*“ habe ihr Vorbild in einer Initiative der Vereinten Nationen in den achtziger Jahren, bei dem sich der frühere Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Willy Brandt, engagiert hatte. Der Erfolg des UNO-Projektes war jedoch mäßig gewesen.⁴⁸⁸

Im Norden des Kontinents rief die Kämpfe und Massaker in Sudan die internationale Staatengemeinschaft zu Hilfsmaßnahmen – sowohl humanitär als auch militärisch. Jene Resolution, die vom US-Kongress am 22. Juli 2004 verabschiedet wurde, bezeichnete die Situation in Darfur als Genozid. Großbritanniens Premier Tony Blair hatte 2001 eine Doktrin formuliert, wonach Großbritannien moralisch verpflichtet sei, überall dort zu intervenieren, wo eine Wiederholung der Massaker von Ruanda 1994 drohe. Nach dem umstrittenen Irak-Krieg hätte Blair eine Militäraktion im Sudan die Gelegenheit gegeben, sich wieder als Leitfigur humanitärer Interventionen zu profilieren – so wie 1999 während der „*ethnischen Säuberungen*“ im Kosovo. Blair drängte damals energischer als jeder andere Staatsmann darauf, Bodentruppen in diesen Konflikt zu entsenden.⁴⁸⁹ Die Kämpfe in Darfur forderten 70.000 Todesopfer. Eine Million Menschen mussten fliehen. Im Dezember 2004 vereinbarten die Konfliktparteien – die Rebellen im Südsudan (SPLA-Rebellen) und die sudanesishe Regierung – ein Friedensabkommen, das zu einer neuen Koalitionsregierung in Khartum führen soll, was wiederum zur Lösung in der Krisenprovinz Darfur im Westen des Landes beitrage. Der Friedensplan, der am 9. Januar 2005 zwischen den Rebellen und der Regierung in Khartum unterzeichnet wurde, sah vor, dass mit dem Ende des 21jährigen Bürgerkrieges Rebellenchef John Garang Vizepräsident des Sudans wird. Drei Wochen nach der Ernennung zum sudanesischen Vizepräsidenten war Garang jedoch bei einem Hubschrauberabsturz Ende Juli 2005 ums Leben gekommen. Der nach Selbständigkeit strebende Südsudan soll nach sechs Jahren

⁴⁸⁸ Aus: Hans Kronspiess, Londoner Therapie für den afrikanischen Patienten, in: Die Presse, 12.3.2005, 7.

⁴⁸⁹ Aus: Frank Herrmann, Blair denkt an Militäraktion im Sudan, in: Der Standard, 23.7.2004, 4.

Übergangszeit in einem Referendum über seine Loslösung entscheiden dürfen. Strittig sind vor allem die Ölvorkommen, die an der Grenze zu den südsudanesischen Provinzen liegen.

Die nachgewiesenen Ölreserven des Sudan werden mit 563 Millionen Barrel angegeben. Weil die Erdölsuche durch die Kriege auf nur wenige Regionen eingeschränkt war, vermutet das Energieministerium im Sudan, dass bis zu 5 Milliarden Barrel Rohöl sich in diesem Raum befinden. Bei der Ausbeutung der Ölreserven sind chinesische, malaysische und indische Firmen aktiv.⁴⁹⁰ Hauptförderer des Öls sind derzeit Chinesen. Daher zögert China, wie Russland, Pakistan und Algerien, aufgrund der Lage in Darfur Sanktionen gegen die Regierung zu verhängen.⁴⁹¹ Die Teilnehmer der Osloer Geberkonferenz sagten am 13. April 2005 dem Sudan 4,5 Milliarden US-Dollar für den Wiederaufbau des südlichen Landesteiles zu.

Beim NATO-Außenministertreffen in Vilnius am 21. April 2005 hatten sich die Minister geeinigt, im Fall eines Hilferufes der Afrikanischen Union (AU) Unterstützung für den Einsatz der AU in der westsudanesischen Provinz Darfur zu gewähren. Fünf Tage später begrüßte die NATO die Aufnahme von Gesprächen mit der AU betreffend die Einleitung logistischer Hilfe für den Friedenserhaltungseinsatz der Afrikanischen Union. Die Grundlage für diese Entscheidung bildete ein schriftliches Ansuchen des Vorsitzenden der Kommission der AU, Alpha Oumar Konaré, vom 26. April 2005 an die NATO: *„Nations agreed that talks should begin to ensure transparency and co-ordination where necessary with the European Union and United Nations, and that these consultations should go forward in a pragmatic way“*, erklärte NATO-Sprecher James

⁴⁹⁰ Quelle: Energy Information Administration, <http://www.eia.doe.gov/emeu/cabs/sudan.html>, abgedruckt in: Gerald Hainzl, Sudan – Zwischen Krieg ... und Frieden, IFK Aktuell I/05 der Reihe Info-Aktuell zur Sicherheitspolitik, hrsg. von Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement (IFK) an der Landesverteidigungsakademie, Wien, im April 2005, 3.

⁴⁹¹ Quelle: Im Südsudan könnte nach 21 Jahren Friede einkehren, in: Die Presse, 19.11.2004, 11.

Appathurai.⁴⁹² Konaré bat die Allianz während seines Besuches im NATO-Hauptquartier am 17. Mai 2005 – des ersten Besuches eines hohen Repräsentanten der Afrikanischen Union bei der NATO - um logistische Unterstützung und Hilfe bei der Ausbildung sowie bei der Sicherstellung von Kommunikation im Rahmen der friedenserhaltenden Operation in Darfur.⁴⁹³ Der NATO-Generalsekretär nahm auch auf Einladung von Konaré am 26. Mai 2005 an den Gesprächen über die internationale Unterstützung für die AU-Darfur-Operation in Addis Abeba teil. Während ihres Treffens am 9. Juni 2005 in Brüssel einigten sich die Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten auf eine Verstärkung der Unterstützung für die AU bei der Durchführung ihrer friedenserhaltenden Operation in Darfur/Sudan (*African Union Mission in Sudan – AMIS*).

Anfang Juli 2005 richtete die NATO – beginnend mit dem Transport nigerianischer Soldaten - eine Luftbrücke nach Darfur im Rahmen der AMIS ein. Bis September 2005 wurden zunächst Friedenstruppen aus Gambia, Kenia, Nigeria, Ruanda, dem Senegal und aus Südafrika in die Krisenregion transportiert. Zudem bildete die NATO Offiziere der AU aus, ein multinationales Hauptquartier zu führen. Die Koordination der Luftbrücke erfolgt von Europa aus. Eine eigene Luftbrückenzelle der AU, die beim AU-Hauptquartier in Addis Abeba eingerichtet wurde (*African Union's Joint Forward Based Movement Cell*), koordinierte gemeinsam mit dem *Allied Movement Coordination Centre* und dem *European Airlift Centre* der NATO den Transport afrikanischer Truppen nach Darfur. Sowohl die NATO als auch die Europäische Union stellen Unterstützungspersonal für die AU-Zelle in Äthiopien zur Verfügung. Acht NATO-Offiziere wurden im Juni 2005 zur Koordination der Luftbrückenoperationen nach Äthiopien (7) und nach Nigeria (1) entsandt. Zudem organisierten im Sommer 16 Offiziere der NATO gemeinsam mit Offizieren der AU zwecks Verbesserung der intermilitärischen Koordination in den Bereichen strategische und operative Führung eine *Map Exercise* (MAPEX) für

⁴⁹² Aus: NATO to discuss supporting African Union in Darfur, 26 April 2005, NATO Update, <http://www.nato.int/docu/update/2005/04-april/e0426d.htm> , Last update: 27-Apr-2005 18:15 hours.

⁴⁹³ Aus: African Union President visits NATO, 17 May 2005, NATO Update, <http://www.nato.int/docu/update/2005/05-may/e0517a.htm> .

afrikanische Truppen. Ende August 2005 begann die NATO in Nairobi mit der Ausbildung von AU-Militärpersonal (*staff capacity-building activities*) in den Hauptquartiers-Schlüsselbereichen Führung, Logistik und Planung. Dafür wurden seitens der Allianz acht Offiziere bereitgestellt.⁴⁹⁴

Die EU unterstützt die AU seit 2004 bei ihrer Mission im Sudan (AMIS). Bei der internationalen Geberkonferenz am 26. Mai 2005 in Addis Abeba sagte die EU ein konsolidiertes Maßnahmenpaket zur technischen, operativen, logistischen, strategischen, institutionellen und politischen Hilfe zu. Weiters wurden 77 Millionen Euro seitens der EU an finanziellen Mitteln zugesagt. Die weiteren Zusagen einzelner EU-Mitgliedstaaten umfassten ca. 291 Millionen Euro.

Einen weiteren Krisenherd in Afrika bildet der Staat Elfenbeinküste, in dem Anfang November 2004 erneut Konflikte aufbrachen. In diesem Konflikt ist das EU-Land Frankreich involviert. Die Elfenbeinküste – bis 1960 französische Kolonie – galt als reichstes Land Westafrikas und ist heute der größte Kakaoproduzent. Ein Rückgang der Preise am Weltmarkt und politische Veränderungen in den neunziger Jahren verursachten Instabilität. Der Staat erlebte 1999 seinen ersten Militärputsch. Der Bürgerkrieg brach im September 2002 aus, nachdem Präsident Gbagbo die ausländerfeindliche und antimuslimische Politik seines Vorgängers fortgesetzt hatte. Muslimische Militärs rebellierten und es kam in der Folge zum Bürgerkrieg. Auslöser des Krieges waren die zunehmende Unterdrückung des muslimischen Nordens und der Ausschluss hunderter muslimischer Soldaten aus der Armee. Die im *Movement Patriotique de la Cote d'Ivoire* (MPCI) zusammengeschlossenen Rebellen nahmen den gesamten Norden und Westen des Landes ein. Im Süden des Landes verblieb die Herrschaft bei den Regierungstruppen, die es Todesschwadronen gestatteten, auf Arbeitsemigranten aus Burkina Faso und Mali sowie auf Oppositionelle Jagd zu machen. Zehntausende flüchteten in die Nachbarländer, mehr als eine Million Menschen wurden innerhalb des Landes vertrieben. Hunderte kamen dabei ums

⁴⁹⁴ Quelle: NATO starts airlifting African Union troops to Darfur, aus: NATO Update, 1 July 2005, Updated: 07-Jul-2005, <http://www.nato.int/docu/update/2005/07-july/e0701a.htm>.

Leben.⁴⁹⁵ Im Land selbst herrschen Hass unter den Religionen und den 60 Ethnien, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus. Regierungstruppen bombardierten am 4. November 2004 drei Tage hindurch Städte, die sich unter der Kontrolle der Rebellen im Norden der Demarkationslinie befinden. Zudem wurde auch ein französischer Militärstützpunkt in Brobo nahe der Stadt Bouaké angegriffen. Durch diesen Luftangriff kamen neun französische Soldaten und ein amerikanischer Missionar ums Leben, 30 Soldaten wurden verwundet. Daraufhin zerstörten französische Kampfflugzeuge als Vergeltung die Luftwaffe des Landes, zwei *Suchoj Su-25*-Kampfflugzeuge und drei Kampfhubschrauber des Typs *Mi-24*. Obwohl in der Vergangenheit die französischen Friedenstruppen die Soldaten der Regierungstruppen beschützt hatten, wurde Frankreich verdächtigt, mit den Rebellen im Norden zu sympathisieren. Frankreich hatte 2003 den Friedensvertrag vermittelt. Die Folgen waren massive Ausschreitungen. Allein in Abidjan stürmte ein wütender Mob – bewaffnet mit Macheten, Äxten und Knüppeln – durch die Straßen und plünderte und brandschatzte französische Einrichtungen, wie Schulen und eine Bücherei. Von Haus zu Haus wurde nach französischen Familien gesucht und deren Eigentum geplündert. Sogar ein französischer Militärstützpunkt wurde zu plündern versucht. „*Franzosen geht nach Hause*“ und „*Jeder ergreife sich einen Franzosen*“ waren die Parolen des Pöbels.

Als „*größtes Katastrophengebiet der Welt*“ bezeichnete der britische Economist die Demokratische Republik Kongo.⁴⁹⁶ Die bis 1997 als Zaire bekannte Demokratische Republik Kongo wurde 1960 von ihrer ehemaligen Kolonialmacht Belgien in die Unabhängigkeit entlassen. Nach dem Ende der Mobutu-Diktatur schlitterte das ehemalige Zaire 1998 in den Bürgerkrieg. Uganda und Burundi unterstützten die Rebellen, die Regierungen von Simbabwe, Namibia und Angola den im Jahr 2001 ermordeten Präsidenten Laurent Kabila. Die UN-Sicherheitsratsresolution bildet seit 1999 die Grundlage für die Stationierung von UN-Friedenstruppen im Rahmen der MONUC. Mit

⁴⁹⁵ Fakten und Zahlen aus: Die Gewalt an der Elfenbeinküste, in: Der Soldat, 22.12.2004, 2.

⁴⁹⁶ Aus: Kongo – „Das größte Katastrophengebiet der Welt“, in: Der Soldat, 22.3.2006, 2.

16.200 Soldaten ist diese Mission mittlerweile der umfangreichste Friedenseinsatz. Größter Truppensteller ist Pakistan mit 3.800 Soldaten, gefolgt von Indien mit 3.550 Sicherheitskräften. Der Kosten der MONUC sind mit knapp einer Milliarde US-Dollar jährlich veranschlagt.⁴⁹⁷ Anfang März 2005 haben UN-Friedenstruppen bei ihrem blutigsten Gefecht seit ihrer Stationierung im Nordosten des Kongo mehr als fünfzig Milizionäre getötet. Die Blauhelm-Soldaten reagierten damit auf die Ermordung von neun ihrer Kameraden aus Bangladesch Tage zuvor. Ein ostkongolesischer Kriegsfürst und Lendu, Floribert Ndjabu (*Nationale Front für Integration – FNI*), wurde als Initiator des Angriffs auf die MONUC-Soldaten verhaftet. Drei weitere Milizenführer – von denen zuvor zwei als Generale in die kongolesische Nationalarmee integriert wurden – befanden sich unter Hausarrest. Im Kongo sind insgesamt 16.000 Blauhelm-Soldaten stationiert, davon 4.800 in der nordöstlichen Ituri-Region. Eigentlich sollte diese Region seit 2002 befriedet sein, nachdem alle fremden Truppen aus Uganda und Ruanda abgezogen wurden und der langjährige Bürgerkrieg als beendet galt. Zwischen den verfeindeten Volksgruppen der Lendu und Hema, die zudem von korrupten Lokalpolitikern mit Waffen beliefert werden, brechen immer wieder Kämpfe aus. Es geht um Siedlungsrechte und Bodenschätze in der mineralienreichen Provinz Ituri nahe der ugandischen Grenze. In den Jahren 1999 bis 2003 forderten die Kämpfe 60.000 Menschenleben.⁴⁹⁸ Die chaotischen Zustände machten zunächst auch die Durchführung der nach acht Jahren Bürgerkrieg für 2005 geplanten freien Wahlen unwahrscheinlich. Auf den Urnengang hatten sich Mitte 2003 Vertreter der Regierung und der Rebellen in einem Friedensvertrag geeinigt – die Chefs der ehemaligen Aufständischen sind seit damals als Minister Teil des Kabinetts des jungen (35jährigen) Präsidenten Joseph Kabila. Kabila hatte die Regierungsgeschäfte im Januar 2001 von seinem ermordeten Vater Laurent-Désiré Kabila übernommen, der wiederum 1997 den Altpräsidenten Mobutu Sese Seko vertrieben hatte. Großbritanniens Premier Tony Blair verglich die Situation im Kongo mit „*einem menschengemachten Tsunami*“.

⁴⁹⁷ Aus: MONUC: Die größte UN-Friedensmission, 30.12.2005, 5.

⁴⁹⁸ Aus: Thomas Knemeyer, Afrikas „menschengemachter Tsunami“, in: Die Presse, 3.3.2005, 7.

Zwischen 1998 und 2005 starben allein drei Millionen Menschen – die Hälfte davon Kinder – an Hunger, Krankheiten oder Bürgerkrieg.⁴⁹⁹

Während der letzten vierzig Jahre hatte der Westen 450 Mrd. US-Dollar Finanzhilfe für den afrikanischen Kontinent zur Verfügung gestellt. Durch korrupte Herrscher und Regierungen blieb jedoch der Erfolg aus. Afrika ist ausschließlich auf seine Rohstoffe angewiesen. Die Schwankungen der Weltmarktpreise für Agrarprodukte treffen Afrika ganz besonders. Die Transportkosten sind in Afrika ziemlich hoch, die zwischen-afrikanischen Märkte sind zu klein. 1990 lag der Anteil Afrikas am Welthandel bei sechs Prozent, inzwischen ist dieser Anteil auf zwei Prozent gesunken. Besonders hart trifft Afrika, dass der Westen seine Agrarmärkte hoch subventioniert. Die EU erlaubt zwar den afrikanischen Staaten, ihre Waren weitgehend zollfrei einzuführen. Doch das Preisniveau der Union darf nicht unterschritten werden.⁵⁰⁰ Afrika wird zudem in enormem Ausmaß von Krankheiten heimgesucht, die im Fall des Vorhandenseins einer medizinischen Grundversorgung leicht zu vermeiden wären oder geheilt werden könnten. An AIDS starben 2004 in Afrika allein 2,3 Millionen Menschen. Südlich der Sahara, wo über zehn Prozent der Weltbevölkerung leben, sind mehr als 60 Prozent der HIV-infizierten zu Hause. Fast jedes fünfte Kind in Afrika stirbt vor seinem fünften Geburtstag, meist an den Folgen von Malaria, Durchfall, Lungenentzündung oder Masern.⁵⁰¹ Gebildete Afrikaner wandern in die USA oder nach Europa aus und kehren nach Afrika nicht mehr zurück. Afrikas Infrastruktur – so auch die Übernahme des Kolonialerbes einschließlich der Beibehaltung der Grenzen ohne Rücksicht auf Ethnien und Stammeszugehörigkeit (*uti possidetis*) – ist desolat.

Ziel der Europäischen Union ist es künftig, Partnerschaften in der Friedenssicherung in und mit Afrika zu entwickeln. Im Rahmen der *African Standby Forces* (ASF) sollen fünf regionale *Standby-Brigaden* auf krisenhafte Entwicklungen reagieren können, so der *Commissioner for Peace and Security* der Afrikanischen Union, Said Djinit. Die Strategie der Afrikanischen Union (AU) zielt auch auf präventive Maßnahmen ergänzend zu den Reaktionsmöglichkeiten ab. Ein

⁴⁹⁹ Ebenda.

⁵⁰⁰ Quelle: Die acht Ursachen für Afrikas Elend, in: Die Presse, 6.7.2005, 1.

⁵⁰¹ Ebenda.

kontinentales Frühwarnsystem (*Early Warning System* – EWS), das mit den EWS subregionaler Organisationen vernetzt ist, soll die Möglichkeit zur Krisenprävention eröffnen. Vertreter subregionaler Organisationen, wie der *Inter-Governmental Authority on Development* (IGAD), präsentierten Ansätze zur Konfliktprevention und Kooperation, die trotz des Misstrauens zwischen einzelnen afrikanischen Staaten implementiert werden und Möglichkeiten zur Früherkennung von grenzübergreifenden ethnischen und religiösen Konflikten bieten können. Um jedoch das EWS bestmöglich nutzen zu können, ist der politische Wille entscheidend, die Informationen auch bestmöglich zu nutzen.⁵⁰²

Der EU fehlt es nach wie vor an einer koordinierten umfassenden Afrika-Politik. Während die EU ihre Ziele eines *Good governance* afrikanischer Staaten, d.h. gute Regierungsführung und Durchsetzen von Menschenrechten sowie Versöhnungsprozesse realisiert haben möchte – dazu stellt die EU auch große Mittel für den Wiederaufbau zur Verfügung, definierte die ehemalige Leiterin des Büros für Afrika-Fragen im Pentagon, Nancy Walker, die amerikanischen Hauptinteressen in Afrika wie folgt:

- Terrorismusbekämpfung (färbt auf alle anderen Fragen ab),
- Schutz von US-Bürgern,
- Zugang zu strategisch bedeutenden Schauplätzen wie Militärstützpunkte und Häfen;
- Zugang zu strategischen Ressourcen wie insbesondere Erdöl;
- Verhinderung der Proliferation von Massenvernichtungswaffen;
- Wirtschaftliches Wachstum;
- Förderung von demokratischen Werten;
- Humanitäre Hilfe.⁵⁰³

⁵⁰² Aus: Gerald Hainzl, 35. Vienna Seminar der IPA, *Developing Peace Partnerships in Africa*, in: *Der Soldat*, 24.8.2005, 2.

⁵⁰³ Aus: Suche nach einem Plan für den verlorenen Kontinent, in: *Die Presse*, 29.1.2005, 7.

Europa und der Ferne Osten

Europa und Korea

Die Europäische Union und die USA bemühen sich um Frieden und Stabilität im Fernen Osten. Ziel ist es, den Konflikt zwischen der internationalen Staatengemeinschaft und Nordkorea zu entschärfen, eine strategische Partnerschaft mit China und Japan aufzubauen und vor allem die Handelsbeziehungen in diesem Raum – vor allem im Hinblick auf europäische Investitionen – zu stärken.

Primäres sicherheitspolitisches Ziel der internationalen Staatengemeinschaft ist es, die politische Führung Nordkoreas zu überzeugen, den Aufbau nuklearer Waffenkapazitäten zu beenden. Die koreanische Halbinsel wurde auf Beschluss der USA, der Sowjetunion und Großbritanniens – nach der japanischen Kapitulation 1945, nach der auch in Korea die 35jährige Kolonialherrschaft beendet wurde - entlang des 38. Breitengrades geteilt. Der Süden der Halbinsel wurde dabei von amerikanischen, der Norden von sowjetischen Truppen besetzt. 1948 erfolgte im Süden die Proklamation der Republik Korea, im Norden entstand die Koreanische Demokratische Volksrepublik. Am 25. Juni 1950 marschierten nordkoreanische Truppen im Süden ein und lösten den Koreakrieg aus. Damit begann ein Krieg mit ca. 4,5 Millionen Toten. Der UNO-Sicherheitsrat verurteilte Nordkorea als Aggressor und beschloss die Aufstellung von UN-Truppen unter amerikanischem Kommando. Die Hauptstreitkräfte wurden dabei von den USA gestellt. Die Volksrepublik China entsendete eine *Freiwilligen-Armee* von rund einer Million Soldaten zur Unterstützung Nordkoreas. Am 27. Juli 1953 beendete ein Waffenstillstandsabkommen den Krieg. US-Präsident Harry S. Truman drohte China sogar mit einem Atomkrieg, General Douglas MacArthur erstellte eine Liste möglicher Ziele in China und Nordkorea, er sah dafür den Abwurf von 26 Atombomben vor. Der Nuklearkrieg konnte jedoch verhindert werden: Mit geringfügigen Änderungen wurde der 38. Breitengrad wieder als Demarkationslinie – auf der Grundlage eines Waffenstillstandes - festgelegt.

In einer gemeinsamen Erklärung bekräftigten am 4. Juli 1972 die politischen Führungen in Nord- und Südkorea ihr Ziel, eine friedliche Wiedervereinigung zu erreichen. Am 9. Oktober 1983 tötete ein mutmaßlich von nordkoreanischen Agenten versteckter Sprengsatz in

Rangoon/Burma 18 Mitglieder des Gefolges des südkoreanischen Staatschefs General Chun Doo Hwan bei dessen Staatsbesuch. Am 29. November 1987 stürzte ein Flugzeug der südkoreanischen *Korean Air Lines* (KAL) mit 115 Menschen über Burma ab. Eine Frau gestand später, im Auftrag Nordkoreas eine Bombe an Bord geschmuggelt zu haben.

Am 4. September 1990 trafen die Ministerpräsidenten beider Staaten erstmals zu Gesprächen zusammen. 1992 wurde das Abkommen zwischen Nordkorea und der IAEO zur Atomanlagen-Inspektion unterzeichnet. 1993 lehnt Nordkorea eine Sonderinspektion der Anlage Yongbyon ab. Am 12. März 1993 informierte die Regierung Nordkoreas den UN-Sicherheitsrat, dass es den Atomwaffensperrvertrag aufkündigen will. Nach 46jähriger Herrschaft starb am 8. Juli 1994 der nordkoreanische Diktator Kim Il Sung an einem Herzinfarkt. Sein Sohn Kim Jong Il wird neuer Staatsführer ohne Präsidententitel.

Im Oktober 1994 stimmte nach zähen Verhandlungen Nordkorea einer grundlegenden Reform seiner Atompolitik zu. Am 16. April 1996 schlugen der südkoreanische Präsident Kim Young Sam und US-Präsident Bill Clinton vierseitige Gespräche zwischen Nordkorea, Südkorea, den USA und China vor. Diese wurden in mehreren Runden in New York und in Genf abgehalten. Im selben Jahr verpflichtete ein Vertrag zwischen Nordkorea und den USA die Regierung in Pjöngjang, ihr militärisches Nuklearprogramm einzufrieren. Im Gegenzug erhielt Nordkorea Wirtschaftshilfe. 1995 wurden die Verhandlungen zwischen Nordkorea und der IAEO wieder aufgenommen. Zwei Jahre später verurteilte die IAEO Pjöngjang wegen mangelnder Kooperation.

Am 18. September 1996 strandete ein nordkoreanisches U-Boot an der Ostküste Südkoreas. Tausende südkoreanische Soldaten wurden zur Suche nach Überlebenden eingesetzt. 24 Besatzungsmitglieder wurden tot aufgefunden oder kamen bei der Verfolgung um, zwei Eindringlinge konnten dabei festgenommen werden. Bei einem Feuergefecht an der innerkoreanischen Grenze kamen am 5. November 1996 fünf Menschen ums Leben, acht weitere Personen wurden verletzt.

In seiner Antrittsrede am 25. Februar 1998 sprach der neue südkoreanische Präsident Kim Dae Jung von Dialog, Aussöhnung, wirtschaftlicher Kooperation mit dem Ziel der Wiedervereinigung. Am 18. Dezember 1998 ging nach einer Verfolgungsjagd und einem

Feuergefecht mit südkoreanischen Schiffen ein nordkoreanisches Schnellboot vor der Südküste Koreas unter. Am 15. Juni 1999 hatten südkoreanische Kriegsschiffe wieder ein nordkoreanisches Torpedoboot versenkt.

Bilaterale Gespräche fanden am 4. Juli 1999 in Peking ein abruptes Ende, die nordkoreanische Delegation verschloss sich Verhandlungen über die Wiedervereinigung von getrennten Familienangehörigen. Am 17. März 2000 führten geheime Gespräche in China zur Vereinbarung eines Gipfeltreffens (13.-14. Juni 2000), bei dem sich während eines Gipfels Kim Jong Il und Kim Dae Jung in Pjöngjang über vertrauensbildende Maßnahmen verständigten. Am 14. August 2000 erfolgte die Eröffnung eines Verbindungsbüros in Panmunjom, fast ein Monat danach – am 25. September 2000 – das erste Treffen der beiden Verteidigungsminister.⁵⁰⁴

Die Unklarheit bestand in der Frage des Aufbaues nuklearer Kapazitäten seitens der nordkoreanischen Regierung. Im Jahr 2000 fanden Inspektoren aus den USA keine Hinweise auf Atomwaffenproduktion. Zwei Jahre später warf die nordkoreanische Regierung alle UNO-Kontrolleure der IAEA aus dem Land. 2002 zählte US-Präsident George W. Bush Nordkorea neben dem Irak unter Saddam Hussein und dem Iran zur „Achse des Bösen“ – aufgrund des Bemühens der nordkoreanischen Regierung, Massenvernichtungswaffen zu besitzen. Ein Jahr danach erklärte Nordkorea seinen Rückzug aus dem Atomwaffensperrvertrag. Anfang Februar 2005 proklamierte Kim Jong Il in der Folge Nordkorea als Atommacht.

Nordkorea hatte bereits 1998 ohne Vorwarnung eine Rakete mit einer Reichweite von bis zu 2.000 Kilometern getestet (*Taepo Dong I*), die über Japan hinweg flog.⁵⁰⁵ Gemessen an seiner Bevölkerung ist Nordkorea der am stärksten militarisierter Staat der Welt: 1,14 Millionen Menschen gehören zu den Streitkräften, weitere 7,45 Millionen haben Reservestatus - von ca. 22,5 Millionen Einwohnern insgesamt.

⁵⁰⁴ Historische Daten aus: Chronik der Beziehungen zwischen Nord- und Südkorea, APA274 5 AA 0557 vom 28.9.2000.

⁵⁰⁵ Das nordkoreanische Raketenprogramm wurde Anfang der 1960er Jahre eingeleitet, als die Sowjetunion die ersten *Scud*-Raketen lieferte. Nordkorea entwickelte diesen Raketentyp weiter, bauten daraus die *Hwasong*- und *Rodong*-Raketen mit stets größeren Reichweiten. Danach folgten die *Taepodong*-Raketen.

Nordkorea verfügt heute über Raketen des Typs *No Dong* (Reichweite: 1.300 Kilometer), *Taepo Dong I* (Reichweite: 1.500-2.000 Kilometer) und *Taepo Dong II* (Reichweite: 5.500 Kilometer).⁵⁰⁶ Es wird vermutet, dass Nordkorea an einer Rakete mit noch größerer Reichweite (bis zu 6.700 Kilometer) arbeitet.

Nordkorea hatte die sogenannten „*Sechsergespräche*“ mit den USA, Russland, Japan, China und Südkorea im Juni 2004 abgebrochen. Anfang März 2005 hatte die nordkoreanische Führung behauptet, tatsächlich Atomwaffen zu besitzen. Zudem sind seitens Nordkoreas weitere Atombomben geplant, wenn die USA sich weiterhin gegenüber der kommunistischen Führung in Pjöngjang „*feindlich*“ zeigen. China, das von den USA zu stärkeren Bemühungen gegenüber Nordkorea gedrängt wird, war es nicht gelungen, unter dem neuen Staats- und Parteichef Hu Jintao die Regierung Nordkoreas an Gespräche heranzuführen. US-Außenministerin Condoleeza Rice forderte während ihres China-Besuches im März 2005 die Volksrepublik China auf, ihre besonderen Beziehungen zu nutzen, um die *Sechsergespräche* wieder aufzunehmen. China mahnte die Berücksichtigung nordkoreanischer Interessen an und befürwortet auch bilaterale Gespräche zwischen den USA und dem kommunistischen Regime in Pjöngjang.⁵⁰⁷

Am 19. September 2005 hat Nordkorea im Atomstreit während der Pekinger *Sechsergespräche* eingelenkt. Die Regierung Nordkoreas hatte zugesagt, sie werde dem Atomwaffensperrvertrag wieder beitreten sowie Inspektionen durch die IAEO erstmals seit 2002 zulassen. Ein Datum wurde zunächst nicht vereinbart, Nordkorea spreche von einem baldigen Zeitpunkt. In Punkt 1 des gemeinsamen Statements heißt es dazu: „*The Democratic People’s Republic of Korea (North Korea) committed to abandoning all nuclear weapons and existing nuclear programs and returning at an early date to the treaty on the non-proliferation of nuclear weapons (NPT) and to IAEA (International Atomic Energy Agency) safeguards.*“⁵⁰⁸ Zugleich bestätigten die USA, dass sie weder einen nuklearen noch einen nuklearen Angriff gegen

⁵⁰⁶ Quelle: Proliferation Status 2005, Carnegie Endowment for International Peace, www.ProliferationNews.org.

⁵⁰⁷ Otto Mann, Magere Ernte für Rice in Peking, in: Die Presse, 22.3.2005, 6.

⁵⁰⁸ Quelle: Text of N. Korea talks agreement, Monday, September 19, 2005; Posted: 1:56 a.m., CNN.com.

Nordkorea plane noch Atomwaffen auf der koreanischen Halbinsel stationiert habe noch beabsichtige. Südkorea bekräftigt seine Verpflichtung, in Übereinstimmung mit der gemeinsamen Erklärung zur Denuklearisierung der koreanischen Halbinsel von 1992 keine Atomwaffen anzunehmen oder zu stationieren. Nordkorea wiederum wird das Recht auf friedliche Nutzung der Atomenergie zugestanden, aus diesem Grund befürworteten die fünf anderen Parteien die Lieferung von Leichtwasserreaktoren durch Nordkorea zu diskutieren – zu einem angemessenen Zeitpunkt.⁵⁰⁹ Die USA und Nordkorea betonten ihren gegenseitigen Respekt ihrer jeweiligen staatlichen Souveränität.⁵¹⁰ China, Japan, Russland, Südkorea und die USA bekundeten ihren Willen, an Nordkorea Energie zu liefern.⁵¹¹ Die Parteien zielten zunächst auf die separate Ausverhandlung eines dauerhaften Friedensregimes auf der koreanischen Halbinsel.⁵¹²

Anfang Juli 2006 führte Nordkorea Raketentests durch. Der Nordatlantische Rat traf sich daraufhin in Brüssel, um seine Betroffenheit über die seitens der nordkoreanischen Führung eingeleiteten Tests von sieben Raketen (unter anderem einer Langstreckenrakete des Typs *Taepo Dong II*) zum Ausdruck zu bringen. Die Entwicklung, Stationierung und Proliferation von ballistischen Raketen, Trägersystemen, Ausrüstung und Technologie stellen eine ernsthafte Bedrohung für die Region sowie für die internationale Gemeinschaft als Ganzes dar: „*We regret and condemn this launch. ... North Korea’s missile programs and provocative actions necessitate a firm response from the international community, and we will support the international community’s efforts to address this matter broadly, including at the UN Security Council which will meet later today.*“⁵¹³ Die NATO rief die nordkoreanische Führung auf, die Entwicklung von Langstreckenraketen mit sofortiger Wirkung einzustellen und den Haager Verhaltenskodex gegen die Proliferation ballistischer Raketen (*Hague Code of Conduct Against Ballistic Missile Proliferation*, UN-Generalversammlung,

⁵⁰⁹ Punkt 1 des Statements, ebenda.

⁵¹⁰ Punkt 2 des Statements, ebenda.

⁵¹¹ Punkt 3 des Statements, ebenda.

⁵¹² Punkt 4 des Statements, ebenda.

⁵¹³ Quelle: NATO North Atlantic Council Statement on North Korea, Press Release (2006)081, 5 July 2006, <http://www.nato.int/docu/pr/2006/p06-081e.htm> .

Ausschuss für Abrüstung, 27. Oktober 2004) zu unterzeichnen. Zudem wurde Nordkorea aufgefordert, ohne Vorbedingungen zu den *Sechsergesprächen* zurückzukehren und die Entwicklung und den Einsatz von Nuklearwaffen nicht mehr anzustreben.

Am 15. Juli 2006 einigte sich der UN-Sicherheitsrat einstimmig auf die Resolution 1695, mit der Nordkorea aufgefordert wird, das Raketenprogramm zu stoppen und mit der die anderen Staaten aufgefordert werden, die nordkoreanische Führung daran zu hindern, Raketen zu exportieren oder zu importieren.

Die Taiwan-Frage als Herausforderung für die EU und die USA

Seit sich die militärisch geschlagenen Nationalisten 1949 auf Taiwan zurückzogen, wollten die auf dem Festland siegreichen Kommunisten die Insel mit ihren 23 Millionen Einwohnern wieder unter die politische Kontrolle Pekings bringen, wenn nötig auch mit Gewalt. Peking verlang, dass Taiwan die *Ein-China-Politik* anerkenne: Es gibt nur ein China und das Festland und Taiwan sind nur Teile davon. 1972 formulierten die USA ihre Haltung zu Taiwan: Die USA erkennen den Anspruch Pekings auf die Insel an, verlangen jedoch eine friedliche Lösung, die auf beiden Seiten der Straße von Taiwan akzeptiert werden soll. Taiwans Nationalisten, die seit 1949 auf der Insel regieren, reklamierten ebenfalls einen Führungsanspruch auf Gesamt-China. Im *Taiwan Relations Act* von 1979 erklärten sich die USA bereit, Taiwan militärisch zu unterstützen und dem Land militärisch beizustehen. Mitte 2001 wurde der seit Jahrzehnten größten Waffenlieferung nach Taiwan zugestimmt: Sie bestand unter anderem aus zwölf *Orion P-3C*-Flugzeugen zum Aufspüren von U-Booten, vier Zerstörern der *Kidd*-Klasse, *Patriot*-Systemen und acht konventionellen U-Booten mit Dieselantrieb.⁵¹⁴

Als 1999 der damalige taiwanesishe Präsident Lee Teng-hui die seit 1992 laufenden Gespräche mit Peking als *spezielle zwischenstaatliche Beziehungen* definiert, brach die Volksrepublik den Dialog ab. China ist heute größter Handelspartner Taiwans, eine Million Taiwanesen sind geschäftlich in China tätig.⁵¹⁵ 2001 gingen bereits 20

⁵¹⁴ Frank Gräfe, Chinas innenpolitische Herausforderungen, in: Europäische Sicherheit 1/2005, 18-24, 23.

⁵¹⁵ Otto Mann, Kriegsdrohung gegen Taiwan per Gesetz, in: Die Presse, 9.3.2005, 7.

Prozent der taiwanesischen Exporte nach China. In der ersten Jahreshälfte 2002 wurde China und nicht mehr die USA wichtigster Absatzmarkt für Produkte aus Taiwan. Als Ergebnis von wirtschaftlichen Erleichterungen erhöhten sich allein die offiziellen taiwanesischen Investitionen in der Volksrepublik im Jahr 2002 um 258 Prozent (!), im Hochtechnologiebereich sogar um etwas mehr.⁵¹⁶

China sieht die Insel als abtrünnige Provinz an und spricht ihr jeden internationalen Status ab. Obwohl sich der wirtschaftliche Austausch zwischen beiden Seiten stark entwickelt hat, sind die politischen Bedrohungen frostig. Sie könnten sich weiter zuspitzen, wenn Taiwans Führung unter Präsident Chen Shuibian Verfassungsänderungen durchsetzt, die Peking als Schritte zur Abspaltung versteht. Auf der Jahrestagung des Nationalen Volkskongresses (NVK) in Peking ist am 8. März 2005 ein Gesetz eingebracht worden, das die legislative Handhabe für eine Invasion Taiwans darstellt, wenn sie sich unabhängig erklären soll. Vor den rund 3.000 Delegierten sagte Wang Zhaoguo, stellvertretender Vorsitzender des Ständigen NVK-Ausschusses, die taiwanesischen Unabhängigkeitskräfte bedrohten ernsthaft die Souveränität und territoriale Integrität Chinas. Sie gefährdeten demnach die Aussichten für eine friedliche Wiedervereinigung und unterminierten Frieden und Stabilität in der Region. Die Gesetzesvorlage nennt die friedliche Wiedervereinigung mit Taiwan als Hauptziel, droht aber zugleich „*nicht-friedliche Mittel und andere notwendige Maßnahmen*“ für den Ernstfall an.⁵¹⁷

Chinas Nationaler Volkskongress beschloss am 14. März 2005 das Anti-Sezessionsgesetz, das gemäß Ministerpräsident Wen Jiabao aber „*kein Kriegsgesetz*“ sei.⁵¹⁸ China hat mittlerweile über 600 Kurzstreckenraketen (CSS-6 und CSS-7) an der Taiwanstraße stationiert, deren Zahl sich jährlich um 75 erhöht.⁵¹⁹ Ein Raketentest im November

⁵¹⁶ Frank Gräfe, Chinas innenpolitische Herausforderungen, in: Europäische Sicherheit 1/2005, 18-24, 23.

⁵¹⁷ Aus: Otto Mann, Kriegsdrohung gegen Taiwan per Gesetz, in: Die Presse, 9.3.2005, 7.

⁵¹⁸ Aus: Kriegsdrohung per Gesetz, in: Die Presse, 15.3.2005, 5.

⁵¹⁹ Frank Gräfe, Chinas innenpolitische Herausforderungen, in: Europäische Sicherheit 1/2005, 18-24, 24.

2000 deutet wahrscheinlich darauf hin, dass China seine Bemühungen zur Modernisierung seiner Nuklearstreitmacht als Reaktion auf die Raketenabwehrpläne der USA und den Aufbau eines regionalen TMD-Systems wieder intensiviert.⁵²⁰ Die chinesische Armee konzentriert gegenüber von Taiwan 375.000 Soldaten, darunter die meisten der 18 *Quantou* (Faust)-Elitedivisionen für mobile Kriegführung – auch außerhalb der eigenen Grenzen. Dazu zielen mindestens auch 300 Boden-Boden-Raketen auf Taiwan.⁵²¹

Seit dem Jahr 2000 war für drei Jahre nicht mehr Taiwan der weltweit größte Abnehmer von Rüstungsgütern, sondern die Volksrepublik China (2003 allerdings von Indien überholt). Allein die Waffeneinkäufe aus Russland sind auf zwei Milliarden US-Dollar jährlich angestiegen und haben sich damit verdoppelt.⁵²² China hat seinen Militärhaushalt für 2005 um knapp 13 Prozent auf umgerechnet 30 Mrd. US-Dollar erhöht. Zugleich wurde angekündigt, die Truppenstärke der Volksbefreiungsarmee – Anfang 2005 noch 2,3 Millionen Soldaten - um 200.000 Soldaten zu reduzieren. Die Militärausgaben der Volksrepublik China wurden offiziell mit 24 Mrd. Euro beziffert, inoffiziell jedoch mit 50 Mrd. Euro angegeben. Der Militäretat der USA lag 2006 bei fast 500 Mrd. US-Dollar und ist damit mehr als dreizehn Mal höher als der chinesische. Internationale Beobachter gehen indessen davon aus, dass die tatsächlichen Rüstungsausgaben das Zwei- bis Vierfache der veröffentlichten Summe ausmachen, da etwa Rüstungskäufe sowie die Kosten für Forschung und Entwicklung nicht in den Rüstungshaushalt eingehen.⁵²³ China hatte in den letzten Jahren große Summen für den Ankauf von Kampfflugzeugen, Unterseebooten und Zerstörern aus Russland ausgegeben. Chinas zweitgrößter Lieferant ist Israel, auch einige europäische Staaten sollen nach Medienberichten unter Umgehung des Waffenembargos militärische Hardware an China geliefert haben. Im Jahr 2007 plant China die Stationierung der ersten von 60 Interkontinentalraketen des Typs *Dong Feng 31A*, die Ziele sowohl in

⁵²⁰ Ebenda.

⁵²¹ Zahlen aus: Das Reich der Mitte ölt seine Muskeln, in: Die Presse, 21.6.2005, 6.

⁵²² Ebenda.

⁵²³ Aus: Otto Mann, China erhöht Militärausgaben, in: Die Presse, 5.3.2005, 4.

Europa (Paris, Madrid) wie auch in ganz Nordamerika (Washington) erreichen kann.⁵²⁴

Internationale Analysen gehen davon aus, dass die drei Teilstreitkräfte zwar schnell modernisiert werden, dass jedoch nur ein geringer Teil der Truppen tatsächlich einsatzbereit und die Technik und Strategie veraltet sind.⁵²⁵ US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld zeigte sich jedoch besorgt darüber, dass die chinesischen Streitkräfte und vor allem die Marine in absehbarer Zeit – unterstützt von europäischer Waffentechnologie – die amerikanische Vormachtstellung im Pazifik und somit die regionale Sicherheit in Ostasien bedrohen könnte⁵²⁶: „Die Aufhebung des EU-Embargos würde das Gleichgewicht in der Taiwan-Strasse kippen und eine große Gefahr für den Frieden darstellen“, betonte Taiwans Präsident Chen Shuibian.⁵²⁷ Die USA werten China als möglichen strategischen Gegenspieler in der Pazifikregion und als ökonomischen Billigexporteur, der als „Fabrik der Welt“ die US-Märkte bedrängt.

Die Beziehungen China-Japan-USA

Die USA und Japan sind an der Sicherheit Taiwans äußerst interessiert. Über die Schifffahrtslinien bei Taiwan bezieht das rohstoffarme Japan 90 Prozent seiner Öleinfuhren.⁵²⁸ Die US- und auch die japanische Regierung lehnten die Aufhebung des europäischen Waffenembargos gegen China ab und warnen vor einer Verschiebung des militärischen Gleichgewichts in der Region.⁵²⁹ Die US-Regierung begründete ihr Bedenken mit der Menschenrechtslage in der Volksrepublik sowie mit dem gespannten politischen Verhältnis zwischen Peking und Taipeh. Frankreich und Deutschland unterstützten die luxemburgische EU-

⁵²⁴ Aus: Wendell Minnick, China speeds ICBM Plans, in: Defense News, July 10, 2006, 1.

⁵²⁵ Aus: Otto Mann, China erhöht Militärausgaben, in: Die Presse, 5.3.2005, 4.

⁵²⁶ Michael Vatikiotis, U.S. sights are back on China, in: International Herald Tribune, 7.6.2005, 9.

⁵²⁷ Aus: Chinas Millionen-Heer rüstet weiter auf. Drohung gegen Taiwan alarmiert Region, in: Die Presse, 5.3.2005, 1.

⁵²⁸ Frank Hornig/Wieland Wagner, Duell der Giganten, in: Der Spiegel 32/2005, 74-88, 88.

⁵²⁹ Quelle: Otto Mann, China erhöht Militärausgaben, in: Die Presse, 5.3.2005, 4.

Präsidentschaft im ersten Halbjahr 2005 darauf, das seit dem Massaker gegen Studenten am *Platz des Himmlischen Friedens* in Peking 1989 bestehende EU-Waffenembargo gegen die Volksrepublik China aufzuheben. Großbritannien bremste diesbezüglich diese Intentionen und versuchte, um Verständnis für die Bedenken der USA zu werben. Die Beibehaltung des Waffenembargos gilt vor allem auch für *Dual-use-Güter*, also um hochwertige Technologie, die sowohl für zivile als auch für militärische Zwecke benutzt werden können. Der amerikanische Kongress bereitete Strafen gegen die EU vor, sollten diese eine Aufhebung des Waffenembargos gegen China beschließen. Republikanische Politiker in Washington setzten sich dafür ein, Rüstungseinfuhren aus EU-Staaten um bis zu zwanzig Prozent zu kürzen. Die europäischen Partner hätten sich demnach einstellen müssen, beim größten amerikanischen Kampfflugzeugprojekt, dem *Joint Strike Fighter (JSF)*, ausgeschlossen zu werden. Das JSF-Konsortium, an dem auch die europäische *EADS* und die britische *BAe Systems* beteiligt sind, wird vom US-Luft- und Raumfahrtkonzern *Lockheed Martin* geleitet.⁵³⁰ Mitte April 2005 entfernte sich die EU schrittweise von ihrem Vorhaben, das Waffenembargo gegen China aufzuheben, am 14. April 2005 beschlossen die Abgeordneten des Europäischen Parlaments mehrheitlich, das Embargo nicht aufzuheben.

Die chinesisch-japanischen Beziehungen sind äußerst belastet – nicht nur aufgrund des Streits über die Vergangenheit Japans als Kolonialmacht im Zweiten Weltkrieg. Hier sorgen die regelmäßigen Besuche von Premier Junichiro Koizumi im Yasukuni-Schrein, in dem auch unter den zwei Millionen japanischen Gefallenen Kriegsverbrecher des Zweiten Weltkrieges bestattet sind, für Zündstoff. Japan hat bisher nie offiziell zugegeben, im Zweiten Weltkrieg Aggressor gewesen zu sein. Zwischen der Volksrepublik und China geht es vor allem auch um geostrategische Positionen, Territorien und Rohstoffquellen (Erdöl und Erdgas) in Gewässern, die beide Seiten für sich beanspruchen. Es geht dabei um die Ausdehnung beider Wirtschaftszonen auf See, die beide Staaten unterschiedlich beurteilen. 2004 tauchte ein chinesisches U-Boot in japanischen Gewässern auf. Japans Premier Koizumi unterstrich die Notwendigkeit, 8 Milliarden Euro jährlich für den Bau eines

⁵³⁰ Aus: USA drohen EU mit Sanktionen, in: Die Presse, 25.3.2005, 5.

Raketenabwehrschirm gemeinsam mit den USA zur Verfügung zu stellen. Dieser Abwehrschirm soll 2011 fertig sein. Auch eigene Langstreckenraketen sind seitens der japanischen Regierung in Planung. Konzerne wie *Mitsubishi* und *Mitsui* sind bedeutende Lieferanten für die amerikanischen Streitkräfte, vor allem im Flugzeug- und Raketenbau. Kein Spionagesatellit, kein Jagdbomber und auch kein Atom-U-Boot der USA funktioniert ohne Elektronik, Monitore oder andere Teile aus Japan. Im Gegensatz dazu ist die Volksrepublik China Japans bedeutendster Handelspartner. Japan ist drittgrößter Investor in China, was wiederum ein Garant für die Stabilität in der Region sein könnte. China betreibt noch den Aufbau eines Netzwerkes auf Grund multilateraler Übereinkommen, das die Schaffung einer Ostasiatischen Gemeinschaft (*East Asian Community*) beabsichtigt, die von Indien bis Japan reicht. Davon ausgeschlossen sind die USA und ihr Verbündeter Australien.⁵³¹

Japan ist die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt und besitzt das weltweit fünftgrößte Militärbudget – zwischen 2000 und 2005 wurden für die Streitkräfte 250 Mrd. Euro ausgegeben. Japans Flotte ist größer als jene Großbritanniens. Die japanische Armee umfasst derzeit 160.000 Soldaten (*Selbstverteidigungskräfte*), laut Verfassung darf nur maximal ein Prozent des BIP für Streitkräfte verwendet werden.

Die Streitkräfte der Volksrepublik China und Japans im Vergleich⁵³²

| | China | Japan |
|-----------------------------|---------------|---------|
| Heer | 1,6 Millionen | 160.000 |
| Panzer | 8.500 | 1.100 |
| Geschütze | 15.000 | 800 |
| Kampffjets | 2.200 | 366 |
| Marine: große Kriegsschiffe | 63 | 55 |
| U-Boote | 29 | 19 |

⁵³¹ Michael Vatikiotis, U.S. sights are back on China, in: International Herald Tribune, 7.6.2005, 9.

⁵³² Aus: Angela Köhler, Japan: Weg mit den Fesseln, auf zur Weltmacht, in: Die Presse, 23.12.2005, 5.

Mit einer am 10. Dezember 2004 vom Kabinett beschlossenen Neufassung der japanischen Militärdoktrin verabschiedete sich Japan von seiner *Friedensverfassung*. Diese Neuausrichtung wandelt die Selbstverteidigungskräfte in eine schlagkräftige Berufsarmee, lockert das strenge Exportverbot für Waffentechnologie und erlaubt, mit den USA ein modernes Raketenabwehrsystem zu entwickeln. Erstmals seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges werden mit Nordkorea und China zwei potenzielle Gegenspieler beim Namen genannt. Die neue Verteidigungsdoktrin ist seit 1. April 2005 in Kraft. Obwohl Japan nie offiziell zugegeben hat, im Zweiten Weltkrieg der Aggressor im Pazifik zu sein, hatte es sich unter dem Druck der US-Besatzung eine *pazifistische* Verfassung gegeben, die militärische Aktionen außerhalb der Landesgrenzen strikt verbietet. Darin entsagt das geschlagene Kaiserreich „auf ewig dem Krieg als souveränes Recht der Nation“. Aus diesem Grund heißt das japanische Militär (160.000 Soldaten) nicht Armee, sondern *Selbstverteidigungskräfte*, die Panzer heißen *Spezialfahrzeuge*, die Zerstörer *Eskortschiffe* und der Verteidigungsminister *Leiter des Landesschutzes*, die Kommandanten *Vorgesetzte*.⁵³³ Auch war in der Verfassung festgelegt, dass nie mehr als ein Prozent des japanischen Bruttoinlandsproduktes für militärische Zwecke aufgewendet werden dürfen. Die Armee ist technisch hochgerüstet und sehr gut trainiert. Nach außen aufgefallen ist die Armee bereits durch einen Polizeischutz in Kambodscha oder aktuelle Pionierdienste im Irak, wo sie Trinkwasser aufbereitet und eine Schotterstraße durch die Wüste baute. Der Pazifismus ist also seit dem Irak-Engagement der japanischen Armee aufgegeben. Die japanischen neokonservativen unter Premier Koizumi streben nicht nur einen ständigen Sitz des Landes im UN-Sicherheitsrat an, sondern auch eine schlagkräftige Armee, die japanische Interessen in der Welt wenn nötig auch mit der Waffe durchsetzen soll.

⁵³³ Angela Köhler, Japan verabschiedet sich vom Pazifismus, in: Die Presse, 11.12.2004, 9.

Die russisch-chinesischen Sicherheitsbeziehungen

Sorge bereitet der US-Regierung die verstärkte militärische Zusammenarbeit zwischen China und Russland. In ihrem ersten gemeinsamen Manöver (18. - 25. August 2005), es begann in Wladiwostok und endete auf der chinesischen Halbinsel Schandong, demonstrierten beide zuvor über Jahrzehnte verfeindeten Großmächte vor allem Stärke gegenüber den USA: Die Übungsannahme bei *Frieden 2005* war, dass in einem fiktiven Staat ethnische Unruhen zum Bürgerkrieg eskalieren. Chinesische und russische Soldaten marschieren dort aufgrund eines UN-Mandats ein, um diesen Konflikt zu beenden. An dieser Übung beteiligten sich über 10.000 Soldaten, 140 Kriegsschiffe und Unterseeboote sowie Langstreckenbomber. Die Heranziehung von U-Booten und Langstreckenbomben ist jedoch bei einer Friedensmission eher ungewöhnlich und erinnern mehr an die Besetzung eines fremden Territoriums. Nach Aussagen eines chinesischen Regierungssprechers soll diese Übung ausschließlich „*die Fertigkeit der Streitkräfte bei der gemeinsamen Bekämpfung von Extremismus, Terrorismus und Separatismus verbessern.*“⁵³⁴ Bei dieser Militärübung waren nur Beobachter aus den Staaten der *Shanghai Cooperation Organization* (SCO)⁵³⁵ eingeladen. Die zu diesem Zeitpunkt ausgerufene strategische Partnerschaft zwischen China und Russland ist vor allem dadurch begründet, dass die Volksrepublik auf russische Waffen- und –systeme angewiesen ist. China baut auch selbst mit russischer Unterstützung moderne Waffen(systeme) – von amphibischen Kriegsschiffen bis zu mobilen Atomraketen. In Russland erwarb China insbesondere Zerstörer, Marschflugkörper und Luft-Boden-Raketen. Systeme wie die russischen Jäger Suchoj Su-27 werden in China in Lizenz gefertigt. Russland ist der wichtigste Waffen- und Technologielieferant für China.

⁵³⁴ Aus: Elke Windisch, China und Russland lassen die Muskeln spielen, in: Die Presse, 18.8.2005, 5.

⁵³⁵ Die SCO wurde im Jahr 2001 von den Staatschefs Chinas, Russlands, Usbekistans, Kasachstans, Kirgisiens und Tadschikistans gegründet. Ziel: Vertrauensbildung und Abrüstung entlang ihrer gemeinsamen Grenzen. Die SCO erstreckt sich über ein Gebiet von 30 Millionen Quadratkilometern mit einer Bevölkerung von 1,5 Mrd. Menschen.

Mit Russland schloss China im Juni 2005 ein Abkommen, das die seit vierzig Jahren ungelösten Konflikte an der 4.300 Kilometer langen gemeinsamen Grenze beenden soll. Mit Kasachstan, dem Gastgeber aus 2005 des SCO-Gipfels, verhandelte Präsident Hu Jintao über den Bau einer Pipeline sowie die Ausbeutung von Öl- und Gasfeldern. Alle SCO-Staaten forderten am Ende dieses Gipfels die USA auf, ihre Truppen aus Zentralasien abzuziehen, die dort seit dem Ende der Taliban-Herrschaft in Afghanistan stationiert sind. Während der Irak-Krise 2003 übten chinesische Diplomaten große Zurückhaltung, und die chinesisch-amerikanische Koalition im Kampf gegen den Terrorismus wurde so ausgebaut⁵³⁶, dass sich nach den Koalitionen von 1941 gegen Japan und in den 1970ern gegen die Sowjetunion fast schon eine *dritte Koalition* bildet.⁵³⁷ Die US-Operation *Enduring Freedom* zum Sturz des *Taliban*-Regimes in Afghanistan wurde von der chinesischen Regierung voll unterstützt. Jedoch dient der Zusammenschluss Russlands und zentralasiatischer Staaten in der *Shanghai Cooperation Organization* (SCO), um in Zentralasien durch militärische Kooperation und damit verbundene gegenseitige Vertrauensbildung die Stabilität in dieser Region zu sichern. Die SCO bezweckt auch die gemeinsame Bekämpfung des Terrors, des Separatismus und des Extremismus, bildet jedoch vor allem einen Gegenpol zu den amerikanischen Interessen in Zentralasien. Insbesondere soll die SCO die ökonomischen Bedürfnisse Chinas nach Erdöl sicherstellen und auch den politischen und wirtschaftlichen Einfluss Russlands in diesem Raum gewährleisten.⁵³⁸ Im Kampf um die Vorherrschaft in Ostasien versucht China bisher erfolgreich die gewünschte Beteiligung Indiens an der SCO und der geplanten ASEAN+3-Freihandelszone⁵³⁹ zu verhindern.⁵⁴⁰

⁵³⁶ Die USA setzten auf drängen Chinas die *Islamische Bewegung Ostturkestans* auf die Liste terroristischer Vereinigungen; aus: Frank Gräfe, Chinas innenpolitische Herausforderungen, in: Europäische Sicherheit 1/2005, 18-24, 22.

⁵³⁷ Ebenda.

⁵³⁸ Ebenda.

⁵³⁹ ASEAN-Staaten (Brunei, Indonesien, Laos, Malaysia, Myanmar, Philippinen, Singapur, Thailand, Vietnam) + China, Japan und Südkorea.

⁵⁴⁰ Vgl. Frank Gräfe, Chinas innenpolitische Herausforderungen, in: Europäische Sicherheit 1/2005 23.

Die russisch-chinesische Annäherung ist von großer Bedeutung. Die Russische Föderation und China vereinbarten im April 1996 für das 21. Jahrhundert eine *strategische Partnerschaft*. China ist derzeit auf zunehmenden Einfluss auf die Weltrohstoffpolitik aus: Mit der bislang größten Übernahme eines ausländischen Unternehmens hat sich China umfangreiche Ölreserven in Zentralasien gesichert. Für 4,18 Mrd. US-Dollar (3,44 Mrd. Euro) kaufte der staatliche chinesische Ölkonzern *China National Petroleum Corporation* (CNPC) das kanadische Unternehmen *PetroKazakhstan*, das zwölf Prozent der Ölförderung Kasachstans kontrolliert und ausschließlich in diesem Land tätig ist. Mit diesem hohen Angebot setzte sich CNPC gegen indische Mitbewerber durch. Es war die erste Übernahme einer börsenorientierten ausländischen Ölgesellschaft durch ein chinesisches Unternehmen. Die Übernahme gehört zur Strategie Chinas, sich wegen der wachsenden Energienachfrage durch sein starkes Wirtschaftswachstum weltweit mehr Ölreserven zu sichern. Unternehmen aus dem zweitgrößten Ölverbraucherland der Welt sind weltweit auf Einkaufstour, seitdem China 1993 Netto-Ölimporteur geworden ist. Heute ist die Volksrepublik nach den USA der zweitgrößte Erdöl-Importeur.⁵⁴¹ Die Hälfte der Importe stammen aus dem Nahen Osten, 15 Prozent davon aus dem Iran.⁵⁴²

Eine ähnliche Übernahme des US-Konzerns UNOCAL durch das chinesische Ölunternehmen CNOOC war drei Wochen zuvor am politischen Widerstand in den USA gescheitert. Die Chinesen hatten 18 Mrd. US-Dollar geboten. UNOCAL wurde von seinem amerikanischen Konkurrenten Chevron für einen niedrigeren Preis übernommen. CNPC ist die Nummer zehn unter den globalen Ölkonzernen mit einer jährlichen Förderung von 35 Millionen Tonnen in mehr als zwanzig Ländern. Kasachstan verfügt derzeit an die drei Prozent der Weltreserven an Öl. Die Übernahme passt in Pläne von CNPC, eine Pipeline zu bauen, die Öl von Kasachstan nach China transportiert.⁵⁴³ Kasachstan plant auch, seine Uranproduktion zu vervierfachen und

⁵⁴¹ Aus: Der Heißhunger des Gelben Drachen, in: Die Presse, 15.4.2006, 2.

⁵⁴² Ebenda.

⁵⁴³ Daten aus: Chinesen kaufen kanadische Ölfirma, aus: Die Welt.de, 23.8.2005, <http://www.welt.de/data/2005/08/23/764250.html> .

somit Kanada und Australien zu überholen. Kasachstan wäre sodann bis 2010 der größte Uranproduzent. Japan und Russland planen derzeit, zum Zwecke der friedlichen Nutzung der Nuklearenergie den Uranimport aus Kasachstan zu forcieren. Allein Russland beabsichtigt, 5.000 bis 6.000 Tonnen Uran jährlich aus Kasachstan zu importieren, circa zweimal so viel Uran als Russland selbst produziert.⁵⁴⁴

Die Volksrepublik baut inzwischen seine Militär- und Wirtschaftsbeziehungen weltweit aus. So besuchten chinesische Militärdelegationen regelmäßig Argentinien mit dem Schwerpunkt der Informationsgewinnung unter anderem in den Bereichen Personalrekrutierung und Evaluierungsprozesse. Erstmals in der Geschichte der chinesischen Marine umrundete im Jahr 2002 ein kleiner Flottenverband die Welt und besuchten Singapur, Ägypten, die Türkei, die Ukraine, Griechenland, Portugal, Brasilien, Ecuador und Peru. Zudem baute China seine Handelsbeziehungen zu Brasilien, Ägypten, dem Sudan, Nigeria und Südafrika massiv aus. Allein der Handel zwischen Brasilien und China stieg im Jahr 2003 um 69 Prozent auf 6,7 Mrd. US-Dollar an, allein im ersten Halbjahr 2004 auf weitere 40 Prozent.⁵⁴⁵ Für China ist hier der Import von brasilianischem Stahl relevant. Zudem wurden die Direktinvestitionsvolumen in den jeweiligen Ländern enorm erhöht. Für China ist es wichtig, sich umfassend zu öffnen, um das „Tiananmen-Platz-Syndrom“ nach 1989 loszuwerden.⁵⁴⁶

Der US-kritische Präsident Venezuelas, Hugo Chávez⁵⁴⁷, sieht auch in China den neuen wichtigen Ölmarkt. Venezuela ist

⁵⁴⁴ Aus: Isabel Gorst, Japan and Kazakhstan sign pact on atomic energy, in: Financial Times, 29.8.2006, 2.

⁵⁴⁵ Guillermo R. Delamer, Lyle J. Goldstein, Jorge Eduardo Malena, Gabriela E. Porn, Chinese Interests in Latin America, in: Paul D. Taylor (ed.), Latin American Security Challenges. A Collaborative Inquiry from North and South, Naval War College Newport Papers 21, 79-102, 88.

⁵⁴⁶ Ebenda, 85f.

⁵⁴⁷ Hugo Chávez kam im Jahr 1999 an die Macht. Er zog sich gleich die Aufmerksamkeit der USA auf sich, als er die Verstaatlichung der Erdölindustrie einleitete und dadurch US-Ölfirmen ihre Privilegien verloren. Die Freundschaft von Chávez mit dem kubanischen Präsidenten Fidel Castro steigerte die Antipathie der USA gegenüber ihm noch zusätzlich. Mitglieder der US-Regierung beschuldigten

viertwichtigster Öllieferant (15 Prozent der US-Importe).⁵⁴⁸ Auf der Suche nach Rohstoffen interessieren sich die Chinesen auch für Erdöl aus dem Iran und dem Sudan. Im Iran schloss Chinas Ölkonzern *Sinopec* das bisher größte Energiegeschäft des Mullah-Staates im Umfang von 70 Mrd. US-Dollar. Für 30 Jahre sicherte sich China 250 Millionen Tonnen Flüssigerdgas, überdies beteiligt sich *Sinopec* verstärkt an der Rohölförderung im Iran. Der staatliche Ölkonzern CNPC beteiligt sich führend an der Ölförderung nahe der sudanesischen Hauptstadt Khartum. Über eine Tochter baute das Unternehmen eine 1.600 Kilometer lange Pipeline zum Roten Meer sowie eine Raffinerie mit einer Kapazität von 2,5 Millionen Tonnen. Mittlerweile deckt der Sudan bis zu acht Prozent der gesamten chinesischen Ölimporte. Aufgrund des chinesischen Vetorechts im UNO-Sicherheitsrat braucht der Sudan im Gegenzug kaum internationale Sanktionen wegen Menschenrechtsverletzungen zu fürchten.⁵⁴⁹ China verbraucht 6,7 Millionen Fass Erdöl pro Tag, bereits mehr als Japan, aber bloß ein Drittel des Verbrauchs der USA. Allein im November 2004 legten die Ölimporte um 46 Prozent zu. Bis 2010 wird der Verbrauch auf 10 Millionen Fass steigen, was etwa der Fördermenge Russlands entspricht.⁵⁵⁰

Chávez der Begünstigung des linken und muslimischen Terrorismus. Chávez dagegen behauptete, dass die amerikanische Regierung ein Attentat auf ihn plane.

⁵⁴⁸ Quelle: Chávez dreht am amerikanischen Ölhahn, in: Die Presse, 18.8.2005, 6.

⁵⁴⁹ Daten aus: Frank Hornig/Wieland Wagner, Duell der Giganten, in: der Spiegel 32/2005, 74-88 88.

⁵⁵⁰ Aus: Energiepolitische Kehrtwende: Russland beteiligt China an Ölfirmen, in: Die Presse, 31.12.2004, 26.

Die EU und Lateinamerika

Die EU ist bei der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit, wenn die bilateralen Beiträge der EU-Mitgliedstaaten dazugerechnet werden, mit ca. 35-40 Prozent der größte Geldgeber in Lateinamerika und der Karibik, gefolgt von den USA mit ca. 25 Prozent.⁵⁵¹ Aus diesem Grund ist es Ziel der Union, die politischen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Beziehungen mit den Staaten Lateinamerikas und der Karibik auszubauen. Die österreichische EU-Präsidentschaft organisierte während des ersten Halbjahres 2006 das vierte Treffen⁵⁵² der EU-Staats- und Regierungschefs und jener Amtskollegen aus Lateinamerika und der Karibikländer (EULAC, Wien, 11.-13. Mai 2006). Der erste EULAC-Gipfel fand 1999 in Rio de Janeiro statt, bei dem eine *strategische Partnerschaft* festgelegt wurde. Die Kernpunkte dieser Partnerschaft konzentrieren sich auf den Ausbau der Wirtschaftskooperation und der Entwicklungszusammenarbeit sowie in der Schaffung eines regelmäßigen sicherheitspolitischen Dialogs.

Europa steht genauso wie Lateinamerika vor der Herausforderung innerhalb der internationalen Staatengemeinschaft, die gegenwärtigen globalen Gefahren und Bedrohungen – wie Terrorismus, organisiertes Verbrechen, die Proliferation von Massenvernichtungswaffen, regionale Konflikte, sowie gescheiterte Staaten - zu bewältigen. Die Vereinten Nationen fungieren hier als Fundament und Rahmen zur Eindämmung gegenwärtiger und neuer sicherheitspolitischer Risiken. Besonders Problem für die Sicherheit Lateinamerikas und des karibischen Raumes bildet die Verbreitung kleiner und leichter Waffen. Die Wahrscheinlichkeit, durch Feuerwaffen getötet zu werden, ist in diesem Raum fünfmal höher als in anderen Regionen der Erde.⁵⁵³ In Lateinamerika und im karibischen Raum

⁵⁵¹ Aus: Andreas Melán, Die politischen, wirtschaftlichen und entwicklungspolitischen Beziehungen der Europäischen Union mit Lateinamerika und der Karibik, 2006, 9-20, 16.

⁵⁵² Der erste EULAC-Gipfel wurde 1999 in Rio de Janeiro organisiert. 2002 erfolgte der 2. EULAC-Gipfel in Madrid und 2004 fand der 3. EULAC-Gipfel in Guadalajara (Mexiko) statt.

⁵⁵³ Aus: Marcela Sanchez, Disarming Latin America, in: Washington Post, February 17, 2005, 10:30 hours.

werden jährlich zwischen 73.000 und 90.000 Menschen durch Feuerwaffen getötet, dazu zählen auch jene Opfer des innerkolumbianischen Konfliktes mit der FARC.⁵⁵⁴ Viele kleine und leichte Waffen gelangen in die Hände von paramilitärischen Verbänden – Rebellen und Gruppen des organisierten Verbrechens. Waffenschmuggel und der Schwarzmarkt stellen in diesem Zusammenhang ein großes Sicherheitsproblem dar.

Die Eindämmung der Verbreitung von Klein- und Leichtwaffen hat innerhalb der OAS die 1997 *Firearms Convention* zum Ziel. In diesem Zusammenhang zielt diese Konvention auf eine Stärkung der Exportkontrollen, auf eine strenge Registrierung von Feuerwaffen sowie auf einen koordinierten Informationsaustausch zur Eliminierung von Schwarzmärkten und zur Verhaftung von Waffenhändlern.

Die Interamerikanische Konvention gegen den Terrorismus, die im Juni 2002 in Barbados unterzeichnet wurde und ein Jahr später in Kraft trat, sowie das Interamerikanische Komitee gegen den Terrorismus (CICTE) richten sich vor allem gegen die Finanzierung von Terrorismus und streben die Schaffung verstärkter Grenzkontrollen an. Die Deklarationen von San Salvador (2003) und Montevideo (2004) unterstreichen das Ziel der OAS, verstärkt in der Bekämpfung des Terrorismus und der Korruption zusammenzuwirken.

Im Jahr 2003 wurde die Deklaration über die Sicherheit am amerikanischen Kontinent (*Declaration on Security in the Americas*)⁵⁵⁵ in Mexico City beschlossen, in der zunächst jeder Mitgliedstaat zunächst seine eigenen prioritären Sicherheitsziele definiert: “*Each state has the sovereign right to identify its own national security priorities and to define strategies, plans and actions for addressing threats to its security, in accordance with its legal system and with full respect for international law and the norms and principles of the Charter of the OAS and the Charter of the United Nations*” (para. 4a.)

⁵⁵⁴ Ebenda.

⁵⁵⁵ Organization of American States, Declaration on Security in the Americas, adopted at the third plenary session of October 28, 2003, OEA/Ser.K/XXXVIII CES/DEC.1/03 rev. 1. Special Conference on Security, Mexico City, Mexico, October 27-28, 2003.

In diesem Dokument werden die gegenwärtigen Bedrohungen und Risiken wie folgt aufgelistet (Para 4m.): *“The security of states of the Hemisphere is affected, in different ways, by traditional threats and the following new threats, concerns, and other challenges of a diverse nature*

- *terrorism, transnational organized crime, the global drug problem, corruption, asset laundering, illicit trafficking in weapons, and the connections among them;*
- *extreme poverty and social exclusion of broad sectors of the population, which also affect stability and democracy. Extreme poverty erodes social cohesion and undermines the security of states;*
- *natural and man-made disasters, HIV/AIDS and other diseases, other health risks, and environmental degradation;*
- *trafficking in persons;*
- *attacks to cyber security;*
- *the potential for damage to arise in the event of an accident or incident during the maritime transport of potentially hazardous materials, including petroleum and radioactive materials and toxic waste; and*
- *the possibility of access, possession, and the use of weapons of mass destruction and their means of delivery by terrorists. ...”*

Die Staaten der OAS einigten sich, verstärkt in den Bereichen Ausbildung und Organisation von friedenserhaltenden Einsätzen zusammenzuarbeiten (para. 21) – in Übereinstimmung mit dem jeweiligen nationalen Rechtssystem. Lateinamerikanische Staaten wie Argentinien und Chile beteilig(t)en sich mit Truppen an EU- und NATO-geführten Krisenbewältigungseinsätzen in Bosnien-Herzegowina (*EUFOR Althea*) und im Kosovo (KFOR). Sowohl die EU als auch die OAS sehen hier eine koordinierte militärische Zusammenarbeit mit den USA vor.

Sowohl für die EU als auch für die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) bilden insbesondere die Erreichung folgender Ziele die Grundlagen sicherheitspolitischer Handelns: die Stärkung pluralistischer Demokratien, der Schutz sowie die Durchsetzung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, der Kampf gegen die Korruption, das organisierte

Verbrechen sowie gegen den Terrorismus, der freie Handel auf der Basis globalisierter Märkte, die Räumung und Vernichtung von Landminen auf der Grundlage der Konvention von Ottawa aus dem Jahr 1997, der koordinierte Katastrophenschutz, die Förderung nachhaltiger Entwicklung und die Beobachtung von Wahlen. Die europäischen Staaten arbeiten bei der Bewältigung von Krisen weltweit mit lateinamerikanischen Ländern – auch militärisch – innerhalb der Vereinten Nationen zusammen.

Das Sicherheitssystem in der OAS ist wie jenes in Europa multilateral ausgerichtet. Während des Treffens der Außenminister der EU-Mitgliedstaaten mit ihren Kollegen der *Rio-Gruppe*, in der alle Staaten Lateinamerikas vertreten sind, am 26. und 27. Mai 2005 in Luxemburg legten sich alle Teilnehmer auf einen Ausbau multilateraler Beziehungen fest.⁵⁵⁶ Parallel dazu fanden Gespräche zwischen der EU und dem MERCOSUR (Argentinien, Brasilien, Paraguay, Uruguay, Venezuela⁵⁵⁷), zwischen der EU und Zentralamerika (Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras, Nicaragua und Panama), der Andengemeinschaft (Bolivien, Kolumbien, Ecuador, Peru und Venezuela⁵⁵⁸), Chile und Mexiko statt.

Die Europäische Union unterstützt die verschiedenen regionalen und subregionalen Integrationsprozesse in Lateinamerika – wie den MERCOSUR, das SICA (*Central American Integration System*) und die Andengemeinschaft. Sowohl die EU als auch die OAS betonen in ihren Strategien und Deklarationen den Ausbau und die Vertiefung globaler Sicherheitsbeziehungen mit dem Ziel, wichtige politische und ökonomische sowie auch gesundheitspolitische menschliche Bedürfnisse zu sichern – wie die Versorgung mit Nahrung, die Eliminierung von Krankheiten, den Zugang zu Rohstoffen und Energie, die persönliche Sicherheit, den Ausbau kultureller Beziehungen und den wirtschaftlichen Fortschritt.

Militärische Geschäftsbeziehungen bestehen inzwischen mit einigen EU-Staaten: Deutschland plant, bis zu 300 *Leopard 2-Panzer* an

⁵⁵⁶ Quelle: Treffen zwischen der EU-Troika und Ministern aus Lateinamerika am 26. und 27. Mai in Luxemburg, Press Release IP/05/601, Brussels, 25 May 2005.

⁵⁵⁷ Venezuela erklärte im Dezember 2005, dem MERCOSUR beizutreten.

⁵⁵⁸ Venezuela trat aus der Andengemeinschaft im April 2006 aus.

Chile zu verkaufen, um die chilenische Panzerflotte (350) zu erneuern. Chile bestellte auch Militärschiffe in Großbritannien und in den Niederlanden sowie *F-16*-Flugzeuge in den USA. Argentinien unterhält eine Flotte von 635 Panzern, davon 118 ältere österreichische Jagdpanzer des Typs *Kürassier*.⁵⁵⁹ Brasilien hat sich inzwischen zu einem Industriestaat entwickelt und hat sich unter anderem in der Luft- und Raumfahrt weltweit seinen Platz gesichert. In Venezuela fiel Hugo Chávez, linksrevolutionärer Präsident Venezuelas und ehemaliger Oberst bei den Fallschirmjägern, seit seiner Wahl zum Präsidenten 1998 nicht nur als Ikone der Armen auf, sondern auch durch anti-imperialistische Rhetorik, vor allem gegen die USA. Er setzt nun verstärkt seine Strategie durch, andere Staaten Lateinamerikas, vor allem jene mit linken Regierungen, mittels billiger Erdöllieferungen und Investitionen wirtschaftlich und politisch an sich zu binden. Chávez rief im Sommer 2005 während seiner Besuche, die ihn von Uruguay über Argentinien bis nach Brasilien führten, sein Ziel wie folgt aus: *„Dies ist die Stunde Südamerikas, wir dürfen sie nicht ungenützt verstreichen lassen! Der Traum Simón Bolívars, die Einheit des Kontinents, kann Wirklichkeit werden.“*⁵⁶⁰ Venezuela unter Chávez entwickelt sich zur neuen Führungsnation in Südamerika.

Von dieser Erdöl-Diplomatie profitiert vor allem Uruguay: Venezuela wird für 25 Jahre fast neunzig Prozent des Ölbedarfs des 3,5-Millionen-Einwohnerlandes decken, Uruguays einzige Raffinerie ausbauen und in eine Zementfabrik investieren, die billigen Baustoff für Chávez' Wohnbauprojekte liefern wird. Ähnliche Details wurden mit Argentinien geschlossen, das so wie Uruguay Fleisch und Milchprodukte liefert. Zudem lässt Chávez in Argentinien und Brasilien dutzende Öltanker bauen. Monate vorher hatte Venezuela argentinische Staatspapiere für 300 Millionen US-Dollar gekauft und das Gleiche Ecuador angeboten. Als der Wirtschaftsminister Ecuadors das umstrittene Offert annahm, musste er zurücktreten.⁵⁶¹

⁵⁵⁹ Aus: Deutsche Tanks für Chile, US-Bomber für Indien, in: Die Presse, 27.12.2005, 5.

⁵⁶⁰ Quelle: Cornelia Mayrbäurl, Wenn Chávez mit dem Scheckbuch kommt, in: Die Presse, 13.8.2005, 7.

⁵⁶¹ Ebenda.

Chávez will sein Land zum Kern des südamerikanischen Erdölblocks machen: Im Mai 2005 entstand die Initiative *Petrosur*, die die staatlichen Ölfirmen Argentiniens, Brasiliens und Venezuelas vernetzen will. Im Juni 2005 folgte *Petrocaribe*, billige Öllieferungen an 13 karibische Staaten. Im Juli 2005 schlug Chávez vor, unter dem Titel *Petroandina* die Ölindustrie der Andenländer mit jenen Venezuelas zu vernetzen. Venezuela ist der fünftgrößte Ölexporteur und profitiert vom hohen Ölpreis. Seit 1999 hat sich der Weltölpreis verdoppelt und die amerikanischen Kosten für Naturgas haben sich verdreifacht.⁵⁶² Zusätzlich hat sich Chávez mit seiner Mehrheit im Parlament Zugriff auf die Zentralbank verschafft: Sechs der 30 Mrd. US-Dollar Devisenreserven bilden ein Parallelbudget, das kaum kontrolliert wird. Venezuela deckt auch die Hälfte des Energiebedarfes von Kuba. Ohne sie könnte Fidel Castro die Energiekrise kaum bewältigen. Dafür arbeiten in Venezuela angeblich mehr als 20.000 kubanische Mediziner in den Armenvierteln, was Chávez viel Popularität bescherte. Einheimische Ärzte protestierten, weil sie keine Arbeit fänden und die Spitäler finanziell ausgehungert werden. Chávez hat dagegen die Gehälter der Mitglieder der Streitkräfte um die Hälfte angehoben. Die Absolventen der Militärakademie 2005 erhielten ihre Diplome in Havanna – von Fidel Castro persönlich.⁵⁶³

Zwischen Europa und Lateinamerika selbst sind sicherheitspolitische Beziehungen erst im Aufbau begriffen, während enge wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen zwischen beiden Regionen bereits seit Jahrhunderten existieren. Beide Regionen kooperieren in der Bewältigung der gegenwärtigen Herausforderungen im Rahmen der globalen Sicherheitspartnerschaft auch mit anderen Staaten - innerhalb der Vereinten Nationen.

⁵⁶² Aus: Domestic Energy Development, The CQ Researcher, Sept. 30, 2005, Volume 15, Number 34, 809-832.

⁵⁶³ Ebenda.

Schlussfolgerungen

Der Umgang mit sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Herausforderungen bildet nach wie vor den Kern der Diskussionen zwischen den USA und der EU. „Europa“ ist aufgrund längerer (Religionskriege, Kleinstaaten, Nationenbildung) und jüngster Erfahrungen (Faschismus, Nationalsozialismus, Zweiter Weltkrieg, Kommunismus) ein auf Überwindung des Krieges durch Integration gerichtetes Projekt, dem die Grundannahme eines Systems der zwischenstaatlichen Ordnung und dessen sukzessiver Vertiefung und Erweiterung zugrunde liegt. Demgegenüber geht die in den USA dominierende „*realistische Schule*“ (bedeutender Vertreter: Hans Morgenthau) davon aus, dass Nationalstaaten ihr Verhalten rational an der Verfolgung ihres Eigeninteresses ausrichten. Dieser Tatsache ist nur durch Macht als durch Koordination und Kooperation beizukommen – mittels der Stabilisierung „*des Gleichgewichts der Mächte*“ – im Notfall auch unilateral. Nur so kann aus dieser Sicht Stabilität und Frieden gesichert werden. Die USA sind weniger debatten- als handlungsorientiert und werden einmal unilateral und einmal multilateral handeln – je nach Erfordernis zu Lösung einer Krisensituation. So ist vor allem für die UNO die Frage zu beantworten, wie der Wille eines Staates, gegen eine von ihm als unmittelbar empfundene Bedrohung militärisch unilateral vorzugehen, mit den Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen vereinbar werden könnte.

Die EU hat mittlerweile globale politische und wirtschaftliche Interessen mit dem Ziel, Stabilität und Frieden weltweit zum Durchbruch zu verhelfen. Durch verschiedene Programme wie PHARE, TACIS, CARDS, MEDA, AKP und ALA und ab 2007 durch die ENP werden fast alle wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Problemregionen in die Stabilitätsprogramme der EU eingebunden. Der Erfolg dieser Programme (ausgenommen PHARE für Mitteleuropa) ist jedoch bescheiden. Während die mittel- und mittelosteuropäischen Staaten großteils in die EU integriert sind, bedarf es noch großer Anstrengungen, um Demokratien in Osteuropa, in den südlichen Staaten und Regionen des Westbalkans sowie im südlichen Mittelmeerraum und im Kaukasus-Gebiet zum Durchbruch zu verhelfen. In Afrika bilden korrupte Regierungen und der unendliche Migrationsstrom eine ernste

Herausforderung für Europa. Tausende Flüchtlinge kommen bei der Überfahrt nach Europa ums Leben bzw. müssen wieder nach Afrika zurückgeschickt werden und werden in der Wüste ihrem Schicksal übergeben. Viele Afrikaner werden auch in die Westsahara abgeschoben, ihr Schicksal ist ungewiss. Um die 100.000 Afrikaner erhalten jährlich Asyl in Europa. Die Flüchtlingslager in Europa sind überfüllt. So bleibt es gerade für die EU-Mitgliedstaaten eine gewaltige Herausforderung, mit Hilfe der Bevölkerungen in Afrika ihre politischen, ökonomischen und sozialen Probleme zu überwinden. Koordinierte *Entwicklungshilfe* sowie im Ganzen die Realisierung einer gezielten Afrika-Politik bleibt in diesem Zusammenhang von großer Relevanz.

Weltweit waren 2005 ca. 20 Millionen Menschen auf der Flucht, bedingt vor allem durch Umweltverschmutzung und Klimawandel. Die Anzahl der Flüchtlinge wird voraussichtlich bis zum Jahr 2010 steigen. Die Volksrepublik China hat mittlerweile ein Viertel des Territoriums an die Wüste verloren, jährlich kommen 2.500 Quadratkilometer dazu.⁵⁶⁴

Seit dem EU-Vertrag von Maastricht vom 7. Februar 1992 sind die EU-Mitgliedstaaten bestrebt, sofern dies von den Mitgliedstaaten in der jeweiligen Situation getragen wird, ihre Außen- und Sicherheitspolitik verstärkt zu koordinieren. In vielen gemeinsamen Standpunkten und Aktionen ist dies auch gelungen, bei grundsätzlichen Krisensituationen – so im Konflikt um das Kosovo 1999 und während der Irak-Krise 2003 – erzielten die EU-Staaten keine Einigung. Daran zeigte sich, dass die ökonomisch starke EU nicht in der Lage war, mit derartigen Krisen umzugehen. Als Reaktion auf die neuen Konfliktformationen bildete sich zwischen Europa und der USA eine Aufgabenteilung heraus: Kampfeinsätze (*peace enforcement*, robustes *peacekeeping*) erfolgen primär unter der Ägide der USA und einer kampfkraftigen *Koalition der Willigen und Fähigen* (*coalition of the willing and able*), die nachfolgende Friedenssicherung und der Aufbau ziviler demokratischer Strukturen durch die UNO oder regionale Organisationen wie OSZE oder der Europäischen Union.

⁵⁶⁴ Aus: Bericht der *Zeit im Bild 2*, Nachrichten des ORF, 12.10.2005, 22.15 Uhr, und: Neue Weltmacht China, in: Die Presse, 18.4.2006, 1.

Was die sicherheitspolitische Zusammenarbeit zwischen der EU und der NATO betrifft, bleibt – auf Wunsch aller EU-Staaten, die NATO-Mitglieder sind – die Nordatlantische Allianz weiterhin das Rückgrat der europäischen Sicherheit und Verteidigung. Enge Kooperationen mit der NATO und eine Harmonisierung der Verfahren und Standards der euro-atlantischen Streitkräfte bleiben daher weiterhin von der NATO abhängig. Der Wille der Europäer, in diesem Prozess ihre Verteidigungskapazitäten zu stärken, bedeutet jedoch keineswegs, die militärische Allianz mit den USA aufzugeben.

Innerhalb der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU existieren im Gegensatz zur NATO noch immer unterschiedliche Sicherheitssysteme: NATO-Mitglieder und sogenannte *neutrale* und *bündnisfreie* Mitglieder der 1994 gegründeten NATO-Partnerschaft für den Frieden. Aufgrund militärischer Ausrüstungsdefizite in den EU-Mitgliedstaaten – vor allem in den Bereichen strategischer Lufttransport und Satellitenaufklärung – kann die GASP noch auf unabsehbare Zeit nur über Kräfte und Mittel wirksam werden, über die ausschließlich die NATO (über die USA) verfügt. Zudem ist seitens der EU-Staaten – allein schon aus immer knapper werdenden Ressourcen in den Staatskassen und dem Erhalt des Wohlfahrtsstaates mit allen Mitteln – keine Duplizierung der militärischen Mittel und Fähigkeit der EU mit jenen der NATO geplant, abgesehen davon, dass seit 2007 21 der 27 EU-Mitgliedstaaten (460 Mio. von 485 Mio. Einwohner) Mitglieder der NATO sind. Die Bereitschaft, mehr Geld für Streitkräfte auszugeben, wird in Europa immer geringer. Die EU wird gemäß dem Washingtoner Kommuniqué der NATO vom 24. April 1999 deshalb autonome Kriseneinsätze nur in jenen Fällen durchführen, „*in denen die Allianz als Ganze nicht tätig ist.*“ Kriseneinsätze werden seitens der NATO und der EU mittlerweile auch mit südamerikanischen, afrikanischen, asiatischen Staaten und Australien durchgeführt. NATO und EU gehen bei der Bewältigung von Krisen „*Hand in Hand*“, es geht dabei um Risikoaufteilung, die Stärkung der kollektiven Sicherheit, der Operabilität und das effiziente Einsätzen von Ressourcen. Der Grundpfeiler für Europas Sicherheitsordnung bleibt weiterhin die NATO. Frankreich verfolgt zwar den Ausbau der ESVP mit dem Ziel, den amerikanischen Einfluss und jenen der NATO in Europa und darüber hinaus zu begrenzen. Dadurch werden auch

Missionen der NATO nicht genügend effizient durchgeführt: Frankreichs Regierung weigerte sich, eine Transportunterstützung für die Mission der Afrikanischen Union (AU) in Darfur/Sudan durch die NATO zuzulassen.⁵⁶⁵

In spezifischen Krisen ist es ein Muss für die EU, rascher und entschlossener zu handeln. In diesem Zusammenhang wird von der Europäischen Union eine Verbesserung in folgenden strategischen Schlüsselbereichen angestrebt: im Ausbau der Transport-, Nachrichten- und Kommunikationskapazitäten. Die Europäische Kommission und der Rat (Ministerrat) haben im Lichte der *Tsunami*-Katastrophe von Ende Dezember 2004 Maßnahmen zur Stärkung des europäischen Krisenmanagements vorgeschlagen, darunter die verbesserte Koordination humanitärer Hilfe im Krisenfall, den Aufbau eines gemeinsamen europäischen Zivilschutzes mit Hilfe eines Modulsystems und eine bessere Koordination von Krisenmanagementressourcen in der Europäischen Kommission, dem Ministerrat und den Mitgliedstaaten.⁵⁶⁶ In diesem Kontext hat sich auch die österreichische EU-Präsidentschaft im ersten Halbjahr 2006 zum Ziel gesetzt, die zivil-militärische Zusammenarbeit auszubauen.

Im Gegensatz zu den USA bildet für die Europäer das kurz- bis mittelfristige koordinierte Vorgehen bei der Krisenbewältigung eines der größeren Herausforderungen. Die USA sind in diesem Zusammenhang aufgerufen, den imperialen Anspruch in der Gestaltung der Weltordnungspolitik durch einen multilateralen Ansatz zu ersetzen. Die US-Administration hat jedoch gelernt, dass es der Durchsetzung ihrer sicherheitspolitischen Interessen nicht nützt, Europa durch eine *Spaltungsstrategie* zu schwächen. Die Regierungen der EU-Staaten sind andererseits aufgerufen, bei der Herausbildung einer *kooperativen Weltordnung* auch Taten folgen zu lassen. In diesem Zusammenhang ist es auch Ziel, die IAEA effizienter zu machen. Dafür müssten alle Staaten das 1997 beschlossene Zusatzprotokoll zum Atomwaffensperrvertrag für strengere und unangemeldete

⁵⁶⁵ Lutz Holländer/Peter Schmidt, Möglichkeiten der ESVP angesichts nationaler europäischer Politik, in: Erich Reiter (Hg.), Beiträge zur Entwicklung der ESVP, Teil 2, Strategische Analysen, Wien, im Juli 2005, 19-27, 22.

⁵⁶⁶ Benita Ferrero-Waldner, Europa in der neuen Weltordnung – Globale Präsenz und Verantwortung, in: Europäische Sicherheit 7/2005, 8-11, 11.

Überprüfungen unterschreiben – bis Sommer 2005 war es gerade in 69 Staaten in Kraft. Der im Sommer 2005 gegen amerikanische Widerstände in seinem Amt bestätigte Leiter der IAEA, Mohammed El Baradei, möchte die Herstellung von Plutonium und hochangereichertem Uran weltweit nur noch unter multinationaler Aufsicht zulassen: „*Ohne Kontrolle des waffenfähigen Materials gibt es keine Kontrolle der Weiterverbreitung.*“⁵⁶⁷

Ökonomisch ist die EU ein gewaltiger globaler Akteur. Wirtschaftliche globale Interessen verfolgen europäische Konzerne und Mittelbetriebe. Investiert wird in Ländern, in denen nicht nur die Gehälter der Angestellten, die Lohnstückkosten und Lohnnebenkosten weitaus geringer sind als in der EU, sondern wo auch die Arbeitsbedingungen weitaus schlechter sind als in Europa. Ölkonzerne – auch jene aus Europa – schlagen aus den stets höheren Erdölpreisen immer höhere Gewinne, an denen korrupte Regierungen in Afrika und in Zentralasien mitverdienen. Ein höherer Ölpreis hat jedoch nicht gezeigt, dass sich davon die wirtschaftlichen Bedingungen in den sogenannten *Entwicklungsländern* verbessern. Die EU ist hier aufgerufen, ihren politischen Einfluss zur Verbesserung der Wirtschaftslage in den betroffenen Ländern geltend zu machen.

Die gemeinsame Bedrohung durch den internationalen Terrorismus und den militanten Islam hält derzeit die Staaten der Welt politisch zusammen, in diesem Zusammenhang veränderten sich die Beziehungen zwischen den USA und Russland innerhalb kürzester Zeit grundlegend: Aus alten Feinden sind *strategische Partner* geworden. Innerhalb der NATO erhielt Russland einen Sonderstatus, und bei der Erschließung des Kaspischen Raumes sprechen Bush und Putin von einer *Energieallianz*.⁵⁶⁸ Derartige Allianzen sind zerbrechlich, wenn es den Zweck eines Beteiligten nicht erfüllt.

Die EU und die NATO haben großes Interesse, ihre Energieversorgung auch militärisch abzusichern. Europa bezieht seinen Energiebedarf zunehmend aus Nordafrika, dem Nahen Osten und dem

⁵⁶⁷ Aus: Jörg Schmitt, Gute Bombe, böses Kind, in: Der Spiegel 32/2005, 100-108, 107.

⁵⁶⁸ Aus: Heinz Brill, Strategische Allianzen in der internationalen Politik. Unilateralismus versus Multipolarität, in: ÖMZ 5/2002, 539-546, 544.

kaspischen Raum. Der Anteil Russlands an der Energieversorgung Europas wird von derzeit 70 Prozent auf 50 Prozent bis zum Jahr 2030 sinken. Viele Pipeline-Projekte, wie die *Nabucco*-Pipeline der Österreichischen Mineralölverwaltung (OMV), die Erdgas aus dem kaspischen Raum über die Türkei über Südosteuropa nach Österreich transportieren soll, erschließen neue Versorgungsgebiete für Europa. Die Transportfähigkeit von *Nabucco* wird bis frühestens 2010 fertig gestellt. Sie erreicht mit maximal 30 Mrd. Kubikmeter jedoch gerade ein Viertel der jährlichen Exportmenge Russlands - - knapp 120 Mrd. Kubikmeter.⁵⁶⁹

So geht es heute nicht nur um die Frage der zielgerichteten Umsetzung einer weltweiten umfassenden sicherheitspolitischen Ordnung, sondern vor allem – wie 1945 – um den gewünschten Stellenwert politischer Akteure. Dabei wird innerhalb der transatlantischen Beziehungen die Prädominanz der USA – politisch, wirtschaftlich und militärisch – auf unabsehbare Zeit bleiben. Die EU ist in ihren Entwicklungen von den negativen Begleitumständen des gefährdeten Verfassungsvertrages und deren mangelnde Koordination in künftigen Fragen betroffen. Zudem steht die EU davor, ihre europäischen Grenzen erstmals durch die Aufnahme von Beitrittsgesprächen mit der Türkei - einem großteils asiatischen Staat - zu überschreiten. In diesem Zusammenhang bleibt jedoch die Frage offen, wie weit Europa reichen soll – bis nach Georgien, nach Aserbaidschan, nach Kasachstan, nach Israel oder nach Nordafrika? Es steht fest, dass auch die Staaten und Regionen des Westbalkan – also Kroatien, Albanien, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien (FYROM), Montenegro, Serbien und das Kosovo sowie auch die Ukraine und vielleicht auch langfristig Weißrussland/Belarus in die EU aufgenommen werden sollen. Dazu ist es auch notwendig, zusätzlich zu den Kopenhagener Kriterien den bisherigen Verteilungsschlüssel der heute hoch verschuldeten EU-Nettozahler massiv zu ändern. Bisherige Nettoempfänger wie Griechenland, Irland (*der gälische Tiger*), Portugal und Spanien müssten zu Nettozahlern werden, Frankreich und Großbritannien müssten ihre Beiträge erhöhen und Großbritannien ihren

⁵⁶⁹ Aus: Peter Schiefer, Gas-Abhängigkeit von Russland sinkt, in: Die Presse, 29.12.2005, 16.

Briten-Rabatt, für den heute andere Nettozahler wie Deutschland, die Niederlande und Österreich zusätzlich aufkommen - aufgeben. Mittelfristig soll es auch Ziel sein, Staaten wie Polen, die Slowakei, Slowenien, die Tschechische Republik und Ungarn als Beitragsnationen an der Gesamtfinanzierung der EU zu beteiligen. Für die geplanten neuen Mitglieder wie Bulgarien und Rumänien sind noch massive Investitionen in die Infrastruktur bzw. Verkehrswege notwendig. Die Frage einer Aufnahme der Türkei gemäß der beliebig auslegbaren *Kopenhagener Kriterien* von 1993 bleibt weiterhin ungeklärt.

Die EU ist auf dem Weg, eine gesamteuropäische Union zu werden. Dazu bedarf es zunächst eines koordinierten Ansatzes zur wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Reform der EU-Staaten und klarer politischer Ziele. Derzeit leidet die EU – nach den negativen Referenden über den EU-Verfassungsvertrag in Frankreich und den Niederlanden in der ersten Jahreshälfte 2005 – an der Krise der Glaubwürdigkeit der Politik mit Legitimationsproblem. Verunsicherung gibt es seitens großer Teile der EU-Bevölkerung über den Sinn der Einigung. Hier kommt es auch zur Entfremdung der politischen Eliten vom Bürger und von den wirtschaftlichen Bedürfnissen der Bevölkerung. In der *Entschließung des Europäischen Parlaments zu dem Strategiepapier 2005 der Kommission zur Erweiterung (2005/2206(INI))*, die am 16. März 2006 von 397 Abgeordneten des Europäischen Parlaments angenommen wurde (bei 95 Gegen-Stimmen), ist die Mehrheit der Abgeordneten der Meinung, „*dass aufgrund der Sackgasse, in der sich der Ratifizierungsprozess der Verfassung derzeit befindet, die Europäische Union ihre Aufnahmekapazitäten nicht erhöhen kann*“ (Punkt 6) und erinnern „*den Rat daran, dass er vor einer endgültigen Entscheidung über den Beitritt eines neuen Mitgliedstaates zur Europäischen Union gewährleisten muss, dass angemessene Haushaltsmittel verfügbar sind, die eine ausreichende Finanzierung der EU-Politiken ermöglichen*“ (Punkt 7).

In der EU besteht mit den zahlreichen anderen geplanten Erweiterungen das Problem der Überdehnung, wie es bereits Großreiche zuvor hatten. Elmar Brok, Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, Menschenrechte, gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Europäischen Parlament, forderte deshalb eine

Plus-Minus-Analyse für jedes neue EU-Kandidatenland: „*Allein diese Länder wegen des Friedens auszunehmen, ist zu wenig.*“⁵⁷⁰

Die EU hat seit dem letzten Jahrzehnt umfassende politische und wirtschaftliche Interessen zur Stabilisierung der Regionen und Länder um die Union. Diese werden zwar massiv wirtschaftlich wahrgenommen, sicherheitspolitisch konzentriert sich die EU auf die *soft security*. Militärisch sind die EU-Mitgliedstaaten weiterhin auf die USA – über die NATO – angewiesen. Die EU ist jedoch – als größte Wohlstands- und Stabilitätszone der Welt – ein globaler Akteur geworden. Sie denkt global, so im UN-Prozess und in der Wirtschaftspolitik. Der Euro ist anerkannte Währung am Weltmarkt.⁵⁷¹ Die Staaten der EU sind jedoch derzeit zu sehr mit dem globalen Wettbewerb beschäftigt als mit der europäischen Integration. Die nächsten Jahre werden Schicksalsjahre für den europäischen Integrationsprozess. Europa bleibt weiterhin ein *Laboratorium der Globalisierung*.⁵⁷²

⁵⁷⁰ Aus: Vortrag von Elmar Brok während des 9. Europa-Forums „Die Überwindung der Krise der EU – die Zukunft des europäischen Projekts“ in der Wirtschaftskammer Österreich am 18.11.2005, veranstaltet vom Österreichischen Institut für Europäische Sicherheitspolitik (ÖIES).

⁵⁷¹ Australien besitzt z.B. 45 Prozent der Währungsreserven in Euro.

⁵⁷² Aus: Vortrag von Sylvie Goulard, Science Po, Paris, während des 9. Europa-Forums des Österreichischen Instituts für Europäische Sicherheitspolitik (ÖIES) am 18.11.2005 in Wien.

Literaturverzeichnis

- ALLEN*, Mike, *PRIEST*, Dana, Report Discounts Iraqi Arms Threat, in: Washington Post, October 6, 2004, A01.
- ANNERL*, Franziska, Albanien und Mazedonien wollen spätestens 2014 in Brüssel ankommen, in: Die Presse, 12.2.2005, 7.
- ANNERL*, Franziska, Auf der Suche nach Arbeitsplätzen, in: Die Presse, 15.4.2005, 5.
- ANNERL*, Franziska, EU-Parlament sagt ja zur Türkei, in: Die Presse, 29.9.2005, 4.
- BEDNARZ*, Dieter, *FOLLATH*, Erich, *HAMMERSTEIN*, Konstantin von, *SZANDAR*, Alexander, Zuckerbrot ohne Peitsche, in: Der Spiegel 32/2005, 31-33.
- BINNENDIJK*, Hans, *GOMPERT*, David C., *KUGLER*, Richard L., A New Military Framework for NATO, Defense Horizons, A Publication of the Center for Technology and National Security Policy, National Defense University, number 48, May 2005.
- BISCHOF*, Burkhard, Atomkrieg: Akutes Horrorszenario, in: Die Presse, 4.5.2005, 8.
- BLANKE*, Ursula (Hg.), Krisen und Konflikte. Von der Prävention zur Friedenskonsolidierung, BWV – Berliner Wissenschafts-Verlag, 2004.
- BÖHM*, Wolfgang, Fischler warnt vor Türkei-Beitritt, Die Presse, 11.9.2004, 10.
- BÖHM*, Wolfgang, Sieben Länder stoppen Ratifizierung, in: Die Presse, 18.6.2005, 3.
- BÖHM*, Wolfgang, *SCHNAUDER* Andreas, Schlüssel verlangt Referendum. Vage Einigung in Zypern-Frage, in: Die Presse, 18.12.2004, 5.
- BÖHM*, Wolfgang, Machtfaktor Türkei und das vergessene vierte Beitritts-Kriterium, Die Presse, 25.9.2004, 2.
- BÖHM*, Wolfgang, Politische Macht verändert Islamisten, Interview mit dem Islamwissenschaftler Stephan Rosiny, in: Die Presse, 2.9.2006, 8.
- BOGNAR*, Peter, Feinschliff für Exil-Iraker in Ungarn, Die Presse, 9.1.2003, 5.
- BOGNAR*, Peter, Bukarest will regionale Führungsrolle, in: Die Presse, 9.2.2005, 4.

BOIDIN, Anne-Céline, Russie: l'énergie du retour, in: Armées d'aujourd'hui, numéro 312, juillet-aout 2006, 20-23.

BRAUNE, Gerd, Die drei „Amigos“ reiten für Sicherheit, in: Die Presse, 24.3.2005, 6.

BRZEZINSKI, Zbigniew, Die einzige Weltmacht – Amerikas Strategie der Vorherrschaft, 1997.

BRILL, Heinz, Wasser als strategische Ressource, in: ÖMZ 6/2001, 695-704.

BRILL, Heinz, Strategische Allianzen in der internationalen Politik. Unilateralismus versus Multipolarität, in: ÖMZ 5/2002, 539-546.

BUCKLEY, Neil, *WAGSTYL* Stefan, *SCHMID* Fidelius, EU unterstützt Opposition in Minsk, in: FT Deutschland, 21.3.2006, 9.

BUSSE, Nikolaus, Atombomben auf Berlin und München?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.2.2001, 3.

BUSSE, Nikolaus, „Nicht so schlimm, wie es klingt“, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 13.2.2005.

CIRINO, Julio A., *ELIZONDO*, Silvana L., *WAWRO*, Geoffrey, Latin America's Lawless Areas and Failed States, in: TAYLOR, Paul D. (ed.), Latin American Security Challenges, A Collaborative Inquiry from North and South, Naval War College Newport Papers 21, 7-47.

CORDESMAN, Anthony H., Rethinking NATO's force transformation, in: NATO review, spring 2005.

DELAMER, Guillermo R., *GOLDSTEIN*, Lyle J., *MALENA*, Jorge Eduardo, *PORN*, Gabriela E., Chinese Interests in Latin America, in: TAYLOR, Paul D. (ed.), Latin American Security Challenges. A Collaborative Inquiry from North and South, Naval War College Newport Papers 21, 79-102.

DEMPSEY, Judy, U.S. supports Europe, NATO chief asserts, in: International Herald Tribune, June 7, 2005, 3.

EISLER, Karl-Heinz, Russlands neue Atomraketen. Verbesserung des Raketenarsenals, in: Der Soldat, 9.2.2005, 6.

EISLER, Karl-Heinz, Generalstabschef aus Bosnien-Herzegowina in Österreich, in: Der Soldat, 5.4.2006, 5.

EL-GAWHARY, Karim, Vor der Machtübergabe im Irak herrscht banges Warten auf den großen Schlag, Die Presse, 25.6.2004, 6.

EL-GAWHARY, Karim, 60 Jahre und kein bisschen effizient, in: Die Presse, 23.3.2005, 5.

FERRERO-WALDNER, Benita, *Wir machen der Ukraine ein Angebot*, in: Die Presse, 23.12.2004, 14.

FERRERO-WALDNER, Benita, *Europa in der neuen Weltordnung – Globale Präsenz und Verantwortung*, in: Europäische Sicherheit 7/2005, 8-11.

FRANK Johann, *GUSTENAU* Gustav E., *Divergenz oder Komplementarität? Entwicklungslinien des zukünftigen sicherheitspolitischen Verhältnisses zwischen Europa und den USA*, hrsg. vom Österreichischen Institut für Internationale Politik, Arbeitspapier 49/Mai 2004.

FRANKENBERGER, Klaus-Dieter, *Amerikanische Herausforderungen*, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1.8.2001, 1.

GADDIS, John Lewis, *Grand Strategy in the Second Term*, in: Foreign Affairs, Volume 84, No.1, January/February 2005, 2-15.

GALLIS, Paul E., *NATO Enlargement*, CRS Report for Congress, Updated November 4, 2002, 2.

GAMILLSCHEG, Hannes, „Libanon 15 Jahre zurückgebombt“, in: Die Presse, 1.9.2006, 8.

GILLER, Joachim, *Nicht-militärisches Krisenmanagement in Europa als sicherheitspolitisches Profilierungsfeld bündnisfreier und neutraler Kleinstaaten*, ÖZP 2001/4.

GLATZL, Christian, *Wasser: Umgang mit einer knappen Ressource*, ÖMZ 6/2001, 705-714.

GORDON, Michael R., *U.S. Is Proposing European Shield for Iran Missiles*, in: The New York Times, 22.5.2006.

GORST, Isabel, *Japan and Kazakhstan sign pact on atomic energy*, in: Financial Times, 29.8.2006, 2.

GRÄFE, Frank, *Chinas innenpolitische Herausforderungen*, in: Europäische Sicherheit 1/2005, 18-24.

GREBER, Wolfgang, „Schröder Surprise“: Vorstoß ins Leere, in: Die Presse, 14.2.2005, 3.

GRIMM, Oliver, *Chinas Volkswirtschaft überholt Großbritannien*, in: Die Presse, 21.12.2005, 19.

GRIMM, Oliver/DOMFORTH, Christine, *Raiffeisen schlichtet Gas-Streit*, in: Die Presse, 5.1.2006, 15.

HAINZL, Gerald, *Sudan – Zwischen Krieg ... und Frieden*, IFK Aktuell I/05 der Reihe Info-Aktuell zur Sicherheitspolitik, hrsg. von Institut für

Friedenssicherung und Konfliktmanagement (IFK) an der Landesverteidigungsakademie, Wien, im April 2005.

HAINZL, Gerald, 35. Vienna Seminar der IPA, Developing Peace Partnerships in Africa, in: *Der Soldat*, 24.8.2005, 2.

HARTMANN, Jens, EU droht Weißrussland, in: *Die Presse*, 10.11.2005, 7.

HARTMANN, Jens, Neue Drehung der Achse Russland-Iran, in: *Die Presse*, 9.12.2005, 9.

HAUSER, Gunther, Sicherheitspolitik und Völkerrecht, Verlag Peter Lang, Frankfurt/Main 2004.

HAUSER, Gunther, Die Sicherheit Europas im Wandel transatlantischer Beziehungen, Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie 5/2004.

HERRMANN, Frank, Blair denkt an Militäraktion im Sudan, in: *Der Standard*, 23.7.2004, 4.

HOFER, Gerhard, *LAMMER*, Beate, Brüssel schottet Gewerbe gegen Billig-Konkurrenz ab, in: *Die Presse*, 24.3.2005, 1.

HOLLÄNDER, Lutz, *SCHMIDT*, Peter, Möglichkeiten der ESVP angesichts nationaler europäischer Politik, in: *REITER*, Erich (Hg.), Beiträge zur Entwicklung der ESVP, teil 2, Strategische Analysen, Wien, im Juli 2005, 19-27.

HORNIG, Frank, *WAGNER*, Wieland, Duell der Giganten, in: *Der Spiegel* 32/2005, 74-88.

HUGHES, Kirsty, Turkey and the European Union: Just another Enlargement? Exploring the Implications of Turkish Accession, A Friends of Europe working paper, June 2004, Executive Summary.

ILLMEIER, Gertraud, Europa stellt Weichen für Serbien, in: *Die Presse*, 12.4.2005, 4.

ILLMEIER, Gertraud, Kosovo: Einziger Schatz wird nun versilbert, in: *Die Presse*, 7.12.2005, 25.

ILLMEIER, Gertraud, Reifetest für Balkanstaaten, in: *Die Presse*, 7.6.2006, 4.

IMHASLY, Bernard, Die Taliban-Milizen schlagen zurück, in: *Die Presse*, 1.8.2005, 1.

JÄGER, Thomas, Machtpolitische Asymmetrie und kulturelle Differenz, in: *REITER*, Erich (Hg.), Beiträge zur Entwicklung der ESVP, Teil 1, Strategische Analysen, Bundesministerium für Landesverteidigung, Wien, Juni 2005, 5-14, 10.

KAMP, Karl-Heinz, „Preemptive Strikes“ und die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik, in: REITER, Erich (Hg.), Beiträge zur Entwicklung der ESVP, Teil 1, Strategische Analysen, Bundesministerium für Landesverteidigung, Wien, Juni 2005, 19-26.

KAMP, Karl-Heinz, EU oder NATO – der ewige Streit!, in: REITER, Erich (Hg.), Beiträge zur Entwicklung der ESVP, Teil 1, Strategische Analysen, Bundesministerium für Landesverteidigung, Wien, Juni 2005, 15-18.

KEETMAN, Jan, USA setzen sich im brisanten Machtkampf ums kaspische Öl durch, in: Die Presse, 21.9.2002, 6.

KEETMAN, Jan, Positive Signale an die Türkei, in: Die Presse, 7.9.2004, 8.

KLINGEBIEL, Stephan/*ROEHDER*, Katja, Eine neue Allianz? Das Verhältnis der Entwicklungspolitik zum Militär wird enger, in: Internationale Politik, November/Dezember 2004, Nr. 11-12, 55-58.

KNAUL, Susanne, Das Finanzimperium der PLO, in: Die Presse, 10.11.2004, 7.

KNAUL, Susanne, Siedlerin zündete sich selbst an, in: Die Presse, 18.8.2005, 6.

KNEMEYER, Thomas, Afrikas „menschengemachter Tsunami“, in: Die Presse, 3.3.2005, 7.

KÖHLER, Angela, Japan verabschiedet sich vom Pazifismus, in: Die Presse, 11.12.2004, 9.

KÖHLER, Angela, Japan: Weg mit den Fesseln, auf zur Weltmacht, in: Die Presse, 23.12.2005, 5.

KREINER, Paul, Berlusconi Rückzug vom Rückzug, in: Die Presse, 17.3.2005, 6.

KRONSPIESS, Hans, „Die Europäer sind naiv und blauäugig“, Interview mit Bassam Tibi, abgedruckt in: Die Presse, 13.11.2004, 4.

KRONSPIESS, Hans, Londoner Therapie für den afrikanischen Patienten, in: Die Presse, 12.3.2005, 7.

KUGLER, Martin, Europas Bauern brauchen sich nicht verraten zu fühlen, in: Die Presse, 2.8.2004, 2.

KUGLER, Martin, Milliarden-Geschäfte mit Drohnen, in: Die Presse, 18.6.2005, 25.

KUJAT, Harald, No Single Risk, in: NATO´s Nations and Partners for Peace, Volume 49 No. IV/2004.

KULIKOVA, Nina, Trans-Baltic Pipeline Moves Ahead, in: Russia Profile, Issue 10/2005.

LAGLER, Claudia, Elder Statesmen fordern eine gestärkte UNO, Die Presse, 24.7.2004, S. 6.

LANGENBACH, Jürgen, UNO: Die Welt steht auf der Kippe, in: Die Presse, 31.3.2005, 9.

LEIBL, Friederike Leibl, Rasante Überalterung, in: Die Presse, 18.3.2005, 4.

LEIBL, Friederike, Briten haben EU-Joker in der Hand, in: Die Presse, 11.6.2005, 5.

LEIBL, Friederike, Internationale Mafia erobert Europas Unterwelt, in: Die Presse, 3.6.2006, 5.

MALEK, Martin, Aktuelle Aspekte der Außenpolitik Russlands, Strategische Analysen, hrsg. vom Büro für Sicherheitspolitik des Bundesministeriums für Landesverteidigung, Oktober 2002.

MALEK, Martin, Usbekistan zwischen Autoritarismus und islamistischer Bedrohung, InfoAktuell 5/2005, hrsg. von der Landesverteidigungsakademie/Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement, Wien, im November 2005.

MALLOCHER, Éric, ARRIBART, Patrice, Croix du Sud 2006. Exercice en Nouvelle-Calédonie, in: Armées d'aujourd'hui, numéro 312, juillet-aout 2006, 13-15.

MANN, Otto, China erhöht Militärausgaben, in: Die Presse, 5.3.2005, 4.

MANN, Otto, Kriegsdrohung gegen Taiwan per Gesetz, in: Die Presse, 9.3.2005, 7.

MANN, Otto, Magere Ernte für Rice in Peking, in: Die Presse, 22.3.2005, 6.

MAYRBÄURL, Cornelia, Wenn Chávez mit dem Scheckbuch kommt, in: Die Presse, 13.8.2005, 7.

MEIER-WALSER, Reinhard C., Das globale sicherheitspolitische Profil der Europäischen Union, in: *REITER*, Erich (Hg.), Beiträge zur Entwicklung der ESVP, Teil 2, Strategische Analysen, Wien, im Juli 2005, 5-14.

MELÁN, Andreas, Die politischen, wirtschaftlichen und entwicklungspolitischen Beziehungen der Europäischen Union mit Lateinamerika und der Karibik, in: *KERNIC*, Franz (red.), Die Beziehungen der Europäischen Union zu Lateinamerika.

Hintergrundanalysen zum IV. Gipfeltreffen „EU-Lateinamerika-Karibik“ in Wien im Mai 2006, Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie Wien 1/2006, 9-20.

MERRITT, Giles, Turkey's Generals may be the real obstacle, Herald Tribune, 18.9.2004.

MEY, Holger H., Differenzierte Streitkräftemodelle. Der politische Nutzen des Engagements im Bereich des internationalen Krisenmanagements unter besonderer Beachtung von ÖBH-Beiträgen, Beiträge zur Sicherheitspolitik, hrsg. vom Büro für Sicherheitspolitik des Bundesministeriums für Landesverteidigung, Wien, im Mai 2006.

MINNICK, Wendell, China Speeds ICBM Plans, in: Defense News, July 10, 2006, 1 und 8.

NIKITIN, Alexander, Partners in peacekeeping, in: NATO review, winter 2004.

OESTERREICHISCHE NATIONALBANK, Kompendium von Texten zur Wirtschafts- und Währungsunion, 5. Auflage, Wien 1997, 126.

ÖZERSAY, Kudret, Separate Simultaneous Referenda in Cyprus: Was it a "Fact" or an Illusion?", Turkish Studies Vol. 6, No. 3, 379-399, September 2005.

PARKER, George/*THORNHILL*, John, European Satellite Challenges US Hegemony, in: Financial Times, 29.12.2005, 2.

PRIEST, Dana/*WHITE*, Josh, Protest gegen mysteriöse CIA-Lager, in: Der Standard, 4.11.2005, 2.

PROISSL, Wolfgang, Europa droht Engpass bei Gas, in: FT Deutschland, 21.3.2006, 1.

RAUCH Herbert, *STRIGL Alfred*, Die Wende der Titanic. Wiener Deklaration für eine zukunftsfähige Weltordnung, Oekom Verlag, München 2005.

RATHFELDER, Erich, Bosniens Serben rufen immer lauter nach eigenem Staat, in: Die Presse, 3.6.2006, 10.

RIEF, Norbert, US-Bürger fordern Abzug aus dem Irak, in: Die Presse, 22.6.2005, 9.

RIEF, Norbert, Vergeudung im Namen der Sicherheit, in: Die Presse, 8.8.2005, 3.

ROBBINS, Carla Anne, *CULLISON*, Alan, Closed Doors: In Russia, Securing Its Nuclear Arsenal Is an Uphill Battle – Despite U.S. Help,

Program Faces Resistance, Delays Amid Chill in Relations – A Warehouse Sits Empty, in: *The Wall Street Journal*, 26.9.2005.

ROTTER, Manfred, Die Rache des Völkerrechts, in: *Der Standard*, 5.8.2006, 39.

SAGER, Wilhelm, Wasserkriege im 21. Jahrhundert: Mythos oder drohende Realität, in: *ÖMZ* 6/2001, 715-722.

SAMU, István, Innere und Äußere Sicherheit der EU in Osteuropa. Sicherheits herausforderungen an den Ostgrenzen der EU, in: *Europäische Sicherheit* 7/2005, 56-59.

SANCHEZ, Marcela, Disarming Latin America, in: *Washington Post*, February 17, 2005, 10:30 hours, Internetausgabe.

SANDSCHNEIDER, Eberhard, Anleitung zur Drachenpflege. Vom Umgang des Westens mit dem schwierigen Partner China, in: *Internationale Politik*, Dezember 2005, hrsg. von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, 6-13.

SCHELLHORN, Franz, Gut geschützt, viel gefürchtet, in: *Die Presse*, 29.6.2005, 31.

SCHIEFER, Peter, Gas-Abhängigkeit von Russland sinkt, in: *Die Presse*, 29.12.2005, 16.

SCHLENKER, Hans-Heinz, Moskau, der EU teuerster Freund, in: *Salzburger Nachrichten*, 5.9.1998, 7.

SCHMIDT, Peter, Die weltpolitischen Herausforderungen für die Europäische Union und die Vereinigten Staaten von Amerika: Gemeinsamkeiten und Unterschiede, in: *REITER*, Erich (Hg.), *Die Zukunft Europas*, Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe des Internationalen Institutes für Liberale Politik Wien, Heft 13, Wien 2006, 10-16.

SCHMITT, Jörg, Gute Bombe, böses Kind, in: *Der Spiegel* 32/2005, 100-108, 107.

SCHNAUDER, Andreas, EU-Bericht warnt vor Ende der Wohlstandsgesellschaft, in: *Die Presse*, 21.10.2004, 8.

SCHNAUDER, Andreas, Neue „Türkenbelagerung“ unwahrscheinlich, *Die Presse*, 21.9.2004, 8.

SCHNAUDER, Andreas, Nahost: EU spielt zweite, aber teure Geige, in: *Die Presse*, 12.11.2004, 7.

SCHNAUDER, Andreas, Große Stolpersteine für Türkei und Kroatien, *Die Presse*, 24.11.2004, 8.

SCHNAUDER, Andreas, Brüssel träumt von Kiewer Cohabitation, Die Presse, 25.11.2004, 6.

SCHNEIDER, Wieland, „Unabhängigkeit Kosovos ist unmöglich“, Interview mit Boris Tadic, in: Die Presse, 5.3.2005, 4.

SCHNEIDER, Wieland, „Wir haben wegen Serbien gelitten“, Interview mit Montenegros Parlamentspräsident Ranko Krivokapic, in: Die Presse, 15.3.2005, 5.

SCHREER, Benjamin, Entwicklungsperspektiven des amerikanischen Verteidigungshaushaltes, aus: Europäische Sicherheit 4/2005, 66-67.

SCHWIKOWSKI, Martina, Elend, Vergewaltigungen, Scham – die tödliche afrikanische Mixtur, in: Die Presse, 5.3.2005, 2.

SEIFERT, Thomas, An keinen Befehl gebunden, in: Die Presse, Spectrum, 27.5.2006, VII.

SEIFERT, Thomas, Der Ölschild der Islamischen Republik, in: Die Presse, 1.9.2006, 1.

SINGER, Kathrin, Ukraine sucht sanfte Annäherung an das Transatlantische Bündnis, in: Die Presse, 21.2.2005, 2.

SINN, Hans-Werner, Deutschlands politische Stagnation, in: Die Presse, 2.9.2006, 41.

SLEVIN, Peter, U.S. renounces its support of new tribunal for war crimes, in: Washington Post, May 7, 2002, A01.

SMONIG, Reinhold, Türkei-Referendum soll EU-Verfassung retten, Die Presse, 29.9.2004, 8.

SMONIG, Reinhold, Neue Schwerter fürs atomare Arsenal, in: Die Presse, 21.1.2005, 5.

SMONIG, Reinhold, Paris drängt in die Kommandozentrale, in: Die Presse, 21.2.2005, 3.

STRUCK, Peter, Fit für veränderte Aufgaben – Die Transformation der Bundeswehr nimmt Gestalt an, in: Europäische Sicherheit 1/2005, 12-17.

THE WHITE HOUSE, The National Security Strategy of the United States of America, Washington, March 2006.

TUCEK, Wolfgang, Ja zu Türkei-Gesprächen, aus: Wiener Zeitung.at, Onlinedienst der Wiener Zeitung, 29.9.2005.

TUMPEL, Herbert, Was läuft falsch in Europa! Eine kritische Analyse aus Sicht der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, hrsg. von der

Österreichischen Gesellschaft für Landesverteidigung und Sicherheitspolitik, Wien im Oktober 2005.

UDUM, Sebnem, The Emerging European Security Framework, in: Turkish Studies, Vol. 3, No. 2 (Autumn 2002), 69-103.

ULTSCH, Christian, Als Bush seinem „Freund Vladimir“ ein Bekenntnis zur Demokratie abrang, in: Die Presse, 25.2.2005, 2.

VATIKIOTIS, Michael, U.S. sights are back on China, in: International Herald Tribune, 7.6.2005, 9.

VERHOFSTADT, Guy, Fünfkampf für Europa, in: Die Presse, 11.3.2005, 18.

WINDISCH, Elke, China und Russland lassen die Muskeln spielen, Die Presse, 18.8.2005, 5.

WOGAU, Karl von, Auf dem Weg zu einem europäischen Verteidigungsbeitrag, in: Europäische Sicherheit 1/2005, 25-27.

ZUMACH, Andreas: Illegale Deals mit Saddam, in: Die Presse, 28.10.2005, 6.

Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie

Institut für Strategie und Sicherheitspolitik

bisher erschienene Publikationen:

1993

- Nationale Sicherheit: Trends und Alternativen 1993
- Militärstrategisches Umwelt- und Konfliktbild 1993
- Symposien, Tagungen, Konferenzen:
Sicherheit und Demokratie in Ostmittel- und Südosteuropa
- Symposien, Tagungen, Konferenzen:
Die Zukunft der europäischen Sicherheit
- National Security: Trends und Alternativen

1994

- Militärstrategisches Umwelt- und Konfliktbild 1994
- Anton Zabkar, Analysis of the Conflict in Former Yugoslavia
- Im Schnittpunkt – Festschrift zum 60. Geburtstag von
General Karl Majcen
- Simon Palmisano, Österreich und die WEU
- Nationale Sicherheit: Trends und Alternativen 1994
- Symposia and Conferences: New Security policy:
Solidarity-Neutrality-Cooperation (24.-25.11.93)

1995

- Symposia and Conferences: Changing Values in European
Military Forces – Consequences for higher Officer's Training
- Nationale Sicherheit: Trends und Alternativen 1995
- Anton Zabkar, The Drame in Former Yugoslavia – The
Beginning or the End of the Beginning
- Militärstrategisches Umwelt- und Konfliktbild 1995
- Erich Reiter, NATO-Beitritt Österreichs

1996

- Erich Eder, Ausgewählte Schriften, Vorträge und Reden
- Symposien, Tagungen, Konferenzen: Österreich und der Weg Europas zur gemeinsamen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik
- Sicherheitspolitisches Umfeld und Streitkräfteentwicklung II

1997

- Symposien, Tagungen, Konferenzen: Alpbach 1996
- Heinz Magenheimer, Politische Strategie und die Osterweiterung der NATO
- China-Symposion
- Edwin Micewski, Frauen und Streitkräfte
- Interdisziplinäres Symposion: Sicherheit und Dynamik
In der Mitte Europas: Österreichs Rolle aus der Sicht der Nachbarn (8.-10. Oktober 1996)
- Minderheiten und Streitkräfte; Symposion 21.-24. 4. 1997

1998

- Rektor Gen Prof.Dr. Miklos Szabo, Die Teilnahme der kgl. Ungarischen Luftwaffe an der Operation gegen Jugoslawien
- Perspektiven einer neuen europäischen Sicherheitsordnung; die Mitverantwortung Österreichs, Symposion 1997
- Report: Austrian and Swedish Security Policies
- Beeinflußt Sicherheitspolitik den Wirtschaftsstandort Österreich? Symposion gemeinsam mit dem Österreichischen Gewerbeverein (24.11.1997)

1999

- Franz Olah, 1938 und die Folgen – aus der Sicht eines Zeitzeugen
- Istvan Gyarmati, Die Mitgliedschaft Ungarns in der NATO
- Wendelin Ettmayer, Finnland – eine glaubwürdige Landesverteidigung
- Heinz Magenheimer, Zur Frage der allgemeinen Wehrpflicht: Standortbestimmung – Alternativen – Konsequenzen

- László Kiss, Euroatlantische Integration zwischen demokratischer Instabilität und kollektiver Unsicherheit: Ungarns Sicherheitspolitik nach der Wende

2000

- R. Hecht, E. König, Österreich: Brücke zum Balkan: Österreich Bindeglied zwischen dem Westen und dem Balkan
- Wendelin Ettmayer, Organisierte Anarchie – die neue Welt in der wir leben

2001

- Heinz Magenheimer, Comprehensive Security. Zum erweiterten Verständnis von Sicherheit
- Mit den Bosniaken im Weltkrieg. Auszug aus Pero Blaskovic, "SA BOSNJACIMA U SVJETSKOM RATU"
- Matthias Hoy, Geschichte der Landesverteidigungsakademie und ihrer Vorgängerorganisationen
- Wendelin Ettmayer, Kanada und die transatlantische Sicherheit

2002

- Magdolna N.-Kiss, Wirtschaftliche Sicherheit und Wirtschaftsstrategie
- Karin Kneissl, Hizbollah: Libanesischer Widerstandsbewegung, islamische Terrorgruppe oder bloß eine politische Partei
- Alois Forstner-Billau, Einführung in die "Integrierte Logistik". Inhalt und Bedeutung für die moderne Führung.
- Heinz Magenheimer, Zur geopolitischen Lage Österreichs
- Hrsg. LVAk, Autorenkollektiv, Geopolitical Interests of Austria and Italy in the New European Context
- Hrsg. LVAk, Arbeitsgruppe Militärakademie Brunn, Sicherheitspolitik der Tschechischen Republik nach Kosovo
- Hrsg. LVAk, Autorenkollektiv, Strategie. Theorie und Doktrin

2003

- Rastislav Báčora, Slowakische Republik. Parteipolitische Implikationen der Sicherheitspolitischen Transformation 1993 bis 2002
- Gunther Hauser, Sicherheit in Mitteleuropa. Politik, Kooperation, Ethnizität
- Heinz Magenheimer, Sicherheitspolitik in Theorie und Praxis. Strategische Fallbeispiele
- Wendelin Ettmayer, Kriege und Konferenzen. Diplomatie einst und jetzt.
- Studien aus Lehrgängen der Landesverteidigungsakademie (1)
Mjr Peter Pilz, Mjr Thomas Belec, Mjr Markus Kronreif

2004

- Andrea K. Riemer, Die amerikanisch-europäische Debatte um das Grundverständnis zur internationalen Ordnung
- Ferenc A. Szabó, Die demographischen Konsequenzen der „ethnischen Säuberung“ auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien
- Gunther Hauser, Die Sicherheit Europas im Wandel transatlantischer Beziehungen
- Friedrich Hessel, Strukturentwicklung des Bundesheeres von der „Wende“ 1989/90 bis zum Jahr 2003
- Dieter Farwick, Martin Malek, Andrea K. Riemer, Grand Strategy, Gesamtstrategie, Politische Strategie
- Michaela Moestl, EU: Kompetenzabgrenzung zwischen Gemeinschafts- und Unionspolitiken – dargestellt am Beispiel der Ausfuhrkontrolle von Gütern mit doppeltem Verwendungszweck (Dual-use Gütern)
- Hrsg. LVAK, Europäische Ordnungspolitik nach der Konferenz von Istanbul, Juli 2004, Seminar-Beiträge

2005

- Andrea K. Riemer, Geopolitik – Strategie 2004
- Andrea K. Riemer, Heinz Nissel, Friedrich W. Korkisch, Geopolitik
- Gunther Hauser, Regionale Sicherheit für Mitteleuropa. Militärische und polizeiliche Kooperationen
- Mihály Zámboi, Birth of Balkan small States. Nationalism Instead of Socialism
- Miklós Szabó, Transformation from Military Academy to National Defense University in Hungary
- Der Ruf des Gewissens. Widerstand gegen Nationalsozialismus zwischen „Walküre“ und „Radetzky“
- FML Alfred Jansa, Aus meinem Leben. Auszug aus den Memoiren SONDERBAND
- Studien aus Lehrveranstaltungen der Landesverteidigungsakademie und des Instituts für Politikwissenschaft an der Universität Wien, Mjr Anton Eischer, Sandra Neumeister
- Rudolf Agstner, From Halifax to Vancouver – Austria(-Hungary) and her consular and diplomatic presence in Canada 1855-2005
- Europäische Sicherheit und Streitkräftereform in der Weltgesellschaft (Ausgewählte Beiträge) Hrsg. Christian Glatzl, Gunther Hauser, Franz Kernic
- Andrea K. Riemer, Chinas strategische Neupositionierung im geopolitischen Kontext

2006

- Ernst Bruckmüller, Peter Melichar, Machtausübung und Identitätsbildung. Österreich von der Mark zur Republik *Ein Forschungsprojekt der Landesverteidigungsakademie* SONDERBAND
- Franz Kernic, Die Beziehungen der Europäischen Union zu Lateinamerika
- Franz Kernic, Tomás Chuaqui Henderson, Seguridad y Cooperación: Aspectos de la seguridad y las relaciones entre la Unión Europea y América Latina

- Herwig F. Kirchner, Die Globalisierung der Finanzmärkte und die Internationale Ordnung
- Thomas Windholz, Raumbezogene Informationstechnologien: Status Quo, Forschung und Visionen
- Heiko Borchert (Hrsg.), Führungsausbildung im Zeichen der Transformation, Kooperationsband mit dem Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik (DIAS).
- Gunther Hauser, Sicherheit, Energie und Wirtschaft: Europa als globaler Akteur

INFO aktuell

Institut für Strategie und Sicherheitspolitik

Von 1993 bis 2003 sind INFO aktuell des Institutes nicht mehr verfügbar

- 2004 Dr. Andrea Riemer und Dr. Gunther Hauser
*Gesamtstrategien im Vergleich. Die Nationale
Sicherheitsstrategie der USA und die europäische
Sicherheitsstrategie*
- 2005 Dr. Andrea K. Riemer
Aktuelle Analysen zur amerikanischen Außen- und
Sicherheitspolitik